Mittwoch, 7. November 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 262 - 45. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 9,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Flüchtlinge: Österreich ist nach Angaben von Kanzler Sinowatz zur Hilfe für jene „DDR"-Bewohner bereit, die sich in die Prager Botschaft der Bundesrepublik geflüchtet haben. Vor der Presse in Ost-Berlin sagte er, darüber sei mit der SED-Führung jedoch nicht gesprochen worden. (S. 12)

Nach Westen: Unbemerkt von „DDR"-Grenzsoldaten ist erneut einem Ostberliner die Flucht über die Mauer nach Westen gelungen.

Erschossen: In der Nähe der österreichischen Stadt Gmünd nur wenige hundert Meter von der Grenze zur CSSR wurde die Leiche eines jungen Tschechoslowaken gefunden, der bei der Flucht offenbar von CSSR-Grenzern angeschossen worden war.

EKD-Synode: Eine leidenschaftliche Debatte führten die Synodalen in Travemünde über die Barmer Theologische Erklärung. Nach Ansicht des Synodalen Theodor Ebert war die Erklärung ein „starkes Wort, dem dann die Taten nicht gefolgt sind". (S. 4)

Selbstmord: Der 82jährige frühere Richter am Volksgerichtshof, Paul Reimers, dem in Berlin Anfang 1985 ein Prozeß wegen Mordes gemacht werden sollte, hat sich das Leben genommen.

Südafrika: Bei neuen landesweiten Unruhen und einem Streik schwarzer Bergarbeiter in Transvaal wurden 16 Personen getötet.

Großbritannien: Der mit der Beschlagnahme des Vermögens der britischen Bergarbeiter-Gewerkschaft beauftragte Zwangsvollstrecker hat in Dublin umgerechnet 14 Millionen Mark sichergestellt, die heimlich nach Irland transferiert worden waren. (S. 7)

Notstand: Das NATO-Land Belgien hat vier Fliegerhorste sowie das Hauptquartier der taktischen Luftwaffe für elf Tage geschlossen und drei Viertel der Soldaten der Luftwaffe nach Hause geschickt. Grund: Die Heizölkasse der Streitkräfte ist fast leer.

Entschädigung: Die indische Regierung will die Opfer der Unruhen nach der Ermordung Indira Gandhis finanziell entschädigen. Für jeden Getöteten erhalten die Hinterbliebenen rund 2500 Mark.

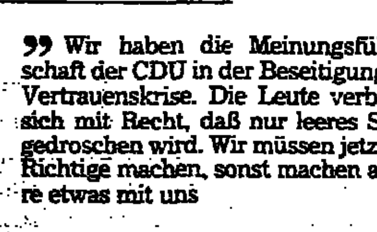
Chile: Die durch den Rücktritt des gesamten Kabinetts ausgelöste Regierungskrise bedeutet nach Ansicht von Beobachtern das Ende der Politik der vorsichtigen Öffnung des Militärregimes für mehr Demokratie. (S. 8)

Entführung: Iranische Sicherheitskräfte haben gestern in Teheran eine von zwei Nordjemeniten entführte saudische Verkehrsmaschine gestürmt und die 131 Insassen befreit.

Heute: Kohl vor Flick-Ausschuß. – Vogel nach Polen. – Feiern zum Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau.

ZITAT DES TAGES





„Wir haben die Meinungsführerschaft der CDU in der Beseitigung der Vertrauenskrise. Die Leute verbitten sich mit Recht, daß nur leeres Stroh gedroschen wird. Wir müssen jetzt das Richtige machen, sonst machen andere etwas mit uns"

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler zur aktuellen Debatte über Parteispenden
FOTO: ENGELS

WIRTSCHAFT

US-Konjunktur: Auch bei den Unternehmensgewinnen scheint der Höhepunkt überschritten zu sein. Nach einer Analyse der Ergebnisse von 300 großen Firmen sanken die Erträge im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal um rund zehn Prozent. (S. 14)

Agrarmarkt: Die UdSSR ist nach Japan zum zweitwichtigsten Kunden der US-Landwirtschaft aufgerückt. Im abgelaufenen Fiskaljahr kaufte sie Produkte im Wert von 2,5 Milliarden Dollar.

Kohle: Im Norden Kolumbiens wird eines der größten Kohlevorkommen der Welt erschlossen. 1989 sollen jährlich 15 Millionen Tonnen gefördert werden. (S. 15)

Ölmarkt: Nach der Produktionsdrosselung der Opec-Staaten ist der Preisverfall zum Stillstand gekommen, stellt die Internationale Energie-Agentur fest. Entgegen früheren Schätzungen werde der Verbrauch in der OECD 1985 nur um 1,1 Prozent steigen.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten und am Rentenmarkt blieb das Geschäft gestern zurückhaltend. WELT-Aktienindex 158,9 (158,5); Dollar-Mittelkurs 2,9455 (2,9355) Mark; Goldpreis je Feinunze 346,10 (342,45) Dollar.

KULTUR

Pferdemaler: Nicht nur für Pferdenarren ein ausgesprochener Genuß ist die große Retrospektive, die die Londoner Tate Gallery dem Maler George Stubbs widmet. Ausgestellt werden 190 Gemälde und Zeichnungen. (S. 21)

Theater: In der Hamburger Theaterlandschaft herrscht Verwirrung. Ein neuer Intendant für das Deutsche Schauspielhaus ist noch nicht gefunden, da kündigt auch Staatsoper-Intendant Horres seinen Rücktritt an. (S. 2 und 21)

SPORT

Fußball: Bayern Münchens Trainer Udo Lattek will heute nach dem Europapokalspiel in Plovdiv entscheiden, wer künftig Torwart Nummer 1 ist: Jean-Marie Pfaff oder Raimund Aumann. (S. 10)

China: Der Sportaustausch zwischen der Bundesrepublik und China wird verstärkt. Für 1985 wurden 21 gemeinsame Veranstaltungen vereinbart. Zwischen der „DDR" und China gibt es nur elf.

AUS ALLER WELT

Wein: Allen Unkenrufen zum Trotz: 1984 war kein übles Weinjahr. Insgesamt wird der Jahrgang eher mittlere Qualität haben. Die Ernte fiel jedoch mager aus, so daß Preissteigerungen gewiß sind. (S. 22)

Super-Computer: Ein Rechner, der sich seine eigenen Programme macht, gehört zu den Neuheiten, die auf der internationalen Konferenz über die fünfte Computer-Generation in Tokio vorgestellt wurden. (S. 22)

Wetter: Bewölkt mit Aufheiterungen. 10 bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die KPF schert aus, aber ein Grüppchen steuert dagegen – Fraktionsbildung S. 2

Leistungsdrogen: Wenn das Maß des Menschen nicht mehr genügt – Doping im Sport S. 3

ÖTV: Schlichtung soll vermieden werden – „Perspektivplan" als Kompromiß? S. 4

Deutscher Landkreistag: Vom Pflegefall zum Sozialfall – Versicherung gefordert S. 4

Bayern: Wirtschaftsminister Jaumann hielt ein Plädoyer für die Zeitungen – Von P. Schmalz S. 6

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT – Wort des Tages S. 8

Fernsehen: Adlige Zeitzeugen – „Im Damenstift" – Historische Bestandsaufnahme S. 11

Radsport: Sechstagerennen Grenoble – Franzosen vergleichen Hofeditz mit Thurau S. 10

Stuttgart: Sieben Konzerte mit Jannis Xenakis – Die Orgel spielt Lokomotive S. 21

Rockerbande Hell's Angels: Prozeß gegen 14 Angeklagte hat in Hamburg begonnen S. 22

USA erwarten Bonner Beitrag zur Verteidigung im Weltraum

Weinberger fordert in der WELT zu Beteiligung an Forschungsprogramm auf

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich nach Meinung des amerikanischen Verteidigungsministers Caspar Weinberger an dem Forschungsvorhaben der USA beteiligen, mit dem die technischen Möglichkeiten zur nichtnuklearen Verteidigung gegen sowjetische ballistische Nuklearwaffen in den Vereinigten Staaten untersucht werden.

In einem Artikel für die WELT schreibt Weinberger: „Ich kann nicht genug unterstreichen, wie wichtig für uns alle der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland für eine wirksame Abschreckung ist. Ich denke, jeder von uns in der freien Welt sollte unablässig zu breitgefächerter technologischer Forschung beitragen, damit die Abschreckung und damit die langfristigen Aussichten zur Erhaltung des Friedens verbessert werden."

Weinberger fährt fort: „Die strategische Verteidigungsinitiative kann die Abschreckung stärken. Wir sollten uns immer vor Augen halten, daß es besser ist, Waffen zu zerstören als Menschen." Gerade mit diesem Hinweis hatte Präsident Reagan im März 1983 in seiner „Star Wars"-Rede die Forscher der USA aufgerufen, nach Möglichkeiten zu suchen, wie ballistische Atomraketen schon im Anflug vernichtet werden könnten. Mit diesem wenig später als „Strategische Verteidigungsinitiative" (auf englisch abgekürzt SDI) bezeichneten Programm der US-Regierung hofft man in Amerika auf die Chance, die Sicherung des Weltfriedens nicht mehr durch die Androhung einer „gegenseitig gesicherten Zerstörung" zu garantieren, sondern durch ein neues System von auch im Weltraum zu stationierenden Abfangvorrichtungen,

SEITE 3:
Für einen besseren Frieden

welche die strategische Angriffsfähigkeit der Sowjetunion durch ballistische Atomwaffen zumindest großenteils neutralisieren soll.

In Bonn ist gegenüber diesem Programm Washingtons inzwischen nicht mehr nur einhellige Ablehnung zu registrieren. Jetzt überwiegt vor allem in der Bundesregierung unentschiedene Skepsis, offenbar auch deshalb, weil sich bisher niemand die Folgen der amerikanischen Forschungsinitiative für die unterschiedlichsten Gebiete der Politik klar genug vor Augen führen konnte. Aus diesem Grunde wurde vom Bundessicherheitsrat eine Studiengruppe mit Vertretern verschiedener Ministerien eingerichtet, die den Auftrag erhielt, im nächsten Jahr einen umfassenden Bericht über die strategischen, sicherheitspolitischen, aber auch die rüstungskontroll- wie industriepolitischen Folgen von SDI für die Bundesrepublik Deutschland vorzulegen. Vor allem der Aspekt der technischen Innovation, der mit dem Forschungsprogramm für die US-Industrie verbunden ist, scheint führende Politiker der Bonner Koalition inzwischen geneigter zu machen, auf eine noch nicht bestimmte Art eine deutsche Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm anzustreben. Deshalb könnte die Aufforderung Weinbergers an Bonn die interne Debatte in der Bundesregierung über den möglichen Nutzen einer deutschen Teilnahme beschleunigen.

Die USA wollen für das SDI-Programm in den nächsten Jahren mehr als 100 Milliarden Mark aufwenden. Damit werden sie sich einen kaum mehr aufholbaren Vorsprung in der Technologie schneller Computer verschaffen.

DER KOMMENTAR

Aufklärung

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Der US-Verteidigungsminister Weinberger hat diese Zeitung ausgewählt, um persönlich in Deutschland und Europa für eine vernünftige Einschätzung jener Initiative von Präsident Reagan zu werben, die als „Star-Wars"-Programm Schlagzeilen macht. Am 23. März 1983 hatte der Präsident Auftrag gegeben, eine neue Waffengeneration zu erforschen, die dereinst die nukleare Abschreckungsstrategie überwindet. Im Weltraum stationierte Defensivwaffen sollen den nuklearen Offensivwaffen, den Raketen, jede Chance nehmen, ihre Ziele zu erreichen.

Damit ist Reagan in Europa auf bange Skepsis gestoßen – auch in Bonn. Die Europäer befürchteten, die Amerikaner könnten eines Tages ihr eigenes Land von jeder Atomdrohung befreien und Europa dann seinem Schicksal überlassen. Inzwischen sieht Wörner ein, daß die USA dieses Forschungsprogramm vorantreiben müssen, weil die Sowjetunion alles daransetzt, diesen Wettlauf mit Amerika zu gewinnen.

Jetzt gibt sich Weinberger Mühe, den Europäern den Sinn des „Star-Wars"-Programms für Europa klarzumachen. Die Kernthesen sind: Amerika koppelt sich nicht von Europa ab. Vorerst handelt es sich um ein reines Forschungsprogramm. Ein Defensivgürtel im Weltraum kann die Abschreckungsstrategie bei den interkontinentalen Waffen aufheben; zugleich verstärkt er jedoch in Europa die Abschreckung der konventionellen Verteidigung, die ausgebaut werden muß. Insgesamt wird nicht nur der Atomkrieg unwahrscheinlicher, sondern jeder Krieg. Reagan will den Durchbruch zur Rüstungskontrolle dort erzwingen, wo gegenwärtig die Bedrohung am größten ist.

Bei dem Schutzschild im Weltraum handelt es sich um einen Fortgang der Waffenentwicklung, den der Deutsche Eugen Sänger schon in den fünfziger Jahren vorhergesagt hat. Wir können die Erfahrungen zu Rate ziehen, die Europa und die Welt gemacht haben, als die Atomwaffen als neue Waffengenaration eingeführt wurden. Damals hat Amerika mit der Atombombe den Zweiten Weltkrieg beendet; aber es hat darauf verzichtet, seinen absoluten Waffenvorsprung gegenüber der anderen Supermacht einzusetzen. Wir wissen nicht, wie die Sowjets im Besitze des entscheidenden Waffenvorteils gehandelt hätten. Wenn der nächste Qualitätssprung in der Waffenentwicklung schon nicht vermieden werden kann, so liegt der Erfahrungssatz nahe, im Interesse des Friedens besser in der Verantwortung der Amerikaner als der Sowjets aufgehoben.

Anleihe wird rasch zurückgezahlt

Nicht mit dem Grundgesetz vereinbar / Stoltenberg: Instrumente des Gesetzgebers eingeschränkt

J. WEBER/DW. Karlsruhe

Die seit 1983 von Besserverdienenden geforderte Investitionshilfeabgabe soll „in kürzester Zeit" zurückgezahlt werden, nachdem das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das Investitionshilfegesetz von 1982 für nichtig erklärt hat. Damit ist die Investitionsabgabe – als Quasi-Ersatz für die umstrittene Ergänzungsabgabe von Anbeginn unter heftigem Beschuß – endgültig vom Tisch. Rund 2,5 Milliarden Mark sind somit jetzt zur Rückzahlung fällig.

In seinem einstimmigen Urteil stellt der 2. Senat fest, daß das Investitionshilfegesetz mit den Vorschriften des Grundgesetzes über die Gesetzgebungskompetenz des Bundes unvereinbar sei. Auf den Vorwurf der Beschwerdeführer, das Gesetz verletzte den Gleichheitsgrundsatz, brauchten die Richter danach gar nicht mehr einzugehen.

Das Gericht begründet seine Entscheidung damit, daß das Gesetz weder das Recht der Wirtschaft noch das Wohnungswesen regele, also nicht ordnend oder lenkend ins Wirtschaftsleben eingreife, wie es das Verfassungsgericht dem Gesetzgeber bereits 1952 zugestanden hatte. Das Gesetz falle aber auch nicht in die Steuerkompetenz des Bundes, weil wegen der Rückzahlbarkeit der Abgabe der Steuerbegriff nicht anzuwenden sei.

Vor der – grundsätzlich denkbaren – Einführung einer „rückzahlbaren Steuer" warnt der 2. Senat aus mehreren Gründen. Sie würde die Formenklarheit der Finanzverfassung im Grundgesetz beseitigen, zu dem Kuriosum führen, daß die Auferlegung von Steuern die Staatsverschuldung erhöhe, und schließlich die Gefahr in sich bergen, als Ausweichlösung für politisch nicht durchzusetzende „echte" Steuern eingesetzt zu werden.

Nicht anwendbar sei auch das Recht des Bundes auf Kreditaufnahme. Zum einen gehe es bei Artikel 115 Absatz 1, Satz 1 des Grundgesetzes wohl eher um die Mittelbeschaffung auf marktüblichem Weg, zum zweiten regele dieser Artikel ausschließlich das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vertrat die Auffassung, die Entscheidung des Verfassungsgerichts schränke das wirtschaftspolitische Instrumentarium des Gesetzgebers ein. Ihm bleibe damit die Möglichkeit versagt, eine rückzahlbare nichtsteuerliche Abgabe als steuerschonende Maßnahme zu erheben. Die Bundesregierung werde das Urteil sorgfältig prüfen und unverzüglich alle durch die Entscheidung gebotenen Konsequenzen ziehen. Die Abgabe solle erstattet werden.

Kreml lobt Stalins Rolle in Petersburg

DW. Moskau

Dem 1953 gestorbenen sowjetischen Diktator Josef Stalin ist gestern eine seltene öffentliche Ehrung zuteil geworden: Die Zeitung „Sowjetskaja Rossija" (Sowjetrussland) hob in einem Beitrag zum Jahrestag der Oktoberrevolution die Rolle des Georgiers bei der Konsolidierung der kommunistischen Machtübernahme in der damaligen Hauptstadt Petersburg (heute Leningrad) hervor. Stalin und fünf andere Genossen hätten 1917 maßgeblichen Anteil am Erfolg des Staatsgründers Lenin gehabt. Der Artikel könnte zu den graduellen Bemühungen gehören, den Diktator in einem etwas besserem Licht als bisher erscheinen zu lassen.

Bei einer gestern im Kreml abgehaltenen Festsitzung zum 67. Jahrestag der Oktoberrevolution fiel westlichen Beobachtern auf, daß Verteidigungsminister Marschall Ustinow (76) fehlte. Auf der Sitzung, bei der Staats- und Parteichef Tschernenko anwesend war, hielt Außenminister Gromyko eine Grundsatzrede.

Angesichts der bevorstehenden Feiern zum 40. Jahrestag des Sieges über Hitler-Deutschland dürften Hinweise auf Stalin häufiger werden. In diesen Zusammenhang gehört auch die Heimkehr von Stalins Tochter Swetlana Allilujewa, der die nach ihrer Flucht in den Westen aberkannte sowjetische Staatsbürgerschaft zurückgegeben wurde. Eine umfassende Rehabilitierung des Georgiers scheint aber ausgeschlossen. Jeder Versuch, die stalinistischen Massenhinrichtungen zu beschönigen, würde auf Widerstand der Partei stoßen.

Fall Popieluszko: Neue Entwicklung in Warschau?

DW. Warschau

Der Warschauer Priester Jerzy Popieluszko war nach Angaben eines gutunterrichteten Gewährsmannes offenbar noch am Leben, als ihn seine Entführer gefesselt, geknebelt und verprügelt in ein Staubecken warfen. Der Informant, der nicht mit Namen genannt werden wollte, war in Informationen über die Autopsie des Priesters eingeweiht, deren Ergebnis bislang nicht veröffentlicht wurde.

Auf eventuelle neue Entwicklungen in dem Fall deutete unterdessen hin, daß Regierungssprecher Jerzy Urban seine übliche Pressekonferenz am Dienstag absagte, um das Ergebnis einer Politbürositzung am selben Tag abzuwarten. Noch am Montagabend hatte Urban der amerikanischen Nachrichtenagentur AP angekündigt, bei der Pressekonferenz würden weitere Einzelheiten des Mordes an Popieluszko bekanntgegeben. Das Politbüro tagt gewöhnlich dienstags und veröffentlicht noch am Abend eine Verlautbarung.

Im Zusammenhang mit dem Fall Popieluszko sind vier im Innenministerium tätige Beamte der Geheimpolizei angeklagt, ein fünfter im Rang eines Generals ist vom Dienst suspendiert.

Kirchenminister Lopatka erklärte, die Regierung hätte es lieber gesehen, wenn Popieluszko auf einem Friedhof beerdigt worden wäre, weil sein Grab neben der Stanislaw-Koska-Kirche leicht zu einem Bezugspunkt für diejenigen werden könne, die den Tod des Priesters „auf das Banner für den Kampf gegen den Staat" schreiben wollten.

Seite 5: Ausmaß des Skandals

Weizsäcker zerstreut Pariser Sorgen

In Frankreich auf Pazifismus-Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland angesprochen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Pazifismus- und Neutralismus-Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland bereiten Paris offensichtlich Sorgen. Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der Frankreich einen fünftägigen Staatsbesuch abstattet, ist nach eigenem Bekunden von seinen französischen Gesprächspartnern wiederholt auf dieses Thema angesprochen worden.

Der Bundespräsident erklärte gestern, er habe solche Sorgen allerdings mit dem Hinweis zerstreuen können, daß es sich hier um eine interne deutsche Auseinandersetzung mit den großen Problemen der Zeit handle, die keine Auswirkungen auf die fest am westlichen Bündnis orientierte deutsche Außenpolitik haben werde. Dies hatte Weizsäcker schon zuvor in einer Tischrede vor 150 Gästen bekräftigt. Bei einem Frühstück mit Journalisten unterstrich er außerdem die „motorische Funktion des Bündnisses zwischen Franzosen und Deutschen für Europa". Dies sei neben dem ständigen Eintreten für noch bessere kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit beider Nationen eines der Hauptanliegen seiner Präsidentschaft.

Der Bundespräsident beendete seinen Aufenthalt in Paris mit einer Kranzniederlegung am Grabmal des Unbekannten Soldaten, einem Besuch bei Bürgermeister Chirac, einem Gespräch mit französischen Wissenschaftlern und einer Diskussion mit Oberprimanern des Gymnasiums „Louis Le Grand". Außerdem machte er einen Abstecher ins „Centre Pompidou" und in jene französische Eliteschule, aus der auch der frühere französische Staatspräsident hervorgegangen war. Die Diskussion mit den Gymnasiasten geriet zu einem intensiven Meinungsaustausch, bei dem sich die jungen Franzosen vor allem für deutsche Umweltschutzprobleme, das Schulsystem in der Bundesrepublik Deutschland, das innerdeutsche Verhältnis und für die Zukunft Berlins interessierten. Weizsäcker wurde auch nach seiner politischen Stellung und Funktion als Bundespräsident gefragt. Am Abend gab er schließlich einen glanzvollen Empfang in der Residenz des deutschen Botschafters. Dort versammelten sich Deutsche und Franzosen zu einer Rückschau auf mehr als zwei Jahrzehnte der Aussöhnung und Freundschaft.

Von Paris aus tritt der Bundespräsident heute eine Rundreise durch Frankreich an.

Ratzinger spricht von Konzils-Ungeist

DW. Mailand

In einem aufsehenerregenden Interview hat Joseph Kardinal Ratzinger eine negative Bilanz der Entwicklung der katholischen Kirche in den 20 Jahren nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil gezogen. Ratzinger, Präfekt der Vatikanischen Kongregation für die Glaubenslehre, spricht sogar von einem „Konzils-Ungeist". Nach dem Vatikanum habe man sich eine neue katholische Einheit, einen „Sprung nach vorne", erwartet. Man habe dann vielmehr einen „Prozeß des Niedergangs" erlebt, erklärt der frühere Münchner Erzbischof im Gespräch mit der italienischen Zeitschrift „Jesus".

„Es ist mein Eindruck, daß die Schäden, die die Kirche in diesen 20 Jahren erlebt hat, nicht so sehr dem ‚wirklichen' Konzil als vielmehr der Entfesselung in ihrem (der Kirche) Inneren von latenten, aggressiven, polemischen, zentrifugalen, vielleicht unverantwortlichen Kräften zuzuschreiben sind; und – außerhalb (der Kirche) – dem Zusammenstoß mit einer kulturellen Wende: dem Sich-Durchsetzen im Westen der mittleren Oberschicht, der neuen ‚Bourgeoisie des tertiären Sektors' mit ihrer liberal-radikalen Ideologie individualistischer, rationalistischer und hedonistischer Prägung", sagt Ratzinger. Er nimmt auch zu dem Vorwurf Stellung, unter Johannes Paul II. gebe es eine Restauration vorkonziliarer Art. „Wenn man als Restauration ein Zurückgehen versteht, so ist keine Restauration möglich ... Wenn wir aber als Restauration die Suche eines Gleichgewichts nach den Übertreibungen einer wahllosen Öffnung zur Welt, nach zu positiven Interpretationen einer agnostischen und atheistischen Welt verstehen, dann ja, diese Restauration ist wünschenswert und findet im übrigen bereits statt."

Ratzinger nennt Erscheinungen der Glaubenskrise: „Bei vielen Theologen hat sich eine Mentalität verbreitet, die man mehr noch als bei dem klassischen protestantischen Modell in der Nähe mancher Sekten oder ‚freien Kirchen' Nordamerikas ansiedeln könnte." Dieses Konzept sehe die Kirche als einfache Organisation von Menschen, deren Mitglieder sich je nach den Bedürfnissen des Augenblicks beliebig organisieren könnten.

Der Kardinal: „Viele Katholiken glauben, daß die Ablehnung der Interkommunion, der gemeinsamen Eucharistie-Feier mit den Protestanten, durch Rom die letzte Frucht einer intoleranten Mentalität sei. Man berücksichtigt dabei nicht, daß für den Katholiken die Kirche ... auf der apostolischen Nachfolge gründet, daß es also keine Eucharistie – die ein hierarchisches Priestertum verlangt – geben kann, wenn diese Nachfolge unterbrochen ist."

Mit Nachdruck verurteilt der Kardinal ebenso „viele Theologen", die den Glauben in eine Serie von „Schulen" und „Strömungen" zersplitterten. Darüber hinaus lehnt er erneut marxistische Tendenzen in der in Lateinamerika vertretenen „Theologie der Befreiung" ab. Äußerst scharf ist die Kritik Ratzingers an der gesellschaftlichen und indirekt auch kirchlichen Entwicklung in der Welt, wobei er lediglich das Leben der Kirche in Ostblockländern ausnimmt. In diesen Ländern gibt es nach den Worten Ratzingers in den Fragen der Kirchendoktrin „fast kein Problem". Die Menschen spürten dort auf der eigenen Haut die Realität eines Systems, das zwar eine Befreiung versucht habe, aber die von Gott. „Mittlerweile gibt es nur noch dort, wo der Marxismus nicht an der Macht ist, noch einige, die an dessen trügerische ‚wissenschaftliche Wahrheiten' glauben", schließt der Kardinal.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Berliner Lehrstück

Von Enno v. Loewenstern

Wie sollte der elende Haufen, der am Montagabend gröhlend durch Berlin zog, die amerikanische Wahl beeinflussen können? Welcher Bürger in Nebraska oder New Mexiko würde Reagan deshalb seine Stimme verweigern, weil die Kommunisten in West-Berlin und deren nützliche Mitläufer es ihm anempfehlen?

Vielleicht gab es doch so etwas wie eine rationale Spekulation dahinter. Vielleicht haben die Drahtzieher sich gesagt: wenn wir einen großen Anti-Amerika-Aufmarsch ausgerechnet in Berlin zusammentreiben, ausgerechnet am Luftbrückendenkmal, das an die Rettung Berlins vor dem sowjetischen Zugriff erinnert – womöglich ekelt das die Amerikaner so sehr an, daß viele von ihnen doch noch dem Mann die Stimme verweigern, der in besonderem Maße für den Schutz Berlins und des freien Westens steht.

Wenn das die Spekulation war, so müßte sich aus dem Fehlschlag der gegenteilige Effekt ergeben: Amerika kann feststellen, daß nicht „die Berliner", sondern nur ein paar tausend Außenseiter hinter der Parole der SEW und ihrer Freunde hermarschierten.

Amerika kann den Unterschied zwischen Basisscheindemokratie und wirklichem Volkswillen sogar ziemlich präzise nachrechnen: mehr als hundert Organisationen, so hieß es wichtigtuerisch, riefen zum Umzug. Mit dieser Technik der politischen Briefkastenfirmen soll vorgetäuscht werden, daß alle „relevanten Gruppen" der Republik auf dem prosowjetischen Dampfer seien. Tatsächlich kamen ungefähr zwei Dutzend Demonstranten auf einen Aufrufer. Nicht einmal ein Prozent der Berliner nahm teil.

Aber ziemlich viele SPD-Leute rannten hinter der SEW her. Die SEW ist ein Ableger der SED. Was ist die SED? Eine Partei, die 1946 aus einer Vereinigung von SPD und KPD in der Sowjetzone entstand. Zwangsweise. Die Mitläufer vom Montagabend hat niemand gezwungen. Das ist kein amerikanisches Problem. Das ist ein deutsches Problem.

Häuslebauers Sorgen

Von Claus Dertinger

Die Hypothekenzinsen sinken schon seit Monaten, und zwar besonders deutlich in den letzten Wochen. Dies ändert freilich nichts an der Tatsache, daß die Zahl der unter den Hammer kommenden Eigenheime immer noch zunimmt.

Es gibt seit anderthalb Jahren so viele Zwangsversteigerungen von Immobilien wie nie zuvor seit dem Krieg. Aber sie machen nur einen minimalen Bruchteil der von den Hypothekenbanken und anderen Financiers beliehenen Objekte aus.

Der erfreuliche Rückgang der Hypothekenzinsen hat denn auch noch keine Trendwende bei den Zwangsmaßnahmen gebracht. Denn von der Verbilligung der Baufinanzierung profitieren nur jene, die jetzt neue Projekte in Angriff nehmen, und Eigenheimer, die zu höheren Zinsen aufgenommene Hypotheken jetzt umschulden können. Und das sind nicht gerade allzuviele.

Drückend hohe Zinsen sind ja auch meist nicht die Hauptursache dafür, daß seit einiger Zeit mehr Häuser unter den Hammer kommen als früher. Da gibt es einmal die steigende Zahl der Ehescheidungen; nicht jeder Zahl-Partner kann den Unterhalt des anderen und des Hauses gleichzeitig meistern.

Dann gibt es die Folgen der letzten Rezession. Die Arbeitslosigkeit macht sich bemerkbar. Und wenn es nur die Ehefrau ist, die plötzlich nicht mehr dazuverdient: Da fehlt eben häufig genug das Geld, die Zins- und Tilgungsverpflichtungen zu erfüllen, vor allem, wenn das Häuschen bis über den Schornstein mit Hypotheken belastet ist. Zudem rächt es sich jetzt, daß manche Häuslebauer einst darauf spekulierten, inflationäre Einkommenssteigerungen würden die Lasten schon nach und nach leichter machen.

Es ist kein Wunder, daß sich die Zwangsversteigerungen in wirtschaftlich schwachen Regionen häufen, so in Norddeutschland und Nordrhein-Westfalen. Es überrascht auch nicht, daß mehr und mehr Objekte unter den Hammer kommen, die in schlechten Lagen am heutigen Bedarf vorbei gebaut wurden. Nicht die Verkäufer, sondern die Käufer diktieren heute die Preise am Wohnungsmarkt.

Jux und Tollereihaus

Von Günter Zehm

Allmählich ordnen sich die Einzelheiten der Hamburger Kulturpolitik zu einem wahren Schreckensgemälde. Das Schauspielhaus ein Trümmerfeld, sein Intendant in voller Flucht aus der Verantwortung, die Universität zutiefst verunsichert durch das naßforsche Umverteilungs- und Disziplinierungsgerede des neuen, knallgrünen Wissenschaftssenators, das Verhältnis zwischen Kultursenatorin und Erstem Bürgermeister auf dem absoluten Kältepunkt. Und nun auch noch die Querelen um den funkelnagelneuen Staatsopernchef, der schon wieder Abwanderungsgelüste signalisiert. Schlimmer kann es nicht mehr kommen.

Mag sein, daß sich für jede einzelne Pleite punktuelle, scheinbar unpolitische Ursachen finden lassen. Horres etwa, ein Mann von Willenskraft und großer Prinzipienfestigkeit, will sich offenbar auf keinen Fall auf das kompliziert-hinterhältige Mantel- und Degenstück einlassen, das in den Kulissen der Oper im Interessendreieck zwischen Operndirektor Rolf Mares, Generalmusikdirektor Hans Zender und Ballettdirektor John Neumeier gespielt wird. Er hat wahrscheinlich recht damit, aber dennoch wirkt sein derzeitiges Auftreten verheerend und schlägt mit zwingender Logik auf die politischen Instanzen der Freien und Hansestadt zurück.

Diese haben die Dinge teils treiben lassen, teils haben sie die Misere aus politischer Engstirnigkeit selber erst angerührt. Eine Kultursenatorin, die öffentlich frohgemut verkündet, sie habe von Literatur keine Ahnung, und ein Wissenschaftssenator, der die Gelehrtenschaft schroff von oben herab behandelt, wecken kein Vertrauen. Ein Geruch von Inkompetenz in Kultur- und Wissenschaftsangelegenheiten strömt aus dem Senatsgehege und sorgt auf allen Seiten für Übelbefinden, Nervenüberreizung, schlechte Laune.

Die in Hamburg mit absoluter Mehrheit regierende SPD hat in Kultur und Wissenschaft ohne Not, einfach aus Jux und Tollerei, ein rotgrünes Management installiert, das in Wahrheit ein schlimmes Mißmanagement ist. Die Bürger haben darunter zu leiden. Man sollte aber aus dem Fall lernen. Andere Kommunen mit ähnlichen Gelüsten sollten sich Hamburg als abschreckendes Beispiel dienen lassen.



Verwandtenzusammenführung KLAUS BÖHLE

Zwangsrückzahlung

Von Peter Gillies

Sie war ein Wechselbalg von Anfang an. Daß die strengen Herren in den roten Roben gestern die Investitionshilfeabgabe, wie man die Zwangsanleihe auch nannte, kühl und präzis als verfassungswidrig einstuften, überraschte kaum noch. Wer das Denken in sportlichen Kategorien bevorzugt und die Bundesregierung als Verlierer betrachtet, darf den Gewinner nicht übersehen: den Steuerzahler – und zwar nicht nur jenen, der zuviel gezahltes Geld zurückerhält.

Einst bemaßen Spötter die Länge einer Legislaturperiode nach dem Abstand zwischen zwei Steuererhöhungen. Diese seligen Zeiten sind längst vorbei. Nicht nur sind die Steuern und Abgaben offen und verdeckt (in Form heimlicher Steuererhöhungen) auf ein Rekordniveau angeschwollen, sondern auch die Praxis fiskalischer Erhebung gibt Anlaß zu weitester Verbreitung von Steuerverdrossenheit. Die kurze und ruhmlose Geschichte der Zwangsanleihe für sogenannte Betuchte, die nicht selten possenhafte Züge trug, mutet wie eine Checkliste politischer Mißgriffe an.

Bei Regierungswechsel 1982 hatte der Bundesfinanzminister eine Kasse vorgefunden, deren Neuverschuldung auf fünfzig Milliarden Mark zudriftete. Es galt, einen Kollaps der Staatsfinanzen abzuwenden. Die Konsolidierung begann. Dabei glaubte sich die bürgerliche Koalition in einer Zwickmühle: Wenn wir schon Sozialleistungen kürzen (müssen), so meinte sie, sollten wir aus Gründen der „sozialen Symmetrie" den Betuchten die Steuern erhöhen.

Aber man hatte Hemmungen. Eine offene Steuererhöhung für mittlere und höhere Einkommen widersprach augenfällig den eigenen Vorsätzen. Andererseits fürchtete man, daß der Verzicht darauf den nicht weniger peinlichen Vorwurf der „Verteilung von unten nach oben" einbringen könnte.

Bei Antritt vermochte sich die neue Koalition zwischen beidem nicht zu entscheiden. Es fand sich keine Mehrheit, die deutlich ausgesprochen hätte, daß es nicht um die Befriedigung mißgünstiger Gefühle oder irgendwelche Verteilungen gehen könne, sondern schlicht um mehr Arbeitsplätze. Verteilungsgesichtspunkte hatten zurückzutreten, denn auch damals war schon unbestritten, daß das Soziale verfehlt, wer nicht die Arbeitslosigkeit abbaut. Gerade von den „Betuchten" (die ja nun wirklich nicht bei Jahreseinkommen von 50 000 Mark beginnen) erwartet man aber mehr Leistungs- und mehr Risikobereitschaft, letztlich mehr Produktivität, die sich in Arbeitsplätzen niederschlägt. Jeder Versuch, die fiskalische Garotte noch mehr anzuziehen, mußte demotivieren. Nach dem Motto „ein bißchen Schwangerschaft" fahndete die Regierung jedoch nach einem Mittelweg. Und gebar besagten Wechselbalg.

An Heiligabend 1982 stand die Bescherung der Zwangsabgabe dann im Bundesgesetzblatt. Kaum war das Gesetz jedoch in Kraft getreten, schüttelten neue Zweifel seine Verfasser. Unter dem Druck vermeintlich populärer Stimmungen, die „Reichen" stärker zu schröpfen, plante man eine Verlängerung der Abgabe und wollte die Rückzahlung nunmehr in die neunziger Jahre verschieben. Schließlich standen Bundestagswahlen vor der Tür. Statt der üblichen Verabfolgung von Wahlgeschenken winkte man mit dem Neid: Wenn ihr da unten schon weniger habt, sollen die da oben auch kräftig blechen. Wer dies zutreffend als Politik schädlichen Wachstumsverzichts bezeichnete, lief Gefahr, als Sozialschädling zu gelten.

Am Ende kam das Erwartete heraus: ein Zwitter, der weder Steuer noch Abgabe noch Anleihe ist, sondern eben ein Verfassungsverstoß, wirr konzipiert und hyperbürokratisch organisiert. Die konjunkturpolitische Rechtfertigung, damit wolle man den Wohnungsbau ankurbeln, war ein Hilfsargument, das – wie wir heute wissen – der Baubranche ein Strohfeuer bescherte, ohne ihre Strukturprobleme zu lösen. Sie wurden lediglich unter hohen Kosten verschoben.



Korrektur eines systemwidrigen Mißgriffs: Gerichtspräsident Zeidler (neben ihm Verfassungsrichter Rinck) FOTO: DPA

Die Präzision, mit der die Verfassungsrichter den fünfprozentigen Steuerzuschlag verwarfen, ist ein Menetekel für die Finanz- und Wirtschaftspolitik. Es mahnt zu Klarheit und Konsequenz. Das gilt für die Höhe der Steuern und Abgaben, aber auch für die Praxis ihrer Erhebung. Nicht nur hemmt jede weitere finanzielle Belastung der Wirtschaft die Normalisierung des Arbeitsmarktes, es finden sich im Steuerdschungel obendrein selbst Experten nicht mehr zurecht. Angesichts von 92 000 unerledigten Fällen der Finanzgerichtsbarkeit spricht der Präsident des Bundesfinanzhofs, Franz Klein, von persönlicher Rechtsunsicherheit und von Überforderung des Steuerzahlers.

Die Wende in der Steuerpolitik, ein gewichtiger Teil der Wählerlegitimation, ist bisher nicht eingetreten. Die Kosten des Sozialstaates sind noch nicht auf die Basis seiner dauerhaften wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zurückgeführt, wenngleich die erstaunlichen Erfolge der Sparpolitik nicht verkannt sein sollen. Leistung lohnt sich noch nicht in dem von der Mehrheit erwünschten Maß, das allein die Rückkehr zu mehr Beschäftigung ermöglicht. Vorerst riecht der Steuerzahler lediglich den Lockduft einer Steuerreform, die zwischen 1986 und 1988 kommen soll. Bis dahin aber spürt er in jeder Lohntüte, daß die Steuererhöhungen munter weitergehen.

Die Klarstellung der obersten Verfassungsrichter sollte von der Politik als Chance begriffen werden, die Erfolge der Finanzpolitik durch eine wachstumsfördernde und verläßliche Steuerpolitik abzusichern. Da die Opposition mit ernstzunehmenden Alternativen nicht brilliert und die Rückgabe der zwei Milliarden handhabbar ist, zwingt der Richterspruch die bürgerlich-liberale Bundesregierung zur Erinnerung an ihre eigenen Vorsätze. Ein heilsamer Zwang.

IM GESPRÄCH Zbigniew Michalek

Rat von Gauleiter Koch

Von Joachim Görlich

Was aus der westlichen Hilfe für Polens Landwirtschaft wird, ob es sie geben kann und unter welchen Bedingungen; ob gar sinnvolle Bedingungen denkbar sind, die Europas einstige Kornkammer wiederherstellen – darüber entscheidet nicht zuletzt der für Agrarfragen zuständige ZK-Sekretär in Polens KP, Zbigniew Michalek, dem der mit weitgehenden Vollmachten ausgestattete Landwirtschaftsminister unterstellt ist.

Wie steht Michalek zu den polnischen Privatbauern? In Kattowitz stellte er sich zwar jüngst vor sie. Aber dann gab er der Belieferung der Staatsgüter mit Traktoren doch den Vorrang und meinte, die Agrarproduktion könnte noch um dreißig Prozent angehoben werden.

Das kommt nicht von ungefähr. Michalek ist ein Mann der Staatsgüter.

Nach Abschluß der Hochschule für Landwirtschaft in Krakau ging er in den Dienst der Staatsgüter und wurde bald Vizedirektor im Staatsgut Hubertusruh, Kreis Leobschütz, in der Region Oppeln. Von 1960–1969 war er Direktor eines Großstaatsgutes in Reichen, Kreis Namslau, ebenfalls im Bezirk Oppeln. Dazwischen, nämlich von 1965 bis 1966, schickte man ihm zum Praktikum an die Purdue-Universität in Indiana, an deren Fakultät für Mechanisierung der Landwirtschaft. Hier festigte sich seine Überzeugung, daß nur große Agrarbetriebe Zukunft haben. Nach seiner Rückkehr wurde er zum Generaldirektor des Landwirtschafts-Musterkombinats Leobschütz/Oberschlesien ernannt. Neben dem Vizepremier Professor Manfred Gorywoda ist er in der Warschauer Hierarchie das letzte Mitglied der „Oberschlesischen Mafia". Seine Kontakte zur First Lady, Barbara Jaruzelska, die ebenso aus Oberschlesien kommt, sind dem Bergmannssohn aus Pszow wohl nützlich. 1935 geboren, muß er die deutsche Grundschule besucht haben; seine Deutschkenntnisse wurden jedenfalls der Öffentlichkeit bewußt, als er 1982 den Ex-Gauleiter von Ostpreußen, Erich Koch, im Gefängnis Wartenburg bei Allenstein aufsuchte, um sich Rat zu holen, wie



Erfahrungen in Purdue: Polens Agrar-Lenker Michalek FOTO: CAMERA PRESS

man aus der Agrarmisere herauskommen und wie man mit den widerspenstigen Bauern umgehen sollte. Er sprach darüber auf einer KP-Versammlung und schrieb darüber im theoretischen KP-Organ „Nowe Drogi". Als die westliche Presse das Thema aufgriff, wollte er das Ganze als Spaß verstanden wissen.

Michalek vernachlässigte neben der beruflichen Karriere nicht die politische. Während des Studiums in Krakau trat er der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei" bei. In der Oppelner Region, wo in der Landwirtschaft vornehmlich die oberschlesischen Bauern den Ton durch Fleiß und hohe Produktivität angeben, hatten es Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften sehr schwer. Aber auch die Staatsgüter mußten sich in den Augen der Bevölkerung unter Beweis stellen. Im Kreis Leobschütz war das Michalek'sche Kombinat ein Mustergut, wohin die Gutsdirektoren aus ganz Polen gekarrt wurden, um sich ein Beispiel zu nehmen. Schon Gierek wurde auf Michalek aufmerksam. In der „Solidarität"-Ära rückte er ins Sekretariat des ZK im „Weißen Haus" in Warschau, wie das ZK-Gebäude im Volksmund genannt wird, auf. Bisher ist es ihm nicht gelungen, mehr Mustergüter zu schaffen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Neue Presse

Die Zeitung kommentiert den Arbeitsmarkt:

Jedenfalls ist der dramatische Anstieg der Arbeitslosenzahlen seit Monaten gestoppt. Die anderen Wirtschaftsdaten – Preisstabilität, Leistungsbilanz, Staatsverschuldung, Wachstum – hatten sich gebessert. Was fehlt, ist, daß auch die Kurven in der Nürnberger Bundesanstalt in die richtige Richtung, nämlich nach unten zeigen ... Das aber bedeutet, daß es uns in der Bundesrepublik nicht gelungen ist, in der Phase einer relativ guten Konjunktur ein Polster für den irgendwann wieder einmal zu erwartenden Konjunkturabschwung anzulegen.

DONAU-KURIER

Die Ingolstädter Zeitung meint zu den Flüchtlingen in der Prager Botschaft:

Würde es im Augenblick nur um eine Handvoll von DDR-Bürgern gehen, die Bonns Missionen in sozialistischen Hauptstädten als „Notausgang" benutzen möchten, dann würde die Partei vermutlich noch ein weiteres Mal mit sich reden lassen. Die rund 150 Flüchtlinge aber, die allein in der Prager Vertretung der Bundesrepublik Zuflucht gesucht haben, nehmen aus der Sicht Ost-Berlins den Stellenwert einer Machtprobe zwischen Staatsgewalt und offener Auflehnung gegen die drüben gültige Gesellschaftsordnung ein.

Frankfurter Allgemeine

Sie macht eine Hauptaufgabe der sandinistischen Regierung in Nicaragua aus:

Niemand wird sie hindern, Revolution zu exportieren. Das ist ein Geschäft, von dem sich Nicaragua ebenso wenig wie Kuba durch Vertragsabschlüsse abhalten lassen wird. Nicaragua wird anpasserisch sein wie ein Chamäleon. Aber es wird an seinem eigentlichen Ziel festhalten, und solange es das tun kann, wird es auch seine hintergründige Hauptaufgabe erfüllen: einen Keil zwischen Europa und die amerikanische Schutzmacht zu treiben.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung meint zu Jugoslawien:

Der Prozeß gegen die sechs jugoslawischen Intellektuellen ist ein beunruhigendes Zeichen dafür, daß die Repression in der Nach-Tito-Ära zugenommen hat. Für das harte Zugreifen gibt es mehrere Gründe, aber das deutlichste Zeichen dafür ist, daß sich Jugoslawien in Schwierigkeiten befindet. Die Inflation ist außer Kontrolle geraten, einer von sechs Arbeitern ist ohne Beschäftigung, mit der Wirtschaft geht es bergab. Sparmaßnahmen haben nur wenig Resultate erbracht. Dieser Stand der Dinge war es, der einige Intellektuelle veranlaßte, vor einem wirtschaftlichen und sozialen Kollaps zu warnen und für mehr Effizienz im Management, politische Reformen und eine größere Meinungsfreiheit einzutreten.

Die KPF schert aus, aber ein Grüppchen steuert dagegen

Fraktionsbildung in einer sonst stramm sowjethörigen Partei / Von August Graf Kageneck

Frankreichs Kommunisten wollen sich nicht der Inkonsequenz bezichtigen lassen. Wenn ihre Führung schon zugeben muß, daß ihre langfristig angelegte Politik der Linksunion mit den Sozialisten „der Richtung einer sozialistischen Regierung für Frankreich" mit ihrer Ausbootung aus dem Kabinett im letzten Sommer im Ansatz gescheitert ist, so soll der Bruch auch total sein und nicht in Halbherzigkeiten stecken bleiben.

Das Experiment mit den Sozialisten ist beendet und soll nicht wiederholt werden. Wenn es je wieder eine „Einheit des Volkes der Linken" geben soll, so muß diese von der Basis her über die Massen verwirklicht werden und nicht mehr von den Parteivorständen im luftleeren Raum der Strategie. Das ist der Sinn des Resolutionsentwurfes, den eine Sondersitzung des Zentralkomitees der KPF als Basispapier für den 25. Parteikongreß im kommenden Februar verabschiedet hat.

Halbherzig und inkonsequent wäre es nach Ansicht des hundertvierzigköpfigen Parteiführungsgremiums gewesen, wenn man, den Empfehlungen einer kleinen Gruppe von „Erneuerern" folgend, die Union mit der Sozialistischen Partei fortgesetzt hätte unter der Voraussetzung, daß beide Seiten sich auf ein neues Regierungsprogramm für einen Ausweg aus der Krise geeinigt hätten.

Die Kommunisten hätten sich nach den Vorstellungen dieser Gruppe, zu der der frühere Minister für das Gesundheitswesen, Marcel Rigoud, und der bisherige ZK-Sprecher, Pierre Juquin, gehören, zu den Zielen der Sanierungspolitik des Premierministers Fabius bekannt. Sie hätten auch die von Fabius geplanten massiven Entlassungen in der Industrie akzeptiert, wenn den Arbeitern zusätzliche Unterstützung statt der von Fabius vorgeschlagenen „Umschulungspolitik" geboten worden wäre.

Fabius aber war schon im vergangenen Juli nicht auf solche Forderungen der Kommunisten eingegangen. Dies hatte zum Auszug der vier kommunistischen Minister aus dem Kabinett und damit zum faktischen Bruch der Linksunion geführt.

Die „Dissidenten" hinter Rigoud und Juquin konnten sich auf der Zentralkomitee-Sitzung in der vorigen Woche nicht durchsetzen. Aber sie hatten den Mut, sich nicht der Mehrheit anzuschließen und bei ihren unterschiedlichen Meinungen zu bleiben, was sie öffentlich mit ihrer Weigerung dokumentierten, das im üblichen Parteichinesisch verfaßte, 74 Seiten starke Dokument des Zentralkomitees zu unterschreiben.

Zum ersten Mal in der Geschichte der KPF hat eine parteiinterne Opposition damit ihren Dissens auf den Markt getragen, noch bevor sie, wie bisher üblich, aus der Partei ausgeschlossen worden war. Dieses Novum ist in Frankreich aufmerksam registriert worden. Es könnte als Indiz dafür gelten, daß die Parteiführung unter dem seit 1968 amtierenden Generalsekretär Georges Marchais so schwach geworden ist, daß sie Parteiausschlüsse prominenter Mitglieder nicht mehr wagen kann. In der Sowjetunion dagegen ist „Fraktionsbildung" seit 1920 ein schweres Verbrechen.

Lange Zeit glaubte man auch, daß der profilierteste unter den vier ehemaligen Kabinettsmitgliedern, Ex-Transportminister Charles Fiterman, zu den Dissidenten gehöre und sogar den Parteivorsitz anstrebe. Fiterman aber hatte sich schon vor der ZK-Sitzung klar hinter Marchais gestellt und eine Ablösung des Generalsekretärs als „keinesfalls akut" bezeichnet.

Marchais war gleichwohl in der Partei stark kritisiert worden. Man schob ihm allein die Schuld am Bruch mit den Sozialisten zu, der an der Basis der Partei nicht verstanden und nicht gebilligt wird. In vielen örtlichen Parteiverbänden werden die Beziehungen zu den Sozialisten weiter gepflegt. Man ist anscheinend auch entschlossen, trotz der Anweisungen der Führung Wahlbündnisse mit den Genossen der anderen Linkspartei für die Parlamentswahlen von 1986 einzugehen – auch wenn diese in den meisten Fällen den Sozialisten nützen würden. Die Sozialisten ihrerseits sind zur weiteren Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereit und erachten die Linksunion als weiterbestehend.

Die Absicht der KP-Führung ist klar: Durch eine einwandfreie Absetzung von den Sozialisten und eine Rückkehr zur „klaren und harten" Politik der früheren Jahre den verlorengegangenen Wähleranteil – etwa zehn Prozent seit 1981 – wieder aufzuholen und zur ersten Partei der Linken zu werden. Es gibt in linksradikalen Kreisen eine Tendenz, nach Niederlagen „nun erst recht eine konsequent linke Politik" zu fordern, weil man vom Wähler angeblich wegen Nicht-links-genug-Seins bestraft worden sei. Bisher aber hat der Verlauf der Arbeitskämpfe dieses Herbstes gezeigt, daß die KPF über ihre Gewerkschaft CGT keine Massen mehr mobilisieren kann und daher kaum eine Gefahr für die Regierung Fabius darstellt. Die Partei scheint weiter auf der Verliererstraße zu marschieren.

Wenn das Maß des Menschen nicht mehr genügt

Appelle und Verbote zeigen keine Wirkung: Doping, die Leistungsdroge im Spitzensport, ist mehr denn je auf dem Vormarsch – trotz aller Gefahren.

Von KLAUS BLUME

Es war 1982 im Potsdamer Luftschiffhafen. Ein Unterleutnant der Nationalen Volksarmee holte ein, zwei, dreimal kräftig aus – und erst 100,02 Meter weiter schlug die 600 Gramm schwere Handgranate ein. So weit wie Uwe Hohn aus Rheinsberg hatte noch nie ein Soldat die Handgranate geworfen.

Doch erst ein anderer Wurf brachte Hohn weltweite Publizität ein. Das war am 20. Juli 1984, um 19.35 Uhr im Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark in Ost-Berlin. Statt mit der Handgranate hantierte der Genosse Unterleutnant diesmal mit dem 800 Gramm schweren Sportspeer. Das Ding segelte und segelte, bis es nach 104,80 Metern endlich landete. Weltrekord. Die Experten überschlugen sich: ein historischer Wurf. Zum ersten Mal über 100 Meter. Ein Jahrhundert-Ereignis. Die Grenzen des menschlichen Leistungsvermögens seien gesprengt worden.

Mit wessen Hilfe? Folgt man nämlich dem Mediziner Bernd Kaprzak, so ist der Hohn-Rekord nicht nur unter rein sportlichen Aspekten zu sehen. Kaprzak, bis 1978 Oberarzt in der Sportmedizinischen Hauptberatungsstelle für „DDR"-Spitzensportler in Halle/Saale und nun in Freiburg tätig, zieht folgende Bilanz: „Die medikamentösen Hilfen sind in der DDR maximal entwickelt. Das heißt, für die Athleten sind alle Möglichkeiten, die die Medizin bietet, voll genutzt. Und das in einer Weise, die wissenschaftlich kontrolliert, ständig auf der Suche nach neuen und besseren Möglichkeiten durchgeführt wird." Mit anderen Worten: In der „DDR" bedient man sich der wissenschaftlich erforschten Dopingmethoden.

Um aber gleich der Vermutung zu begegnen, im Westen halte man wenig von dieser pharmazeutischen Leistungssteigerung, sei der amerikanische Weltklasse-Kugelstoßer Dave Laut zitiert: „Doping ist wie atomares Wettrüsten: Keiner will der erste sein, der damit aufhört."

Warum? Die Grenze der körperlichen Leistungsfähigkeit ist in vielen Sportarten längst erreicht. Drei Energiequellen sind dafür ausschlaggebend: die anaerob-laktazide (ohne Sauerstoff- und Milchsäurebindung): Davon besitzt der Mensch ein Depot, das maximal acht Sekunden ausreicht. Vergrößert werden kann es nicht.

Die aerob-laktazide (mit Sauerstoff- und Milchsäurebindung): Die größte Menge an Energie, die ein Mensch davon bilden kann, wird bei einem 400-m-Sprint unter 45 Sekunden erreicht. Doch dort sind die Spitzenläufer längst angekommen.

Die aerobe Energiefreisetzung: Die Verbrennung von Kohlehydraten und freier Fettsäure in Verbindung mit der Sauerstoffzufuhr ist die wichtigste menschliche Energiequelle. Sie wirkt leistungsentscheidend bei einer Belastung von über zwei Minuten.

Weil diese Energiequellen nicht beliebig vergrößert werden können, bedient sich die Sportwissenschaft der Physik und Mathematik, der Chemie und Medizin, der Pharmazie und Erbforschung. Werden unter diesen Gesichtspunkten Rekordentwicklungen genauer beobachtet, sehen sie – wie im populären 100-m-Sprint – so aus: Die minimale Verbesserung von 10,2 Sekunden auf 9,98 Sekunden war lediglich das Ergebnis besseren Schuhwerks, neuer Bodenbeläge und variierter Starttechniken. Der angebliche Superläufer reduzierte sich auf ein Objekt der Wissenschaft.



Am Ende aller Kräfte: Ein Marathonläufer kriecht mühevoll die letzten Meter bis ins Ziel FOTO: AP

In Tijuana gibt's Kraftpillen ohne Rezept

Die Leistungsgrenzen sind weitgehend erreicht. Werden die herkömmlichen Leistungsgrenzen überschritten, ist oft die Pharmazie im Spiel. Als der amerikanische Diskus-Weltrekordler Ben Plucknett überführt wurde, die verbotene anabole Kraftdroge geschluckt zu haben, klagte sein amerikanischer Werferkollege Al Oerter: „Mir ist kein Athlet bekannt, der wegen Bens Sperre mit dem Doping aufgehört hätte."

Und weil Dopingmittel dieser Art in den USA nicht frei verkäuflich sind, pilgern die Athleten ins mexikanische Tijuana hinüber, drei Autostunden von der Olympiastadt Los Angeles entfernt. In Mexiko sind die Kraftpillen rezeptfrei, und als beste Adresse gilt in Tijuana noch immer die „Botica drugs" von Victor Hugo Acaica an der Constitution Avenue. Eine Probe gefällig? Für 100 Winstrol-Tabletten, bei Werferinnen wegen des geringen Androgen-Gehaltes beliebt, verlangt Señor Acaica 17,50 Dollar – ein fairer Preis.

Wer nicht so nahe der mexikanischen Grenze wohnt, kann sich die verbotenen Mittel per Katalog aussuchen und von einem Versandhändler schicken lassen. Das klappt meistens, wenngleich in den Staaten der Bezug genauso geahndet wird wie der Besitz von Heroin. Die amerikanische Polizei macht ständig Jagd auf diese Unternehmen, doch sie wechseln fleißig ihren Standort, und das Geschäft blüht.

Dabei weiß jedermann, daß die Einnahme von Kraftpillen ohne ärztliche Aufsicht gefährlich ist. Der belgische Rekordstemmer Serge Redding geriet unter der Einnahme von Anabolika in eine depressive Phase. Er tötete sich 1975 selbst. Sein Landsmann und Gewichtheber-Kollege Roger Rysselaere brach als belgischer Vizemeister bei der Siegerehrung tot zusammen. Aggressivität, Impotenz, Leber- und Herzschäden vermuten Sportärzte als mögliche Folgen. Das männliche Geschlechtshormon Testosteron, bei Frauen zur Leistungssteigerung angewandt, bewirkt Bartwuchs, Baßstimme und Unfruchtbarkeit. Außerdem: Werden Anabolika und Testosteron gegeben, nimmt das sexuelle Verlangen deutlich zu, die Klitoris beginnt zu wachsen, gleichzeitig setzt eine äußerliche Vermännlichung ein, was wiederum den psychischen Druck erhöht.

Trainer, Ärzte, Athletinnen und Athleten wissen um diese Abnormitäten. Doch es wird nicht darüber gesprochen, um die einmal überschrittenen Schamschwellen zu vertuschen. Schwellen, die auch überschritten werden, wenn altgediente Athleten unter Umgehung des Arztes und der Eltern, aber in heimlicher Zusammenarbeit mit pharmazeutischen Unternehmen hierzulande jugendlichen, noch im Wachstum befindlichen Athleten Hormonpräparate verabreichen, die noch nicht auf dem Markt sind und über deren mögliche Nebenschäden der Einnehmende gar nichts weiß. So geschehen im süddeutschen Raum.

Schwellen, die auch überschritten werden, wenn die Veranstalter von Leichtathletik-Meetings ihre Siegprämie unter dem Tisch zahlen und dabei vorher „auslosen", wer in die Dopingkontrolle muß und wer nicht.

Schwellen, die überschritten werden, wenn der Athlet über Jahre so aufgeputscht wird, wie zum Beispiel der frühere sowjetische Rad-Olympiasieger Gennadi Komnatov, der im Alter von 29 Jahren an Nierenversagen starb.

Schwellen, die überschritten werden, wenn sich Turnfunktionäre Übungen ausdenken, die den Kapselbandapparat der Schultereckgelenke sprengen – nur, weil die Funktionäre nicht in der Anatomie bewandert sind.

Schwellen, die überschritten werden, wenn 16jährige Turnerinnen pharmazeutisch so behandelt werden, daß aus ihnen wieder Kinder werden.

Planziel: Der Athlet aus dem Computer

Aber das ist längst nicht das Ende der sportlichen Aufrüstung. Wo die Pharmazie und die Erbforschung nicht mehr weiterhelfen, wo die Hypnose ebenso versagt wie das überteuerte Mittel aus der Hirnanhangdrüse kürzlich Verstorbener, läßt sich durchaus noch ein anderer erfolgreicher Weg begehen – der des Computer-Dopings. Dr. Gideon Ariel (45) – noch immer israelischer Landesrekordhalter im Diskuswerfen – forscht gemeinsam mit seinem amerikanischen Kollegen Vic Braden an der Universität von Utah in Salt Lake City in dieser Richtung.

Ihre Zukunftsvision: Alle Daten über optimale Bewegungsabläufe werden im Computer gespeichert. Wenn dann der Athlet zum Wettkampf einrückt, drückt der Wissenschaftler nur noch auf den Knopf, und der ferngesteuerte Athlet rennt los – frei von emotional bedingten Formschwankungen und unbeeinflußbar vom eigenen Willen. Ariel und Braden sind überzeugt: Diese Zukunft hat bereits begonnen.

„Für einen stabilen Frieden durch bessere Abschreckung"

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger würdigt in einem Artikel für die WELT Bonns Rolle bei der Verteidigung der NATO und fordert die Deutschen auf, sich an der Forschung für einen Schutzschild gegen sowjetische Atomraketen zu beteiligen.

Von CASPAR WEINBERGER

Als Verbündete über lange Zeit wissen die Amerikaner, daß die Bundesrepublik Deutschland, vielleicht mehr noch als jedes andere Land der NATO, sehr genau zu beurteilen vermag, was es heißt, in großer Nähe zur Macht des Warschauer Paktes und der immer weiter wachsenden Bedrohung durch ballistische Raketen zu leben. Vor nicht einmal achtzehn Monaten schlug Präsident Reagan einen Weg zur Verteidigung gegen diese Bedrohung vor. Er forderte die moderne Wissenschaft auf, Mittel zu entdecken, um ballistische Raketen „unwirksam und überflüssig" zu machen und so zu helfen, „die Welt von der Bedrohung durch einen Nuklearkrieg zu befreien".

In letzter Zeit hat sich unser Wissen über Wege zu einer wirksamen Verteidigung gegen ballistische Raketen sehr verbreitert. Und es gibt gute Gründe dafür zu hoffen, daß sich eines Tages durch unbeirrbare Forschung die Sicherheit erreichen läßt, von der Präsident Reagan sprach. Unser Ziel für die nächsten Jahre ist die Forschung. Wir wollen die bestmöglichen Informationen verfügbar machen, mit deren Hilfe ein künftiger amerikanischer Präsident und der US-Kongreß in enger Beratung mit der Bundesrepublik Deutschland und unseren anderen Verbündeten in der NATO und überall auf der Welt beurteilen können, ob es sinnvoll ist, eine durch und durch verläßliche Verteidigung gegen ballistische Raketen zu entwickeln oder gar zu stationieren.

Die Sowjetunion hat seit Ende der sechziger Jahre die Forschung auf diesem Felde zielstrebig vorangetrieben. Die Strategische Verteidigungsinitiative (Strategic Defense Initiative, abgekürzt SDI, die Red.) ist ein kluger Zaun gegen die Möglichkeit, daß die Sowjetunion ihre Forschung ausweiten und allein ein wirksames System zur Verteidigung gegen ballistische Raketen einführen könnte. Denn dieses würde die Stabilität des atomaren Gleichgewichts zerstören und die westliche Sicherheit gefährden. So müssen wir mit Weitblick neue Verteidigungstechnologien erforschen.

Derart viel ist über die Strategische Verteidigungsinitiative geschrieben worden, daß es für uns alle wichtig ist zu verstehen, was sie *nicht* ist. Erstens stellt sie kein Programm dar, das irgendeine der von uns gegenwärtig eingegangenen Verpflichtungen zur Waffenbegrenzung verletzt; das SDI-Forschungsprogramm widerspricht den von uns unterzeichneten Verträgen nicht, den ABM-Vertrag natürlich eingeschlossen. Das Programm verkörpert auch keine Anstrengung, die nicht im Einklang stünde mit dem Konzept der Rüstungskontrolle als einem wichtigen Teil unserer Sicherheitspolitik in der Allianz. Tatsächlich ist es gerade das Gegenteil. Denn wir haben die sichere Überzeugung, daß gleiche und nachprüfbare Rüstungskontrolle ganz wesentlich zur Stabilität beitragen kann, sowohl heute als auch morgen und übermorgen. Eine wirksame Verteidigung gegen ballistische Raketen kann die Wahrscheinlichkeit dafür, daß derartige stabilisierende Rüstungskontrollverträge erreicht werden, steigern, und zwar dadurch, daß der militärische Wert von ballistischen Waffensystemen verringert wird und dadurch, daß ein Angriff mit Raketen ballistischer Art eine sehr viel riskantere, wenn nicht gar sinnlose Unternehmung würde.

Zum zweiten verdeutlicht das SDI-Programm, daß wir keineswegs in unserer Bereitschaft nachlassen, anderen nuklearen und nichtnuklearen Bedrohungen für unsere Sicherheit angemessen zu begegnen. Wir sehen gerade in den ballistischen Raketen die klarste, die unmittelbarste und die gefährlichste Bedrohung, der wir zu begegnen haben. Im übrigen können die Technologien, die wir mit Hilfe unserer Untersuchungen zu einer möglichen Verteidigung gegen ballistische Raketen entwickeln, unmittelbar oder mittelbar für andere Verteidigungsaufgaben verwendet werden.

Am wichtigsten aber ist: Unsere Entscheidung über die neuen Forschungsanstrengungen ist nicht im mindesten als Ablassen von unserer Verpflichtung zu verstehen, auch künftig bei der Erhaltung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und unserer anderen Verbündeten zu helfen. Deren Sicherheit macht im Kern auch die unsere aus. Eine wirksame Verteidigung gegen ballistische Raketen könnte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beträchtlich dadurch verbessern, daß diese gegen die Bedrohung mit sowjetischen Raketen geschützt würde.

Nicht nur würde eine solche Verteidigung die Fähigkeit der NATO zur Abschreckung eines Atomangriffs verbessern, sie würde zudem die Abschreckungskraft des Bündnisses allgemein gegen eine Aggression auf Westeuropa durch Sowjetunion und Warschauer Pakt stärken. Denn die sowjetische Fähigkeit, mit Hilfe von ballistischen Raketen solche Einrichtungen zu bedrohen, die für die konventionelle Verteidigung Europas wesentlich sind – etwa Flugplätze, Häfen, Depots und Fernmeldeeinrichtungen –, würde reduziert. Eine wirksame Verteidigung gegen ballistische Raketen würde beim Angreifer große Unsicherheit entstehen lassen, und somit auch die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen konventionellen Angriffs auf Westeuropa mindern und auch die Wahrscheinlichkeit, daß die Sowjetunion einen solchen Angriff als erste Möglichkeit überlegt.

Doch ebenso, wie diese Verteidigungstechnologien für unser aller Sicherheit wichtig sein könnten, steht fest, daß sie nicht alle Sicherheitsprobleme werden lösen können, denen wir uns in den kommenden Jahren gegenübersehen. Solange sowjetische Streitkräfte in großer Zahl gegen uns gerichtet sind – Streitkräfte mit der Fähigkeit, unseren Zugang zu kritischen Quellen für Versorgung und Handel abzuschneiden und sogar unsere Heimat zu bedrohen –, solange wird es notwendig bleiben, eine starke Abschreckungskraft in Gestalt konventioneller Armeen zu unterhalten.

Schließlich müssen wir uns alle immer wieder vor Augen führen, daß wir in einer Welt mit Nuklearwaffen ein gemeinsames Schicksal teilen und vereint sind in unserer Verwundbarkeit gegen einen Angriff mit Atomwaffen. Gerade deshalb müssen wir unsere besten Köpfe für die bedeutende Aufgabe zusammenbringen, die wissenschaftlichen Fähigkeiten zu nutzen, die uns in einer Welt vereinen können, in der keine Nation mehr den plötzlichen Ausbruch eines Nuklearkrieges zu fürchten hat.

Inzwischen aber dürfen wir die Wirklichkeit von heute nicht übersehen. Ich kann nicht genug unterstreichen, wie wichtig für uns alle der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland für eine wirksame Abschrekkungsmacht der Verbündeten ist. Ich denke, jeder von uns in der freien Welt sollte unablässig zu breitgefächerter technologischer Forschung beitragen, damit die Abschreckung und damit die langfristigen Aussichten zur Erhaltung des Friedens verbessert werden. Die Strategische Verteidigungsinitiative kann die Abschreckung stärken. Wir sollten uns immer vor Augen halten, daß es besser ist, Waffen zu zerstören als Menschen.

Als Präsident Reagan letztes Jahr die Strategische Verteidigungsinitiative ankündigte, legte er Wert darauf, die Sicherheit unserer Verbündeten in der NATO mit der der Vereinigten Staaten zu verbinden. „Ihre Sicherheit und die unsere sind eins", sagte er damals, „und kein Wechsel in der Technologie kann oder wird diese Realität verändern." Das beiderseitige Interesse und die gegenseitige Unterstützung, die die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland von jeher kennzeichneten, sind stärker denn je. Unsere Verpflichtung für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie für die ganz Westeuropas bleibt stark und lebendig. Nicht zuletzt haben wir mehr als 325 000 Mann unserer besten Truppen in Europa stationiert, und wir sind willens, sie dort stehen zu lassen. An der Seite der Bundesrepublik Deutschland und gemeinsam mit unseren anderen Verbündeten in der NATO und überall in der Welt streben wir danach, einen stabilen Frieden auf unserer Erde durch verbesserte Abschreckung und durch die Bereitschaft zur Verminderung der Waffen zu erreichen. Indem wir das gemeinsam tun, können wird die Menschlichkeit ein gutes Stück voranbringen, hin zu einer sichereren und friedlicheren Welt.

Barmen gestern und heute

Denkwürdige Debatte auf der EKD-Synode über die Theologische Erklärung von 1934

H. OHNESORGE, **Travemünde**

Wie konnten Christen, Angehörige der Bekennenden Kirche, trotz Kenntnis der Barmer Theologischen Thesen „Killer in Hitlers Armee" werden? Weshalb haben sie den Wehrdienst in diesem Krieg, der kein „gerechter Krieg" war, nicht verweigert? Diese provokatorische Frage des Berliner Synodalen Professor Theodor Ebert – er nahm später den Ausdruck „Killer" zurück und entschuldigte sich dafür – löste eine der heftigsten Debatten der diesjährigen Synodaltagung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Travemünde aus.

Der Bischof der Kirche von Kurhessen-Waldeck, Gernot Jung, hatte in einem Vortrag „Barmen und der Weg der Evangelischen Christenheit in Deutschland" dargestellt, wie die Barmer Theologische Erklärung des Jahres 1934 heute, 50 Jahre später, noch weiterwirkt, und hatte in diesem Zusammenhang gewarnt: „Barmen darf in einer 1934 gegenüber völlig veränderten Situation nicht einfach zitiert werden." Jung hatte die Zweifel dargestellt, die Barmer Erklärung als Folge und verbindliche Bekenntnisschrift zu akzeptieren, aber er hatte auch gezeigt, wie die damalige Absage der Kirche an einen sich in kirchliche Dinge einmischenden Staat, der sich gottähnlich dünkte, heute von vielen Menschen noch als verbindliche Norm verstanden wird.

Kein politisches Manifest

„Barmen ist nicht fortschreibbar oder revidierbar", konstatierte der württembergische Synodale Kurt Hennig. Legitim könnte dies bestenfalls durch eine Synode geschehen. Barmen sei auch kein politisches Manifest gewesen und habe sich nicht an die Reichsregierung gerichtet, sondern gegen die Deutschen Christen als eine Häresie. Zudem habe man die zumeist erst künftigen Sünden des Dritten Reichs 1934 noch nicht erkennen können.

Als jetzt der Berliner Politikwissenschaftler und Friedensforscher Ebert seine Frage stellte, hatte er die übergroße Mehrheit deutlich hörbar gegen sich. Angeführt von dem hessischen Kirchenpräsidenten Helmut Hild, im Krieg selbst junger Offizier, standen die Angehörigen der angesprochenen Jahrgänge auf und erklärten dem nachgeborenen Kritiker, weshalb sie damals – ob in Kenntnis der Barmer Erklärung und des Kampfes der *Bekennenden Kirche* gegen Hitler oder nicht – die Uniform angezogen hatten. Sie stellten, ohne die sonst im Kirchenparlament oft übliche Rhetorik, die damalige Zeit aus ihrer Sicht dar, ohne sich zu entschuldigen.

Tief betroffen äußerte sich auch der Synodale Bundeswehr-Oberst Walter von Lossow und schilderte, wie die Bundeswehr sich sowohl der Vergangenheit völlig bewußt sei als auch als Folge daraus versuche, ihrem Auftrag zu Sicherung des Friedens gerecht zu werden.

Den Abschluß der zuerst erregten, dann immer nachdenklicher werdenden Diskussion bildete der Dank eines Jugendsynodalen. Hier sei, offen und ohne Beschönigung, jungen Menschen einmal glaubhaft von einer Zeit und der Verstrickung der Menschen um sie berichtet worden, wie dies die Jugend sonst weder in der Schule noch im Elternhaus zu hören bekomme.

Zuvor war der Haushaltsplan 1985 in Höhe von 374,9 Millionen DM eingebracht worden. Als Vorsitzender des Haushaltsausschusses erklärte der Hamburger Synodale Wilhelm Imhoff, trotz der vorübergehend abgeflauten Konjunktur werde eine zu erwartende weitere wirtschaftliche Belebung positive Auswirkungen auf das Kirchensteueraufkommen haben. Die für die Rechnungsjahre 1986-1988 vorgesehene Steuerreform, welche eine Entlastungswirkung von mehr als 20 Milliarden DM bei der Einkommensteuer bringen werde, nötige jedoch dazu, sich bei der EKD auf Einbußen beim Kirchensteueraufkommen einzurichten.

Verlust für Kirche

Nach Darstellung des Haushaltsexperten und EKD-Ratsmitglieds Werner Hoffmann haben beide großen Kirchen in der Bundesrepublik *einen Vorschlag erarbeitet*, der sicherstellen soll, daß bei der geplanten Wiedereinführung der Kinderfreibeträge kein Doppel-Entlastungseffekt entsteht. Dies wäre der Fall, weil nach dem Wegfall des Kinderfreibetrags in den siebziger Jahren bei der Kirchensteuerberechnung schon ein Freibetrag gegeben worden war. Ein gewissermaßen doppelter Freibetrag hätte zur Folge, daß praktisch nur noch Alleinstehende und Ehepaare mit einem oder zwei Kindern zur Kirchensteuer herangezogen werden würden, während ein Familienvater mit drei Kindern und 4000 Mark Monatseinkommen von der Kirchensteuer völlig freigestellt wäre. Den Kirchen entstehe auch so noch ein Verlust, sagte Hoffmann, jedoch sei an die Einführung anderer Besteuerung – etwa durch ein generelles Kirchengeld – nicht gedacht.

In einem Grußwort an die Synode sagte Manfred Stolpe, der stellvertre*tende Leiter des Bundes der Evange*lischen Kirchen in der „DDR", unter anderem: „Wir mußten erleben, daß der prozentuale Anteil der Kirchenmitglieder an der Bevölkerung weiter zurückging und daß wir heute im Landesdurchschnitt unter 40 Prozent der Einwohner evangelisch sind. Wir durften aber auch die erregende Erfahrung machen, daß Gottes Wort offenbar für viel mehr Menschen aktuell und interessant ist, als wir meinen".

Vom Pflegefall zum Sozialfall

Der Deutsche Landkreistag in Bonn fordert eine entsprechende Versicherung

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Über 260 000 von insgesamt zwei Millionen Pflegebedürftigen in der Bundesrepublik Deutschland befinden sich ständig in Pflegeeinrichtungen – und die Tendenz ist aufgrund des veränderten Altersaufbaus steigend. Weil bereits jetzt zwei Drittel aller Betroffenen aus diesem Personenkreis wegen der hohen Heimkosten auf Sozialhilfe angewiesen sind, fordert der Deutsche Landkreistag (DLT) als kommunaler Spitzenverband die schnellstmögliche Einbeziehung der Pflegebedürftigkeit in die gesetzliche Krankenversicherung.

Als Präsident des DLT wies Landrat Karl-Heinrich Buhse in Bonn im Namen der Mitglieder den Vorwurf zurück, es gehe bei diesem Vorstoß um die Entlastung regionaler und kommunaler Behörden von der Sozialhilfe. Im Mittelpunkt der Bemühungen stehe vielmehr die „humanere Lösung", daß jeder Bürger beruhigt seinem Alter entgegensehen könne. Der Deutsche Landkreistag schließe sich dem Vorschlag an, den der „Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge" unter Mitarbeit aller kommunalen Spitzenverbände, also auch des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, für eine solche Versicherung erarbeitet habe.

Entgegen den „Horror-Zahlen", die für eine solche Lösung von den Krankenkassen genannt würden, sei mit einem Aufwand von vertretbaren sieben Milliarden Mark jährlich eine stabile Situation für alle Pflegebedürftigen herbeizuführen. Dieser Aufwand lasse sich ohne Beitragserhöhungen finanzieren, wenn die seit langem diskutierten Korrekturen im sozialen Leistungssystem endlich in Angriff genommen würden.

Anders als beim Konzept der Bundesregierung honoriere der Vorschlag des „Deutschen Vereins" Pflegeleistungen Angehöriger und vermeide damit Anreize zum Zugriff auf kostenaufwendige professionelle Pflegedienste. Bisher würden rund 90 Prozent aller dieser Leistungen zu Hause von Angehörigen erbracht, wieviel Prozent davon nach einer Entscheidung für das Modell der Bundesregierung auf professionelle Pflegedienste ausweichen würden, sei unkalkulierbar. Dem häufig als Gefahr genannten Abschieben alter hilfloser Menschen in die Heime würde durch Förderung der häuslichen Pflege mit „namhaften Beträgen" und zum anderen durch den beträchtlichen Eigenanteil bei stationärer Pflege vorgebeugt.

Unterstützt wird die Idee der Pflegefall-Versicherung durch ein Konzept des hessischen und durch Vorschläge des rheinland-pfälzischen Sozialministers. Um überhaupt Durchsetzungschancen zu haben, so Alfred Schmidt vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes anläßlich der Veranstaltung des Deutschen Landkreistages, sollten sich alle, die eine umfassende Neuregelung anstreben, jenseits aller Differenzen verbünden.

Als Argument gegen eine Pflegeversicherung wurde bisher häufig angeführt, daß ein Ansturm auf die Heime einsetzen werde, weil Versicherte ihren geleisteten Anspruch dann auch einlösen wollten. Demgegenüber stellt der „Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge" fest, daß der Schritt ins Heim in der Regel nur stattfinde, wenn keine andere Wahl mehr bleibe.

Steuerzahlerbund: Madaus-Urteil ist sehr bedenklich

DW. **Bonn**

Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Armin Feit, rechnet damit, daß „eine große Prozeßwelle" kommt. Gegenüber der „Osnabrücker Zeitung" erklärte er zum Urteil im Kölner Madaus-Prozeß: „Ich warne dringend davor, jetzt Verurteilungen durch steuerrechtliche Laien vornehmen zu lassen." Kein Verteidiger könne „derartige Urteile wie im Prozeß gegen Madaus in der Welt stehen lassen", solange nicht die Steuergerichte die Fragen der Spendenpraxis geklärt haben. Zur Zeit bestehe völlige Unklarheit, ob es sich denn tatsächlich um Steuerhinterziehungen gehandelt habe, als die Spenden indirekt an die Parteien überwiesen worden sind. Es komme nicht darauf an, wie die Rechtslage aus heutiger Sicht zu beurteilen sei, sondern darauf, wie sie zum Zeitpunkt „der Tat" sich „dem Täter" dargestellt habe.

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel forderte gestern erneut eine rückhaltlose Aufklärung der Flick-Affäre durch den Untersuchungsausschuß des Bundestages. Vogel äußerte ironisch „ein gewisses Interesse" seiner Partei an der Antwort auf die Frage, woher die FDP im Dezember 1983 eine anonyme Spende von sechs Millionen Mark erhalten habe. Nach der Bestimmung des bürgerlichen Rechts müßten die Freidemokraten möglicherweise so verfahren, die „Fundsache" beim „Fundbüro" abzuliefern. Sie könnten dann ja „Finderlohn" beantragen.

Eigene JU-Position in der Grenzfrage

p. p. **Bonn**

„Die Junge Union setzt sich dafür ein, daß von deutscher Seite die polnische Westgrenze nicht mehr in Frage gestellt wird." So lautet eine Forderung im Leitantrag der Unions-Jugendorganisation zu ihrem diesjährigen Deutschlandtag, den der Vorsitzende Christoph Böhr gestern vorgelegt hat. Allerdings heißt es in demselben Antrag wenige Absätze zuvor: „Die Grenzen des 31. Dezember 1937 bestehen völkerrechtlich fort." Böhr: Dies sei ein „Ausgangsdatum", kein „Zieldatum".

Nach Böhrs Worten soll auch der Deutschlandtag der Jungen Union (vom 23. bis 25. November in Berlin) deutlich machen, daß für seine Organisation „im Rahmen gesamteuropäischer Lösungen Grenz- und Hoheitsfragen immer unbedeutender" werden. Viele Jahre hindurch sei „eine angebliche Geschichtslosigkeit der Bundesrepublik im Ausland als das eigentlich Gefährliche dargestellt worden." Die Junge Union teile „all denen (vor allem in den USA aktiven) Stimmen eine Absage, die nur in der Herstellung militärischer Stärke das Heil suchen und diese quasi als Selbstzweck zu betrachten scheinen".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster, send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Schlichtung soll vermieden werden

Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst / „Perspektivplan" als Kompromiß bei Arbeitszeit?

GÜNTHER BADING, **Bonn**

War es in der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst im vergangenen Jahr der „schmale Korridor" für Einkommensverbesserungen, so ist es dieses Mal das „honorable Angebot" von stattlichen 2,8 Prozent mehr Lohn und Gehalt, das die Gespräche der Tarifparteien im traditionellen Verhandlungslokal unter dem Stuttgarter Fernsehturm beherrscht. Innenminister Friedrich Zimmermann, Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber, hat es wieder einmal geschafft, das Diskussionsthema zu „besetzen". Wie weit das einem Abschluß dienlich ist, das wird sich am Donnerstag und voraussichtlich auch noch am Freitag zeigen. Von diesen beiden Verhandlungstagen wird abhängen, ob sich die Gewerkschaftsgruppen – beim DGB unter Führung der mächtigen ÖTV, in der Tarifgemeinschaft für Angestellte des öffentlichen Dienstes unter Leitung der DAG – auf diesen Kompromißweg einlassen werden.

Die Forderungen sprechen auf den ersten Blick dagegen, doch ist allen Beteiligten klar, daß am Ende der Kompromiß stehen muß. Verlangt haben die Gewerkschaften nicht nur mehr Geld (die ÖTV fünf, die DAG 4,5 Prozent) und zwar schon ab September 1984, während Zimmermann seine 2,8 Prozent erst ab Januar 1985 zahlen will und für die letzten vier Monate 1984 einen Einmalbetrag von 180 DM vorschlägt. Beide Gewerkschaftsgruppen haben zusätzlich auch noch Arbeitszeitverkürzung gefordert. Die eine Gruppe, mit der ÖTV an der Spitze, setzt auf wöchentliche Arbeitszeitverkürzung. Sie will – rechnerisch – mit 10 freien (und bezahlten, versteht sich) Tagen im Jahr die 38,5-Stunden-Woche erreichen, wie in der Metall- und der Druckindustrie. Die DAG-Tarifgemeinschaft setzt dagegen auf den Vorruhestand. Zwar befindet sie sich damit nahe an den Vorstellungen, die die Bundesregierung für die Wirtschaft entwickelt hat. Doch stellt sich bei der Einführung des Vorruhestands für den nicht-beamteten öffentlichen Dienst das große Problem: wie soll dann die Zusatzversorgung geregelt werden, jenes mit Zähnen und Klauen verteidigte Privileg aus früheren Zeiten, in denen nur mit dem Hinweis auf besondere soziale Leistungen Arbeitskräfte aus der Wirtschaft zu den Arbeitgebern bei Bund, Ländern und Gemeinden zu locken waren.

Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies kann einem Abschluß nicht zustimmen, ohne wenigstens einen „Einstieg" in die Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. Zu sehr hat sie sich selber und auch ihren Gewerkschaftskongreß im Sommer auf die Forderung nach der 35-Stunden-Woche festgelegt. Wie in der IG Metall, in der die Spitzenleute Hans Mayr und Franz Steinkühler von vornherein nur auf einen „Einstieg" in die 35-Stunden-Woche gesetzt hatten, die Propaganda der Abteilung Tarifpolitik lange Zeit aber den Eindruck erweckte, man wolle auf einen Schlag fünf Stunden pro Woche weniger arbeiten – setzt ebenso die ÖTV-Spitze hinter verschlossenen Türen schon längst nur noch auf einen Stufenplan.

Würde Verhandlungsführer Zimmermann den Vorruhestand konkret anbieten, so käme die ÖTV-Chefin zweifellos ins Schwitzen. Denn grundsätzlich ist auch dies eine Forderung der ÖTV und allen anderen DGB-Gewerkschaften; diesmal allerdings wurde die Priorität auf den Einstieg in die 35-Stunden-Woche über bezahlte Freizeit gelegt. Schwer verständlich ist die Formulierung in der Forderung „freie Tage". Freischichten wären sicherlich praktikabler als die lapidare Forderung nach „freien Tagen". Schlicht ablehnen könnte die ÖTV ein Vorruhestandsangebot wohl kaum. Will sie Zimmermann und mit ihm die Verhandlungsführer der Länder und Gemeinden, Staatssekretär Schreiner und Oberstadtdirektor Jahrhofer, von solchem Weg abbringen, – möglicherweise schon aus Konkurrenzgründen zur DAG – dann wird sie beim Umfang ihrer Forderung nach freien Tagen einen politischen Preis bezahlen müssen. Aber noch gilt unverändert das Angebot der ersten Tarifrunde, das „nur" Verbesserungen beim Lohn vorsieht.

Der Kompromiß könnte so aussehen: man einigt sich auf einen „Perspektivplan" zur Verkürzung der Arbeitszeit. Zeitversetzt zur Metall- und Druckindustrie, wo die in diesem Sommer ausgehandelte Wochenarbeitszeitverkürzung erst im April 1985 greift, könnte man Ende kommenden Jahres oder auch Anfang 1986 die ersten beiden freien Tage wirksam werden lassen. Danach, zum Wahljahr 1987, noch einmal zwei freie Tage oder Freischichten. Der „Einstieg" wäre geschafft. Das Ergebnis, zusammen mit dem auch noch leicht verbesserungsfähigen Geldangebot – vielleicht auf 3,0 Prozent und 240 statt 180 DM als „Einmalzahlung" für die restlichen Monate dieses Jahres – dieses Ergebnis wäre durchaus respektabel. Über weitere Arbeitszeitprobleme müßte dann mit der neuen Bundesregierung nach den Wahlen im Frühjahr 1987 verhandelt werden. Auch dies wäre kein Beinbruch. Denn bei den meisten anderen Gewerkschaften ist die Arbeitszeit auch bis 1987 oder gar 1988 festgeschrieben worden, ob mit dem Stufenplan zur Wochenarbeitszeitverkürzung oder bei den „Vorruheständlern" von Nah*rung und Genuß oder Textil und Be*kleidung.

Beide Seiten, ÖTV und öffentliche Arbeitgeber, sind sich in einem schon jetzt einig: eine Schlichtung soll tunlichst vermieden werden. Frau Wulf-Mathies braucht aus organisationsinternen Gründen den Beweis, daß sie in der Tarifpolitik ohne diese Krücke „gehen" kann. Und der Bundesinnenminister ist ohnehin dafür bekannt, daß ihm der direkte Weg lieber ist.

„Zur defensiven Taktik unfähig"

Friedensforscher Egbert Jahn vor SPD-Arbeitskreis über die militärische Rolle Moskaus

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Solange die Sowjetführung am Marxismus-Leninismus festhält, an ihrem „monistischen und zugleich dichotomischen Weltbild", wird Moskau nicht auf defensive Rüstung um*schalten können und außerdem im*mer eine zusätzliche „Disziplinierungsrüstung" für seine Satelliten-Staaten vorhalten. Dies ist eine der Thesen, die der Direktor des hessischen Instituts für Friedens- und Konfliktforschung, Egbert Jahn, vor Mitgliedern der SPD-Fraktion vortrug. Der Außenpolitik-Arbeitskreis I unter Leitung von Karsten Voigt hatte drei Wissenschaftler zur Diskussion über „Bedrohungsanalysen unter außenpolitischen Gesichtspunkten" eingeladen. Neben Jahn nahmen der Bremer Friedensforscher Dieter Senghaas und der Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Karl Kaiser, teil.

Die „Einkreisungstheorie" der Sowjets, der Anspruch, zweite Welt- und Ordnungsmacht zu sein, wurden von allen drei Professoren immer wieder angesprochen. Die „Rücknahme" des Weltmacht-Status' durch US-Präsident Reagan, sagte Kaiser, verstärke den Trend zur Überrüstung in der Sowjetunion und das „Festklammern", die „Starrheit des Systems". Auch die „Einkreisungsangst" sei heute stärker als zuvor, zum Teil durch eine „gigantische Selffulfilling Prophecy" selbst ausgelöst. Da zugleich die „Herrschaft in Osteuropa fragwürdiger", die Abmachungen von Jalta durch die USA in Frage gestellt und die „ökonomische Krise, der Abstand zum Westen so groß wie zu Stalins Zeiten" geworden seien, habe sich die Stellung des Militärs immer weiter erhöht.

Nach Kaisers Ansicht funktioniert die politische Führung in Moskau nach dem Prinzip, daß die „Reservate der Eliten", zum Beispiel von Außenpolitik und Militär, „autonom gegeneinander" seien. Sie könnten sich – bereits seit Breschnews Zeiten – nicht miteinander verständigen. Kaiser befürchtet, daß es in Moskau durch den steigenden ökonomischen Bedarf und die gleichzeitig steigenden Ressourcen-Anforderungen des Militärs „zunehmend zu Dissonanzen" kommen wird. Das „Resultat werden äußere oder innere Disziplinierungsmaßnahmen sein". Die Welt sei „mittendrin in einer Phase", in der Rückkehr zur Entspannungspolitik vielleicht „nicht mehr möglich" sei.

Mit Mahnungen an seine SPD, die bei den Stockholmer Gesprächen über vertrauensbildende Maßnahmen „Kronzeuge" für östliche Bemühungen geworden sei, zog Kaiser seine Folgerungen für die westliche Politik: „Solange der Warschauer Pakt glaubt, sich auf westdeutschem Boden zu verteidigen, und dies auch täglich übt, kommen wir im Abrüstungsdialog nicht weiter." Die Versuche von Sozialdemokraten, als „Apologeten" dies zu „rationalisieren" und zu verteidigen, führten nicht weiter. Genauso „unrealistisch" und „rührend irrelevant" seien Überlegungen zu „alternativen Strategien". Erforderlich sei, die Voraussetzungen der „Minimal-Abschreckung" zu erhalten, Methoden der „Krisen-Stabilisierung" weiterzuverfolgen und die Bereiche zu nutzen, in denen Fortschritte möglich erscheinen. Denn: „Was könnte beispielsweise für die sowjetischen Militärs ein akzeptabler Preis dafür sein, SS-20 zu verschrotten? Ich habe keine Antwort."

Ausmaß des Skandals wird durchschaubar

U-Ausschuß Klinikum Aachen vor Ende der Sachaufklärung

WILM HERLYN, Aachen

Es scheint, als wolle sich der Untersuchungsausschuß des nordrhein-westfälischen Landtages zum Bauskandal des Aachener Klinikums als erstes Gremium seiner Art in Bund oder Land das Verdienst erwerben, er arbeite besonders systematisch und gründlich. Und es scheint, als werde dieser Ausschuß am 6. März 1985 einen Abschlußbericht vorlegen, der Hand und Fuß hat. Jetzt – am Ende der Sachaufklärung – türmen sich die Ungereimtheiten, die Peinlichkeiten und die Nichtverantwortlichkeiten schon zu Aktenbergen auf. Aber sie sind durchschaubar und recherchierbar.

Nach dem Plan des Ausschußvorsitzenden Rolf Klein (CDU) werden demnächst die politischen Verantwortlichkeiten verhandelt. Prominente Zeugen sind vorgesehen: Die Finanzminister Professor Halstenberg, Weertz und Posser eröffnen den Reigen. Es stehen der damals verantwortliche Wissenschaftsminister Johannes Rau und sein Nachfolger Professor Jochimsen bereit und vielleicht auch der nun zuständige Minister Christoph Zöpel. Über die Reihenfolge gibt es jetzt schon Kopfzerbrechen in den Reihen der SPD. Denn sie möchte, daß Johannes Rau noch vor den Weihnachtsferien aussagt, darauf hoffend, daß sich der mögliche Sturm negativer Schlagzeilen für den Ministerpräsidenten in den folgenden Ferien legt.

Über das Projekt, das einmal knapp 600 Millionen Mark kosten sollte, später auf 800 Millionen korrigiert wurde, jetzt bei 2,1 Milliarden Mark steht und in der Endabrechnung um 2,5 Milliarden Mark kosten wird, hatte schon einmal ein Untersuchungsausschuß zu Gericht gesessen. Als dieser 1979 seine Beratungen schloß, tat er dies nicht, ohne den mahnenden Zeigefinger gegen die Landesregieurng als Bauherrn zu erheben. Zu vieles schien den Abgeordneten damals schon zu ungereimt.

Zum Zorn der Parlamentarier aber schien dies die Regierung nicht beeindruckt zu haben. Denn ein großer Teil der Fehler, Pannen, wenig kontrollierten Bauplanungen und -abrechnungen passierte erst nach diesem Zeitpunkt. Das offenbarten die Zeugenvernehmungen, vor allem des jetzigen Vorsitzenden der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat, Diether Hoffmann.

Steuergelder vergeudet

Fazit seiner Vernehmung: Der Generalunternehmer, die „Neue Heimat Städtebau" (NHS), sprang sehr selbstbewußt mit der Landesregierung um, die sich kaum wehrte und dadurch dazu beitrug, daß riesige Summen von Steuergeldern vergeudet wurden. Hoffmann erklärte vor dem Ausschuß, die NHS habe noch kurz vor der Fertigstellung des Großklinikums unverhohlen mit der sofortigen Einstellung der Bau- und Planungsarbeiten gedroht: „Wir haben klar, aber unverbindlich zu verstehen gegeben, daß wir fristlos aus dem Bauvertrag aussteigen, wenn das Land nicht weiter zahlt."

Die Regierung gab klein bei und erklärte sich bereit, „Abschlagszahlungen in Höhe von rund 600 000 Mark monatlich für Honorare plus 40 Prozent für Sachkosten zu erstatten", konkretisierte Hoffmann den Vorgang. Daß die NHS selber an dem Streit, der im April 1983 zur vorläufigen Einstellung der Zahlungen durch das Land geführt hatte, nicht unschuldig gewesen sein könnte, bestritt der Geschäftsführer der Neuen Heimat energisch.

Staatssekretär Martin Winter vom jetzt zuständigen Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung bekannte freimütig, warum das Land nicht hart gegenüber der NHS gewesen sei: „Mein Problem ist es doch, die Neue Heimat Städtebau bei der Stange zu halten, weil ich in dieser Situation niemand anderen mehr finde, der diese Arbeiten machen will."

Wie das Ende aussehen wird, wissen allerdings weder Klein noch Hoffmann noch Winter. Vor 14 Jahren war der Bau begonnen worden, 1977 sollte er fertiggestellt sein, und auch heute ist ein wirkliches Ende der Bautätigkeit nicht genau zu fixieren. Vor allem: Die Bundesregierung bleibt bei ihrer Weigerung, über die 1982 vereinbarte Kostenobergrenze von 1,6 Milliarden Mark hinaus ihren hälftigen Anteil an den Kosten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau an das Land Nordrhein-Westfalen zu zahlen.

Bonn will nicht zahlen

Bei ihrer Vernehmung ließ Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms keinerlei Zweifel an ihrer Haltung aufkommen: Der Bonner Geldhahn bleibt zu, denn „jetzt wird erst einmal gründlich geprüft und nachgeforscht".

Möglicherweise wird es sogar ein Verfahren des Bundes gegen das Land wegen „grober Fahrlässigkeit oder Pflichtwidrigkeit" geben. Die Entscheidung darüber fällt allerdings erst im Frühjahr, wenn ein von Frau Wilms in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten abgeschlossen ist, das die Haftungsfrage prüft. Die Ministerin erklärte dazu, das Gutachten werde gebraucht, weil es in der Bundesrepublik bisher keinen Fall gebe, in dem ein vom Bund gefördertes Landesprojekt eine „derartig exorbitante Kostensteigerung erfahren hat wie beim Aachener Klinikum".

Staatssekretär Winter glaubte lange Zeit, die Rechte des Landes seien „ausreichend gesichert". Er mußte dann aber zu seiner eigenen Überraschung durch den Untersuchungsausschuß erfahren, daß die NHS „unkorrekte Angaben" über ihren Versicherungsschutz gemacht hatte. Den Weg einer Zwangsvollstreckung sieht auch die Landesregierung nicht, denn die NHS ist so angeschlagen, daß „da wohl nicht viel zu holen ist" (Winter).

Immerhin geht die vom Land eingesetzte Sonderbauleitung nach Angaben des Leitenden Regierungsdirektors Norbert Förster derzeit rund 5000 Baumängeln nach. Noch einmal gesondert verfolgt sie die Planungs- und Ausführungsmängel, die zumindest teilweise noch zum Gegenstand juristischer Auseinandersetzungen werden könnten.

Die Liste der Pannen und fehlerhaften Planungen ist endlos. Sie reicht von Posten von 1,95 Millionen Mark, die entstanden, weil einem Wachmann der sogenannte Hauptgruppenschlüssel 4 in die Toilette gefallen sein soll und die Schlösser daraufhin ausgewechselt werden mußten. Sie erfaßt aber auch einen noch nicht quantifizierbaren Posten, nach dem mehr Stahl abgerechnet als tatsächlich verbaut wurde. Und schon gar nicht mehr erfaßbar sind die Nachbesserungskosten. Denn in dem seit einem knappen Jahr laufenden Teilbetrieb muß ständig repariert und ersetzt werden.

Medien-Kompromiß ist für Rau „nicht durchsetzbar"

Schwarz-Schilling droht mit Investitionszurückhaltung

hy/DW., Düsseldorf

In der ihm eigenen vorsichtigen Art formulierte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau jetzt ein Statement zur Medienpolitik, das er schon am 19. Oktober in Bremerhaven hätte abgeben können, als er und seine Kollegen den Staatsvertrag über die „Neuordnung des Rundfunkwesens" unterzeichneten. Denn schon damals wußte er, daß seine Unterschrift praktisch wirkungslos ist. Rau erklärte nun nach einer Sitzung seines Landesvorstandes, der Kompromiß von Bremerhaven sei „in der SPD bundesweit nicht durchsetzbar".

Damit nahm er – ungesagt – Bezug auf die Entscheidung der hessischen SPD, die den Staatsvertrag mit den Grünen rundweg ablehnte. Insoweit ist Rau froh darüber, daß auf ihn nicht die Rolle des Sündenbocks und des ersten Nein-Sagers fällt, kann er doch auf sein hessisches Pendant Holger Börner weisen, der mitunterschrieb, aber im Landtag nicht mitstimmte. Und für Rau ergibt sich gleichzeitig ein Ablenkungsmanöver von den Schwierigkeiten, die er mit seiner eigenen Partei hat.

Denn auch der mitgliederstärkste SPD-Bezirk Westliches Westfalen unter seinem Vorsitzenden Hermann Heinemann stimmte gegen den Staatsvertrag. Er teilte seine Auffassung mit, nach der „sich entscheidende sozialdemokratische Positionen in der Vereinbarung der Ministerpräsidenten nicht oder nur unzureichend wiederfinden, im besonderen bezüglich einer Bestands- und Entwicklungsgarantie für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten" in Konkurrenz zu den privaten Rundfunk- und Fernsehveranstaltern.

Börner und Rau werden sich fragen lassen müssen, was ihre Unterschrift von Bremerhaven eigentlich wert sei – denn beide kannten die Stimmung in ihren Fraktionen gegen den Staatsvertrag. Die Tinte Raus Unterschrift war kaum trocken, als der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Büssow, und sein Kölner Kollege John van Nes Ziegler den Streitpunkt offenlegten: „Wenn die ARD formal nur dadurch zusammengehalten wird, daß der zweitgrößte Sender Europas, der WDR, in seinem Bestand geschwächt wird, dann ist auch die ARD nicht mehr erhaltenswert."

Bundespostminister Schwarz-Schilling hat Nordrhein-Westfalen inzwischen mit einer erheblichen Investitionszurückhaltung der Bundespost bei der Verkabelung gedroht. Er forderte Johannes Rau auf, in den nächsten Monaten Klarheit über die Medienkonzeption des Landes zu schaffen. „Wir können nicht Millionen in die Verkabelung von Nordrhein-Westfalen hineinstecken, wenn es bei dieser SPD-Position bleibt", sagte der Bundespostminister. Es sei für ihn unverständlich, wenn sich das bevölkerungsreichste Bundesland aus dem Informationsfluß der Republik praktisch ausschalte.

Kann sich Holger Börner mit „Deals“ über die Runden retten?

Von D. GURATZSCH

Die besonderen Daseinsbedingungen der Regierung Börner in Hessen wollen es so, daß das Land mit dem ersten rot-grünen Bündnis in der Bundesrepublik zur Zeit gebannt auf den 22. November starrt. An diesem Tag will Wirtschaftsminister Ulrich Steger die in seinem Hause vorbereitete Teilerrichtungsgenehmigung für die Brennelementefabrik Nukem II in Hanau erläutern. Einen Entwurf dazu hat er bereits den beteiligten Ressorts der SPD-Minderheitsregierung zur Mitzeichnung übersandt.

Nun weiß jeder, der die Entwicklung der vergangenen Wochen verfolgt hat, daß die geplante Nuklearfabrik auf die hessischen Grünen, von deren „Tolerierung“ das Schicksal der Regierung Börner abhängt, wie ein rotes Tuch wirkt. Auf einer Landesmitgliederversammlung der Umweltpartei hatte die grüne Basis gegen eine einzige Gegenstimme von der eigenen Landtagsgruppe verlangt, das Bündnis mit Börner ohne Wenn und Aber platzen zu lassen, wenn die Hanauer Nuklearfirmen Nukem und Alkem die Genehmigung zur Errichtung neuer Anlagen erhalten würden.

Inzwischen gibt es bereits Spekulationen über den „Tag danach“. Nicht nur die Grünen bereiten sich nach den Worten des Mitglieds der Landtagsgruppe, Bernd Messinger, alternativ auf die „Situation nach dem Bruch“ vor, sondern auch die FDP spielt mögliche neue Konstellationen gedanklich durch. Zwar hat der Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt beteuert, seine Partei werde „nicht als Retter der Landesregierung auftreten“. Auch das Gerücht, er habe Mitte Oktober bei Börner „vorgefühlt“, weist Gerhardt zurück. Allerdings werde seine Partei den Haushalt 1985 unter bestimmten Bedingungen anstelle der Grünen mittragen – wenn es um Entscheidungen gehe, die „dem Land Hessen weiterhelfen“; und Gerhardts Pressesprecher Frank Methlow ergänzt: „Wenn keine Fallstricke drin sind, wenn aus dem Haushalt ein FDP-Haushalt wird, können wir ihn praktisch nicht ablehnen.“

Die hessische CDU mag einen „Deal“ solcher Art nicht für möglich halten. „Wir glauben nicht an ein doppeltes Spiel, die FDP wird keine



Landesbericht Hessen

Steigbügeldienste leisten“, sagt CDU-Pressesprecher Peter Scherer mit trotziger Betonung. Zum „rot-grünen Knatsch“ meint er: „Ausschließlich Theaterdonner“. Wirtschaftsminister Steger werde seine Genehmigung für Nukem II mit „hunderttausend Auflagen“ ausstatten, und das laufe auf eine „faktische Bauverweigerung“ hinaus. Und auch bei den Grünen werde nicht alles so heiß gegessen, wie es serviert wird.

In der Tat zeichnet sich inzwischen so etwas wie eine Kompromißlinie zwischen SPD und Grünen ab. Sie könnte etwa das beinhalten, was die grünen Landtagsabgeordneten ihrer Basis auf der Mitgliederversammlung Anfang Oktober – zunächst vergeblich – hatten schmackhaft machen wollen. Danach könnten die Grünen einer Genehmigung für Nukem II ihren Segen geben, wenn die Herstellung von „waffenfähigem Material“ mit einer Anreicherung von mehr als 20 Prozent ausgeschlossen werde.

Genau das soll nach Informationen der Frankfurter Rundschau in der jüngsten Vorstandssitzung des linken SPD-Bezirks Hessen-Süd dem Kabinett Börner gegen nur eine Gegenstimme empfohlen worden sein. Für Alkem fordern die Südhessen nach derselben Quelle eine Beschränkung der geplanten Kapazität auf ein Fünftel. Die Firma solle nicht mehr Plutonium verarbeiten dürfen, als für Forschungsreaktoren und den Schnellen Brüter in Kalkar benötigt würden.

Im Gegenzug scheinen die Grünen bereit zu sein, Börner eine Brücke aus dem drohenden hessischen „Müllnotstand“ zu bauen. Die Ankündigung des Ministers für Arbeit, Umwelt und Soziales, Armin Clauss, die dioxinhaltigen Filterstäube der Darmstädter Müllverbrennungsanlage auf einer Bodenkippe für Hausmüll in Darmstadt „zwischenzulagern“, haben sie mit beredtem Schweigen aufgenommen. Man staune: Zuvor war die Abnahme der gefährlichen Fracht nacheinander von Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und sogar von Frankreich abgelehnt worden. Da Gerichte den Weiterbetrieb des Müllofens bis zur Klärung der Entsorgungsfrage gestoppt hatten, begann die südhessische Müllawine auf den knappen Deponieplatz in Mittelhessen überzuschwappen.

Das stillschweigende Plazet der grünen Landtagsgruppe könnte diese Blockade nun auflösen. Dafür müssen die Landtagsabgeordneten freilich mit Krach in den eigenen Reihen rechnen. Die grünen Fundamentalisten in Frankfurt haben soeben einen Antrag im Römer-Parlament eingebracht, mit dem – diesmal in einer Frankfurter Müllverbrennungsanlage – „die lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen ... beim Umgang mit dioxinhaltigem Flugstaub“ unterbunden werden sollen.

Juden kritisieren Berufung Florians zum Staatssekretär

DW. Bonn

Die frühere Zugehörigkeit des Staatssekretärs im Bundeslandwirtschaftsministerium, Walther Florian, zur Waffen-SS hat beim Zentralrat der Juden in Deutschland Empörung ausgelöst. In einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl schreibt der Vorsitzende des Zentralrates, Werner Nachmann, auch wenn die Juden in Deutschland der Meinung seien, daß die Epoche der Entnazifizierung zu Ende sei, so könne damit doch nicht gemeint sein, daß „die politische Vergangenheit des einzelnen, vor allem, wenn damit heute ein verantwortungsvolles öffentliches Amt verbunden ist, bedeutungslos geworden“ sei. Der Zentralrat ermahnte die politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik, sich nicht so zu verhalten, als sei die Nazi-Zeit inzwischen entrückte Geschichte geworden.

Die jüdische Gemeinschaft sei enttäuscht, daß „40 Jahre nach der Hitler-Tyrannei keine Möglichkeit gegeben sein soll, Spitzenpositionen im politischen Leben mit Leuten zu besetzen, die nicht aktiv waren in irgendeiner Nazi-Organisation“.

Florian, der mit 19 Jahren der Waffen-SS beitrat und dessen Vergangenheit dem Landwirtschaftsministerium bekannt war, trat vor kurzem die Nachfolge von Hans Jürgen Rohr als beamteter Staatssekretär an. Ein Sprecher des Ministeriums wies darauf hin, daß sowohl bei der Ernennung Florians zum Ministerialdirigenten als auch bei der Beförderung zum Ministerialdirektor 1976 die Vergangenheit Florians geprüft und nicht beanstandet worden sei.

Der Sieg des Sozialismus und die kleinbürgerlichen Traditionen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Der Sieg des Sozialismus hat auch in Mitteldeutschland keineswegs mit „nichtsozialistischen, kleinbürgerlichen Traditionen und Gewohnheiten“ gebrochen, „wie sie aus dem Kapitalismus übergekommen sind“. Diese Klage führte jetzt der Leipziger Professor Manfred Bensing, Bereichsleiter der Sektion Geschichte der Universität. In der anhaltenden Erbe- und Traditions-Debatte in der „*DDR*“ *stellte* er *fest*, daß derartige Relikte im Sozialismus sogar „reproduziert“ werden und sich „unter dem Einfluß des Imperialismus partiell verstärken“ können.

Unter dem Titel „Erbe und Tradition in der Geschichte der DDR“ legte Bensing jetzt in der Ostberliner „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ ein lebhaftes Bekenntnis zu dem ab, weas die SED von ihren Spitzenhistorikern verlangt: „Allen historischen Teildisziplinen fällt die Aufgabe zu, die revolutionären und progressiven Traditionen der Geschichte in ihrer ‚lebendigen Beziehung zu unserer sozialistischen Gegenwart zu fassen‘ (Kurt Hager).“ Sowohl das Karl-Marx-Jahr wie die Luther-Ehrungen hätten erkennen lassen, schreibt der Historiker, „wie dies geschehen kann und in welchem Maße die Historiker verschiedener Teildisziplinen es vermögen, die erzieherischen Potenzen der Geschichte für die Gegenwart freizusetzen“.

Den Umgang der SED mit der deutschen Geschichte, wie sie jeweils behagt oder mißfällt, legt Bensing sehr freimütig und so offen, wie kaum einer seiner Kollegen bisher, dar: „Die Erklärung solcher Zusammenhänge wie die zwischen Tradition und Klassenzielen, das Wissen darum, wann, unter welchen Bedingungen, mit welcher gesellschaftlicher Zielsetzung die Rezeption bestimmter (und möglicherweise ganz neuer) Bereiche des historischen Erbes erfolgt, Traditionen gepflegt, vernachlässigt, überwunden werden, ist von nicht geringerer bewußtseinsmäßiger Wirkung als die Traditions- und Erbepflege selbst.“

Manipulation also als politischer Kunstgriff, die deutsche Geschichte nach ideologischem Gusto zu beschreiben – darauf läuft diese Betrachtungsweise hinaus. Die anhaltende Spurensuche der SED nach verwertbaren Geschichtsdaten und -figuren erklärt sich auch aus der Erkenntnis, daß geschichtslose Bürger keine guten Bürger sein können. Bei Bensing liest sich das so:

Bericht aus Mitteldeutschland

„Die sozialistische Prägung auch des Alltagsbewußtseins, der Gewohnheiten und der dem unmittelbaren materiell-praktischen Leben entspringenden Traditionen gehört zu den wesentlichen Stabilisierungsfaktoren des Sozialismus. Zugleich handelt es sich um Bereiche, in denen sich nichtsozialistische, kleinbürgerliche Traditionen und Gewohnheiten, wie sie aus dem Kapitalismus überkommen sind und auch im Sozialismus partiell reproduziert werden können, mit besonderer Zähigkeit erhalten.“

Das wachsende Interesse der „DDR“-Führung an verwertbaren, eben „stabilisierenden“ Geschichtslinien zeigte sich jetzt auch in der relativ raschen Wiederbesetzung eines der wichtigsten Posten in der „DDR“-Historiker-Hierarchie. Für den im Juni 1984 überraschend verstorbenen bisherigen Direktor des Zentralinsituts für Geschichte an der Ostberliner Akademie der Wissenschaften, Horst Bartel, rückte Professor Walter Schmidt nach.

Der 54jährige, aus der Nähe von Breslau stammende Historiker arbeitet 20 Jahre lang in einem wichtigen Rang in der „DDR“-Nomenklatura. Er war Direktor des Instituts für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an einem Spezialinstitut, das das SED-Zentralkomitee unterhält. Schmidt dürfte maßgeblich an der von Erich Honecker angekündigten neuen umfassenden Nationalgeschichte der Deutschen aus SED-Sicht mitschreiben. Der Historiker hatte kürzlich abermals bekräftigt, „die ganze deutsche Geschichte“ gehöre zu den Wurzeln der „DDR“.

In diesem Zusammenhang ist die soeben in der „Deutschen Lehrer-Zeitung“ aus dem Hause von Ministerin Margot Honecker erfolgte Renaissance des sächsischen Potentaten August des Starken höchst bemerkenswert. Diese Jahrhundertfigur war in der „DDR“ jahrzehntelang allenfalls in die Kategorie „feudalistischer Prasser, Blutsauger und Volksverderber“ eingeordnet worden.

Nunmehr handelt es sich bei dem sächsischen und polnischen König, der seit Jahren schon wieder tief vergoldet auf einem Dresdener Denkmal reitet, um einen Politiker mit Weitblick. Sein Tun sei Ausdruck einer Entwicklung gewesen, „die im Rahmen spätfeudaler Macht- und Klassenverhältnisse einen allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt ermöglichte, dessen Leistungen und Zeugnisse zum progressiven historischen Erbe des deutschen Volkes gezählt werden dürfen“, heißt es in der Laudatio des Direktors des Dresdener Staatsarchivs, Reiner Groß.

Ausschluß als das allerletzte Mittel

Die Frage der Befangenheit im Bonner Flick-Untersuchungsausschuß

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl, der heute vom Flick-Untersuchungsausschuß vernommen wird, will seine Aussagen streng an dessen Auftrag ausrichten. Kohl will sich voraussichtlich nur zu den Fragen äußern, die in dem vom Parlament auf Antrag der SPD am 19. Mai 1983 gefaßten Einsetzungsbeschluß nach „Einflußnahmen“ des Konzerns auf Entscheidungen von Regierungsmitgliedern, Politikern und Parteien insbesondere im Zusammenhang mit der steuerbegünstigten Neuanlage des 1,9-Milliarden-Mark-Erlöses aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets 1975 durch Flick gestellt worden sind.

Allerdings haben schon etliche der bisherigen 23 Zeugen auch über Themen Auskunft geben müssen, zu denen der Ausschuß zusätzliche Beweisbeschlüsse – inzwischen mehr als ein Dutzend – gefaßt hatte. So sollte zum Beispiel der zurückgetretene Bundestagspräsident Rainer Barzel erklären, welche Beziehungen er zum Flick-Konzern und zu Rechtsanwalt Albert Paul gehabt habe.

Diese Anträge kann ein Drittel der Mitglieder stellen, von denen die CDU/CSU fünf, die SPD vier sowie FDP und Grüne je einen stellen. Dabei gibt es seit langem eine relativ großzügige Auslegung der Einsetzungsbeschlüsse, weil auch politische Zusammenhänge aufgehellt werden sollen. Außerdem versucht vor allem Otto Schily (Grüne) öfters, Glaubwürdigkeit und Erinnerungsvermögen der Zeugen zu prüfen.

Der Ausschuß hat ähnliche Rechte wie ein Gericht: Grundgesetz-Artikel 44 legt fest, daß bei Beweiserhebungen „die Vorschriften über den Strafprozeß sinngemäß Anwendung“ finden. So belehrt vor jeder Vernehmung der Vorsitzende Manfred Langner (CDU) die Zeugen: Sie können schon bei uneidlichen Falschaussagen bestraft werden und die Aussage verweigern, wenn sie sich oder einen Verwandten sonst belasten.

Wegen ihrer Ämter als Vorsitzender und Stellvertreter leiten Langner und Willfried Penner (SPD) wie Richter die Befragungen so unvoreingenommen wie möglich und mit einer gewissen Zurückhaltung. Sie haben wiederholt Zeugen „gestoppt“, weil diese sich mit einer Antwort zum Beispiel wegen eines Bruchs des Steuergeheimnisses möglicherweise hätten strafbar machen können. Auch ihre neun Kollegen, die in etwa die Funktion von Beisitzern haben, bemühen sich wie im Gericht, während der Beweisaufnahmen Bewertungen zu vermeiden. Faktisch allerdings fungieren sie hin und wieder je nach der politischen Zuordnung der Zeugen beinahe wie Staatsanwälte oder Verteidiger. Theoretisch können sie wegen Befangenheit sogar von ihrem „Beisitzer“-Amt entbunden werden. Das hatte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) bereits Kohl geraten: Er soll „ernsthaft“ überlegen, ob er die Ablehnung von Peter Struck (SPD) wegen „der Besorgnis der Befangenheit beantragen“ wolle. Struck hatte vorher gemeint, der Kanzler solle sich für seine Vernehmung „ganz warm anziehen“. Auch die Erwartung von Gerhart Rudolf Baum (FDP), daß Kohl „kein Wort schuldig bleiben“ werde, wurde „wie eine Drohung“ eingestuft. Dazu sagte gestern SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel auch mit Blick auf früheres Verhalten von Heinz Günther Hüsch (CDU/CSU): „Wenn wir diesen Maßstab anlegen würden, wird der Ausschuß ziemlich leer sein.“

Tatsächlich kann der Ausschluß nur das allerletzte Mittel sein. Denn es handelt sich um ein politisches Gremium. Hinzu kommt, daß ein solches Vorgehen wegen der Rechte der Abgeordneten und Fraktionen mindestens problematisch wäre.

Reimers beging Selbstmord

rtr, Berlin

Der frühere Richter am Volksgerichtshof, Paul Reimers, den die Staatsanwaltschaft Berlin wegen Mordes angeklagt hat und der sich Anfang kommenden Jahres vor Gericht verantworten sollte, hat nach Mitteilung eines Justiz-Sprechers in seinem Wohnort Bremen Selbstmord begangen. Die Staatsanwaltschaft, die nach jahrelangen Ermittlungen Mitte September Mordanklage gegen Reimers erhoben hatte, warf ihm vor, von 1943 bis 1945 „vorteilsbedacht willfährig“ an 97 Volksgerichtshof-Urteilen mitgewirkt und sich damit des vollendeten oder versuchten Mordes schuldig gemacht zu haben.

Düsseldorf: FDP für Koalition mit CDU

hy. Düsseldorf

Der Vorstand der nordrhein-westfälischen FDP hat sich für eine Koalition mit der oppositionellen CDU nach der Landtagswahl am 12. Mai 1985 ausgesprochen. Unter Führung des designierten Spitzenkandidaten Achim Rohde beschloß das Führungsgremium einstimmig ein Wahlprogramm, dessen Einzelheiten zwar nicht bekanntgegeben worden sind, das aber scharf mit der Politik der alleinregierenden SPD abrechnet. Der von Möllemann, Vorgänger Rohdes, geprägte Slogan „Freie Bahn dem Tüchtigen“ wurde ersetzt durch „Neue Kräfte freisetzen“.

Ein Plädoyer für die Zeitungen

Bayerns Wirtschaftsminister: Verlagen den Einstieg in Kabelprojekte ermöglichen

PETER SCHMALZ, München

Er lese selbst jeden Tag mindestens fünf Zeitungen und sei ein großer Anhänger „dieses alten, doch immer noch so aktuellen Mediums“, gestand Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann als Gastredner beim 20. Geburtstag des Vereins der Regionalpresse in München. Zugleich aber forderte er die Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft regionaler Abonnementszeitungen zu großen Anstrengungen auf, um in „einer umwälzenden Entwicklungsphase der gesamten Telekommunikation“ ständig auf der Höhe der Zeit zu sein.

Jaumanns Kernthese: Die Existenz dieser Tageszeitungen könne nur dann gesichert werden, wenn diesen Verlagen der Einstieg in örtliche und regionale Kabelprojekte ermöglicht werde. Denn nur so könnten sie bei einer Neuverteilung des Werbevolumens einen Anteil erhalten, der ihnen eine Marktchance gibt.

Energisch wandte sich Jaumann gegen die in Nordrhein-Westfalen geplante Novelle zum WDR-Gesetz, die dem größten ARD-Sender nicht nur eine nahezu unbegrenzte Bestands- und Entwicklungsgarantie einschließlich neuer Werbeeinahmen gebe, sondern ihm zudem erlaube, sämtliche Marktnischen zu besetzen und sogar eine gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Programmzeitschrift herauszubringen. „Private Anbieter, sollten sie überhaupt den Mut haben, anzutreten, würden vermutlich schnell an der Übermacht des WDR scheitern“, meinte der CSU-Minister. Die Besetzung der letzten Programmnischen im regionalen und lokalen Bereich durch die bisherigen Monopolanstalten würden vielen Zeitungen einen so großen Teil des Anzeigenvolumens entziehen, daß ihre Existenz gefährdet wäre, sagte Jaumann.

Deshalb befürchtet er auch Schwierigkeiten mit dem fünften Hauptgutachten der Monopolkommission, wonach es nicht den Zielen der kartellrechtlichen Fusionskontrolle entspreche, wenn sich bereits bestehende „Meinungsmonopole“ auf dem Pressemarkt in alternative Medienmärkte hinein erweitern. Jaumann sieht darin einen falschen Analysenansatz, herrscht doch nach seiner Überzeugung im Bereich der elektronischen Medien derzeit ein regionales Angebotsmonopol der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Dies könne nicht so bleiben: „Wie immer die Verhältnisse bei den neuen Medien in Zukunft aussehen werden: Sie werden auf jeden Fall eine Auflockerung dieses bisherigen öffentlich-rechtlichen Monopols mit sich bringen.“

Auf bayerischen Widerstand werde der Vorschlag der Monopolkommission stoßen, die landesrechtliche Vergabe privater Rundfunklizenzen wie einen Fusionsfall zu behandeln und die Vorschriften über die Fusionskontrolle entsprechend zu ergänzen. Jaumann wertet dies als einen verfassungspolitischen Angriff „auf den Kernbereich der grundsätzlich geschätzten Landeskompetenzen“, das Medienrecht sei Ländersache.

Ohnehin werde das Wort „Meinungsmonopol“ der voraussichtlichen Entwicklung nicht gerecht, da der Verbraucher in den kommenden Jahren eine solche Fülle zusätzlicher Programme angeboten erhalte, daß schon allein dadurch das Vielfaltserfordernis der Verfassung erfüllt sein werde. In diesem Zusammenhang lobte Jaumann das bayerische „Medienerprobungs- und Entwicklungsgesetz“ (MEG), das am 1. Januar 1985 in Kraft treten soll und den örtlichen Zeitungs- und Zeitschriftenverlegern eine Beteiligung an den örtlichen Kabelgesellschaften ermöglichen wird. Bayern habe hiermit ausgelotet, was im Rahmen der Verfassung an Spielräumen für Private möglich ist.

Die Polisario kämpft weiter

Angriff als Demonstration gegen die Union Libyen-Marokko / Geld von Khadhafi?

ACHIM REMDE, Bonn

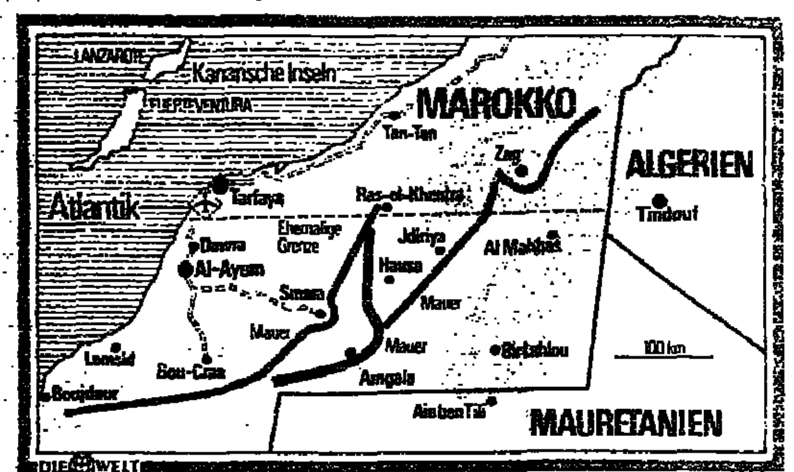
Vom „Großen Arabischen Maghreb" reden sie alle. Das Bündnis, das der algerische Präsident Chadli Bendjedid vor über einem Jahr mit Tunesien und Mauretanien schloß, sollte ein erster Schritt zur endgültigen Vereinigung der Länder des westlichen Nordafrikas sein. Und auch der überraschende Staatenbund zwischen Marokko und Libyen, der die Spaltung des Maghreb in zwei Blöcke besiegelte, zielte darauf ab.

So war es letztlich nur noch Ironie, daß die für eine unabhängige Republik Westsahara kämpfende Polisario ihre jüngste Attacke gegen Marokko „Grand Maghreb" nannte.

Nach klassischem Vorbild griffen sie im frühen Morgengrauen an. Mit sowjetischen Panzern, Stalinorgeln und leichten Landrovern mit aufmontierten Maschinengewehren gelang es ihnen, den Widerstand der überraschten marokkanischen Truppen zu brechen und durch die von diesen errichtete Mauer in marokkanisches Territorium einzudringen. Die Kämpfe dauerten mehrere Tage. Dann zog sich die Polisario in die 140 Kilometer entfernten Lager nahe dem algerischen Tindouf zurück. Denn die Mitte Oktober im Norden der Westsaharafront bei Zag lancierte Offensive war nur eine Demonstration. Mit der Benennung „Grand Maghreb" wollten die Polisario-Kämpfer darlegen, daß der im August geschlossene Vertrag zwischen Marokko und Libyen gegen Algerien und sie selbst gerichtet war. Damit haben sie vollkommen recht und das war auch allen Beteiligten klar.

Nicht so offensichtlich war, daß militärische Stärke und diplomatisches Renommee der Polisario sich durch den Seitenwechsel des libyschen Staatschefs Khadhafi nicht verändert haben. Im Gegenteil, an Waffen hatte Polisario nie Mangel. Die bei Zag zum Einsatz gekommene Ausrüstung stammte größtenteils noch aus libyschen Lieferungen, und was durch deren Ausfall fehlt, kann Algerien mit Leichtigkeit ersetzen.

Auf diplomatischer Bühne scheinen sich die Sympathien für die Polisario nach dem Bündnis zwischen König Hassan von Marokko und Khadhafi eher verstärkt zu haben. Algerien, das unermüdlich eine unabhängige Westsaharарepublik propagiert, hat es durch diskretes Werben hinter den Kulissen verstanden, immer mehr Staaten zu deren Anerkennung zu bewegen. Das schlechte Ansehen Libyens, das durch seinen spektakulären Wandel vom dezidierten Parteigänger zum Gegner der Polisario in vieler Augen noch bestätigt wurde, kam den Algeriern dabei zustatten.



Mit drei Mauern (durchgehenden Linien) schützt sich Marokko in der Sahara gegen die Polisario
FOTO: DIE WELT

Die gemäßigten Staaten Afrikas, die größtenteils bisher Marokko unterstützt hatten, fühlen sich düpiert, seit sie sich mit dem gefürchteten Khadhafi in einem Lager befinden; die sogenannten „Progressiven" fühlen sich verraten.

So deutet alles darauf hin, daß die bevorstehende jährliche Gipfelkonferenz der Afrikanischen Staaten (OAU) in Addis Abeba vom 12. bis 15. November der Westsaharарepublik endlich die langersehnte Aufnahme in das höchste afrikanische Gremium bringen wird.

Marokko hat keinen Zweifel daran gelassen, daß es, obwohl Gründungsmitglied, in diesem Fall die OAU verlassen wird. Wie sich dann das verbündete Libyen verhält, weiß niemand. Polisario-Vertreter gehen soweit, zu behaupten, daß Libyen sie weiterhin finanziell unterstütze und auch ihre „Botschaft" in Tripolis fortbestehe.

Doppeltes Spiel ist besonders im Maghreb nicht ungewöhnlich. Der libysch-marokkanische Vertrag war von als „Vertrag der Betrüger" qualifiziert worden. Dabei herrschte allerdings die Annahme vor, daß Khadhafi in Hassan seinen Meister gefunden habe.

Die Protagonisten der westlichen Afrikapolitik, USA und Frankreich, üben in der Auseinandersetzung zwischen Marokko und Algerien äußerste Zurückhaltung. Zwar sind beide die wichtigsten Waffenlieferanten Marokkos. Doch politisch und wirtschaftlich versuchen sie einen bisher durchaus erfolgreichen Balanceakt.

Seit sich Algerien als führende anti-libysche Regionalmacht profiliert, läuft der Normalisierungsprozeß mit den USA besser als je zuvor, unterstützt von unübersehbaren innenpolitischen Liberalisierungstendenzen des algerischen Präsidenten Chadli. Obwohl „Überraschung" der einzige Kommentar des State Department zur libysch-marokkanischen Vereinigung war, ist zunehmend klar geworden, daß die USA dem Unternehmen mit äußerster Skepsis gegenüberstehen und an den von ihm selbst behaupteten mäßigenden Einfluß König Hassans auf den libyschen Revolutionsführer nicht glauben. Was Frankreich angeht, so sind die bilateralen Beziehungen mit Algerien sehr viel soliderer Natur als das baufällige Gebäude der franko-libyschen Vereinbarung über einen Abzug der Truppen aus dem Tschad.

Peking erinnert Moskau an Freundschaft

dpa/AP, Moskau

Die Volksrepublik China hat in einer Glückwunschbotschaft zum 67. Jahrestag der Oktoberrevolution (7. November) von einer „traditionellen Freundschaft" zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen Volk gesprochen. „In Frieden und Freundschaft zu leben ist die gemeinsame Sehnsucht unserer Völker", heißt es in der Botschaft aus Peking, die von Staatsoberhaupt Li Xiannian und Ministerpräsident Zhao Ziyang unterzeichnet ist und gestern vom sowjetischen Parteiorgan „Prawda" veröffentlicht. In der Botschaft wird die Überzeugung geäußert, daß eine „Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern den Grundinteressen unserer Völker sowie dem Frieden und der Stabilität in Asien und in der ganzen Welt dienen würde". Während der vergangenen zwei Jahre seien die bilateralen Verbindungen in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft, Technik, Kultur und Sport ausgeweitet worden. Am Samstag war die fünfte Runde der sowjetisch-chinesischen Normalisierungsgespräche zu Ende gegangen, die von China als „nützlich" bezeichnet worden war.

Managua treibt Revolution voran

Innere Verhärtung nach dem Wahlsieg vermutet / Eine Einheitspartei als Ziel

WERNER THOMAS, Managua

„Dieser Triumph des Volkes mit seiner freien Abstimmung ist nicht nur ein Akt der revolutionären und patriotischen Bestätigung", hieß es nach den Wahlen in Nicaragua im Sprachrohr der Sandinisten, „Barricada". „Er bedeutet auch die kollektive Zurückweisung der Minderheitsgruppen durch die ganze Nation, die immer noch versuchen, die historische Pflicht der Umwandlung der Gesellschaft zu blockieren."

Diese gewundenen Formulierungen signalisieren die Zukunftsentwicklungen in Nicaragua. Die meisten Gesprächspartner meinen, daß die Comandantes nun den Revolutionsprozeß radikalisieren. Ein Politiker der konservativen Partei prophezeit: „Man wird bald den Aufbau des Sozialismus verkünden."

Diplomatische Beobachter erinnerten an die programmatische Rede des Comandante Bayardo Arce im Frühsommer vor dem Zentralkomitee der Sozialistischen Partei, wo er die Wahltaktik der Sandinistischen Befreiungsfront erläuterte.

Der Urnengang werde den Eindruck erwecken, daß das nicaraguensische Volk „für die sowjetisch-kubanischen Fortschritte, für den Totalitarismus, für den Marxismus-Leninismus, für die (Präsenz der) sowjetischen und kubanischen Militärberater und den revolutionären Internationalismus" sei. Und: „Die Zeit ist gekommen, über eine Einheitspartei nachzudenken. Warum sollten wir Kommunisten verschiedene Hemden tragen? Wir sollten uns von der Fiktion des Pluralismus trennen."

Viele Vertreter der Opposition befürchten ein rasches Ende der während des Wahlkampfes konzedierten politischen Freiheiten. Die „Prensa", die einzige kritische Zeitung, wird als erstes Ziel eines Radikalisierungsprozesses genannt. Junta-Chef Daniel Ortega, der neue Präsident, warf auf einer Pressekonferenz nach den Wahlen dem Blatt Mißbrauch der Lockerung der Zensur vor. Jaime Chamorro, der Direktor, sieht „keine Zukunft für uns". Die Vertreter des Privatsektors zittern, da die Comandantes auch das Wirtschaftsmonopol und damit die totale Umstrukturierung der Klassen anstreben.

Mit ihrer Mehrheit können die Comandantes so unumschränkt herrschen wie bisher. Die einzige Überraschung dieser „ersten freien und ehrlichen Wahlen in der Geschichte Nicaraguas" – so die ständig wiederholte offizielle Sprachregelung – waren jene zehn oder elf Prozent für die „Unabhängige Liberale Partei" (PLI) des früheren Arbeitsministers Virgilio Godoy, die trotz eines Boykott-Beschlusses auf dem Stimmzettel aufgeführt wurde.

Ein Diplomat wertete das Abschneiden (mehr als 70 Prozent für die Sandinisten) als Beweis dafür, daß die Sandinisten bei einem wirklich fairen Urnengang ins Schleudern geraten wären.

Zwei Faktoren, die das Schicksal Nicaraguas ebenfalls beeinflussen, können die Comandantes allerdings nicht steuern: Die konterrevolutionären Brigaden, die sich bereits in Bergen bewegen, die in Sichtweite Managuas liegen, und die Politik der Reagan-Regierung. Mit einer Radikalisierung der Revolution wird sich auch der militärische Druck verstärken. (SAD)

Raketenangriff im Zentrum von Kabul

AP, Neu-Delhi

Bei einem Raketenangriff moslemischer Freiheitskämpfer ist am Wochenende ein Teil des alten Basars in der afghanischen Hauptstadt Kabul abgebrannt, verlautete gestern aus Kreisen westlicher Diplomaten aus Neu-Delhi. Der Angriff zielte offenbar auf das nahegelegene Fort Bala Hissar in der Stadtmitte, wo sowjetische Soldaten untergebracht sind. Ob die Festung getroffen wurde, sei nicht klar. Auf dem Basar seien mindestens ein Dutzend Raketen eingeschlagen. Radio Kabul zufolge wurden bei dem Angriff fünf Zivilisten getötet. Aus den Berichten der Diplomaten geht außerdem hervor, daß die Guerrilla-Tätigkeit im Umkreis von Kabul erneut zugenommen hat.

Zypern: Amerika will keine Lösung

US-Flughafen im türkischen Teil der Insel / Drittes Gespräch hat kaum Aussicht auf Erfolg

E. ANTONAROS, Athen

Noch vor dem Start der dritten Gesprächsrunde über die Zypernfrage, die am 26. November am UNO-Sitz in New York beginnen soll, geben Athen und Nikosia der im August eingeleiteten Initiative des UNO-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar so gut wie keine Erfolgsaussichten. Nach Gesprächen mit Staatspräsident Karamanlis und Regierungschef Papandreou in Athen sagte der zyprische Staatschef Kyprianou, daß er „guten Willens, aber angesichts der türkisch-zyprischen Haltung ohne Optimismus" in diese dritte Gesprächsphase gehe.

Daß die getrennten Beratungn der beiden Inselvolksgruppen mit dem UNO-Chef bisher nicht weitergekommen sind, führen die Inselgriechen auf die „kompromißlose Haltung" der Inseltürken zurück. Auch Papandreou sagte jetzt in Athen, daß der Abzug der türkischen Truppen und die Vereinbarung einer „gerechten und lebensfähigen Zypern-Lösung" unabdingbare Voraussetzungen für eine Einigung wären. Nach Angaben von griechisch-zyprischer Seite soll der türkische Volksgruppenführer Denktasch bisher einem Abzug der türkischen Besatzungstruppen nicht zugestimmt haben. Auch will er angeblich nur 2,6 Prozent des Inselterritoriums – die Türken halten 36 Prozent besetzt – zurückgeben.

Aufsehen hat unter Diplomaten in Athen der offenbar gezielte Versuch der Inselgriechen erregt, die Verantwortung für das erwartete Scheitern der Gespräche nicht nur den Türken, sondern auch den Amerikanern anzulasten. In einem vertraulichen Gespräch mit Journalisten in Athen behauptete der zyprische Regierungssprecher Christophides, daß Amerika eine Zypern-Lösung nicht wünsche, weil es an einem Fortbestehen der Teilung der Insel interessiert sei. Die Amerikaner – so Christophides weiter – hätten im türkisch besetzten Inselnorden für 500 Millionen Dollar einen Flughafen gebaut, den sie für die Stationierung von mobilen Eingreiftruppen benutzen. Im übrigen wollte Washington durch seine negative Haltung Papandreou wegen dessen antiwestlichen Äußerungen bestrafen.

Später versuchte Christophides jedoch, seine Äußerungen abzuschwächen, indem er von einer „Verdrehung des Sinnes meiner Erklärung" sprach. (SAD)

Kritik am Sparplan

Immer mehr Spanier arbeitslos / Unruhen bei den Werften

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Eine Kriegsmaschine gegen die Arbeiter", nannte Marcelino Camacho, Chef der kommunistischen Gewerkschaften Spaniens den vor einem Monat von der Regierung, dem Unternehmerdachverband CEOE und der sozialistischen Gewerkschaft UGT unterzeichneten Wirtschafts- und Sozialpakt.

Camacho vor 10 000 Demonstranten in Madrid: „Das Abkommen segnet die anti-sozialistische und gegen den Arbeiter gerichtete Politik von Felipe González ab, der den Kapitalismus als das geringere Übel aller Systeme bezeichnet." Statt 800 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, wie die Regierungspartei im Wahlkampf versprach, stünden jetzt 600 000 Arbeitslose mehr auf der Straße.

Die Kundgebung in Madrid muß vor dem Hintergrund ernster Unruhen vor allem in den Schiffbauzentren des Landes gesehen werden. In den größeren Hafenstädten entlang der kantabrischen Küste, aber auch in Cadiz (Andalusien) kam es in den letzten Wochen zu regelrechten Straßenschlachten, bei denen die Polizei Rauchbomben und Gummigeschosse gegen Arbeiter und Studenten einsetzte. Straßen wurden aufgerissen, Busse und Autos in Brand gesetzt. Es gab Verletzte auf beiden Seiten. Ein Student wurde von einem erregten Ladeninhaber erschossen.

Die Proteste gelten dem Regierungsplan zur Sanierung der Industrie, vor allem der Werften. Er sieht eine stufenweise Entlassung von etwa 20 000 Arbeitern allein in den bisher von Entlassungen verschonten Staatsbetrieben vor. Nur mit hohen Zugeständnissen in Form langfristiger Lohnfortzahlungen an entlassene Arbeiter erreichte die Regierung, daß die sozialistische Gewerkschaft den Plan widerstrebend hinnahm.

Von den Unruhen am schwersten betroffenen sind jene Industriezonen, in denen die familiären Bindungen zwischen der Arbeiterschaft und der bäuerlichen Umgebung nicht mehr existieren oder nicht ausreichen, um bei Massenentlassungen die Arbeitslosen von der Straße zu holen. Das gilt vor allem für das Baskenland, wo die meisten Industrie- und Grubenarbeiter aus anderen Regionen Spaniens stammen. Sie werden von der baskischen Landbevölkerung als Eindringlinge abgewiesen.

In der Auseinandersetzung mit ihren auf dem linken Flügel der Partei stehenden UGT-Gewerkschaften bewies die sozialistische Regierung bisher ein Stehvermögen, das sehr wesentlich zu den bisherigen Erfolgen ihrer Wirtschaftspolitik beitrug: Die Senkung der Inflationsrate, die Konsolidierung der monetären Situation und die im Wirtschafts- und Sozialpakt eingeschlossene Auflockerung der Arbeitsgesetze, um im Interesse von Neuinvestitionen Arbeiter auf Zeit einstellen zu können – das alles mußte von der pragmatischen Regierung gegen den Widerstand der UGT durchgeboxt werden. (SAD)

In Irland sichergestellt

Gelder der britischen Bergarbeiter-Gewerkschaft

WILHELM FURLER, London

Der mit der Beschlagnahme des gesamten Vermögens der britischen Bergleute-Gewerkschaft NUM beauftragte Zwangsvollstrecker hat in einer Bank in Dublin (Republik Irland) 3,8 Millionen Pfund oder 14 Millionen Mark sichergestellt. Weitere fünf Millionen Pfund des auf insgesamt knapp neun Millionen Pfund bezifferten Gewerkschaftsvermögens sollen über die Insel Man nach Irland transferiert worden sein, konnten bisher aber noch nicht sichergestellt werden.

Die Beschlagnahme war gerichtlich angeordnet worden, nachdem sich die Gewerkschaftsführung weigerte, eine Gerichtsstrafe in Höhe von 200 000 Pfund (740 000 Mark) wegen Mißachtung einer einstweiligen Verfügung zu bezahlen.

Ein Richter in Dublin hat auf das entsprechende Ersuchen des Londoner Zwangsvollstreckers hin die 3,8 Millionen Pfund auf dem Konto der Bank of Ireland Finance einfrieren lassen. Weder die Gewerkschaft noch die Bank selbst können damit über das Konto verfügen. Das irische Gericht hätte das Ersuchen des Zwangsvollstreckers allerdings zurückweisen können.

Das Gewerkschaftsvermögen ist offensichtlich schon im Frühsommer auf Anweisung von NUM-Präsident Scargill zunächst auf eine Bank auf der Insel Man geschafft und von dort nach Irland transferiert worden. Es wird angenommen, daß die fehlenden fünf Millionen Pfund auf andere irische Banken verteilt worden sind.

Ursprünglich war das Gewerkschaftsvermögen auf gut zehn Millionen Pfund geschätzt worden. Daß es jetzt noch neun Millionen Pfund beträgt, wird als große Überraschung gewertet, da die Organisation während des achtmonatigen Kohlestreiks durch Hilfen für streikende Bergleute-Familien eigentlich große Summen ausgegeben haben müßte. Entsprechend werden mehr Geldgeber hinter der Bergleute-Gewerkschaft vermutet als bislang angenommen.

Inzwischen hält der Trend unter den Bergleuten an, an die Arbeitsplätze zurückzukehren. Nachdem sich zum Wochenbeginn 800 Kumpel nach langer Streik-Abwesenheit in ihren Zechen wieder zur Arbeit zurückgemeldet hatten, folgten gestern weitere 380 Bergleute.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kompromisse notwendig

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Rolle rückwärts im deutschen Denkmalschutz?" ist der Artikel von Herrn Guratzsch überschrieben, den er am 15. Oktober 1984 in der WELT veröffentlicht hat. Hier ist ein so deutliches, ein so leidenschaftliches Engagement zu spüren, daß man als Bundesbauminister nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Nicht zuletzt bin ich ja auch direkt angesprochen worden.

Herr Guratzsch stellt die Frage, warum zur Mitwirkung am neuen Baugesetzbuch nicht ein einziger Denkmalschützer eingeladen worden sei. Nun, der Schutz der Baudenkmäler – für den grundsätzlich die Länder zuständig sind – ist sicher auch eingebunden in eine umfassende Städtebaupolitik, aber eben nur als Teilaspekt. Ich habe zur Vorbereitung des umfassenden Gesetzgebungswerkes zunächst insgesamt 6 Arbeitsgruppen – bestehend aus Experten des Bundes, der Länder und der Gemeinden – eingesetzt, die das geltende Recht umfassend überprüfen und Grundlagen für ein neues Baugesetzbuch vorbereiten sollten. Das heißt nicht, daß der Denkmalschutz ausgeklammert worden ist. Die Arbeitsergebnisse, also die Materialien zum Baugesetzbuch, sind inzwischen dem Präsidenten des Nationalkomitees für Denkmalschutz zugesandt worden.

Es ist für uns von großer Bedeutung, seine Bedenken und Einwände, seine Vorschläge zu hören und gegebenenfalls entsprechend zu berücksichtigen. Die Arbeitsgruppen haben erkannt – und dies geht aus dem Bericht hervor –, daß sich die vielfältigen Aufgaben der Gemeinden auch auf die Erhaltung historisch wertvoller Bausubstanz, besonders in Altstädten und Ortskernen, erstrecken. Auch die Bundesregierung setzt heute auf die „erhaltende" Stadterneuerung. Das ist ein Programm!

Andererseits lehrt uns doch die Erfahrung, daß die Kumulierung baurechtlicher Vorschriften und Normen noch längst keine Garantie dafür bietet, daß den Notwendigkeiten des Denkmalschutzes wirklich in ausreichendem Maße Rechnung getragen wird. Maßnahmen der Rechtsvereinfachung bzw. der Entbürokratisierung werden auch künftig nicht Einzelinteressen Vorrang einräumen, sondern dazu beitragen, bestehende Hemmnisse zu beseitigen, die der Erreichung des Ausgleichs vielfältiger Belange und Ansprüche im Wege stehen.

Aber gestatten Sie mir noch eine abschließende Anmerkung: Meiner Ansicht nach sind die Zeiten des Abbruchs, des Kahlschlags und der reinen Neubautätigkeit vorbei. Andererseits können wir uns der Einsicht nicht verschließen, daß erhaltenswerte Gebäude auch einer wirtschaftlich sinnvollen Nutzung zuzuführen sind und gleichzeitig – in einer großen Zahl der Fälle – Erhaltung und Nutzung aufeinander abgestimmt sein müssen. Wir müssen bereit sein, Kompromisse mit dem Denkmalschutz einzugehen, denn nur wirtschaftlich sinnvoll genutzte Gebäude können regelmäßig erhalten und instandgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Oscar Schneider,
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

„Dienstpflichtverletzungen"

„Offiziere stellen sich gegen die Hardthöhe"; WELT vom 9. Oktober

Die Rechte und Pflichten der Soldaten sind im Soldatengesetz eindeutig definiert. Mit der Parole des „Staatsbürgers in Uniform" waren plötzlich auch die Meinungsäußerungen der Soldaten am hohen Gut der freien Meinungsäußerungen zu messen.

Hat der Soldat bereits dann eine Dienstpflichtverletzung begangen, wenn er offen seine – von der offiziellen Meinung abweichende – Meinung äußert? Diese Frage ist in jedem Fall zu prüfen. Die Feststellung muß jedoch umgehend erfolgen, da Dienstpflichtverletzungen immer als „Sofortsache" zu behandeln sind.

Wie ist es möglich, daß eine solche Prüfung mehr als zwölf Monate dauert? Wird die Moral der Truppe mehr durch offene, abweichende Meinungsäußerungen gemindert oder durch Unzulänglichkeit der Juristen der Bundeswehr und der Gerichte, eine solche Frage der Pflichtverletzung im Zusammenhang mit der Herausgabe des „Darmstädter Signals" zu entscheiden?

Vom Soldaten erwarte ich gegenüber seinem Dienstherrn klare und auch abweichende Stellungnahmen, aber nicht in der Öffentlichkeit. Für mich gibt es daher keinen Zweifel: Die Handlungen – ebenso wie die Teilnahme von Soldaten in Uniform an der Demonstration in Hamburg am 20. Oktober mit Transparenten wie „Keine Rüstung" oder „Austritt aus der NATO" sind Dienstpflichtverletzungen. Entsprechend ist zu handeln.

Dr. von Zur-Mühlen,
Hamburg 52

Wort des Tages

„Wir müssen aus der Geschichte lernen. Und das erste, was wir lernen müssen, ist, ‚dem Anderen' das Recht zuzugestehen, so zu denken, so zu leben, zu handeln, zu sein, wie er, aufgrund seiner Geschichte, eben denkt, lebt, handelt, ist ..."

Walter Scheel; deutscher Politiker (geboren 1919)

Glaubwürdigkeit

„Bonn will mehr Qualität an Hochschulen"; WELT vom 30. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

nun sind erstmalig einige Teile des neuen Hochschulrahmengesetzes in Auszügen bekannt geworden und dem interessierten Beobachter fällt auf, daß die bekannten Tatsachen in wesentlichen Zügen den Empfehlungen der Knopp-Kommission entsprechen. Dies ist ja auch nicht weiter verwunderlich, denn Frau Ministerin Wilms hat sich diese „Professorenkommission" auch selber zusammengestellt.

Hinsichtlich des Inhalts ist die Befreiung von besonders begabten Studenten von gewissen Pflichtveranstaltungen zu begrüßen, allein unter der Prämisse, daß es heutzutage in einigen Studiengängen nicht einmal Einstein gelungen wäre, sein Studium früher als vorgeschrieben zu beenden. Dies rührt daher, weil heutzutage Studiengänge mit Pflichtscheinen in diversen Randgebieten derart überfrachtet sind, daß es auch dem fleißigsten Studenten nicht möglich ist, sein Studium innerhalb kürzester Zeit abzuwickeln.

Zu kritisieren ist jedoch die „gesicherte" Mehrheit der Professoren in den universitären Gremien. Gerade die gerechte Verteilung der Stimmberechtigung, die den Studenten, dem Personal und dem akademischen Mittelbau ein Mitspracherecht sicherten, ermöglichten einen konstruktiven Dialog in diesen Gremien. Jetzt besteht die Gefahr, daß die Professoren den Entscheidungsgang in den Gremien derart beeinflussen, daß sämtliche anderen Mitglieder nur noch zu Statisten degradiert werden. Dies ist ein entscheidender Schritt in Richtung Ordinarienuniversität, die in dem Zeitraum 1968–1971 entscheidend zu den Studentenrevolten beigetragen hat.

Besonders interessant ist der Teil des Artikels, wonach Frau Ministerin Wilms in einem Gespräch mit Managern aus Köln angedeutet hat, daß sie durchaus Überlegungen hinsichtlich der Einführung von Studiengebühren aufgeschlossen gegenübersteht. Es ist erschreckend, in welcher Form Frau Ministerin Wilms bestrebt ist, ihre eigene Glaubwürdigkeit zu untergraben, hatte sie doch erst in diesem und im letzten Jahr vor der Gruppen-Vorsitzenden-Konferenz des RCDS in Bremen, bei einer Veranstaltung des RCDS-Köln, bei der Jahrestagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und im Gespräch mit dem RCDS-Bundesvorstand sich eindeutig gegen Studiengebühren ausgesprochen. Diese Meinungsänderung kann auch nicht durch irgendwelche finanziellen Argumente gerechtfertigt werden, da gerade bei sinkenden Studentenzahlen, spätestens Anfang bis Mitte der 90er Jahre dieses Argument automatisch an Bedeutung verliert. Sollte die „geistig-moralische Wende" etwa so aussehen, daß man sich über seine früheren Grundüberzeugungen hinwegsetzt?

Mit freundlichen Grüßen
Roland Burkard,
RCDS-Köln e.V.

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Admiral **Wesley L. McDonald**, einem der drei höchsten Oberbefehlshaber der NATO, hat Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Anläßlich der feierlichen Überreichung des Ordens an einen der wenigen amerikanischen „Viersterne-Admirale" gab der deutsche Botschafter **Günter van Well** in seiner Residenz in Washington ein Essen, an dem auch US-Verteidigungsminister **Caspar Weinberger** mit seiner Frau teilnahm. McDonald, als Kommandierender mit „zwei Hüten" ausgestattet, erhielt den deutschen Orden für seine intensiven Bemühungen um eine Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses für die Notwendigkeit der NATO-Verteidigung auch auf See. Der Admiral ist als „Cinclant" der Oberste NATO-Oberbefehlshaber für den Nordatlantik und zudem als nationaler US-Befehlshaber verantwortlich für Ausbildung und Operationsführung der 2. US-Flotte. Als ihn letzte Woche einige deutsche Journalisten in seinem Hauptquartier in Norfolk/Virginia besuchten, ließ er keinen Zweifel an seiner außerordentlichen Sympathie für die Deutschen und ihr Land.

*

Der Robert-Koch-Preis 1984, den die Robert-Koch-Stiftung e. V. jährlich für hervorragende Arbeiten auf dem Gebiet der Grundlagenforschung, der Infektionskrankheiten und anderer Volkskrankheiten verleiht, ist in diesem Jahr Professor **Walter Dörfler** vom Institut für Genetik der Universität Köln und Professor **Stuart F. Schlossmann** von der Havard University Boston zu gleichen Teilen zuerkannt worden. Der mit 80 000 Mark dotierte Preis ist eine der höchsten wissenschaftlichen Anerkennungen in der Bundesrepublik Deutschland. Dörfler, einer der Pioniere in der Virusforschung, wurde der Preis für die Entdeckung der Integration von viraler Erbinformation in das Genom (Erbmasse) von Säugetierzellen verliehen. Schlossmann erhielt die Auszeichnung für die Erforschung des zellulären Immunsystems, speziell daran beteiligten T-Lymphocythen.



Günter von Well und Admiral Wesley L. McDonald in Washington
FOTO: DIE WELT

GEBURTSTAG

Der Präses der Synode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und EKD-Synodale, Kirchenrat **Walter Nagel** aus Kassel, feiert heute seinen 70. Geburtstag. Gebürtig aus Frankfurt am Main, studierte er Theologie und wurde Pfarrer in der evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, später Dekan des Kirchenkreises Kassel-Ost. Innerhalb der EKD ist Nagel vor allem als Finanzexperte tätig, unter anderem als Schatzmeister des Gemeinschaftswerkes der Evangelischen Publizistik.

Der stellvertretende Generalvikar des Erzbistums Köln, Domkapitular Prälat **Carl Sauer**, ist verstorben. Sauer, 1926 in Essen geboren, studierte in Bonn und München Theologie und wurde im Februar 1954 von **Joseph Kardinal Höffner** zum Priester geweiht. 1969 wurde Sauer Leiter des Erzbischöflichen Instituts für Religionspädagogik. Im Februar 1970 übernahm er die Hauptabteilung Schule/Hochschule im Kölner Generalvikariat. 1970 ernannte ihn Joseph Kardinal Höffner zum Erzbischöflichen Rat. 1971 wurde er Monsignore, 1977 Residierender Domkapitular und 1981 Päpstlicher Hausprälat und zum stellvertretenden Generalvikar berufen.

Israel spielt Bothas Besuch herunter

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Der südafrikanische Außenminister Roelof Botha, der sich zur Zeit zu einem viertägigen Besuch in Israel aufhält, stürzte die Jerusalemer Diplomatie in einen Zwiespalt: dem hohen Gast gebührenden Respekt zu erweisen, ohne jedoch die schwarzafrikanischen Staaten zu verstimmen.

So wurde der Besuch nach Absprache zwischen Jerusalem und Pretoria als „privat" erklärt, aber zur Ankunft Bothas am Flughafen rollten die Israelis den roten Teppich aus. Außenminister Ytzhak Shamir begrüßte Botha am Flughafen, doch wurden keine öffentlichen Ansprachen gehalten. Shamir gab ein Bankett für Botha, schloß aber die Presse davon aus. Premierminister Peres empfing Botha nicht. Er hatte schon zwei Wochen vorher amtlich mitteilen lassen, daß ihm „dies nicht möglich sein" werde.

Handelsbilanz positiv

Botha wird von seiner Ehefrau und sechs Mitarbeitern begleitet, darunter sein Staatssekretär J. van Dalsen. Sein erster Besuch in Jerusalem galt der Holocaust-Gedächtnisstätte „Yad Vashem", das weitere Programm umfaßt die Jerusalemer Altstadt, die Festung Massada und die Golan-Höhen. Heute fliegt die südafrikanische Delegation in die Bundesrepublik Deutschland.

Bothas Besuch hat aufs neue die Frage der israelischen Beziehungen mit Südafrika aufgeworfen, eines der wenigen Länder, mit denen Israel eine positive Handelsbilanz aufweist.

Aus Anlaß des Besuches diskutierten zwei Knesset-Abgeordnete im israelischen Rundfunk. Ya'ir Zaban, ein ehemaliger Kommunist, heute bei der linkssozialistischen Mapam, trat für eine Abwertung der jetzigen Beziehungen mit Südafrika ein. Sie setzten Isreael dem Verdacht aus, meinte er, daß es den südafrikanischen Rassismus billige, und sie störten Israels Beziehungen zu Schwarzafrika und zur Dritten Welt.

Gegen Apartheid

Dem widersprach Me'Ir Shitreetn vom Likud: „Jeder von uns, links wie rechts, würde die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion begrüßen. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß wir die kommunistische Lebensform oder das Ausbleiben jeglicher demokratischer Freiheiten gutheißen. Beziehungen mit Südafrika bedeuten nicht, daß wir die Apartheid unterstützen. Was die schwarzafrikanischen Staaten betrifft, so unterhalten ja viele von ihnen selbst Beziehungen mit Südafrika und treiben regen Handel mit ihm. Die schwarzafrikanischen Staaten lassen sich aber von unserer Außenpolitik nicht beeinflussen. Als es ihren Interessen im Jahre 1973 dienlich war, ließen sie uns fast alle im Stich. Südafrika hingegen hat sich immer loyal zu uns verhalten."

Ein maßgebender israelischer Diplomat bemerkte dazu: „Wenn uns die schwarzafrikanischen Staaten unsere Beziehungen zu Südafrika zum Vorwurf machen, so ist das scheinheilig." (SAD)

„Moskau könnte mit C-Waffen Krieg gewinnen"

Von UWE SIEMON-NETTO

Der amerikanische Arzt Amos Townsend hat in einem Interview davor gewarnt, daß die Sowjetunion eines Tages mit relativ neuen chemischen Kampfstoffen einen Krieg in Europa gewinnen könnte, ohne jemals den Einsatz von Kernwaffen riskieren zu müssen.

Diese Kampfstoffe heißen Mycotoxine. Townsend gilt als der führende amerikanische Experte für ihre verheerenden Auswirkungen. Er bedauerte, daß sich die NATO nicht hinreichend mit ihnen beschäftige, obwohl Saboteure aus dem Osten mit Hilfe dieser leicht herzustellenden Chemikalien ganze Divisionen ausschalten könnten.

Mycotoxine sind dem Penicillin verwandt. Sie werden aus Schimmelpilzen gewonnen, die praktisch nur in kalten Klimazonen vorkommen, namentlich in der Sowjetunion, in der sie zuerst erforscht wurden. Mycotoxine zerstören das Knochenmark und die weißen Blutkörperchen ihrer Opfer und damit ihre Abwehrkraft gegen Infektionen. Die Folgen sind grauenhafte Schmerzen, innere Blutungen und oft ein qualvoller Tod.

Als ich Townsend interviewte, äußerte er sich besorgt darüber, daß „wir immer nur davon sprechen, welche Seite über mehr Megatonnen (an nuklearer Sprengkraft) verfügt".

„Wir sollten uns auch fragen", fuhr er fort, „wie die NATO reagieren wird, wenn der Warschauer Pakt die Bundesrepublik Deutschland mit Waffen angreift, die anfänglich konventionell zu sein scheinen, es in Wirklichkeit aber gar nicht sind."

Townsend entwarf ein Szenarium, wonach eine Fünfte Kolonne des Ostblocks unmittelbar vor Gefechtsbeginn die Wasserversorgung der NATO-Truppen und großer Städte mit Mycotoxinen verseucht, so wie es nach seiner Erkenntnis die Vietnamesen heute mit den Quellen in dem Gebiet der kambodschanischen Widerstandskämpfer tun.

Bei Luftangriffen und Artilleriefeuer auf westliche Stellungen und Stützpunkte könnten dann auch einige mit dem chemischen Kampfstoff geladene Bomben und Granaten detonieren. „In der Konfusion eines Kriegsbeginns könnte es mehrere Tage dauern, bis das Oberkommando der Allianz herausfindet, was da geschehen ist, und dann ist es womöglich zu spät, noch darauf zu reagieren." Die Mycotoxine, meint Townsend, könnten unter diesen Umständen in einem Krieg das Gleichgewicht zugunsten der Sowjetunion verändern.



Ein Afghane, von einer Brandbombe verletzt. Die Sowjets setzen aber auch C-Waffen ein.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

In Südostasien gewann Townsend den Eindruck, daß die Sowjets und ihre indochinesischen Satelliten den traditionell prowestlichen Bergstamm der H'mong und die antivietnamesischen Widerstandskämpfer in Kambodscha „als Versuchskaninchen in ihrer natürlichen Umgebung" für die neue Waffe mißbrauchen.

Flüchtlinge berichteten ihm, daß in Laos nach Angriffen mit gelbem, rotem, schwarzem oder blau-grünem Regen Teams des kommunistischen Pathet-Lao-Regimes in die betroffenen Dörfer gekommen seien, ein paar Spritzen gegeben und Aspirin verteilt hätten. Da es keine wirksamen Mittel gegen eine Mycotoxin-Verseuchung gebe – die H'mong behandeln sich recht und schlecht mit Opium –, sei die eigentliche Mission der Besucher unschwer zu erkennen gewesen: sie sollten herausfinden, wie sich das Gift auf den Menschen auswirkt.

Dies deckt sich mit Informationen aus Afghanistan. Wie die britische Verteidigungs-Zeitschrift „Jane's Defence Weekly" berichtete, hat der Rotarmist Jurij Powarnizin nach seiner Gefangennahme durch afghanische Rebellen folgendes ausgesagt: Er habe einer Spezialeinheit für chemische Kriegsführung angehört. Ihre Aufgabe sei es gewesen, „Dörfer nach einem Angriff mit Chemikalien zu untersuchen". Powarnizin und seine Kameraden mußten aus den verseuchten Gebieten „Erd-, Vegetations- und Wasserproben mitbringen". Außerdem hätten sie die Leichen der Opfer obduziert.

Was die menschlichen Versuchskaninchen der Sowjets und ihrer vietnamesischen Verbündeten in Laos und Kambodscha erleiden müssen, schildert Townsend so: „Schon Minuten nach einem Angriff sind alle Körpersysteme der Opfer betroffen. Sie haben wahnsinnige Kopfschmerzen, übergeben sich und spucken Blut. Sie haben einen blutigen Durchfall. Sie vergießen blutige Tränen. Blut rinnt aus ihren Ohren, in denen es dröhnt. Sie erleiden eine schwere Bindehautentzündung, können nicht richtig sehen, ja, einige von ihnen erblinden sogar vorübergehend. Eine riesige Kralle scheint unentwegt das Innere ihres Eingeweides zu kratzen. Ihre Haut brennt. Sie fühlen sich schwindelig und betrunken."

Ein deutsch-kanadischer Wissenschaftler, der sich wie Townsend seit längerem intensiv mit der Materie beschäftigt, teilt dessen Ansicht, daß Mycotoxine auch ganze Divisionen wohlgenährter NATO-Soldaten ausschalten können. Es komme nur darauf an, in welcher Weise das Gift in den Körper eindringe: oral, durch die Haut oder durch die Atemwege.

Der Veterinärpathologe Bruno Schiefer, ein gebürtiger Kölner, sagte in einem Interview, die Russen hätten mit dem Gift viel längere Erfahrungen als der Westen. Schon seit Jahrhunderten seien in ihrem Lande immer wieder Epidemien aufgetreten, von denen die Wissenschaft heute wisse, daß sie von Mycotoxinen ausgelöst worden seien.

Die letzte große Katastrophe dieser Art habe sich im Kriegsjahr 1941/42 im Gebiet von Orenburg ereignet. „Nachdem Tausende gestorben waren, beschäftigte sich der sowjetische Professor Abraham Z. Joffe als erster wissenschaftlich mit diesem Phänomen", sagte Schiefer. Joffe, der dabei die Mycotoxine entdeckte, lebt und lehrt heute in Jerusalem.

Die Erfahrungen der Amerikaner mit diesem Gift sind hingegen minimal. „Uncle Sam hat sich vor 15 Jahren kurzfristig mit Mycotoxinen beschäftigt und sie für nicht sehr nützlich erachtet", berichtete Townsend weiter. Als er selbst 1980 eher per Zufall begann, sich mit den neuen Kampfmethoden der Kommunisten zu beschäftigen, war er „schockiert darüber, wie wenig unsere Seite informiert war".

Amos Townsend ging nach dem Vietnamkrieg nach Thailand, um Flüchtlinge aus Laos zu behandeln, insbesondere die H'mong, auch unter dem abschätzigen Wort „Meos" (Wilde) bekannt. Eines Tages besuchte ein Offizier vom Stab des US-Militärattachés in Bangkok, der heutige Oberstleutnant C. Dennison Lane, Townsend in Nonkal an der laotischen Grenze, wo er ein Flüchtlingskrankenhaus leitete, und bat ihn, nach Beweisen für den Einsatz chemischer Kampfstoffe Ausschau zu halten.

Zu jener Zeit waren die Franzosen über die Tragödie in Laos besser informiert als die Amerikaner. Als ich 1979 das H'mong-Flüchtlingsdorf Cacao in Französisch-Guyana in Südamerika besuchte, wurden mir Kassetten vorgespielt auf denen in Laos zurückgebliebene Verwandte einen Angriff mit Mycotoxinen schilderten.

Townsend ließ sich von den geflüchteten H'mong in Nordthailand die Angriffe schildern. Mal warfen Doppeldecker der sowjetischen Bauart AN-2, mal zweimotorige C-47-Maschinen, die die Amerikaner früher den Laoten gegeben hatten.

„Die Mycotoxine kamen in Form von Bomben, Granaten und Kanistern", sagte Townsend, „sie wurden aber auch über Siedlungen gesprüht wie Herbizide über Kornfelder." Später, in Kambodscha, erfuhr er, daß das Gift auch in Raketen verschossen, in Tretminen gefüllt oder ganz einfach in Bäche, Flüsse, Quellen und Seen geschüttet werden konnte.

Townsend veranlaßte Stammesführer, Mycotoxin-Proben von Felsen, Blättern und Holz zu kratzen und sie ihm zu bringen. Bei den Patienten, die er untersuchte, waren außer äußeren Symptomen wie Narben und Schwären keine Beweise für eine Mycotoxin-Vergiftung mehr zu finden, bei einigen aber doch, was gleichwohl die Skeptiker nicht überzeugte: „Wo ist die rauchende Pistole? Wo sind die Toten?" fragten ihn linksorientierte amerikanische Journalisten in Bangkok.

„Ja wo wohl?" erwiderte der Arzt, „weil meine H'mong-Informanten beschwerliche und gefährliche Fußmärsche von mehreren hundert Kilometern zurücklegen und sich vielfach freikämpfen müssen. Das übersteht kein Schwerverwundeter – solange hält sich kein Kadaver. Wir müssen uns mit den leichteren Fällen zufriedengeben, aber auch sie sind schon schwer genug."

Politische Verhärtung in Chile?

AFP, Santiago

Der Rücktritt des chilenischen Innenministers Jarpa und des gesamten Kabinetts bedeutet nach Ansicht politischer Beobachter in Santiago das Ende der Politik der Öffnung zur Demokratie. In Oppositionskreisen löste der Rücktritt des Ministers keine Überraschung aus, nachdem in den letzten zehn Tagen eine Kursveränderung des Regimes zu beobachten gewesen sei. Anläßlich der Unruhen in der letzten Woche, die mindestens acht Todesopfer forderten, hatte Präsident Pinochet mit der Verhängung des Ausnahmezustandes gedroht. Gleichzeitig hatte er jeden weiteren Dialog mit der Opposition ausgeschlossen und eine Änderung der Verfassung abgelehnt, die seine Amtszeit bis 1989 festlegt. Als Grund für seinen Rücktritt nannte Jarpa ein Treffen chilenischer Bischöfe mit „Führern des sowjetischen Kommunismus" in Rom.

Der Präsident der chilenischen Bischofskonferenz, Piñera, äußerte sein „großes Befremden" über diese Erklärung. Er bestätigte ein Treffen mit Exil-Chilenen in Rom, die in ihre Heimat zurückkehren möchten. Daran hätten auch „einige marxistische Politiker" teilgenommen. Piñera bestritt „jedwede Einigung zwischen den katholischen Bischöfen und marxistischen Politikern". Zwischen „Glaube und Marxismus" bestehe „absolute Unvereinbarkeit". Die katholische Kirche hatte kürzlich scharfe Kritik an der Weigerung der Regierung geübt, 4000 Exil-Chilenen ins Land zurückkehren zu lassen.

Auch Ungarn übt Kritik an IOC-Wahl

rtr, Budapest

Nach den distanzierenden Stellungnahmen Moskaus zur Wahl Seouls als Austragungsort der Olympischen Spiele in vier Jahren hat jetzt auch Ungarn die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) kritisiert. In einem Kommentar der Regierungszeitung „Magyar Hirlap" hieß es, durch diese Wahl seien die Spiele erneut zur Quelle ernsthafter politischer Konflikte gemacht worden. Dem IOC warf die Zeitung vor, den Sport in eine gefährliche politische Richtung gelenkt zu haben. Ebenso wie der Ostblock müsse auch das IOC sich um eine Rettung der olympischen Bewegung bemühen.

Brüssel: Luftwaffe in „Kälteurlaub"

dpa, Brüssel

Wegen leerer Heizölkassen hat Belgien mit der Schließung der Fliegerhorste in Florennes, Bierset, Beauvechain und Kleine-Brogel seine Luftwaffe fast vollständig „in Urlaub geschickt". Drei Viertel der Soldaten gingen zum „Überstunden-Abbummeln" nach Hause. Auch das taktische Hauptquartier der Luftstreitkräfte in Evere schloß seine Pforten. Um mit den knappen Haushaltsmitteln für die Luftwaffe in den restlichen zwei Monaten dieses Jahres auszukommen, wurden Hangars, Werkstätten und Büros für elf Tage geschlossen. Lediglich einige Jäger und Bomber werden in Bereitschaft gehalten.

„Datenschutz kann Polizei behindern"

AP, Wiesbaden

Die deutschen Datenschutzregelungen können sich nach Ansicht des Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Boge, negativ auf die internationale polizeiliche Arbeit und auf die Tätigkeit der deutschen Polizei auswirken. Auf einer Tagung in Wiesbaden sagte Boge, die Bestimmungen seien „für ausländische Stellen überhaupt nicht nachvollziehbar". Sie seien zwar für den Datenschutzbeauftragten durchsichtig, den Polizisten vor Ort jedoch engten sie ein, würden ihn vielleicht handlungsunfähig oder handlungsunwillig machen. Aus Furcht vor einer wachsenden internationalen Kriminalität kritisierte er auch den Grenzkontroll-Abbau.

Neue Funktion für Gierek-Vertrauten

JGG. Warschau

Nach Meinung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" ist die Ernennung des früheren Religionsministers Kakol zum Chefredakteur des Organs der neuen Staatsgewerkschaften, „Populäres Wochenblatt der Gewerkschafter", kein Zufall.

Ein Vertreter ihrer Auslandsorganisation sagte, die aus rein ideologischen Gründen erfolgte Berufung Kakols zeige, in welche Richtung die Staatsgewerkschaften marschierten. Außerdem werde deutlich, daß kompromittierte Spitzenfunktionäre aus der Gierek-Ära wieder aus der Versenkung auftauchten und mit hoch dotierten Posten versehen würden.

London: Gericht untersagt Streik

rtr, London

Ein Gericht hat zum erstenmal im Zusammenhang mit Tarifauseinandersetzungen in der britischen Automobilindustrie das von der konservativen Regierung verabschiedete neue Gewerkschaftsgesetz angewandt. Es verurteilte sechs Gewerkschaften dazu, einen zwei Tage alten Streik gegen das zum staatlichen Autokonzern British Leyland gehörende Unternehmen Austin Rover abzublasen, weil der Streikbeschluß ohne vorherige geheime Abstimmung zustandegekommen war. Das Gesetz, das nach Meinung von Beobachtern seinen ersten Test vor Gericht bestand, sieht bei Zuwiderhandlungen Geldstrafen von bis zu 930 000 Mark vor.

RADSPORT / Sechstagerennen von Grenoble

Franzosen vergleichen Hofeditz mit Thurau

KLAUS BLUME, Bonn

So kann man auch die Weichen für eine Rennfahrer-Karriere stellen: Schon dreimal gewann der Essener Ralf Hofeditz (22) im Radsportland Frankreich ein Sechstagerennen, in Grenoble, aber bei den Amateuren. Das brachte ihm immerhin den Ruf ein, über außergewöhnliches Talent zu verfügen. Zu den Publikumslieblingen von Grenoble gehörte der junge Mann, noch bevor er als Profi in die Pedale trat. In der Nacht zum Dienstag tat er es so kräftig, daß er gemeinsam mit seinem australischen Partner Gary Wiggins den zweiten Platz beim Sechstagerennen von Grenoble belegte – nun als Profi. Es gewannen Bernard Vallet aus Frankreich und Gert Frank aus Dänemark, doch Hofeditz und Partner ließen immerhin so renommierte Rennfahrer hinter sich wie Stunden-Weltrekordler Francesco Moser aus Italien, Zeitfahr-Spezialist Daniel Gisiger aus der Schweiz und Ex-Weltmeister Alain Bondue aus Frankreich.

Die französische Presse flocht dem hierzulande kaum bekannten Rennfahrer Kränze. Es verging kein Tag, an dem das Pariser Fachblatt „L'Equipe" Hofeditz nicht während des Rennens in Grenoble überschwenglich lobte und ihn sogar mit dem in Frankreich noch immer populären Dietrich Thurau verglich. Für das Sechstagerennen in der nächsten Woche in Paris wird Hofeditz nun sogar von den französischen Fachjournalisten gemeinsam mit Partner Horst Schütz auf den Favoritenschild gehoben.

Dabei hatte sich das zweite Profijahr des Ralf Hofeditz gar nicht gut angelassen. Anstatt bei der Tour de France seinen Kapitän Sean Kelly aus Irland zu unterstützen, mußte er ins Krankenhaus. Nach einem Sturz war eine Bein-Operation notwendig geworden. Zuvor hatte er schon einmal pausieren müssen, wegen einer Kieferoperation. So blieben ihm nur die Herbstrennen und die Sechstage-Veranstaltungen. Zu was er allerdings als Straßenfahrer wirklich fähig ist, hatte er 1983 bei seinem Profi-Debüt im französischen Wolber-Team gezeigt. Da wurde Hofeditz beim klassischen Eintagsrennen Paris–Brüssel gleich Dritter.

Schon als Schüler hat er von diesen großen, historischen Rennen geträumt und erst recht, als er deutscher Jugendmeister auf der Straße geworden war. Radsport ist für die Familie Hofeditz ohnehin eine überaus wichtige Angelegenheit, schließlich ist der jüngere Bruder Amateur-Radrennfahrer und der Vater erster Vorsitzender des RV Sturmvogel Dortmund. Jenem Amateur-Klub gehört auch der Profi Hofeditz noch immer an.

Als ihr Ältester auf dem Grenobler Holzlatten-Oval seine Runden drehte, waren die Eltern freilich am letzten Wochenende dabei. Und nach Paris wollen sie nächste Woche auch, immerhin wird dort der Name Hofeditz bereits in ganz großen Lettern auf die Sechstage-Plakate gedruckt.

30 000 Kilometer hat Ralf Hofeditz im vorigen Jahr, als er nicht pausieren mußte, auf dem Fahrrad zurückgelegt – und 60 000 Kilometer im Auto, um von Einsatzort zu Einsatzort zu kommen. Das summiert sich, rund 200 Tage im Jahr ist Hofeditz nicht daheim. Die Eltern haben deshalb vorgesorgt und ihren Sohn bei Bekannten in Versailles untergebracht. „Es ist praktisch sein zweiter Wohnsitz. Er lebt dort wie das Kind im eigenen Haus", sagt die Mutter.

Publikumsliebling in Grenoble, Favorit in Paris, Familienanschluß in Versailles, Profi-Verträge beim renommierten Talentfinder Jean de Gribaldy in Besançon – ein 23jähriger aus Essen richtet sich in Frankreich als Rad-Profi ein.

Für 1400 Mark Grundgehalt hat Hofeditz angefangen, inzwischen geht es aufwärts. „Ein Versuchsballon", sagt die Mutter, „war es nie. Ralf will dabeibleiben." Das hofft auch Baron de Gribaldy, dem man in der Branche nachsagt, er wittere geradezu Talente. Immerhin hat der Baron den verstorbenen portugiesischen Tour-Star Joaquin Agostinho entdeckt und das vielseitige Talent des Iren Sean Kelly geschult. Unter seiner Regie ackert nun Ralf Hofeditz, mit dem de Gribaldy bereits im nächsten Frühjahr Großes vorhat: „Ich rechne damit, daß Hofeditz bei guter Mannschaftsarbeit in Klassikern wie zum Beispiel Mailand–San Remo ganz vorne sein kann." Doch jetzt will Ralf Hofeditz, der Publikumsliebling von Grenoble, erst einmal die Münchner beim Sechstagerennen begeistern – und dabei Dietrich Thurau schlagen.

● **Bayern München:** Der Pokalsieger fährt mit einem 4:1-Vorsprung zu Traktor Plovdiv. Das größte Problem muß wohl erst nach dem Spiel gelöst werden: Wer ist künftig Torwart Nummer 1, der Belgier Jean-Marie Pfaff, der heute spielt und getestet werden soll, oder weiter der junge Raimond Aumann?

● **Mönchengladbach:** Der wohl einzige Bundesliga-Klub, dem das Ausscheiden droht. Reicht der knappe 3:2-Vorsprung aus dem Hinspiel bei Widzew Lodz? Trainer Jupp Heynckes: „Wir haben schon größere Probleme gelöst." Kapitän Wilfried Hannes: „Es wird schwer, dennoch werden wir es schaffen."

● **1. FC Köln:** Mit einem 2:0-Sieg bei Standard Lüttich sind die Weichen schon für die nächste Runde gestellt. Trainer Hannes Löhr: „Wir wollen unserem Publikum etwas bieten. Ich begnüge mich nicht mit einem 1:0-Sieg, bei dem sich den Zuschauern möglicherweise der Magen umdreht."

● **Hamburger SV:** Das 1:1 in München hat das Selbstbewußtsein gestärkt, ein Weiterkommen über ZSKA Sofia nach dem 4:0-Erfolg im ersten Spiel erscheint kaum als Problem. Trainer Ernst Happel: „Wenn wir so weitermachen, wie wir in München aufgehört haben, kann niemand mehr von einer Krise reden."

FUSSBALL / Heute Rückspiele des Europapokals. Nur Borussia Mönchengladbach muß in Lodz das Ausscheiden befürchten

Jean-Marie Pfaff hält seine Prüfung in Plovdiv für „ungerecht und nicht ehrlich"

MARCUS BERG, Bonn

Zusammen mit Sepp Maier hat er „Das Torwartbuch" geschrieben (schreiben lassen?). Das Kapitel „Die Helden der Bundesliga" fängt selbstverständlich mit ihm selbst an. Da stehen dann Sätze wie diese: „Ich bin ein fröhlicher Mensch. Wenn mich jemand grüßt, grüße ich zurück. Und lächle dabei, ein Lächeln kostet schließlich nichts." Autor Jean-Marie Pfaff hat das Lächeln verlernt. „Ich bin ganz unten gewesen", sagt er heute, „dort, wo es ganz dunkel ist."

Im gleichen Kapitel steht auch dieses Bekenntnis: „Ich schäme mich nicht, an das Gute im Menschen zu glauben. Das Gute, die Menschlichkeit sollte man auch im Fußball nicht vergessen. Die Spieler sind eine Gemeinschaft. Wir sitzen in einem Boot, wir ziehen an einem Strang." Jean-Marie Pfaff droht aus dem Boot zu kippen, das FC Bayern München heißt. Und an dem Ende des Stranges, das er in der Hand hält, will so recht niemand mitziehen.

Der einst so fröhliche Torwart aus Belgien, 44 Länderspiele, 31 Jahre alt, steht heute wieder in der Mannschaft des FC Bayern, die heute mit einem 4:1-Vorsprung aus dem Hinspiel im Europapokal der Pokalsieger in Bulgarien bei Traktor Plovdiv antritt (Originalübertragung im ZDF ab 13.30 Uhr). Das ist so etwas wie eine Zwischen-Entscheidung von Trainer Udo Lattek: In den beiden bestimmt nicht so schweren internationalen Spielen gegen Plovdiv darf Pfaff spielen, in der Bundesliga aber wird der klare Vorsprung (fünf Punkte) mit dem elf Jahre jüngeren Raimond Aumann verteidigt. Da sitzt Pfaff, der sich ganz selbstverständlich „zu den besten Torwarten der Welt" rechnet, auf der Auswechselbank. Da ist er nur die Nummer zwei und spielt eine Rolle, für die gerade er nicht geschaffen ist. Warten, daß sich dieser junge Spund Aumann verletzt, daß er Fehler macht, die der ganzen Mannschaft schaden?



Die Fröhlichkeit verloren: Jean-Marie Pfaff auf der Ersatzbank. „Hat man alles vergessen, was ich für den Verein geleistet habe?" FOTO: SVEN SIMON

Pfaffs Vertrag läuft noch bis zum Ende der Saison. Er sagt, er wolle noch länger bleiben. Aber die richtige Überzeugungskraft fehlt bei diesen Worten. Udo Lattek will jetzt nach dem Spiel in Plovdiv endgültig entscheiden, wer künftig Nummer eins ist: „Pfaff spielt, wenn er beweist, daß er besser ist als Aumann." Und dieser Aumann hat in elf Bundesligaspielen nur elf Tore kassiert. Pfaff ahnt vielleicht, daß er gar nicht mehr gefragt ist. Weshalb sonst wird er in internationalen Spielen eingesetzt, nicht aber in der Bundesliga? Soll der teure Mann (rund 400 000 Mark Jahresgage) potentiellen Käufern im Ausland vorgeführt werden? Weshalb sonst muß er gerade in dieser Situation feststellen: „Man hat hier noch nicht mit mir über meine Zukunft gesprochen."

Am letzten Samstag, vor dem Spiel gegen den Hamburger SV, haben Fans den Vornamen des Ersatzmannes skandiert. Da, so Pfaff, „ist mir eine Gänsehaut über den Rücken gelaufen". Das habe ihn aufgerichtet: „Das vergesse ich den Fans im Leben nicht. Es gibt also doch Menschen, die es gut mit mir meinen." So weit muß er also schon gehen, um sie zu finden. In seiner „Gemeinschaft der Spieler" gibt es die guten Menschen offensichtlich nicht – das muß daraus wohl geschlossen werden.

Pfaff ist durch eine Leistenoperation gestoppt worden, der er sich Anfang August unterziehen mußte. Einen Monat später war er in einen Verkehrsunfall verwickelt, den er nicht verschuldet hatte. Eine 70 Jahre alte Ordensschwester starb, Pfaff erlitt einen Schock. Er, der fröhliche Showman, dem die Kollegen schon Popularität und Werbeaufträge neideten, kapselte sich ab. „Das war die wichtigste Phase meines Lebens", sagt er, „vielleicht auch die schlimmste. Da kriegst du Probleme, die du erst einmal verkraften mußt. Ich bin ein Mensch und keine Maschine."

Nun aber ist er wieder fit, körperlich und psychisch. Dafür grübelt er über die Menschen nach, die ihm einst auf die Schultern geklopft haben und jetzt mit ihm offensichtlich nicht mehr in einem Boot sitzen wollen. Er nennt sie „die Menschen mit den zwei Gesichtern" und fragt: „Ist denn alles schon vergessen, was ich für den Verein getan habe?" Den Leistungsnachweis, der heute in einem Spiel von ihm verlangt wird, den hält er für „ungerecht und auch nicht ehrlich".

Der junge Raimond Aumann, vor zwei Jahren noch die Nummer vier hinter Pfaff, Manfred Müller und Walter Junghans, wird zwangsläufig in diese vertrackte Situation gezogen. Er versucht verbal die Balance zu halten zwischen seinem selbst verdienten Anspruch, weiter im Tor zu stehen, und dem Eindruck, er würde vielleicht einen Kollegen bekämpfen. Da ergeben sich Widersprüche. Aumann sagt: „Ich glaube, die Chancen stehen 30:70 gegen mich." Aber er sagt auch: „Ich werde meinen Platz nicht kampflos hergeben. Solange der Trainer nur meine Leistungen sieht, wird es schwer für Jean-Marie." Kann er Pfaff wirklich auf Dauer verdrängen? Aumann: „Warum nicht. Normalerweise tut man sich da bei einem Weltklassemann schwer – aber es gibt auch andere Beispiele."

Jean-Marie Pfaff sagt: „Die Zeit des ewigen Kopfnickens ist vorbei. Es soll keiner glauben, er könne mich so ohne weiteres in die Ecke stellen. In Zukunft werde ich mir nichts mehr gefallen lassen. Jeder soll wissen: Das ist der große Torwart, und Respekt vor mir haben."

Die Spiele und die Ergebnisse der ersten Runde

Spiel	Hinspiel
Landesmeister	
Austria Wien – Ost-Berlin	(3:3)
Dnjepropetrowsk – Lev. Sofia	(1:3)
Belfast – Panathinaikos	(1:2)
Kopenhagen – Sparta Prag	(0:0)
Benf. Lissabon – Liverpool	(1:3)
Din. Bukarest – Bordeaux	(0:1)
Beveren – IFK Göteborg	(0:1)
Grasshoppers – Juve Turin	(0:2)
Pokalsieger	
Plovdiv – **Bayern München**	(1:4)
FC Metz – Dynamo Dresden	(1:3)
Wisla Krakau – Fortuna Sittard	(0:2)
FC Everton – Inter Bratislava	(1:0)
Marun – Dynamo Moskau	(0:5)
FC Wrexham – AS Rom	(0:2)
Celtic Glasgow – Rapid Wien	(1:3)
Servette Genf – Larissa	(1:2)
UEFA-Cup	
ZSKA Sofia – **Hamburger SV**	(0:4)
Lodz – **Mönchengladbach**	(2:3)
1. FC Köln – Standard Lüttich	(2:0)
Belgrad – Queens Park	(2:6)
Glasgow Rang. – Inter Mailand	(0:3)
Spartak Moskau – Lok Leipzig	(1:1)
Tottenham – FV Brügge	(1:2)
Minsk – Spor. Lissabon	(0:2)
Boh. Prag – Ajax Amsterdam	(0:1)
Real Madrid – FC Rijeka	(1:3)
Videoton – St. Germain	(4:2)
Dundee United – Linzer ASK	(2:1)
Manchester – PSV Eindhoven	(0:0)
FC Sion – Sarajevo	(1:2)
Olympiakos Piräus – Craiova	(0:1)
RSC Anderlecht – Florenz	(1:1)

In Klammern die Ergebnisse der Hinspiele.

Die Auslosung für das Achtelfinale im UEFA-Pokal wird von der Europäischen Fußball-Union am Freitag in Zürich vorgenommen. Die Spiele des Achtelfinales in diesem dritten europäischen Klub-Wettbewerb, der über eine Runde mehr verfügt als die Wettbewerbe der Landesmeister und Pokalsieger, finden am 28. November und 12. Dezember statt. Viertelfinale (6. und 20. März 1985) und Halbfinale (10. und 24. April) finden dann wieder gleichzeitig in allen drei Wettbewerben statt. In Brüssel (29. Mai) und in Rotterdam (15. Mai) finden die Endspiele der Landesmeister und Pokalsieger statt.

STAND ● PUNKT / *Franz Klammers erste Siege*

Die Saison hat noch gar nicht begonnen – aber der erste Streit zwischen Funktionären und Rennläufern ist bereits da. Der Schweizer Raeto Melcher, der Vorsitzende des Alpin-Komitees im Internationalen Ski-Verband (FIS), ist zurückgetreten. Melcher hatte sich darüber erregt, daß die österreichischen Abfahrer Franz Klammer, Harti Weirather und Leonard Stock sowie deren Schweizer Kollege Conrad Cathomen die WM-Abfahrtspiste in Borneo (Italien) abgenommen haben. Unter der Führung von Franz Klammer vertraten diese Läufer die Interessengemeinschaft der Abfahrer.

Melcher unterstellt, daß es sich bei den vier Abfahrern um eine inoffizielle Gruppe handele, die nur persönliche Interessen vertrete und von niemanden gewählt worden sei. Melchers Präsident, der Schweizer Marc Hodler, ist anderer Meinung – er hatte Klammer und dessen Kollegen eingeladen.

Der erfahrene Klammer hat im Vorfeld der Weltcup- und Weltmeisterschaftssaison 1984/85 übrigens eine ganze Reihe von Vorschlägen durchgesetzt, die allesamt seinen Kollegen zugute kommen. So wurde die Zahl der Weltcup-Abfahrten der Herren, also die der attraktivsten Ski-Veranstaltungen, auf zehn erhöht. Ein elftes Rennen wurde nun für den 6. Januar im österreichischen Saalbach von der FIS genehmigt.

Auch damit verfolgt Klammer einen Plan im Interesse der Kollegen. Er möchte die Zahl der Übersee-Rennen reduzieren und sie zugunsten von Veranstaltungen in den Alpen ersetzen. Was Klammer bisher gelang, waren seine ersten Siege in der Saison 1984/85.

K.Bl.

SPORT-NACHRICHTEN

Sportaustausch mit China

Frankfurt (dpa) – Der Sportaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und China nimmt zu. 1985 stehen 21 Veranstaltungen der beiden Länder auf dem Plan. „Der Katalog wäre mindestens doppelt so umfangreich, wenn wir mehr Geld hätten und Sponsoren finden würden", meinte DSB-Präsident Willi Weyer. Dem DSB stehen für das China-Programm 450 000 Mark zur Verfügung.

Sperre für McEnroe

Stockholm (sid) – Der amerikanische Weltranglisten-Erste John McEnroe gewann in Stockholm das Endspiel des Tennis-Grand-Prix-Turniers mit 6:2, 3:6, 6:2 gegen Mats Wilander (Schweden). Wegen Beleidigung und Beschimpfung des Schiedsrichters sowie zwei weiteren Wutausbrüchen wurde McEnroe zu einer Geldstrafe von 2100 Dollar verurteilt. Damit überschritt er die 7500-Dollar-Grenze, die eine Spielsperre von 21 Tagen nach sich zieht.

Bellof zu Toleman?

Monte Carlo (DW.) – Der deutsche Formel-1-Rennfahrer Stefan Bellof (Gießen) verhandelt für die Saison 1985 mit den beiden englischen Teams Brabham-BMW und Toleman-Hart. Außerdem hat Bellof ein Angebot seines bisherigen Team-Chefs Ken Tyrrell erhalten, im nächsten Jahr dessen neuentwickeltes Fahrzeug zu steuern.

Kündigung bestätigt

Düsseldorf (dpa) – Die vom ehemaligen Präsidium des Fußball-Bundesligaklubs Fortuna Düsseldorf am 26. Oktober ausgesprochene fristlose Kündigung von Manager Wolfgang Ley bleibt bestehen. Der Interims-Vorstand sah sich nicht in der Lage, bis zur für Januar 1985 vorgesehenen außerordentlichen Jahreshauptversammlung eine andere Entscheidung zu treffen. Ley hat ein Angebot, ihm bis zur Wahl eines neuen Präsidiums drei Monate lang weiterhin die Bezüge zu zahlen, abgelehnt.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Stockholm, Finale, Einzel: McEnroe (USA) – Wilander (Schweden) 6:2, 3:6, 6:2. – Doppel: Leconte/Smid (Frankreich/CSSR) – Amritraj/Nastase (Indien/Rumänien) 3:6, 7:6, 6:4. – **Herren-Turnier** in Helsinki, erste Runde: Svensson (Schweden) – Zipf (Deutschland) 6:7, 6:4, 6:3. Eberhard (Deutschland) – Stadler (Schweiz) 7:6, 6:7, 6:3, Windahl (Schweden) – Osterthun (Deutschland) 6:4, 3:6, 6:2.

RADSPORT

15. **Sechstagerennen** in Grenoble, Endstand: 1. Vallet/Frank (Frankreich/Dänemark) 242 Punkte, 2. Hofeditz/Wiggins (Deutschland/Australien) 91, eine Rd. zur.: 3. Moser/Bidinost (Italien) 212, drei Rd. zur.: 4. Gisiger/Clere (Schweiz/Frankreich) 51, vier Rd. zur.: 5. Tourne/Clere (Belgien/Frankreich) 49, fünf Rd. zur.: 6. Bondue/de Wilde (Frankreich/Belgien) 90, 7. Mottet/Poisson (Frankreich) 66, 8. de Boscher/Markussen (Belgien/Dänemark) 55.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2 834 752,70, 2: 72 685,90, 3: 6511,60, 4: 115,50, 5: 8,90. – **Toto, Elferwette:** 1. Rang: 87 046,20, 2: 1277,60, 3: 94,60. – **Auswahlwette „6 aus 45"**: 1. Rang: unbesetzt, Jackpot: 202 218,95, 2: 33 703,10, 3: 5416,50, 4: 109,60, 5: 9,90. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 659,00, 2: 356,90. – Rennen B: Klasse 1: 901,80, 2: 118,90. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 17 135,20 (ohne Gewähr).

SCHACH

Zug um Zug passiv . . .

L. P. Bon

Das 13. Unentschieden hinterei ander. Auch in der 22. Partie d Schach-Weltmeisterschaft war nu die von Weltmeister Anatoli Karpo vorbereitete Verteidigung gegen da supersolide „Katalanische System zu bewundern. Herausforderer Gar Kasparow liegt weiter 0:4 zurück. W soll es weitergehen, wenn beide sic auch künftig so passiv verhalten?

Die Notation (Weiß Kasparow, Katalanisch): **1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.g3 d5 4.Lg2 Le7, 5.Sf3 0-0, 6.0-0 dxc, 7.Dc a6, 8.a4 . . .**

In der achten Partie gab es ei schnelles Unentschieden nac 8.Dxc4 b5, 9.Dc2 Lb7. Nun versuch es Kasparow anders.

8. . . . Ld7, 9.Dxc4 . . .

Falls Weiß das Spiel verschärfe will, muß er meines Erachtens eine Bauern opfern. Nach 9.Td1 Lc 10.Sc3 könnten interessante Verwick lungen entstehen.

9. . . . Lc6, 10.Lg5 a5,

In früheren Partien, zum Beispie 1979 gegen Robert Hübner, verteidig te sich Karpow mit Ld5. Zum Be spiel: 11.Dd3 c5, oder 11.Dc2 Le 12.Dd1 c5.

11.Sc3 Sa6, 12.Tc1 Dd6,

Der mit 10. . . . a5 verbundene Plan wird nun klar: Die schwarze Dam zielt nach b4. Schwarz verzichtet hie auf c5, aber Weiß kann mit seiner starken Zentrum kaum etwas anfan gen.

13.Se5 Lxg2, 14.Kxg2 c6, 15.Lxf gxf,

Die schwarzen Figuren stehen s aktiv, daß die Schwächung des Kö nigsflügels ohne Bedeutung ist.

16.Sf3 Tfd8, 17.Tfd1 Db4, 18.De2 Td7, 19.e3 Tad8, 20.Tc2 Remis.

„Im Damenstift": Eine historische Bestandsaufnahme

Adlige Zeitzeugen

Die Geschichte von den adligen katholischen Damen, die ihren Lebensabend „Im Damenstift" verbringen, fügt sich in die Filmarbeit Eberhard Fechners ein wie jeder seiner Beiträge zur „Oral history" unseres Jahrhunderts. Es hatte mit „Nachrede auf Klara Heydebreck" angefangen, führte zu „Klassenfoto", „Unter Denkmalschutz" und weiteren gelungenen Versuchen, unser Jahrhundert einmal so für die Kamera einzufangen, wie es von den „ganz gewöhnlichen Menschen" gesehen wird. Die mit großer Hinwendung produzierte Damenstift-Geschichte ergänzt die historische Bestandsaufnahme mit der Einbeziehung des Adels (oder dessen, was heute von ihm lebt und über das Jahrhundert berichten kann).



Schrieb ein weiteres Kapitel seiner „mündlichen Geschichte": Eberhard Fechner FOTO: U. ROHNERT

Der Film verfügt nicht nur über zeitgeschichtliches Gewicht, sondern auch über hohe ästhetische Werte. Was zu sagen und zu zeigen war, ist

Im Damenstift – ARD, 20.15 Uhr

durch die epische Hand Fechners auch künstlerisch legitimiert. Er sieht in seinen Arbeiten ausdrücklich nicht eine Spielart der Dokumentation, auch wenn er mit dokumentarischen Mitteln vorgeht. Seine „mündliche Geschichte" ist ein Versuch, für den es noch keine Gattungsbezeichnung gibt. Am ehesten könnte man seine Produktionen dem Fernsehspiel zurechnen, einem solchen freilich, das sich nicht von Theater oder Film ableitet, sondern genuines Fernsehen anstrebt.

So gewinnen denn die Damen im Adelsstift Ehreshoven, die dort ihr stilles und sehr bescheidenes Leben verbringen, im Gespräch mit Fechner eine neue Rolle, die der Zeugenschaft unserer Zeit. Auch an ihren Schicksalen, die sich von Satz zu Satz, von Schweigen oder Stutzen zu einem Stück Geschichte mausern, ist abzulesen, was bei den vorangegangenen Produktionen Fechners abzulesen war: Geschichte äußert sich deutlicher und nachhaltiger in den Lebensläufen der Betroffenen als in der glänzenden Vita der die Entscheidung Treffenden.

In der langen Reihe der Fernseh-Zeugenschaften, die Fechner auf seine Weise zum Sprechen gebracht hat, hat er das Kaleidoskop der Nation sehr schön herumgewirbelt: Da ist die Proletarierin Klara Heydebreck in den Zeugenstand gerufen worden, das Schicksal der Künstler wurde durch das Beispiel „Comedian Harmonists" berufen, die Großbürger erkannten ihre Geschichte in „Unter Denkmalschutz", dem Mittelstand war „Klassenfoto" gewidmet. Jetzt bot sich durch die Versammlung kompetenter Zeugen im Damenstift die Chance, Vertreter des deutschen Adels auf die Szene zu bitten.

Auch bei den alten Damen befleißigte sich Fechner seines obersten Prinzips: keine vorherigen Absprachen, ruhig und ausgeruht sprechen lassen und um nichts in der Welt ausfragen. Das war bei dem Verhaltenskodex der aristokratischen Frauen besonders schwierig, denn ihre Spontaneität war begrenzt. Daher mußte er für hundert Meter Vorführung 3,5 Kilometer Film verbrauchen. Es entstand ein Fernsehspiel, das auf einer höheren Ebene zu einem Dokument wurde.

So schließt sich die Arbeit des Chronisten Eberhard Fechner. Die Krönung seines Werkes ist jedoch „Der Prozeß", der Fechner acht Jahre Arbeit kostete, in denen er den sogenannten Majdanek-Prozeß beobachtete. Mit der Ausstrahlung dieser dreiteiligen Arbeit beginnt die ARD am 21. November. Aus Gründen, die allein die Entscheidungsgremien der ARD zu vertreten haben, wird diese Arbeit nicht im Hauptprogramm ausgestrahlt.

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Alpträume und Rache

Der deutsche Filmemacher Werner Herzog und der französische Journalist Denis Reichle beteuerten vor der Ausstrahlung ihrer **Ballade vom kleinen Soldaten**, ihr Werk sei kein Film *gegen* die Sandinisten, sondern *für* die Miskito-Indianer, die Opfer der nicaraguanischen Bürgerkriegs-Wirren. Die Auftrags-Produktion für den Süddeutschen Rundfunk in Stuttgart aber war im Endeffekt eine dokumentarisch eindrücklich belegte Anklage gegen das sandinistische Regime in Managua. Ein Wunder, daß dieser Film im ersten Kanal überhaupt gezeigt wurde – war er doch von der ersten Bildsequenz bis zum letzten Filmmeter eine einzige Widerlegung von dem, was die ARD üblicherweise in Nachrichtensendungen, Magazinen und Reportagen über die Zustände in dem mittelamerikanischen Land behauptet.

Kein Wunder, daß es vor der Ausstrahlung des Films erregte Debatten, ja sogar Angriffe gegen die Filmemacher gab. Die Kritiker konnten die Sendung zwar nicht verhindern, immerhin wurde dafür Sorge getragen, daß die Enthüllungen über das wahre Gesicht der Sandinisten erst nach der Demonstration von Bonn gegen „die amerikanische Einmischung in Mittelamerika" über die Bildschirme ging. Schließlich sollte die Zahl der Demonstranten für „Frieden und Gerechtigkeit in Mittelamerika" nicht durch unbequeme Wahrheiten geschmälert werden ...

Die Wahrheiten des Herzog-Films waren nicht nur unbequem, sie waren erschütternd. „Ich habe an nichts mehr Freude", sang ein 12jähriger Miskito-Junge – und klammerte die Hände fester um seine automatische Waffe. Die filmische Ausbeute von Herzog und Reichle in der Heimat der 140 000 Miskito-Indianer an der Ost-Küste ihres Landes war journalistisch einzigartig, menschlich bewegend. Offenbar spürten auch die einfachen Menschen der Indianer-Dörfer, daß hier Männer nach der Wahrheit suchten, deren Enthüllung möglicherweise Hilfe bedeutet ... Warum sonst hätten die Ärmsten die einzige Kuh des Dorfes für ein Gastmahl geschlachtet?

Der Film war in zwei Hauptteile gegliedert: im ersten wurde in schrecklichen Bildern und entsetzlichen Aussagen über die Verfolgung der Miskitos durch die Sandinisten berichtet. Da war die Rede von Brandschatzung, Zwangsumsiedlung, Massakern und Greueln – dazwischen erklangen selbst in der Verlorenheit honduranischer Flüchtlingslager Gesang und Lachen. Der zweite Teil des Films enthüllte, wohin die sandinistische Ausrottungs-Politik geführt hat: zur blutigen Gegengewalt. „Meine Mutter haben die Sandinisten wie ein Stück Fleisch zerhackt", klagte ein zehnjähriger Miskito in einem Ausbildungslager für Kinder-Soldaten. Er träumt zwar nachts noch von der Mama, will jetzt aber aus Rache auch töten.

WALTER H. RUEB



Unterhaltung in Form von Filmen, Serien, Musiksendungen sowie Quiz, Show und Kabarett machen den Löwenanteil (durchschnittlich 80 Prozent) der Sendezeit der privaten Programme **Sky Channel, RTL plus** und **PKS** (Programmgesellschaft für Kabel und Satellitenrundfunk) aus. Das österreichische Fernsehen (ORF) hat eine wissenschaftliche Inhaltsanalyse der drei Anbieter im Zeitraum vom 4. bis 24. Juni 1984 in Auftrag gegeben. Die Untersuchung listet Sendungstypen auf, wobei die Kategorie der Sendetypen formal definiert wurden und nicht auf die Inhalte der Sendungen eingegangen wurde. Der englischsprachige Sky Channel hat danach einen Unterhaltungsanteil von 87,4 Prozent, die PKS liefert 78,6 Prozent ihrer Sendezeit Unterhaltendes, RTL plus 83,1 Prozent. Zum Vergleich: Das ZDF und die ORF füllten im genannten Zeitraum mit den obengenannten Sendetypen 38,5 bzw. 31,2 Prozent. Der Bereich Information tauchte unter ferner liefen auf (Sky Channel 0,9 Prozent, PKS 6,1 Prozent, RTL plus 5,2 Prozent). Kinder- und Jugendprogramme sendet, in Form von Zeichentrickfilmen und Serien, nur das PKS-Programm, religiöse Sendungen sowie klassische Hintergrundberichte, wie sie aus öffentlich-rechtlichen Anstalten bekannt sind, gibt es nicht. fk



Mittwoch



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

6.00 Frühstücksfernsehen
Amerika nach der Wahl
10.00 heute
10.05 US-Wahl '84
10.25 Sketchup
10.55 WISO
11.25 Michael-Schanze-Show
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Hier hat Karl Marx nie stattgefunden
Unzählige Menschen in aller Welt, auch in den sogenannten „reichen Industrieländern", sind auf soziale Hilfe angewiesen: mag sie nun Arbeitslosenhilfe, Rente, Sozialhilfe oder Krankengeld heißen. Um Fakten und Historie des Systems der sozialen Sicherheit in den USA – sie sind bei uns weithin kaum bekannt – geht es in dem Film von Klaus Rentzsch.
16.55 Stadtrallye (5)
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Im Damenstift
Fernsehfilm von Eberhard Fechner
Auf Schloß Ehreshoven – kaum eine halbe Autostunde von Köln entfernt – leben derzeit 16 adlige Damen – Gräfinnen und Freifrauen – im Alter von 76 bis 88 Jahren.
21.45 Brennpunkt
Amerika nach der Wahl
Diskussionsteilnehmer: Henry Kissinger und Helmut Schmidt, Fritz Pleitgen und Gerd Ruge
22.30 Tagesthemen
23.00 Quincy
Der letzte der Giganten
Dr. Quincy ist ein großer Fan des Hollywood-Stars Will Preston. Er kennt fast alle Western von ihm und kann sie immer wieder ansehen. So reagiert er entsprechend entsetzt, als Lieutnant Monahan ihn mit einem Telefonanruf alarmiert: Preston ist in seiner Wohnung tot aufgefunden worden.
23.45 Tagesschau

ZDF

13.15 US-Wahl '84
Das Ergebnis und die Folgen
16.00 heute
16.04 Morgen schon
4. Teil: Wut im Bauch
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tao Tao
Der gestiefelte Kater
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Georg Danzer
17.50 Robin Hood
Ein Minnesänger, der seine Angebetete vor einer Zwangsheirat mit dem Sheriff von Nottingham bewahren will, wendet sich verzweifelt an Robin Hood. Als Robin die Geliebte des Minnesängers befreien will, fällt er auf eine List des Sheriffs herein und muß nun das Äußerste wagen.
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 US-Wahl '84
Der neue Präsident und seine Politik
20.15 Na, sowas!
Plaudertasche Thomas Gottschalk begrüßt heute Rolf und seine Freunde, Mike Krüger und Ennio Morricone in seiner Unterhaltungs- und Personality-Show, die auch auf die ein oder andere Besonderheit hoffen läßt ...
21.00 Der Denver-Clan
Nach dem Inferno / Wunderland
Dazw. heute-journal
22.50 Fußball-Europapokal
2. Runde, Rückspiele
0.20 heute

Gräfin von Westfalen ist eine der 16 Damen, die auf Schloß Ehreshoven wohnen (Im Damenstift – ARD, 20.15) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Detmold
Informationen und Unterhaltung
Gesang: Kristina Bach
Musik: Trio Farfarello
21.45 Hobbythek
Fensterkunst aus Blei und Glas
22.30 Das Geheimnis der Mondscheinsonate
Niederländischer Spielfilm (1935)
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
23.55 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Rückkehr der Kornblumen
19.15 Uhlandstraße 4
19.30 Landwirtschaft heute
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Wirtschaftsmagazin
Wer hat die Bürokratie erfunden? (4)
21.30 Offerte
21.45 Ein Haufen toller Hunde
23.10 Thirty Minutes
23.40 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Filmbriefe
19.00 Deutschlands grüne Inseln
Wollmatinger Ried
19.45 Horrchen gesucht
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.00 Brecht, Ballett, Butterfly
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Hessen drei unterwegs
22.05 Joséphines Heirat
Französischer Fernsehfilm
Mit Katy Amaizo

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 45 Fieber
Ein Jugendmagazin
20.15 Sammelsurium
21.00 Lady Oscar
Japanisch-franz. Spielfilm (1978)
23.00 Theater-Talk
Mit Romuald Pekny
23.30 Letzte Nachrichten

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '84
19.45 „Der nächste, bitte!"
4. Ein fabelhafter Trick
20.15 Sketchup
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Skandal in Chelsea (2)
Englischer Fernsehfilm
22.35 Z. E. N.
22.40 Registriert: Kennziffer 0-23.05
23.25 Rundschau
23.30 News of the Week

SPD-Mitglieder an Krawallen beteiligt

Apels Kritik an Berliner Anti-Reagan-Demonstration ignoriert / Aufforderung zum Rücktritt

DW. Berlin

Nach Angaben der Polizei etwa 7000, nach Angaben der Veranstalter 25 000 Menschen haben am Montag an einer Demonstration am Vorabend der US-Präsidentschaftswahlen in Berlin teilgenommen. Der Zug, der sich gegen die Wiederwahl Ronald Reagans und die amerikanische Mittelamerikapolitik richtete, führte von der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zum Platz der Luftbrücke.

Zu der von der „Deutschen Friedensgesellschaft" und dem „Friedenszentrum Martin Niemöller" veranstalteten Kundgebung hatten mehr als hundert Organisationen der „Friedensbewegung". Kirchenkreise, marxistische und kommunistische Vereinigungen, darunter auch die Berliner Jungsozialisten und die SPD-Kreisverbände Schöneberg und Zehlendorf aufgerufen. Die Kreisverbände Neukölln und Schöneberg sowie die Kreisvorsitzenden aus Zehlendorf und Charlottenburg marschierten im Zug mit.

Der SPD-Spitzenkandidat für die nächsten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, Hans Apel, hatte bereits vor einigen Tagen die geplante Teilnahme von SPD-Mitgliedern an der Demonstration kritisiert und die Unterzeichnung des Aufrufs durch SPD-Kreisverbände als „Schweinerei" bezeichnet. Dieser Standpunkt wurde auch vom Berliner Landesvorsitzenden Peter Ulrich geteilt.

Innensenator Heinrich Lummer (CDU) hatte die Demonstration „ebenso unbedacht wie unverantwortlich" genannt und als „makabres Mitläufertum in Richtung Volksfront" kritisiert, das die überwältigende Mehrheit der Berliner als peinlich und abstoßend empfinden müßten. Das „antiamerikanische Geschrei" stoße in Berlin, das den Vereinigten Staaten Schutz und Freiheit verdanke, auf taube Ohren.

Im Verlauf der Demonstration kam es wiederholt zu Zwischenfällen, die nach Angaben von Augenzeugen von etwa 150 bis 200 teilweise vermummten Randalierern ausgingen. Neun Personen wurden festgenommen, zwei Beamte verletzt. Es wurden u. a. Steine, Farbbeutel, Feuerwerkskörper geschleudert, ein Bauwagen wurde umgestürzt und vereinzelt gingen Schaufensterscheiben zu Bruch. Den etwa 20 Teilnehmern einer von der Jungen Union organisierten Gegendemonstration wurden deutsche und amerikanische Fahnen entrissen und verbrannt.

Der ehemalige Leiter des Bundeshauses, Hermann Kreutzer, hat im Auftrag des Kurt-Schumacher-Kreises ehemaliger in der „DDR" verfolgter Sozialdemokraten den SPD-Spitzenkandidaten Apel aufgefordert, von seinem Amt zurückzutreten. Er begründete dies mit dem Zustand der Berliner SPD, die sich in „total desolatem, zerrissenen Zustand" befinde und „mit der Freiheitspartei Ernst Reuters ... nicht das Geringste mehr zu tun" habe. Sie sei zu großen Teilen von linksausgerichteten Mitgliedern besetzt, denen „Kommunisten und die AL weit näher als aufrechte Demokraten" stünden. Volksfront-Aktionen hätten in den letzten Jahren zugenommen, ohne daß dies gerügt worden wäre, freiheitsbewußte Sozialdemokraten hätten deshalb zu Tausenden die Partei verlassen. Es sei jedem klar gewesen, daß Apels Verdikt gegen die Anti-Reagan-Demonstration nicht befolgt werden würde. Er solle den Berlinern die „große Gefährdung der freiheitlichen Existenz Berlins" durch deren Linksorientierung dadurch zeigen, daß er sich nicht als Spitzenkandidat mißbrauchen lasse.

Streit um Jaruzelski. Differenzen mit der Kirche

Religionsminister Lopatka gibt Meinungsverschiedenheiten in der Parteiführung zu / Warschau an politischer Aufwertung interessiert

DW. Warschau

Der polnische Kirchenminister Adam Lopatka hat Differenzen innerhalb der Führung in Warschau über den von Parteichef General Jaruzelski eingeschlagenen Kurs zugegeben. Auf die Frage der römischen Tageszeitung „Il Tempo", ob es wahr sei, daß es Gruppen gebe, die Jaruzelski Nachgiebigkeit gegenüber der Kirche vorhielten, räumte Lopatka ein, daß „über besondere Situationen und einzelne sich stellende Probleme" verschiedene Meinungen bestünden. Und der Warschauer Spitzenfunktionär ging in dem Interview auch auf die Diskussionen darüber ein, ob Jaruzelski nach der Ermordung des Paters Popieluszko schwächer oder stärker sei. Darüber, befand Lopatka, gingen die Meinungen auseinander. Er zog sich auf die Formel zurück, daß es zu Jaruzelski keine Alternative gebe.

Der Kirchenminister vertrat die Auffassung, daß die Ermordung Popieluszkos den Kirche-Staat-Dialog nicht beeinträchtigt, sondern im Gegenteil begünstigt habe. Aufgrund der „gemeinsamen moralischen und politischen Wertung" der jüngsten Ereignisse seien die Beziehungen zwischen Staat und Kirche enger geworden. Die Verhandlungen zwischen Episkopat und Staat würden weitergeführt. Lopatka sprach von gültigen Entscheidungen über die Gründung eines Fonds für die private Landwirtschaft in Polen. Jedoch sei in einem Brief Kardinal Glemps an den Parteichef ein neues Problem aufgetaucht: Die Steuerbefreiung, über die nun mit dem Finanzministerium verhandelt werden müsse. Die potentiellen Spender im Westen wollen ausschließen, daß über die von ihnen in den Fonds eingespeisten Geldmittel das Regime in Warschau profitiert. „Wir wollen keine indirekte Finanzhilfe an die kommunistischen Staat leisten", heißt es in Kreisen der westeuropäischen Bischofskonferenzen. Noch immer nicht befriedigend gelöst ist auch das Problem des Zugriffsrechts der Regierung auf den Hilfsfonds.

Die Spekulationen um eine Seligsprechung Pater Popieluszkos haben durch eine Erklärung des Präfekten der Kongregation für die Selig- und Heiligsprechungsprozesse, Kardinal Pietro Palazzini, Auftrieb erhalten. Palazzini sagte zu Journalisten: „Es ist möglich, daß Jerzy Popieluszko seliggesprochen wird, falls im Lauf eines offiziellen Verfahrens offenbar wird, daß er aus Haß gegen den Glauben getötet wurde, und den Tod hinnahm, um für den Glauben Zeugnis abzulegen." Der Kardinal hob allerdings hervor, daß die vorgebrachten Gründe religiöser und nicht politischer Natur sein müßten. Er verwies auch darauf, daß üblicherweise eine Empfehlung zur Seligsprechung eines Menschen frühestens fünf Jahre nach dessen Tod in Erwägung gezogen werden soll.

Papst Johannes Paul II. hatte im Januar vergangenen Jahres mit einem Erlaß das Verfahren für die Selig- und Heiligsprechung mit dem Ziel reformiert, es den modernen Erfordernissen anzupassen und zu beschleunigen. Die vatikanische Zeitung „L'Osservatore Romano" registrierte gestern mit Genugtuung das Verhalten der Polen bei der Trauerfeier für den ermordeten Priester. Das polnische Volk habe „mit Gebeten am Grab des unschuldigen Opfers" auf die „Provokation der Mörder" reagiert, „die aus dunklen politischen Motiven darauf abzielten, eine auf Haß und Rache gestützte emotionale Reaktion zu entfesseln". Wie verlautet, ist eine dritte Polenreise des Papstes nicht ausgeschlossen.

Warschau zeigt sich nach dem Mordfall an Möglichkeiten einer internationalen Wiederaufwertung interessiert. So begrüßt die polnische Regierung den bevorstehenden Besuch des Oppositionsführers im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, an der Weichsel und setzt auch Hoffnungen in die Visite von Bundesaußenminister Genscher. Zur Zeit hält sich der Staatsminister im britischen Außenministerium, Malcolm Rifkind, in Warschau auf. Er hatte am Montag kurz nach seiner Ankunft im Namen der britischen Regierung Blumen am Grabe Popieluszkos niedergelegt. Im Anschluß daran versicherte er, es sei klar, daß der Ermordete viele Werte vertreten habe, „mit denen das Volk Polens sich identifiziert". Er, Rifkind, hoffe, daß diese Werte „in Übereinstimmung mit dem Willen des Volkes" weiter in Polen blühen.

Zur Zeit laufen in Warschau Verhandlungen mit den USA über die Wiederaufnahme des suspendierten regelmäßigen Flugverkehrs. Warschau hat außerdem sein Interesse an einer vollen Normalisierung der Beziehungen zu Washington geäußert, allerdings müsse die andere Seite dabei voll die Souveränität Polens und das Recht anerkennen, seine eigene Innenpolitik zu gestalten.

Wien erneuert Angebot

Schließung der Bonner Botschaft in Budapest nicht erwogen

DW. Bonn/Berlin

Pläne für eine Schließung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest, wo wie in Prag „DDR"-Bewohner die Ausreise in den Westen erzwingen wollen, werden in Bonn bestritten. Im Gebäude der Bonner Vertretung in der ungarischen Hauptstadt halten sich zur Zeit 15 Menschen auf, in Prag harren seit Wochen noch rund 150 „DDR"-Bewohner aus.

Die Prager Botschaft war am 4. Oktober geschlossen worden, um einen weiteren Zustrom von Flüchtlingen zu verhindern. In den vergangenen Tagen hatte es in Bonn Hinweise darauf gegeben, daß sich die Bundesregierung gezwungen sehen könnte, in Budapest ähnliche Maßnahmen zu ergreifen. Das Auswärtige Amt hatte jede Stellungnahme abgelehnt. Ein Sprecher erklärte, mit Rücksicht auf die Lage der Menschen in den beiden Botschaften werde kein Kommentar abgegeben.

Für stille Diplomatie

Unter Hinweis auf das Flüchtlingsproblem hat sich auch der österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz während eines Aufenthaltes in Ost-Berlin für eine stille Diplomatie bei humanitären Fragen ausgesprochen. In einer Pressekonferenz im „DDR"-Gästehaus Schloß Niederschönhausen erklärte Sinowatz, Österreich sei immer bereit, Hilfestellung zu leisten. Voraussetzung sei allerdings, daß sie auch erwünscht sei. Er verneinte ausdrücklich, mit Staats- und Parteichef Erich Honecker über das Flüchtlingsproblem in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag gesprochen zu haben. Dazu sei an die Wiener Regierung kein Ersuchen ergangen.

Der österreichische Bundeskanzler beantwortete in der Pressekonferenz damit eine Frage, die sich auf sein vor kurzem vorgelegtes Asylangebot an die „DDR"-Flüchtlinge in der Prager Botschaft bezog. In diplomatischen Kreisen wurde darauf hingewiesen, daß Sinowatz dem „DDR"-Staats- und Parteichef eine Liste übergeben hat, auf der andere Problemfälle genannt werden. Einzelheiten darüber wurden nicht bekannt. Er bedankte sich bei Honecker gleichzeitig dafür, daß Problemfälle, die der österreichische Bundespräsident bei einem Besuch in Ost-Berlin vor 13 Monaten angesprochen hatte, inzwischen zu vier Fünftel erledigt seien. Ost-Berlin weigert sich weiterhin, den Flüchtlingen in den beiden Botschaften bei einer freiwilligen Rückkehr in die „DDR" eine spätere Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland zu garantieren. Solche Regelungen hatte es in früheren Fällen gegeben, nachdem der Staatssekrtär im innerdeutschen Ministerium, Ludwig Rehlinger, mit dem Ostberliner Anwalt Wolfgang Vogel verhandelt hatte.

„Wertvolle Gespräche"

Sinowatz, der seinen Besuch in der „DDR" gestern mit der Besichtigung des von einer österreichischen Firma errichteten Stahlwerks in Eisenhüttenstadt abschloß, äußerte sich sehr zufrieden über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Ost-Berlin und Wien. Sein Gespräch mit Honecker bezeichnete er als wertvoll, „weil es eine sehr offene und sehr informative Aussprache war". Der Dialog habe Übereinstimmung „über die Bedeutung einer Politik für den Frieden gezeigt". In der internationalen Politik müsse die Gesprächsbereitschaft unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten forciert werden.

Zuversichtlich äußerte er sich über die Chancen zum Abschluß einer Vereinbarung mit der „DDR" über die Entschädigung für Vermögenswerte, die nach Kriegsende von der Verwaltung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone übernommen worden waren. Österreich macht, wie es hieß, für mehrere hundert Bürger Ansprüche geltend. Vor Monatsfrist hatte Finnland als erstes Land ein entsprechendes Abkommen mit Ost-Berlin getroffen.

Befriedigt zeigte sich der österreichische Bundeskanzler auch über die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die günstige Entwicklung sei für die Menschen in beiden Staaten von Vorteil. Die zwischen dem „DDR"-Ministerium für Außenhandel und dem österreichischen Unternehmen Voest während des Besuchs kurzfristig abgeschlossenen Vereinbarungen betreffen den Verkauf von Anlagen, Ausrüstungen und Rationalisierungstechnik an die „DDR" im Wert von elf Milliarden Schilling (1,57 Milliarden Mark). Weitere Möglichkeiten des Handels bieten nach Sinowatz Worten Agrarprodukte, Konsumgüter, Textilien und Lederwaren.

„Führung der USA nötig"

Früherer Kanzler Schmidt lobt amerikanische Unternehmer

DW. Stuttgart

Die Weltwirtschaft benötigt nach Auffassung des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt auf Dauer die Führung der USA. Vor dem Bundesverband Junger Unternehmer betonte Schmidt in Stuttgart, die Vereinigten Staaten hätten seit 1945 zahlreiche Beispiele ihrer Führungskraft gegeben. Er erinnerte an die Gründung des Internationalen Währungsfonds, die Öffnung in der Politik gegenüber China und an die SALT-Verhandlungen.

Als positiv wertete der frühere Bundeskanzler eine „optimistische unternehmerische Welle" in den USA. Im Durchschnitt seien die amerikanischen Unternehmer „eine Klasse besser als die europäischen". Zugleich mahnte er, die USA müßten „das Riesenloch" in ihrer Handelsbilanz stopfen. Das heiße, „der Dollar muß runter", er sei um 30 Prozent zu hoch bewertet. Schmidt zeigte sich skeptisch, daß mit dem Abbau des Haushaltsdefizits nach der Präsidentenwahl rasch begonnen werden könne.

Der frühere Kanzler ist fest davon überzeugt, daß US-Präsident Ronald Reagan nach der Wiederwahl mit dem Osten in neue Verhandlungen eintreten wird. Dies würde auch den Europäern die Fortsetzung der seit 15 Jahren im Bündnis betriebenen außenpolitischen „Doppelphilosophie" erleichtern. Sie bestehe zum einen aus der Politik der Abschreckung, zum anderen aus der Kooperation auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Die größte Sorge der Sowjetunion sei nicht ein „kalter Krieg mit Washington", größere Sorgen mache den Sowjets die unzureichende wirtschaftliche Versorgung im Lande. Da die Sowjets jährlich 40 Millionen Tonnen Getreide importieren müßten, seien sie äußerst verletzlich. Eine Embargo-Politik werde der Präsident nicht wieder aufgreifen.

Mit Blick auf die jüngsten Bonner Ereignisse sagte Schmidt, er sehe in der Bundesrepublik Deutschland keine Staatskrise, es gebe aber gegenüber der politischen Führung eine Vertrauenskrise. Andererseits gebe es keinen Grund anzunehmen, die vom Grundgesetz geschaffenen Institutionen und die unabhängige Justiz seien nicht in der Lage, „mit der Sache fertig zu werden".

Thatcher auf Kurs

fu (London) – Das von der Königin von England vorgetragene Programm *der Regierung Thatcher für* das neue Parlaments-Jahr enthält auch nicht die geringsten Anzeichen für eine Änderung des Wirtschaftskurses. Dies konnte auch nicht anders erwartet werden. Weiterhin im Vordergrund der Regierungspolitik stehen die bekannten *Thatcher-Werte: Niedrigere Staats*verschuldung und fallende Inflation.

Das gegenwärtig größte Problem der Regierung, die immer noch stei*gende Arbeitslosigkeit, wurde dage*gen nur am Rande erwähnt. Sprecher aller Oppositions-Parteien haben daraufhin Frau Thatcher und ihren Ministern „unverzeihliche Passivität" vorgeworfen. Hier erhebt sich allerdings die Frage, ob die Regierung wirklich über das hätte hinausgehen sollen, was sie jetzt von ihrer Königin als parlamentarischen Rahmen abstecken ließ. Es lassen sich schwerlich gesetzgeberische Maßnahmen finden, die das Arbeitslosen-Problem beseitigen. Einen wichtigen Beitrag zur Schaffung langfristiger Arbeitsplätze leistet eine Regierung vielmehr dadurch, daß sie das gesamtwirt*schaftliche Umfeld* verbessert.

In der Rede der Königin war von dieser Absicht trotz aller gegenteiligen Behauptungen der Opposition eine Menge zu spüren. Eine flexiblere Politik im Hinblick auf Steuerkürzungen, ein effektiverer öffentlicher Dienst, die konsequente Fortsetzung des Privatisierungsprogramms und eine verbesserte *Schul- und Jugend-Ausbildung* sind Maßnahmen, die eine Sicherung von Arbeitsplätzen zur Folge haben werden.

Mehr Teuerung?

cd. – Jetzt haben es die Bundesstatistiker offiziell für die ganze Republik bekanntgegeben: Die Jahres-Teuerungsrate ist von September auf Oktober von 1,5 auf 2,1 Prozent gestiegen. War also die schöne Preisstabilität der letzten *Monate nur ein Scheinerfolg?* Geht es nun wieder rascher bergauf mit den Preisen? Es gibt nicht den geringsten Grund für Angst oder gar Panik. Man muß einfach wissen, *daß die Steigerungsrate der* Lebenshaltungskosten seit Jahresmitte statistisch „geschönt" war, allerdings nicht im Sinne einer bewußten Irreführung. Sie war im Jahresvergleich einfach schon deswegen geringer, weil das Vergleichsniveau im Sommer 1983 wegen der Mehrwertsteuererhöhung stärker gestiegen war. Vor allem aber erschien die Mitte September errechnete Inflationsrate so niedrig, weil sie die wegen des hohen Dollarkurses kräftig gestiegenen Mineralöl- und Benzinpreise noch nicht berücksichtigte. Die schlagen statistisch erst jetzt zu Buche. So ist es weiter ganz gut bestellt um die Stabilität.

SPIELWAREN / Branche ist besorgt über den wachsenden Importdruck

Der Einzelhandel will die Preise vor Weihnachten nicht mehr anheben

WERNER NEITZEL, **Nürnberg**

Einen „klar positiven Trend" registriert die Spielwarenbranche in der Geschäftsentwicklung der letzten Wochen. Dieses Signale geben ihr die *Zuversicht, daß auch das Weihnachtsgeschäft, das im Einzelhandel etwa* die Hälfte des Umsatzes bringt, günstig verläuft und auf Pluszahlen für das gesamte Jahr 1984 durchschlägt. Spielzeug soll, wie von Repräsentanten der Branche in Nürnberg erklärt wurde, vor Weihnachten nicht teurer werden.

Alles in allem rechnet der Wirtschaftszweig für das ganze Jahr mit *einem leicht erhöhten Marktvolumen* für Spielwaren in der Bundesrepublik von etwa 3,3 Mrd.DM. Als „Renner" unter den Erzeugnissen kristallisiert sich einmal mehr die Modelleisenbahn heraus. Puppen stehen gleichfalls ganz oben auf den Wunschzetteln der Kinder. Dagegen ist mit Einführung des spielfähigen Homecomputers der Markt der reinen Video-Spiele geschrumpft. Das relativ schlechte Sommerwetter hat für einen deutlichen Aufwärtstrend im Spielesektor gesorgt.

Der deutsche Spielwaren-Facheinzelhandel, der mit einem Marktanteil von 43 Prozent gegenüber anderen Vertriebsformen seine Position hielt, *lag in den ersten acht bis neun Mona*ten dieses Jahres nominal auf dem Umsatzniveau des Vorjahres. Demgegenüber errechnet die deutsche Spielwarenindustrie, die um die *20 000 Beschäftigte zählt*, für das erste Halbjahr 1984 ein kleines Produktionsplus von 2,2 Prozent auf 709 Mill. DM aus, was real auf einen leichten Rückgang hinausläuft.

Besorgt äußert sich die Branche über den verstärkten Importdruck. Die Importe vergrößerten sich in der ersten *Jahreshälfte 1984 um 18,3 Pro*zent auf 644 Mill. DM. Gut ein Drittel davon stammt aus Fernost. Die höchsten Zuwachsraten bei den Einfuhren erzielten Puppen mit plus 62 Prozent. Da die Spielwarenexporte trotz Dollarhöhenflugs lediglich um 6,5 Prozent auf 504 Mill. DM zunahmen, verdoppelte sich der Importüberhang auf 141 Mill. DM. Einen wesentlichen Grund für diese Entwicklung sieht die Industrie in den hierzulande vergleichsweise höheren Lohnkosten. *Gleichwohl ist sich die Branche dar*über im klaren, daß sie ihre Exportbemühungen verstärken muß. Hier habe man seine Chancen noch längst nicht ausgeschöpft.

Besonders schwer tun sich die deutschen Spielwarenhersteller offenbar auf dem amerikanischen Markt. Den Anteil der Spielwaren-Exporte in die USA, der in der ersten *Jahreshälfte* 7,8 Prozent der Gesamtausfuhren betrug, bezeichnet Benno Korbmacher, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der deutschen Spielwaren-Industrie, als „beschämend wenig". Man suche in der Branche schon seit längerem nach einer Strategie, in Übersee stärker einzusteigen.

Eine Erklärung für jene Unterrepräsentanz deutscher Spielwaren am amerikanischen Markt mag in den hier wie dort unterschiedlichen Vertriebswegen liegen. Die deutschen *Hersteller, die in der Bundesrepublik* auf die gut funktionierende Partnerschaft mit dem Facheinzelhandel bauen können, stehen in den USA vor einer völlig anderen Situation.

Ein *Dauerthema ist aus der Sicht* der Industrie die zurückhaltende Orderbereitschaft des Handels, worauf von Handelsseite augenzwinkernd angemerkt wird, daß die Läger sowie*so zu hoch seien.* Beklagt wird auch der unzureichende Muster- und Patentschutz im Ausland und die dafür anfallenden hohen Kosten.

Nicht zuletzt ist die Branche mit fallenden Geburtenraten und einem durch neue Medien und andere Freizeitangebote bewirkten Absinken des Spielalters der wichtigsten Zielgruppen konfrontiert. Um hier gegen*zusteuern, sieht man die Notwendig*keit, das Produktangebot immer stärker auf andere Altersklassen auszuweiten. Dazu gehöre auch, wie in Nürnberg erläutert wurde, das Fach*geschäft immer mehr zu einer* „Erlebnisbühne" zu machen. Es müsse sich einbürgern, daß Spielwaren im Laden auch angefaßt (was früher vielfach verpönt war) und spielend erprobt werden könnten.

ENERGIEPOLITIK

Düsseldorf hat Vorbehalte gegenüber Kernkraftwerken

HEINZ HECK, **Bonn**

Für die nordrhein-westfälische Landesregierung besteht nach wie vor „große Unsicherheit" darüber, „ob die Kernenergie auch langfristig die Kostenvorteile in der Stromerzeugung aufweisen wird, die ihr bisher nachgesagt werden". Noch zurückhaltender äußert sich das Düsseldorfer Wirtschaftsministerium in einem 100-Seiten-Papier zur Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen („Perspektiven der Energiepolitik"), wenn es um Risiken aller Art geht.

Zwar sehe die Landesregierung „auch heute" die Chancen, die in der Kernenergienutzung lägen. Doch dann heißt es einschränkend: „Allerdings sind inzwischen auch die ihre Nutzung begleitenden Risiken in radiologischer, volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht einschließlich der nicht vollständig ausschließbaren, problematischen Verbindung zur *militärischen* Anwendung deutlicher geworden." Das Fazit lautet: „Angesichts der Dimension der Risiken dürfte erst nach einem weitere Jahrzehnte währenden Erfah*rungsprozeß ausreichende* Klarheit darüber bestehen, ob die friedliche Kernenergienutzung dauerhaft einen sicheren und kostengünstigen Beitrag zur Stromerzeugung leistet und *einen wirklichen Fortschritt für die* menschliche Gesellschaft darstellt."

Zuvor wird allerdings unter Hinweis auf eine „Vielzahl von Aktivitäten auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie" (unter anderem Kernforschungsanlage Jülich sowie Hochtemperaturreaktor und Schneller Brüter) der Versuch gemacht, den gegenüber der Landesregierung *Düsseldorf erhobenen* Vorwurf der Untätigkeit auf diesem Feld zu entkräften. Sie sei sich der Mitverantwortung für eine optimale Energieversorgung des Landes „als dem industriellen Zentrum der Bundesrepublik Deutschland bewußt".

Zu den der Kernenergie anzulastenden Kosten zählt das Papier, dem Minister Reimut Jochimsen (SPD) dem Vernehmen nach bereits zugestimmt hat, beispielhaft solche, „die für die anderweitige Strombeschaffung bei ungeplanten Stillständen von Kernkraftwerken anfallen"; ferner „die Kosten großer Störfälle mit jahrelangen Kraftwerksstillständen, selbst wenn diese nur selten auftreten". Darüber hinaus müßten auch die Kosten der „erheblichen Kraftwerksüberkapazitäten, die gegenwärtig entstehen, zu einem großen Teil der Kernenergie angelastet werden". Die These wird damit begründet, daß man mit diesen großen und *kapitalintensiven Anlagen nicht aus*reichend auf Nachfrageveränderungen reagieren könne. Schließlich seien die Kosten der Entsorgung (sowohl Kernbrennstoffe wie ausgediente Kernkraftwerke) „*kaum zuverlässig*" anzugeben. Daher seien die üblichen betriebswirtschaftlichen Vergleiche der Stromerzeugungskosten verschiedener Kraftwerktypen „nur von sehr begrenztem Wert".

Zu viele leere Betten

Von PETER JENTSCH

Leerstehende Krankenhausbetten bringen den Kliniken nicht nur keine Einnahmen – sie kosten vielmehr viel Geld. Stellt sich die Frage, wie viele der insgesamt 695 603 Betten in den knapp 3200 deutschen Kliniken eigentlich leerstehen oder nur *„künstlich" belegt und damit eigent*lich überflüssig sind. Dann ist zu fragen, welche Folgerungen sich daraus für die Patienten und ihre Versorgung, für die Leistungsfähigkeit der Kliniken, die Beanspruchung ihres Personals und schließlich für die Kosten des Medizinbetriebs ergeben.

Legt man der Betten-Rechnung nur die 473 804 Betten der Akutkrankenhäuser zugrunde, so entfallen auf 10 000 Einwohner 76,8 Betten im Bundesdurchschnitt. Dabei differiert diese Zahl in den einzelnen Bundesländern erheblich, nämlich von 58,4 in Schleswig-Holstein bis 124,1 in Bremen und 126 in Berlin. Mit diesen Zahlen korrespondiert die durchschnittliche Verweildauer, das heißt die Zahl der Pflegetage für Akutkranke: In Schleswig-Holstein mit seiner geringen Bettenzahl ist sie mit 13,5 Tagen sehr niedrig, in Bremen mit 17,3 und in Berlin mit 21,4 Be*handlungstagen pro Patient* sehr hoch. Was zeigt: Weil leerstehende Betten nur Geld kosten, ist der ökonomische Reiz groß, sie schnell wieder zu belegen.

Die hier mögliche Manipulation ist Folge des Systems: Ist ein Bett *am Abend* frei *und wird es erst am* nächsten Tag wieder belegt, so zählt es nach der sogenannten „Mitternachtsstatistik" als leer. Die Mitternachtsbelegung ist aber Kenngröße *für die Bedarfsplanung, für die* Wirtschaftlichkeit und die Zuteilung des Personals; sie hat damit Auswirkungen auf die Pflegesätze. Damit verführt das System zu hohen Bettenzahlen, *längerer Verweildauer und* hoher Bettenausnutzung – ein Teufelskreis. Den im übrigen auch Politiker nicht durchschauten, als sie immer mehr neue Betten in immer inhumaneren *Einheiten (à la Klinikum* Aachen) schufen.

*Unterstellt man also die hohe Bet*tenzahl als nicht medizinisch notwendig, müßte sich ihre Zahl reduzieren lassen. Die Schweiz z. B. hält pro 10 000 Einwohner 68 Betten vor, die *Niederlande* 52, die USA 48, Großbritannien 43. Brächte man die Bettendichte in der Bundesrepublik auf das Verhältnis 70 Betten für 10 000 Einwohner, ließen sich bereits 41 800 Betten abbauen. Der Logik des Systems folgend, würde damit auch die Verweildauer gesenkt werden können. Ließe sie sich auf 13 Tage sen*ken, könnten noch einmal knapp* 50 000 Betten eingespart werden. Macht zusammen knapp 92 000 Betten weniger als heute.

Das hätte erhebliche Vorteile: Da Ersatzinvestitionen und laufende Unterhaltungskosten gespart werden könnten, würde sich der Investitionsstau der Krankenhäuser in einer geschätzten Größenordnung zwischen zehn und 15 Milliarden Mark erheblich reduzieren lassen. Ein Teil dieser Mittel ließe sich zur Verbesserung der Krankenhausstruktur, *also zum Beispiel zur Einrichtung* von leistungsfähigeren Operationssälen usw. verwenden.

Da gleichzeitig mit der Reduzierung von (künstlich hochgehaltener) Bettenzahl und Verweildauer das vorhandene Krankenhauspersonal vom Arzt bis zum Pfleger entlastet würde, ergäbe sich ein weiterer erheblicher Vorteil, insbesondere auch für die Patienten. In der Regel – von Notfällen einmal abgesehen – findet *heute* eine intensive medizinische Betreuung am Wochenende einschließlich des Freitagnachmittags nicht statt. Der Patient liegt da und wartet – und zahlt, natürlich. Das ist inhuman und teuer.

Durch die Entlastung des Personals könnte die Arbeitszeit besser über die Woche verteilt werden. Da*mit ließen sich teure technische* Einrichtungen wie OP's, Röntgengeräte oder Laboratorien endlich auch an Wochenenden nutzen. Ohnehin widerspricht es jeder betriebswirt*schaftlichen Logik, daß Geräte und* Einrichtungen, die mit Milliardenaufwand beschafft wurden, nur an maximal viereinhalb Tagen in der Woche genutzt werden.

Ob sich dieses Modell mit seinen Vorteilen realisieren lassen wird, bleibt *indes die große Frage.* Es setzt ein fähiges Management in den Kliniken voraus, Flexibilität der Beteiligten, der Krankenhausträger, der Ärzte bis hin zu den Gewerkschaften und schließlich Einsicht der Politiker.

AUF EIN WORT



„Das Verhältnis zwischen Staat und Industrie muß neu gestaltet werden, um den Anforderungen des Weltmarkts gerecht zu werden. Der Staat muß sich mehr als aktiver Unternehmer und Auftraggeber begreifen und weniger als *ständiger* Almosengeber."

Dr.-Ing. Hans Gissel, Vorstandsmitglied der AEG-Telefunken AG, Frankfurt. FOTO: DIE WELT

Bausparen: Frist wird verkürzt

Mk. Bonn

Die Festlegungsfrist für Bausparverträge soll verkürzt werden, und zwar von gegenwärtig zehn auf künftig *wieder sieben* Jahre. *Damit* soll der Zustand wiederhergestellt werden, der bis 1981 bestanden hatte. Darauf haben sich gestern die Regierungsparteien in einem Koalitionsgespräch verständigt. Damit diese Verbesserung noch zum 1. Januar in Kraft treten kann, soll sie in das Steuerbereinigungsgesetz aufgenommen werden. Nachteile gegenüber anderen Anlageformen sollen beseitigt und die Bereitschaft zum Bausparen gerade bei Jugendlichen gefördert werden. In dem Gespräch wurde auch über einige noch offene Fragen der steuerlichen Förderung des Wohnungsbaus Annäherung erzielt.

AUFTRAGSEINGÄNGE

Auslands-Nachfrage ist um ein Prozent gestiegen

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Der Auftragseingang bei der deutschen Industrie lag im August nahezu auf dem gleichen hohen Stand des Vormonats. Nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes ging die Nachfrage aus dem Inland saisonbereinigt um zwei Pro*zent zurück, während die Auslands*bestellungen um ein Prozent höher ausfielen.

Der Zweimonats-Vergleich (August/September gegenüber Juni/Juli) zeigt zwar einen Auftragszuwachs von sechs Prozent. Nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums ist dieses jedoch ein zu positives Bild, da dieser Vergleich durch die streikbedingten Ausfälle in der Metall- und Druckindustrie im Juni sowie durch die später nachgeholten Geschäftsabschlüsse verzerrt ist. So wiesen die Hersteller von Investitionsgütern, die durch die Arbeitskämpfe besonders hart betroffen waren, einen um zehn Prozent höheren Ordereingang auf als in den vorangegangenen beiden Monaten. Im Verbrauchsgütergewerbe kam es nicht zu Nachfrageveränderungen. Insgesamt nahmen die Auslandsaufträge um sechs und die *aus dem Inland um fünf Prozent zu.*

Den Vorjahresstand übertrafen die Aufträge im August und September dem Volumen nach um vier und wertmäßig um 7,5 Prozent. Dabei nahmen die Aufträge aus dem Ausland real um 7,5 Prozent, die Inlandsbestellungen um 2,5 Prozent zu. Die Hersteller von Investitionsgütern konnten einen Zuwachs von neun Prozent verbuchen. Das Verbrauchsgütergewerbe mußte einen Rückgang um 2,5 Prozent verkraften. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe hielt den Stand des Vorjahres.

VOLKS- UND RAIFFEISENBANKEN

Investitionen entwickeln sich zum Konjunkturmotor

DANKWARD SEITZ, ***München***

Nicht nur in ihrer „Tagesform" bescheinigt der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), Bonn, der Konjunktur in der Bundesrepublik derzeit eine „gute Kondition". Nach Ansicht von BVR-Vorstandsmitglied Wolfgang Grüger besteht auch berechtigter Anlaß zum Optimismus, daß im kommenden Jahr ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent erreicht werden kann. Auch wenn die Entwicklung im Bausektor deutlich schwächer werde, so entwickelten sich die Investitionen inzwischen neben den Exporten immer mehr zum zweiten Konjunkturmotor.

Die beachtliche konjunkturelle Dynamik zeige sich darin, so Grüger, daß schon das augenblickliche Wachstum etwa bei drei Prozent liege *und damit* deutlich höher sei, als es dieStatistik aufgrund der Streikausfälle im zweiten Quartal ausweise. So hätten schon im August die Investitionsbestellungen um 14 Prozent und die Produktion um 9,4 Prozent über dem entsprechenden Vorjahrsniveau gelegen. *Und alles deute darauf hin,* daß auch im September gegenüber dem August sehr günstige Ergebnisse erzielt worden seien.

Die erfreulichsten Erfolge sind nach den Worten Grügers in diesem Jahr bei der Preisstabilität erreicht worden. Bis zum Jahresende rechnet der BVR mit einer Inflationsrate von zwei Prozent, „im günstigsten Fall sogar mit einer Eins vor dem Komma". Einschließlich des Oktobers betrage die Preissteigeurng der letzten sechs Monate auf Jahresrate hochgerechnet nur gut 1,5 Prozent. Vor diesem Hintergrund könne auch erwartet werden, daß die Kapitalmarktzinsen nach einer Konsolidierungspause weiter sinken.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Inflationsrate wieder über zwei Prozent

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Jahresteuerungsrate für die Lebenshaltung aller *privaten Haushalte in der* Bundesrepublik ist im Oktober wieder über zwei Prozent gesprungen. Nachdem sie im August und September auf 1,7 beziehungsweise 1,5 Prozent *gesunken war, lag* der Preisindex für die Lebenshaltung im Oktober wieder um 2,1 Prozent höher als vor einem Jahr. Dies teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit.

September enttäuschte

Düsseldorf (Py.) – Der deutsche Facheinzelhandel hat im September eine Umsatzeinbuße von nominal vier, preisbereinigt von fünf bis sechs Prozent, hinnehmen müssen. Wie das Institut für *Handelsforschung* an der Universität Köln mitteilte, gab es die größten Einbrüche im Bereich Lebensmittel (sieben Prozent) und Tapeten/Farben und Musikalien (zwölf Prozent). In den ersten drei Quartalen dieses Jahres gab es real *ein Minus von zwei Prozent.*

Einnahme gesunken

Washington (Sbt) – Zum ersten Mal seit zwölf Jahren haben in den USA der Bund, die 50 Länder und die Gemeinden 1983 weniger Steuern eingenommen. Das Minus machte 0,8 Prozent aus, wobei die Einnahmen aus Einkommen- und Körperschaftsteuern um 4,3 Prozent schrumpften. Die Bundessteuern sanken um 5,9 Pro*zent, was die Steuererhöhungen der* Länder und Gemeinden um 5,4 und neun Prozent mehr als ausglich. Gleichzeitig wuchs die öffentliche Verschuldung um 17,9 Prozent auf 1,8 Bill. Dollar.

Umschuldung ermöglicht

Manila (dpa/VWD) – Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat dem wirtschaftlichen Sanierungsprogramm der philippinischen Regierung zugestimmt, wie Ministerpräsident Cesar Virata berichtete. Die Zustimmung des IWF macht den Weg frei für die Umstrukturierung von Auslandsschulden in Höhe von 5,8 Mrd. Dollar. Insgesamt sind die Phi*lippinen mit 25,6 Mrd. Dollar* im Ausland verschuldet. Nach Angaben von Virata erhält das Land darüber hinaus 925 Mill. Dollar als zusätzliche Kredite sowie 3,6 Mrd. Dollar in Form von Handelskrediten.

Ende des Autobooms?

Washington (Sbt) – In den USA mehren sich die Anzeichen für ein Abflauen des Autobooms. Im Oktober verkauften die sechs amerikanischen Hersteller 689 560 Wagen. Das waren 0,03 Prozent weniger als im *Vorjahresmonat* und *das erste Minus* seit Februar 1983. Dagegen steigerten die ausländischen Lieferanten ihren US-Absatz um fünf Prozent auf 211 500 und eroberten einen Marktan*teil von 23,5 Prozent.*

Einigung über Kaliabbau

Kassel (dos) – Die Kali und Salz AG, Kassel, und das VEB Kombinat Kali der „DDR" werden in Kürze Verträge über den grenzüberschreiten*den Abbau von Kali im Grenzgebiet* an der Werra unterzeichnen. Nach Angaben der Kali und Salz AG sind gestern entsprechende Verhandlungen abgeschlossen und der notarielle Grundlagenvertrag vorgeprüft worden. Die Teilung des Werra-Kalireviers im jahre 1945 habe beiden Seiten Abbauverluste beschert, die durch den grenzüberschreitenden Abbau verringert werden sollen.

Wochenausweis

	31.10.	23.10.	30.9.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	66,2	66,4	67,3
Kredite an Banken	49,8	49,7	49,9
Wertpapiere	4,9	4,9	5,2
Bargeldumlauf	105,4	102,5	105,9
Einl. v. Banken	50,3	49,9	49,4
Einlagen v. öffentl. Haushalten	3,1	8,6	7,1

USA

Der Druck auf die Zinsen hat weiterhin zugenommen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

In den USA hat sich der Zinsrutsch fortgesetzt. Am Montag versteigerte das Schatzamt dreimonatige Bills im Wert von 6,8 Mrd. Dollar für 8,82 Prozent, verglichen mit 9,38 Prozent in der Vorwoche. Es war der niedrigste Satz seit einem Jahr. Sechsmonatige Schuldverschreibungen verbilligten *sich von 9,59 auf* 9,07 Prozent. Bei einem Abschlag auf 97,771 und 95,415 beträgt die Rendite 9,14 und 9,64 Prozent. Bei 99,975 brachten dreijährige Notes (6,5 Mrd. Dollar) 11,01 Prozent, nach 12,46 Prozent Mitte August.

Damit zeigt der Zinstrend in Amerika nun seit neun Wochen nach unten. *Mit 11,53 Prozent liegen* 30jährige Treasury Bonds schon unter der Vorjahresrate von 11,91 und den monatelangen 12,5 bis 13 Prozent. Die Wall Street geht davon aus, daß das *Offen-Markt-Komitee* des Federal Reserve System heute mehrheitlich eine weitere Öffnung des Geldhahnes beschließen wird, zumal sich die monetären Aggregate am unteren Ende der *vorgegebenen Zinskorridore* befinden. M1 (Bargeld und Sichtkonten) ist beispielsweise seit Juni nur um zwei Prozent gewachsen, gegenüber acht Prozent im ersten Halbjahr.

*Der Druck auf das Offen-Markt-Ko*mitee nimmt rapide zu, seit viele Indikatoren in den USA eine konjunkturelle Talfahrt signalisieren. Finanzminister Regan forderte bereits eine großzügigere Geldversorgung; vermutlich schwächte sich die Verbrauchernachfrage im Oktober wieder ab. *Stark verlangsamt hat sich die* Zunahme an Geschäftskrediten, und zwar von 23 Prozent im ersten Halbjahr auf plus 0,7 Prozent seit Juni. Vorausgesagt wird ein Tagesgeldsatz von neun bis 9,5 Prozent.

VERBRAUCHER / Arbeitsgemeinschaft kritisiert Landwirtschaftsminister Kiechle

„Höhere Preise belasten die Schwachen"

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Eine „*Lebensmittelsteuer*" plane die Bundesregierung. So bezeichnet jedenfalls die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) die von Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle *herausgestellte Notwendigkeit einer* „aktiven Preispolitik".

Der Minister hatte mehrmals darauf hingewiesen, daß zum Ausgleich der Produktionsgrenzen bei Milch *und anderen Erzeugnissen, für die die* staatliche Preisgarantie eingeschränkt werden müsse, den Landwirten höhere Preise gewährt werden müßten. Kiechle hält dies für gerechtfertigt, weil der Durchschnittshaushalt nur noch 17,5 bis 18 Prozent seines verfügbaren Einkommens für die *Ernährung* ausgibt. „*Etwas mehr als* 20 Prozent sind nach meiner Ansicht durchaus vertretbar." Eine Alternative zu höheren Preisen sei die Verdrängung der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe.

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher *rechnet dem Minister vor*, schon eine fünfprozentige Anhebung der Agrarpreise würde die Verbraucher mit jährlich drei Milliarden Mark zusätzlich belasten, also ungefähr in einer Größenordnung des Steuerausfalls der zum 1. Juli um fünf Punkte erhöhten Mehrwertsteuerpauschale. Davon würden *nicht nur die einkom*mensschwächeren Bevölkerungsschichten, bei denen der Anteil der Nahrungsmittelausgaben ohnehin höher liegt, besonders betroffen, kritisiert der Verbraucherverband, sondern er zweifelt auch an, daß mit einer solchen Maßnahme gerade den schwächeren landwirtschaftlichen Betrieben geholfen werde. Denn umsatzgebundene Einkommensübertragungen kämen gerade größeren Agrarbetrieben am meisten zugute.

Gestützt auf den Göttinger Agrarwissenschaftler Günther Schmitt, äußert der Verbraucherverband erhebliche Zweifel an den Einkommensangaben für die Landwirtschaft. Denn nach den neuesten Angaben des Statistischen Bundesamtes lag das durchschnittliche Jahreseinkommen eines landwirtschaftlichen Haushaltes 1982 bei 47 502 Mark und damit sogar um 900 Mark über dem der Angestellten. Zum Vergleich: Das *Einkommen aller Privathaushalte* wird mit 39 355 Mark angegeben.

Dagegen werde in der öffentlichen Diskussion mit den Angaben des Agrarberichts operiert, die erheblich darunter liegen. Danach kam ein Vollerwerbsbetrieb 1982/83 nur auf 35 212 Mark. Der Grund: Wichtige Einkommensteile werden nicht berücksichtigt. Der Verbraucherverband weist darauf hin, daß dem einkommensschwachen Viertel der Bauern eine Monatsrente von 2400 Mark gezahlt werden könnte, was auch nicht mehr als drei Milliarden Mark Subventionen kosten würde.

GROSSBRITANNIEN / Forderungen der Unternehmer

„Die Infrastruktur verbessern"

WILHELM FURLER, Eastbourne

Die britische Regierung ist vom Unternehmerverband CBI aufgefordert worden, durch Investitionen in die Infrastruktur des Landes mehr zur Verringerung des Arbeitslosenproblems zu tun. Außerdem wurde der Regierung Thatcher zum Vorwurf gemacht, in ihrer Wirtschaftsstrategie die Bedeutung der verarbeitenden Industrie für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu verkennen.

Mit überwältigender Mehrheit verabschiedeten die rund 700 Unternehmensdelegierten in Eastbourne eine Resolution, in der die Sorge über die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit zum Ausdruck gebracht und die Regierung aufgefordert wird, gegenüber dringend notwendigen Infrastruktur-Projekten „erheblich aufgeschlossener" zu sein. Ein „chronisches Investitionsdefizit" in den Bereichen Haus- und Wohnungsbau, Straßennetz, Abwässeranlagen, Trinkwasserversorgung und Flughäfen behindere nicht nur die Wirtschaft des Landes erheblich, sondern gefährde auch das Sozialgefüge.

Mit Blick auf die gegenwärtig verbissen geführten Verhandlungen über Budgetkürzungen in den einzelnen Ministerien (der Schatzkanzler verlangt Ausgabenkürzungen um insgesamt 2,5 Mrd. Pfund oder 9,25 Mrd. DM) wurde die Kritik der Unternehmer an der restriktiven Ausgabenpolitik der Regierung geradezu massiv. So rechnete der Präsident des Arbeitgeberverbandes Bau der Premierministerin in einem in Eastbourne verlesenen Brief vor, daß die befürchteten Kürzungen der Staatsausgaben im Baubereich im kommenden Jahr um 600 Mill. Pfund zu Arbeitsplatzverlusten in der Bauwirtschaft selbst und in zuliefernden Bereichen von bis zu 75 000 Beschäftigten führen könnten.

Der Unternehmerverband selbst hat ein Programm für Infrastruktur-Maßnahmen ausgearbeitet, das jährliche Regierungsinvestitionen in Höhe von einer Milliarde Pfund (3,7 Milliarden Mark) vorsieht. Damit könnten im Hoch- und Tiefbau rund 80 000 Arbeitsplätze und in angrenzenden und zuliefernden Zweigen nochmals 40 000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Abgesehen von der Kritik an der Regierungsmannschaft, sie messe der verarbeitenden Industrie zu wenig Bedeutung zu, verabschiedete die CBI-Konferenz eine Resolution mit dem Wortlaut: „Großbritanniens Zukunft ist von der Wiederherstellung einer gesunden verarbeitenden Basis abhängig." Die Regierungspolitik im Steuer-, Wirtschafts- und Industrie-Bereich muß eindeutig darauf abzielen." Außerdem wurde die Regierung aufgefordert, bei der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit britischer Unternehmen zu helfen. Gegenüber dem Ausland sei die britische Wirtschaft durch höhere Kosten (Energie, Transport), höhere Steuern und Gemeindeabgaben sowie durch schlechtere Verkehrsverhältnisse benachteiligt.

JAPAN / Nakasone lehnt Steuererhöhungen ab, um Privatinitiative nicht zu hemmen

Haushaltssanierung behält Vorrang

FRED de LA TROBE, Tokio

Die Sanierung der Staatsfinanzen bleibt das vorrangige wirtschaftspolitische Ziel von Ministerpräsident Nakasone, der gerade für zwei weitere Jahre im Amt bestätigt wurde. In den beiden ersten Jahren seiner Regierungszeit ließen sich nur geringe Fortschritte in diese Richtung erreichen. Zwar konnte er einige Ausgabenkürzungen durchsetzen, der Abbau der Defizitfinanzierung gelang aber nicht.

Japanische Finanzexperten haben ausgerechnet, daß die Ausgabe defizitdeckender Staatsobligationen im Fiskaljahr 1990 entfallen könnte, wenn ihre Emission in jedem der kommenden sechs Jahre durch höhere Steuereinnahmen um 12,5 Mrd. DM eingeschränkt werden würde. Die Zunahme des japanischen Staatshaushalts ließ sich schon im Fiskaljahr 1983 auf 0,9 Prozent und im laufenden Fiskaljahr auf 3,8 Prozent und damit unter dem Wachstum des Bruttosozialprodukts halten.

Der Schuldenberg des japanischen Staates wird am Ende dieses Fiskaljahrs auf etwa 1,5 Bill. DM angeschwollen sein. Der Schuldendienst wird für das nächste Jahr auf 150 Mrd. DM veranschlagt. Damit ist Japans Verschuldung eine der höchsten in der Welt – allerdings nicht ans Ausland, sondern überwiegend an inländische Gläubiger. Schon der Vorgänger Nakasones, Expremier Suzuki, erklärte vor drei Jahren, Japan stünde „an der Schwelle des Bankrotts".

Die meisten japanischen Sachverständigen stimmen überein, daß nur durch Steuererhöhungen und eine Reform des Steuersystems ein erfolgversprechendes Programm zur Sanierung der Staatsfinanzen eingeleitet werden kann. Der japanische Fiskus verläßt sich bisher zu etwa drei Vierteln auf direkte Steuern. Für freie Berufe und Landwirte gibt es eine Fülle von Schlupflöchern.

Das Dilemma Nakasones liegt darin, daß er sich auf den Ausgleich des Staatshaushalts ohne weitere Steuererhöhungen festgelegt hat. In den beiden letzten Jahren setzte er nur kleinere Anhebungen bei der Körperschafts- und Geschäftssteuer durch. Der Ministerpräsident meint, daß die privatwirtschaftliche Initiative eher durch Steuererleichterungen erhöht werden kann.

Auch bei einer raschen Konjunkturverbesserung würde sich das Steueraufkommen erhöhen. Nakasone und mit ihm das Finanzministerium sind aber gegen staatliche Stimulierungsmaßnahmen, die dem Sparprogramm der Regierung entgegenwirken würden. In dem für das Fiskaljahr 1985 anvisierten Staatsbudget will das Finanzministerium die Ausgaben für öffentliche Bauten sogar um fünf Prozent kürzen. Der Gesamthaushalt soll nur um 0,9 Prozent größer als der des Vorjahres sein. Die Steuereinnahmen werden gegenüber dem Vorjahr um etwa sieben Prozent steigen. (SAD)

ENERGIE-AGENTUR / Schadstoffarme Autos brauchen nur anfangs mehr Benzin

„Ölmarkt verengt sich nächstes Jahrzehnt"

HEINZ HECK, Darmstadt

Die Einführung schadstoffarmer Autos in den USA und Japan habe nur etwa zwei Jahre lang einen Benzinmehrverbrauch ausgelöst. Danach habe sich die Lage wieder normalisiert. Das erklärte Helga Steeg, Exekutiv-Direktorin der Internationalen Energie-Agentur (IEA) beim Workshop Energie der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG (RWE). Zum Tempolimit auf deutschen Autobahnen äußerte sich Frau Steeg zwar nicht unter umweltpolitischen Gesichtspunkten. Den Beitrag zur Energieeinsparung bezeichnete sie jedoch als gering.

Für die neunziger Jahre sieht die Chefin der nach der Ölkrise von 1973/74 geschaffenen Behörde eine erneute Verengung der Weltölmärkte voraus. Die derzeitige Entspannung sei nicht Folge einer Überproduktion, sondern sinkender Nachfrage. Die Energie-Intensität, also die bessere Energienutzung, sei in den 21 IEA-Staaten (OECD-Mitglieder ohne Frankreich, Finnland und Island) im vergangenen Jahrzehnt im Schnitt um 18 Prozent, die Ölintensität sogar um 30 Prozent gestiegen. Ohne diese Verbesserung läge der Energieverbrauch in den IEA-Ländern noch heute um rund 700, der Ölverbrauch um etwa 350 Millionen Tonnen im Jahr höher. Dennoch sei das Sparpotential noch nicht ausgeschöpft.

Sie warnte zwar vor künstlichen Preissteigerungen durch Regierungsinterventionen, befürwortete jedoch eine Politik – wie die von Bonn verfolgte –, Preissteigerungen auf dem Binnenmarkt durchschlagen zu lassen. Das größte Angebotspotential sieht sie in der Kohle, die in den IEA-Ländern nicht nur billiger, sondern auch sicherer als Öl sei.

Allerdings müsse das Marketing verbessert werden. Das Vordringen der Kohle (über Strom) auf dem Wärmemarkt sei in der Bundesrepublik tabuisiert, dagegen beispielsweise in Frankreich und Schweden nicht. Die Kernenergie nannte sie eine der „besten und sichersten Alternativen zum Öl".

USA / Abgeschwächte Konjunktur hinterläßt Spuren

Unternehmergewinne sinken

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Abschwächung der US-Konjunktur im dritten Quartal 1984 – real wuchs Amerikas Bruttosozialprodukt nur noch um 2,7 Prozent, verglichen mit 8,8 Prozent im ersten Halbjahr – ging deutlich zu Lasten der Unternehmensgewinne. Nach den Geschäftsergebnissen von nahezu 300 großen Firmen, die inzwischen vorliegen, sanken sie gegenüber der April-Juni-Periode um rund zehn Prozent.

Damit scheint der Höhepunkt auch auf der Ertragsseite überschritten zu sein. Im Vergleich der Jahre 1984 und 1985 wird der Gewinnzuwachs vermutlich von 23 auf sechs Prozent schrumpfen; schon auf die ersten Einbrüche reagierten die Gesellschaften mit Produktionsdrosselung und Entlassungen.

Als Gründe für die Rückschläge werden in den Quartalsberichten die wechselkursbedingten Billig-Einfuhren, die gebremsten Verbraucherausgaben und die im Juli registrierte Verknappung der Geldmenge durch die US-Notenbank genannt. Das Verhalten der Unternehmen erklärt die im September um 0,6 Prozent gesunkene Erzeugung von Industriegütern und die bei 7,4 Prozent stagnierende Arbeitslosenquote.

Gegenüber dem dritten Quartal 1983, als der Konjunkturaufschwung noch nicht voll auf die Bilanzen durchschlug, haben zwei Drittel der Firmen ihre Gewinne nach Steuern steigern können; ein Fünftel befand sich jedoch wieder in der Verlustzone.

Außerhalb der Automobilbranche, die trotz des Streiks bei General Motors insgesamt 1,1 Mrd. Dollar unterm Strich verdiente, schnitten die Bauindustrie und ihre Zulieferer am besten ab. Von der größeren Investitionsbereitschaft profitierten die Hersteller von Büroausrüstungen, wobei sich jedoch die Hoffnungen der Computerfirmen nicht erfüllten. Bis auf U. S. Steel wiesen Bethlehem, Armco und Inland wieder Verluste aus.

CHINA / Peking will konkurrierende Fluggesellschaften

Monopol wird gebrochen

rtr. Peking

Die Volksrepublik China will im Zuge ihrer neuen Wirtschaftspolitik das Monopol der staatlichen Fluggesellschaft CAAC brechen, neue Fluglinien für den Inlandsverkehr aufbauen und sich im internationalen Verkehr profilieren. Die Nachrichtenagentur Neues China meldete, CAAC-Direktor Shen Tu habe für die erste Hälfte des kommenden Jahres die Aufteilung der CAAC, die im Ruf ungenügender Flugsicherheit, eines schlechten Service und der Unpünktlichkeit steht, in drei konkurrierende Fluggesellschaften in Peking, Shanghai und Kanton angekündigt.

Die Führungsrolle im internationalen Bereich soll dabei die Air China übernehmen. Aber auch die in Shanghai angesiedelte China Eastern Airways und die China Southern Airways in Kanton sollten letztlich auch internationale Routen fliegen. Darüber hinaus sollen die China Southwestern Airways in Chengdu und die China Capital Helicopter Co. gebildet werden, sowie mehrere kleinere Regionalfluggesellschaften. Aus ausländischen Industriekreisen verlautete, in letzter Zeit hätten verschiedene CAAC-Zentren auf Autonomie gedrängt. Flughäfen wie Kanton hätten praktisch bereits mit unabhängigen Fluggesellschaften gearbeitet.

Die neuen Fluggesellschaften sollen ermächtigt sein, mit in- und ausländischen Firmen selbst über den Kauf oder das Leasen von Flugzeugen zu verhandeln. Im Zuge der geplanten Verbesserung bei den Dienstleistungen der Fluggesellschaften für Touristen und Geschäftsleute, von der sich China auch höhere Einnahmen erhoffe, hatte Shen bereits den Bau des größten Flughafens des Landes in der Sonderwirtschaftszone Shenzen in der Nähe Hongkongs sowie die Abtrennung des Frachtsektors von CAAC angekündigt.

Die Deutsche Lufthansa hat nach Angaben von Vertretern der Fluggesellschaft in Hongkong das Bord-Personal der CAAC geschult, um den Service der Linie auf internationalen Standard zu bringen. Vom Service dürfte auch der Erfolg der neuen reorganisierten Fluggesellschaften Chinas abhängen.

Insgesamt positives Lahmeyer–Ergebnis

VWD, Frankfurt

Bei der mehrheitlich zum RWE-Bereich gehörenden Lahmeyer AG, Frankfurt, entsprach der Geschäftsverlauf im 1. Halbjahr 1984 den Erwartungen. Das schreibt der Vorstand in dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht 1983/84 (30. Juni). Im vergangenen Jahr ging der Lahmeyer-Umsatz der beiden eigenen Betriebe vor allem infolge geringerer Exporte des Werks Mechernich um 15,6 Prozent auf 157,3 (186,3) Mill. DM zurück. Das Elektrizitätswerk Bad Homburg konnte seine nutzbare Stromabgabe um 7,1 Prozent auf 468 (437) Mill. kWh steigern. Die Investitionen erforderten im Berichtsjahr 6,5 (6,8) Mill. DM. Der Auftragsbestand zum 30. Juni 1984 betrug 32 Mill. DM. Die Sachanlage-Investitionen wurden auf 1,5 (2,7) Mill. DM eingeschränkt.

Wegen der Bedeutung des arabischen Marktes für Mechernich hat Lahmeyer seine Bereitschaft bekundet, sich in Jeddah an einer neu zu gründenden Gesellschaft mit 33 Prozent zu beteiligen. Insgesamt beschäftigte Lahmeyer am 30. Juni dieses Jahres 533 (552) Mitarbeiter. Das trotz des Umsatzrückgangs insgesamt positive Ergebnis der eigenen Unternehmensbereiche und die Beteiligungserträge (16,2 Mill. nach 14,1 Mill. DM Bilanzgewinn) ermöglichen es, für 1983/84 den Dividendensatz von 10 DM je 50 DM-Aktie auf 80 Mill. DM Grundkapital beizubehalten. Außerdem konnten 4 (5) Mill. DM in die anderen Rücklagen eingestellt werden.

TRIUMPH-ADLER / Verkaufsspekulationen nicht aktuell

Kooperation mit IBM

D. SCHMIDT, Hannover

Die Triumph-Adler AG für Büro- und Informationstechnik (TA), Nürnberg, eine Tochtergesellschaft der Volkswagenwerk AG, wird auf dem Gebiet der elektronischen Schreibmaschinen eng mit der IBM Deutschland GmbH, Stuttgart, zusammenarbeiten. Eine finanzielle Verflechtung der beiden Gesellschaften steht allerdings aktuell nicht zur Diskussion. Dies verlautet zuverlässig aus Branchenkreisen. Spekulationen, wonach IBM an der Übernahme der in der Vergangenheit mit hohen Verlusten arbeitenden VW-Tochter interessiert sei, sind allem Anschein nach unbegründet, wenngleich die beteiligten Unternehmen eine Stellungnahme zu diesen Gerüchten ablehnen.

Nach vorliegenden Informationen wird der Kooperationsvertrag zwischen TA und IBM im kommenden Jahr wirksam. Inhalt des Vertrags ist die Lieferung von Schreibmaschinen-Teilesätzen des Nürnberger Büromaschinen-Herstellers an IBM. Zur Vertragsdauer und zur Größenordnung der Lieferungen eine konkrete Angaben nicht zu erfahren. Gerechnet wird aber mit einer Laufzeit von mehreren Jahren und fünfstelligen Stückzahlen.

Kooperationsverträge mit konkurrierenden Unternehmen sind für Triumph-Adler nicht ungewöhnlich. Seit langem beliefert TA auch die Olympia Werke AG in Wilhelmshaven mit Teilen für Schreibmaschinen. Befürchtungen aus Händlerkreisen, die Lieferfähigkeit für die am Markt erfolgreichen TA-Modelle könnte zusätzlich beeinträchtigt werden – teilweise gibt es bereits Engpässe –, dürften sich kaum erhärten: Die mit hohem Investitionsaufwand in Nürnberg aufgebauten neuen Produktionslinien sind so ausgerichtet, daß die künftigen Lieferungen an IBM zusätzlich verkraftet werden können.

Auf dem Schreibmaschinen-Weltmarkt hält TA zusammen mit Olivetti die Spitzenposition. Jede sechste elektronische Schreibmaschine stammt aus Nürnberg. In der Bundesrepublik liegt der Marktanteil bei einem Drittel. IBM besitzt zwar in den USA eine relativ starke Stellung (rund 20 Prozent Anteil), liegt aber weltweit unter 10 Prozent. Auf ähnlichem Niveau dürfte sich die Quote in der Bundesrepublik bewegen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chef vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fachus, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.), Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3, Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 23 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00-09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

NIXDORF / Grundsteinlegung in Berlin

Produktion kräftig ausgebaut

tb. Berlin

Berlin ist und bleibt der zweitgrößte Standort der Nixdorf Computer AG, Paderborn, in Deutschland. Das erklärte Pressesprecher Rolf Prey anläßlich der Grundsteinlegung für ein neues Werk im Berliner Bezirk Wedding vor Journalisten. Die Zentrale und auch der Entwicklungsvorstand des Computer-Herstellers werden allerdings in Paderborn bleiben. Prey widersprach damit Angaben aus der Berliner Wirtschaftssenatsverwaltung, wonach das für Forschung zuständige Nixdorf-Vorstandsmitglied in absehbarer Zeit seinen Sitz in Berlin haben werde.

Die Produktion in Berlin baut Nixdorf jetzt kräftig aus. Als ein Kernstück des neuen Technologie- und Industrieparks wird in Wedding ein neues Werk errichtet, in dem in etwa 12 bis 15 Jahren – je nach Entwicklung des Unternehmens – rund 6 000 Berliner beschäftigt werden können. Die Baukosten für den gesamten Werkskompolex auf einem 161 100 qm großen Areal werden mit rund 300 Mill. DM veranschlagt. Für den ersten Bauabschnitt, der bereits Ende 1986 fertig sein und 600 Beschäftigte haben soll, sind 100 Mill. DM vorgesehen. Im neuen Werk sollen komplette Computersysteme, Drucker, Magnetplattencomputer, Elektronik-Module, Magnet- und Leiterplatten hergestellt werden.

Gegenwärtig beschäftigt Nixdorf in Berlin rund 1300 Mitarbeiter. Weltweit werden Ende dieses Jahres rund 20 000 Menschen bei dem Computer-Hersteller arbeiten, davon allein 13 000 in der Bundesrepublik. Die nächstgrößeren Standorte nach Berlin sind München und Köln.

Auch in diesem Jahr bleibt Nixdorf bei „lebhaftem Geschäftsverlauf" auf Wachstumskurs – mit Zuwachsraten um 20 Prozent. 1983 war ein Umsatz von 2,7 Mrd. DM erzielt worden. Der Ertrag, für den eine Verbesserung prognostiziert worden war, entwickelt sich planmäßig, sagte der Sprecher, man gehe von einer Ertragsverbesserung gegenüber 1983 aus.

KOLUMBIEN / Joint venture mit dem weltgrößten Energiekonzern Exxon – Exportziel 15 Millionen Tonnen

Ein ehrgeiziger Neuling am Weltmarkt für Kohle

JAN BRECH, Bogota

Die Ausmaße und Anwendungen rind gewaltig. In der nördlichsten Provinz von Kolumbien, der Halbinsel La Guajira, wird zur Zeit auf einem knapp 400 Quadratkilometer großen Areal eines der größten Kohlevorkommen der Welt erschlossen. Elektronische Schaufelbagger, Bulldozer und Riesenlaster bewegen in der unfruchtbaren, trockenen und unwegsamen Region um „El Cerrejon" in etwa 18 Monaten so viel Erde und Kohle wie notwendig wären, um einen zweiten Panamakanal zu bauen.

Betriebsführer für das Gesamtprojekt und den Tageabbau der Kohle ist die International Columbia Resources Corp. (Intercor), eine 100-Prozent-Tochter des weltgrößten Energiekonzerns Exxon. Partner der Amerikaner, die seit 1917 in Kolumbien tätig sind, mit dem Cerrejon-Projekt aber sicher das bislang schwierigste Energievorhaben in Südamerika in Angriff genommen haben, ist die staatliche kolumbinnische Gesellschaft Carbocol. Exxon und Carbocol haben 1976 einen Vertrag auf insgesamt 33 Jahre geschlossen, um gemeinsam die Kohlenmine zu entwikkeln und wirtschaftlich zu nutzen.

Diese Entwicklungsphase ist kurz vor dem Abschluß. Von den rund 3,6 Mrd. Dollar, die beide Partner jeweils zur Hälfte aufbringen müssen, sind bereits mehr als 2 Mrd. Dollar investiert. Unter dem Generalunternehmer, der US-Firma Morrison-Knudsen, entsteht gegenwärtig die Infrastruktur, um Kohle in großen Mengen im 250 Meter tiefen Tagebau zu fördern und zu exportieren. Fast vollendet ist eine 160 km lange Eisenbahnlinie, die im Durchschnitt 41 000 t Kohle pro Tag transportieren kann. An ihrem Endpunkt, an der Karibikküste, wird Kolumbiens größter Hafen, Port Bolivar, aus dem Boden gestampft. Die Fahrtrinne ist für Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 150 000 tdw ausgebaggert worden, die Verladekapazität auf 10 000 Tonnen pro Stunde ausgelegt. In Port Bolivar können zudem 1,7 Mill. t Kohle gelagert werden.

Die Arbeiten, die im Augenblick 8000 Menschen beschäftigen und jeden Tag rund 1 Mill. Dollar an Investitionen verschlingen, verlaufen nach Angaben der Intercor-Manager planmäßig. In diesem Jahr dürften bereits 1 Mill. t Kohle gefördert werden und der Export soll Mitte 1985 beginnen. Halten die Kolumbianer an ihren Plänen fest, wird die Produktion bis 1989 auf 15 Mill. t jährlich steigen. Die Kesselkohle, deren Qualität gemessen am Heizwwert sowie Asche- und Schwefelgehalt zu den besten der Welt gehört, ist ausschließlich für den Export und dabei mit Schwerpunkt Europa bestimmt. Die gesicherten Reserven reihen Kolumbien auf absehbare Zeit in den Kreis der wichtigsten Kohlelieferanten der Welt ein. In einer Tiefe bis zu 260 Meter lagern in mindestens 40 großen Flözen rund 2,5 Mrd. Tonnen Kohle. Bei einer durchschnittlichen Produktion von 15 Mill. Jahrestonnen könnte Kolumbien allein im Cerrejon-Nordblock 160 Jahre lang Kohle fördern.

Geringes politisches Risiko

Für das südamerikanische Land hat das Cerrejon-Projekt erhebliche Bedeutung. Die Exporterlöse, die Ende der achtziger Jahre 3 Mrd. Dollar erreichen werden, sollen einmal dazu beitragen, die gravierenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu mildern und zum anderen die hohe Abhängigkeit vom Kaffee-Export abzuschwächen. Das Joint-Venture mit Exxon schafft zudem Beschäftigung in erheblichem Umfang und ermöglicht Know-how-Transfer, um die in reichem Maße vorhandenen anderen Bodenschätze zu erschließen. Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, daß Kolumbien erhebliche Anstregungen unternimmt, um den Zeitplan in Cerrejon einzuhalten und trotz drastischen Schwunds seiner Devisenreserven allen finanzielien Verpflichtungen bislang pünktlich nachgekommen ist. Dabei kommt dem Staat zugute, daß fast die Hälfte des Teils, den Kolumbien zu finanzieren hat, in Landeswährung gezahlt werden kann.

Hohe Erwartungen setzt aber auch Exxon in das Projekt. Das gilt, obwohl die Rahmenbedingungen am Weltkohlemarkt nicht mehr mit denen von vor vier Jahren vergleichbar sind, als man das Projekt startete. Der internationale Kohlemarkt ist unterdessen zu einem Käufermarkt mit permanentem Preisdruck geworden. Zusätzliche 15 Mill. t Kohle dürften auch 1990 nicht so ohne weiteres am Markt unterzubringen sein.

In der für das internationale Kohlegeschäft zuständigen Exxon-Zentrale in Miami nennt der Präsident der Exxon Coal International, R. C. Kiddoo, jedoch mehrere Gründe, die den Vertrag mit Carbocol nach wie vor rechtfertigen. Erstens sei die hochwertige Kohle in großen Mengen vorhanden. Zweitens seien die Produktionskosten trotz hoher finanzieller Vorleistungen mit rund 20 Dollar je Tonne gegenüber Kohle aus Südafrika, Australien oder Polen wettbewerbsfähig.

Als weiteren Pluspunkt wertet Kiddoo das geringe politische Risiko in Kolumbien. Sorgen, daß der Vertrag, der zunächst bis 2009 läuft, ins politische Sperrfeuer geraten könnte, macht man sich in Miami nicht. Von vornherein haben die Partner für Kolumbien vorteilhafte Bedingungen ausgehandelt. So ist zwar vereinbart, daß beide Partner zu jeweils 50 Prozent an der Kohleförderung und den Erlösen partizipieren, doch leistet Exxon auf seinen Produktionsanteil eine „Royalty" von 15 Prozent. Außerdem ist in den Vertrag eine Formel eingebaut, nach der der Gewinnanteil Kolumbiens ab einer Rendite von 35 Prozent vor Steuern überproportional steigt.

Schließlich sieht Exxon für Importkohle aus Kolumbien langfristig auch einen Markt. Der weltweite Kohlebedarf wird nach Schätzungen der Exxon bis zur Jahrhundertwende um durchschnittlich 2,3 bis 2,4 Prozent pro Jahr wachsen, der Anteil von Kohle am gesamten Energieverbrauch von heute 19 auf 22 Prozent steigen. Allein der Importbedarf Europas wird bis zum Jahr 1990 von zur Zeit 50 Mill. t in eine Größenordnung von 100 Mill. t wachsen. Nach Südafrika und dem Ostblock soll Kolumbien dann mit einem Marktanteil von rund 15 Prozent zum drittgrößten Lieferanten avancieren.

Im Auge haben die Anbieter kolumbianischer Kohle natürlich auch den deutschen Markt, dessen Importbedarf bis 1990 auf 15 bis 20 Mill. t (zur Zeit 10 Mill. t) ansteigen dürfte. Verhandelt wird bereits jetzt mit allen potentiellen Kunden aus der Elektrizitätswirtschaft und der Zementindustrie. Verträge sind bislang allerdings noch nicht abgeschlosen. Das Interesse aber, so heißt es, sei wegen der Qualität der Kohle und auch unter Wettbewerbsaspekten groß. Die kolumbianische Kohle wird zu Weltmarktpreisen angeboten, die zwischen 40 und 48 Dollar je Tonne schwanken. Die Transportkosten von Port Bolivar nach Westeuropa dürften bei 6 Dollar je Tonne liegen.

„Erstklassige Kohle"

Feste Verträge für den Bezug von Kolumbien-Kohle sind bisher Stromerzeuger in Dänemark, Irland, Finnland, Spanien und den USA über eine Gesamtmenge von knapp 40 Mill. t eingegangen. Das jährliche Liefervolumen von 3,8 Mill. t entspricht etwa der für 1985 geplanten Fördermenge. Kurz vor dem Abschluß sind nach Angaben von Intercor 3 bis 4 Verträge mit Kunden in Israel, Frankreich, Italien und Dänemark.

Das für die wirtschaftliche Entwicklung Kolumbiens wichtige Ziel, mit Beginn der neunziger Jahre jährlich 15 Mill. t und im Notfall noch weit mehr Kohle zu exportieren, wird in Miami trotz gegenwärtiger Probleme am Kohlemarkt für realistisch gehalten. Neben allen vorher genannten Gründen glauben die Partner schon deshalb daran, weil sich bei dem Projekt El Cerrejon der politisch stabilste Staat Südamerikas mit dem größten Energiekonzern der freien Welt zusammengetan hat. Kolumbien bringe erstklassige Kohle in großen Mengen in den Pakt ein, so heißt es, Exxon die Leistungsfähigkeit als Förderunternehmen und die Zuverlässigkeit als Anbieter. Erfahrungen mit Kohle hat der Ölmulti dabei seit Jahren. Exxon dürfte 1984 weltweit rund 22,5 Mill. t Kohle fördern und verfügt anteilig berechnet über fast 10 Mrd. t Reserven, davon allein 8,2 Mrd. t in den USA.

VOLKSBANKEN

BVR will strenger kontrollieren

DANKWARD SEITZ, München

Vor dem Hintergrund einiger Sanierungsfälle in den letzten Jahren im Bereich der genossenschaftlichen Bankengruppe hat der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), Bonn, jetzt ein neues Statut für seine Sicherungseinrichtung erarbeitet. BVR-Vorstandsmitglied Wolfgang Grüger hofft, daß damit künftig Fehlentwicklungen bereits in einem sehr frühen Stadium erkannt und bekämpft werden können.

Nach diesem neuen Statut müssen die angeschlossenen Banken künftig besondere Sorgfaltspflichten beachten. Hierzu zählen unter anderem, wie Grüger vor der Presse in München erläuterte, die Orientierung am Regionalprinzip unter Verzicht auf bestimmte Praktiken der Geldbeschaffung für Kreditgeschäfte, die nach den Größenverhältnissen der Bank sonst nicht möglich wären. Bei Fehlentwicklungen und Nichtbeachtung dieser Sorgfaltspflichten soll der BVR die Möglichkeit haben, eine Reihe abgestufter Maßnahmen zu ergreifen.

Das Spektrum dieser Maßnahmen reicht von der Mahnung an den Vorstand über die Information des Aufsichtsrats, der Vertreter- oder Mitgliederversammlung bis hin zu konkreten Auflagen personeller und/oder sachlicher Art. Wenn dieser Weg nicht zum Erfolg führen sollte, so Grüger, bestünde in letzter Konsequenz die Möglichkeit des Ausschlusses der betreffenden Bank aus der Sicherungseinrichtung des BVR.

In diesem konkreten Fall sollen dann durch Veröffentlichungen im Bundesanzeiger und der Tagespresse die Kunden der betroffenen Bank darauf hingewiesen werden, daß ab diesem Zeitpunkt neugetätigte Einlagen nicht mehr vom BVR garantiert werden. Grüger geht davon aus, daß dieses Statut, das bei allen Mitgliedern auf positive Resonanz gestoßen sei, im Frühjahr 1985 verabschiedet werden kann. Entscheidend dabei sei, wie lange die Prüfungen und Verhandlungen mit dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen und dem Bundeskartellamt dauerten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Hoesch im Gewinn

Düsseldorf (J. G.) – Die Dortmunder Hoesch AG berichtet für die ersten drei Quartale von 1984 durchweg positive Ergebnisse, zu denen alle Konzernbereiche beitrugen. Der Fremdumsatz habe bis Ende September gegenüber dem Vorjahresstand um 7 Prozent auf 5,2 Mrd. DM gesteigert werden können, der Walzstahlabsatz von 2,9 Mill. Tonnen sogar um 12 Prozent. Auch bei vorsichtiger Einschätzung des vierten Quartals zeichne sich für das volle Jahr gegenüber 1983 (30 Mill. DM wirtschaftliches Ergebnis) eine deutliche Gewinnsteigerung ab.

Jacobs verkauft Grosch

Bremen (dpa/VWD) – Die zur deutschen Jacobs-Gruppe gehörende Jacobs Erzeugnisse GmbH + Co KG, Bremen, trennt sich von ihrem Unternehmensbereich Grosch Tee. Mit Wirkung vom 1. Januar 1985 wurde die Marke Grosch an die Teefirma Ed. Messmer, Frankfurt/Main, verkauft. Im Außer-Haus-Geschäft wird Jacobs jedoch weiterhin Tee anbieten. Die Verkaufssumme wird nicht genannt. Das Jacobs-Teegeschäft hatte nach Angaben des Unternehmens zuletzt eine Größenordnung von knapp zwei Prozent am Gesamtumsatz.

Guth gab Vorsitz auf

München (dpa/VWD) – Offenbar wegen Meinungsverschiedenheiten mit der Unternehmensführung der Maschinenfabrik Knorr-Bremse KG, München, hat der Vorstandssprecher der Deutsche Bank, Wilfried Guth, Ende Oktober den Aufsichtsratsvorsitz bei diesem Unternehmen niedergelegt. Der Finanzdirektor von Knorr-Bremse, Erich Schloßbauer, bestätigte den Rücktritt. Die Geschäftsführung sei jedoch von dem Schritt nicht überrascht worden.

Erwartungen übertroffen

München (sz.) – Von einer überdurchschnittlich guten Geschäftsentwicklung in den ersten neun Monaten 1984 berichtet der Münchner Werkzeugmaschinen-Hersteller Friedrich Deckel AG im Aktionärsbrief. Die Erwartungen scheinen damit weit übertroffen worden zu sein. Denn schon jetzt zeigt sich der Vorstand davon überzeugt, daß der geplante Umsatz von 350 Mill. DM (plus 25 Prozent) 1984 überschritten und mit einem Jahresüberschuß von 15 Mill. DM der seit 1982 bestehende Verlustvortrag von 15,3 Mill. DM getilgt werden kann. Der Auftragseingang verbesserte sich um 42 Prozent auf 292 Mill. DM per Ende September mit einem Auslandsanteil von 51 (60) Prozent. Der Umsatz erhöhte sich gegenüber der Vorjahreszeit um 54 Prozent auf 208 Mill. DM. Angesichts der besseren Auftragslage wurde auch die Zahl der Mitarbeiter um 180 auf 1940 aufgestockt.

Aachener Rück: 9 DM

Düsseldorf (Py.) – Die Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Aachen, wird der Hauptversammlung am 17. 12. 1984 für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) wieder eine Ausschüttung von 9 DM je 50-DM-Aktie vorschlagen. Das sind einschließlich Steuergutschrift 14,06 DM. Wie die Gesellschaft weiter mitteilte, wurde angesichts des unbefriedigenden Schadenverlaufs die selektive Zeichnungspolitik fortgesetzt. Dadurch wurde das Brutto-Prämienwachstum gegenüber dem Vorjahr mit 3,8 (5,7) Prozent auf 606 Mill. DM stark gebremst.

Beiersdorf: Zügiges Wachstum hält an

JB. Hamburg

Bei der Hamburger Beiersdorf-Gruppe hält das zügige Wachstum an. Die Umsatzzuwächse im dritten Quartal hätten sich zwar erwartungsgemäß verlangsamt, heißt es in einem Aktionärsbrief, doch seien die für die ersten neun Monate erreichten Steigerungsraten erfreulich. Der weltweite Umsatz der Gruppe erhöhte sich um 12,4 Prozent auf 2,0 Mrd. DM. Im Inland weitete Beiersdorf dabei das Geschäftsvolumen um 10 Prozent auf 844 Mill. DM, im Ausland um 14,2 Prozent auf 1,2 Mrd. DM aus.

Die Entwicklung der Auslandsumsätze seien weiterhin durch den festen Kurs des Dollar günstig beeinflußt gewesen. Die größten prozentualen Steigerungen habe Beiersdorf in den USA und Japan erzielt. Im Inland waren nach Angaben der Verwaltung die vier Sparten cosmed, medical, pharma und tesa an der Geschäftsausweitung beteiligt. Das stärkste Wachstum habe das pharma-Programm erzielt.

Im Aktionärsbrief heißt es zur Ertragsentwicklung lediglich, daß insgesamt mit einem guten Ergebnis für das Geschäftsjahr 1984 gerechnet werden könne. 1983 hatte das Unternehmen 4,5 Prozent des Umsatzes verdient und 17 Prozent Dividende ausgeschüttet. Auf hohem Niveau sind bei Beiersdorf die Investitionen (74 Mill. DM) geblieben. Die Belegschaft im Inlands-Konzern wurde um fast 5 Prozent aufgestockt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: Hans Frankenthal, Inh. d. Einzelfa. Vieh- u. Fleischgroßhandel Frankenthal seit 1880, Schmallenberg; **Aschaffenburg:** Abawerk GmbH, Präzisionsmaschinen- u. Meßwerkzeugbau; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Manuela-Konstanze Florence Wachsmund geb. Wietholz; **Burgwedel:** Wolfgang Schumann, Kaufmann, Inh. d. Fa. VIDEO Import, Wedemark; **Cloppenburg:** Nachl. d. Gerhard Heinrich Kuhl, Oldenburg; Magda Tepe geb. Freese, Emstek; **Darmstadt:** Nachl. d. Wilhelm Wannemacher, Kaufmann; **Detmold:** trestar möbel produktionsges. mbH; **Gütersloh:** Rudolf Delbrügge KG, Garten- u. Landschaftsbau; Rudolf Delbrügge, Kaufmann; **Hagen:** Nachl. d. Friedrich Czitkowski, Gastwirt; **Köln:** Walter Böttcher, Gastronom; **Krefeld:** Robert Anton Schmidt; **Lörrach:** Otto Schirmeier, Malsburg-Marzell; **Lüdenscheid:** Birgitt Geißler, Kierspe; **Mainz:** Dipl.-Ing. Philipp Heinz GmbH & co. KG, Mainz-Hechtsheim; **Montabaur:** Peter Quirmbach, Inh. e. Baugeschäfts u. Baustoffhandels, Bannberscheid; **Osnabrück:** Nachl. d. Heinz Kräuse, Hasbergen; **Paderborn:** Kanal- u. Rohrreinigungsdienst Heinz Hora, Inh. Heinz Hora, Kaufmann; **Peine:** Joachim Sowade, Lengede; **Pinneberg:** Drews GmbH, Helgoland; **Ravensburg:** Nachl. d. Richard Hansche; **Stuttgart:** Karl-Heinz Gilles; **Tübingen:** Otto Maisch, Ammerbuch (Pfäffingen).

Vergleich beantragt: Essen: Gebr. Duvenkamp, Kraftfahrzeughandel, Reparaturwerkstatt, Transportunternehmen; Heinz-Günter Duvenkamp, Kaufmann; Dudger Duvenkamp, Kaufmann; **Hannover:** Neue Continentale Bauges. mbH.

NE-METALLE / Nachfrage-Hoffnungen richten sich auf Investitionsgüter-Industrie

Preissteigerung bei Kupfer erwartet

INGE ADHAM, Frankfurt

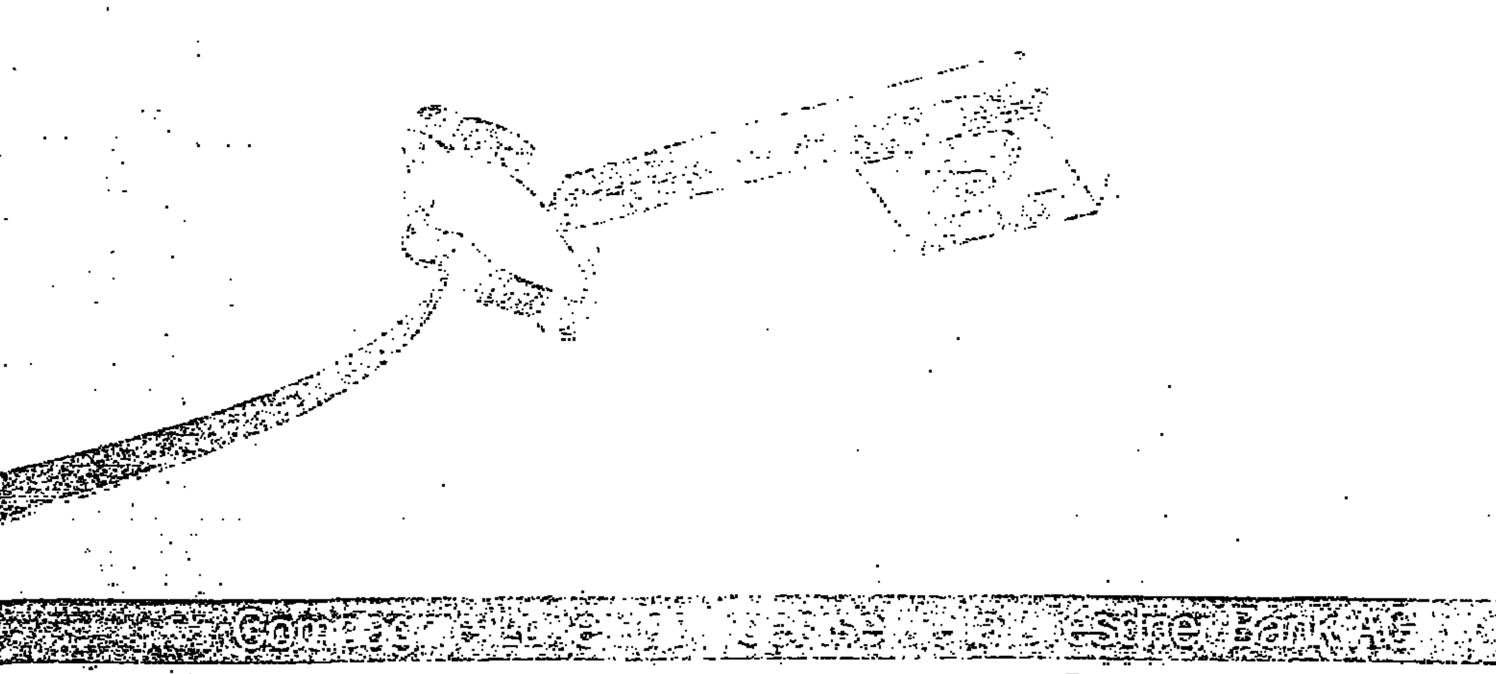
Nach dem „guten Metalljahr" 1984, das, zumindest in Teilbereichen auch positive Auswirkungen auf die Gewinnsituation der Metallgesellschaft AG, (MG), Frankfurt, hat, rechnet Walter Sies, Leiter der volkswirschaftlichen Abteilung der MG, auch für 1985 mit einer Fortsetzung des positiven Trends. Zwar wird sich auch nach seiner Einschätzung die konjunkturelle Entwicklung abschwächen. Die für die NE-Metalle wichtige Investitionsgüterindustrie (vor allem der Maschinenbau und die Elektrotechnik) zählten aber zu den Spätstartern des Aufschwungs, was noch Impulse für den Metallverbrauch bringe. Vor diesem Hintergrund erwartet Sies im kommenden Jahr weiter steigenden Metallverbrauch bei einer „moderaten" Preisentwicklung, für die vor allem Verschiebungen auf der Angebotsseite sorgten.

Die relativ „normale" Preissituation bei den NE-Metallen läßt Sies für die nächste Zeit keine extremen Ausschläge erwarten; eine Ausnahme bilde aber Kupfer, das trotz eines steigenden Verbrauchs noch auf sehr niedrigem Preisniveau liege. Kupfer, das im vergangenen Jahr noch nicht von der positiven Entwicklung erfaßt wurde, profitierte nach Sies Einschätzung in diesem Jahr stärker als die anderen NE-Metalle von der wirtschaftlichen Belebung. Die Metallgesellschaft schätzt den Kupferverbrauch der westlichen Welt in diesem Jahr auf 7,25 Mill. Tonnen, das wären 7 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die starke Verbrauchszunahme hat die Bestände bei Produzenten und an den Metallbörsen sinken lassen, so daß von daher Preissteigerungen zu erwarten sind. Auf der anderen Seite bemühen sich aber die Kupferproduzenten, allen voran Chile, ihre Kapazitäten auszubauen. Kupfer ist übrigens gemeinsam mit Aluminium mit jeweils mehr als einer Million Tonnen Jahresverbrauch das für die deutschen Verarbeiter wichtigste NE-Metall; es folgt mit 350 000 Tonnen pro Jahr Zink und mit weitem Abstand dann Blei.

Bei Aluminium sieht Sies ein Ende der Phase mit heftigen Preisschwankungen. Der hohe Preis hatte die Produzenten ermuntert, die Erzeugung in den ersten acht Monaten dieses Jahres um fast ein Fünftel gegenüber der Vorjahreszeit zu steigern, der Verbrauch dürfte in diesem Jahr jedoch nur um 5 Prozent steigen. Vor diesem Hintergrund sanken die Preise im Jahresverlauf deutlich, was einige Produzenten wieder zu Kürzungen veranlaßte. Als weiteres stabilisierendes Element sieht Sies den steigenden Bedarf östlicher Länder.

Im übrigen gaben die Statistiker der Metallgesellschaft bei der Vorstellung der neuen Ausgabe der „Metallstatistik" (1973 bis 1983) dem Ostblock schlechte Noten: Mit Ausnahme von China behandelten fast alle Ostblock-Staaten ihre Produktions- und Verbrauchszahlen von NE-Metallen als „Staatsgeheimnis". „Verschleierungstendenzen" gebe es aber auch in der westlichen Welt, vor allem in Kanada (Nickel) und Australien (Bauxit). Dies erschwert den Metallhändlern die Prognose und damit das Geschäft. Nicht nur das hat Einfluß auf den Metallhandel, der sich nach Sies Einschätzung bei längerfristiger Betrachtung deutlich gewandelt hat. So sei zum Beispiel bei Kupferbarren zur Drahtherstellung die Großhandelsstufe praktisch weggefallen: Drahtzieher gibt es nicht mehr, die Halbzeugstufe liegt jetzt direkt bei der Hütte. Daneben hat der Computer den Wissensvorsprung des Handels schrumpfen und den Drang zu seiner Ausschaltung wachsen lassen.



Abwarten vor dem US-Wahlergebnis

Die deutschen Kursausschläge sind merklich kleiner geworden

DW. – Die lebhaften Auslandskäufe vom Montag setzten sich am Dienstag nicht fort. Offensichtlich wollten die internationalen Käufer doch erst das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den USA abwarten. Erst nach Feststellung der Einheitskurse gab es in der zweiten Stunde eine gewisse Belebung. Der Berufshandel, der über sehr große Aktienbestände verfügt, war offenbar bei etwas mehr Nachfrage bereit, Material abzugeben. Für die Börse deprimierend wirkt nach wie vor die Flick-Spendenaffäre.

Die Vortagsfavoriten konnten sich immerhin recht gut behaupten. Siemens und Thyssen stiegen um 1–2 DM weiter. Deutsche Bank gehalten. Die Meldungen über einen Einstieg der Allianz Gruppe in Commerzbank wirkten sich weder auf Commerzbank noch auf Allianz im Kurs aus. Beide Werte lagen gut behauptet. Unter den Autopapieren rutschten BMW um 7 DM auf 378 DM, während VW nach anfänglich 201 DM nur auf 199 DM rutschten und dann wieder auf 200 DM (plus 1 DM) stiegen. Stromversorger konnten sich mehr oder weniger behaupten. Im Einzelhandelsbereich kletterten die Kurse noch weiter. Unter den am deutschen Markt amtlich gehandelten Holländern fielen Unilever mit 265 DM (plus 3,50 DM) auf.

Düsseldorf: Bilfinger und Berger sanken um 3 DM auf 174 DM, Dyckerhoff St. ermäßigten sich um 2 DM auf 174 DM und Kochs Adler gaben um 3,50 DM auf 215 DM nach. Küppersbusch erhöhten sich um 9 DM auf 234 DM, Leffers zogen um 3 DM auf 250 DM an und Schiess befestigten sich um 2 DM auf 113 DM.

Frankfurt: Brau AG sanken um 5 DM auf 155 DM, Hartmann und Braun Vz. gaben um 10 DM auf 410 DM nach, MAB Vz. fielen um 10 DM auf 335 DM und Steigenberger gaben um 100 DM nach. Veith Pirelli erholten sich um 10 DM auf 235 DM und Deutsche Texaco erhöhten sich um 9 DM auf 209 DM, und Wickrath schlossen mit einem Plus von 15 DM auf 440 DM ab.

Hamburg: Fester gingen Phoenix Gummi zu 118,50 DM plus 1,50 DM aus dem Markt. HEW gaben auf 80,50 DM minus 1 DM und NWK Vz. auf 166,20 DM minus 1,30 DM nach. Bremer Vulkan setzten mit 72,50 DM minus 1 DM ein. Triton wurden bruchteilig niedriger mit 106,20 DM minus 0,90 DM bezahlt.

München: Etienne Aigner fielen um 3 DM auf 233 DM, Flachglas verminderten sich um 4 DM auf 199 DM und Leonische Draht gaben um 2 DM auf 317,50 DM nach. Audi NSU zogen um 9 DM auf 389 DM an, Dywidag verbesserten sich um 1 DM auf 151 DM und Hutschenreuther schlossen mit einem Plus von 10 DM auf 240 DM ab.

Berlin: Detewe zogen um 15 DM an. Orenstein erholten sich um 3 DM, Kempinski um 2 DM und Berliner Kindl um 1 DM. Herlitz Vz. gaen um 2,30 DM, Berthold und Herlitz St. um je 2 DM nach.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 158,9 (158,5)
WELT-Umsatzindex: 5780 (2920)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Brüssel

	6. 11.	5. 11.
Arbed	1770	1735
Brux. Lambert	2525	2520
Cockerill Ougrée	296	287
Ebes	2850	2850
Gevaert	3650	3690
Kreditbank	7610	7610
Petrofina	7550	7550
Soc. Gén. d. Belg.	1840	1840
Sofina	8090	7950
Solvay	4450	4420
UCB	5340	5390
Index	–	–

Singapur

	6. 11.	5. 11.
Cycle – Car.	2,98	2,98
Cold Storage	2,90	2,92
Dev. Bk. of Sng.	5,80	5,85
Fraser + Neave	5,20	5,30
Kl. Kepong	2,41	–
Mal. Banking	5,80	5,80
Nat. Iron	3,92	3,90
OCBC	9,15	9,20
Sime Darby	1,90	1,89
Singapur Land	3,20	3,00
Un. Overs. Bank	4,48	4,46

Optionshandel

AEG 1-100/2, 4-100/3,8, 4-110/8,6, BASF 7-160/2,9, 7-170/5, Bayer 1-180/2, 4-170/1,7, 4-180/3, 7-170/2,9, 7-180/5, BBC 1-210/11, Bay. Hypo 4-290/3, BMW 1-380/13,5, Commerzbank 1-170/1, 4-170/4, Conti 1-120/1,5, 1-127/3, 4-130/3, 7-120/3,7, Dt. Babcock St. 4-160/12,5, Deutsche Bank 4-360/3,4, Dresdner Bank 4-170/2,5, 7-170/4,4, Hoechst 1-180/2,6, 4-170/2, 7-170/3,9, Hoesch 4-100/2,5, 4-110/5, 7-110/6,4, Kaufhof 7-210/9,8, Klöckner 4-75/3, 4-80/5,1, 7-70/3,5, 7-75/4,2, 7-80/7, Lufthansa St. 4-170/5, Lufthansa Vz. 4-170/4,4, MAN 1-160/6, Mannesmann 1-160/7, 4-150/2,5, RWE St. 7-160/2,13, Schering 1-300/3, Kali + Salz 4-230/4,5, Siemens 1-440/3,5, 1-450/10, 7-410/3,9, 7-420/6, 7-430/8,5, 7-440/12, Thyssen 4-80/3,5, 4-85/4, Veba 4-180/1,8, VW 1-180/1, 1-190/2, 1-200/-, 4-180/2,5, 4-190/3,8, 4-200/9, 7-170/2, 7-180/3,9, 7-200/10,6, Chrysler 4-90/4,4, General Motors 4-230/11,6, IBM 4-370/12, 7-350/9,4, Norsk Hydro 7-40/1,9, Philips 7-45/2, Royal Dutch 7-140/3,4, Xerox 4-110/5,3. (1. Zahl Verfallmonat, jeweils der 15., 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 6. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¼–9⅜	5⅛–5⅜	4½–4⅞
3 Monate	9½–9¾	5¼–5½	4⅞–5⅛
6 Monate	9⅞–10	5⅜–5⅝	4⅞–5⅛
12 Monate	10¼–10½	5⅝–6	5–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 6. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1435,00	1784,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1175,00	1433,80
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	627,00
1 £ Sovereign alt	231,00	286,14
1 £ Sovereign Elizabeth II.	227,00	281,58
20 belgische Franken	178,00	230,28
10 Rubel Tscherwonez	241,00	302,10
2 südafrikanische Rand	226,00	280,44
Krüger Rand, neu	1032,00	1216,38
Maple Leaf	1032,00	1216,38
Platin Noble Man	1007,00	1187,88

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	242,00	303,24
20 schweiz. Franken „Vreneli"	183,00	232,56
20 franz. Franken „Napoléon"	183,00	232,56
100 österr. Kronen (Neuprägung)	954,00	1151,40
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	238,26
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	439,00	540,36
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisenmärkte

Der US-Dollar lag am Morgen schwächer (bis 2,92) und erholte sich gegen Geschäftsschluß auf 2,95. Der positive Verlauf der 1. Auktion des Schatzamtes und die Liquiditätshilfe der Fed. Bei einem Tagesgeldsatz von nur 9⅛ Prozent läßt den Markt am 6. 11. weiterhin auf Zinssenkungen hoffen. Andererseits löste die niedrige Basis auch Rückdeckungen aus. Das Englische Pfund zog um 5,1 Promille auf 3,7230M davon, nachdem die erwartete Zinssenkung noch nicht vorgenommen wurde. Schwächer gehandelt wurde erneut der Escudo, der weitere 8,2 Promille auf 1,8050 zurückfiel. Dieser Kurs stellt einen neuen historischen Tiefstkurs dar: US-Dollar in: Amsterdam 3,3300; Brüssel 59,6275; Paris 9,0540; Mailand 1839,00; Wien 20,6690; Zürich 2,4229; Ir. Pfund/DM 3,082; Pfund/Dollar 1,2636; Pfund/DM 3,723.

Ostmarkkurs am 6. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Abschwächung der Dollar-Depots um ⅛ Prozent führte am 6. November zu deutlich verringerten Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,09/0,99	2,95/2,85	5,85/5,65
Pfund/Dollar	0,04/0,02	-0,02/+0,01	0,06/0,12
Pfund/DM	2,10/0,70	4,30/2,90	7,80/6,30
FF/DM	22/07	50/34	92/76

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 6. 11.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,90–6,05 Prozent.

Privatdiskontsätze am 6. 11.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 6. 11.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,25 (6,37) – 7,75 (6,68) – 8,00 (6,91) – 8,50 (7,13). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,25 (6,41) – 7,75 (6,76) – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,24) – 8,50 (7,42). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,30, 2 Jahre 6,30. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,4, Rendite 6,90.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Festverzinsliche gut behauptet

Am deutschen Markt für festverzinsliche Wertpapiere blieb das Geschäft an der Dienstagbörse vorwiegend ruhig. Offensichtlich verhalten sich die Anleger wesentlich zurückhaltender. Dennoch wurden die Kurse für öffentliche Anleihen im Durchschnitt um 0,2 Prozentpunkte angehoben. Die Notierungen der Bundesobligationen waren gegenüber dem Vortag nur wenig verändert. DM-Auslandsanleihen konnten sich gut behaupten. Auch der Pfandbriefmarkt tendierte bei wenig Bewegung gut gehalten.

	6. 11.	5. 11.
M 7 dgl. Pf 20	99,75G	99,75G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	100,5G	100,5G
6 dgl. Pf 34	97,5	97,5G
6½ dgl. Pf 37	99G	99G
8 dgl. Pf 51	100,15G	100,15
Hm5 Brdanst. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	93,25G	93,25G
7½ dgl. Pf 87	98,5G	98,5G
6 dgl. KS 29	84,5G	84,5G
7 dgl. KS 30	100,8G	100,8G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 54	116G	116G

	6. 11.	5. 11.
Ha9 dgl. Pf 10	100,7G	100,7G
9 dgl. KO 53	101,3G	101,3G
7½ dgl. IS 6	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	88,7G	88,7G
6 dgl. Pf 95	80	80G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	128	128
5½ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	97G	97G
6½ dgl. Pf 67	89G	89G

	6. 11.	5. 11.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 80	99,5	99,5
7 dgl. 94	100,5G	100,5G
7 dgl. 99	100,2G	100,2G
8 dgl. 101	103G	103G
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
9¼ dgl. 128	105,75G	105,75G
D 8 LAG TS 76	101,7	101,7
6½ dgl. TS 77	99,8	99,7
5½ dgl. 78	97,1G	97,1G
7 dgl. 79	100,35	100,3

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

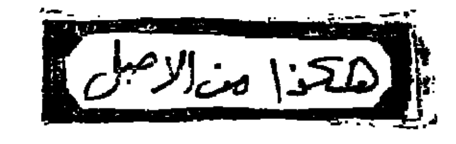
Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM



Warenpreise – Termine

Fester schlossen zum Wochenbeginn die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. In engen Grenzen uneinheitlich ging Kupfer aus dem Markt. Überwiegend schwächer notierte Kaffee. Nur bruchteilige Veränderungen nach beiden Seiten wies Kakao auf.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	5. 11.	2. 11.
Dez.	362,50	360,75
März	365,50	364,00
Mai	359,25	357,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	5. 11.	2. 11.
St. Lawrence 1 CW	239,47	240,37
Amber Durum	246,27	247,47

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	143,10	144,40
März	149,70	150,60
Mai	153,30	153,60

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	120,90	121,40
März	123,50	124,10
Mai	125,50	125,20

Hafer Chicago (c/bush)	5. 11.	2. 11.
Dez.	184,00	184,25
März	182,25	182,25
Mai	180,00	179,25

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	273,00	275,25
März	281,25	282,75
Mai	288,50	289,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	5. 11.	2. 11.
Dez.	131,20	131,20
März	132,60	133,10
Mai	134,20	134,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	5. 11.	2. 11.
Terminkontr. Dez.	138,70	138,60
März	136,08	136,55
Mai	135,01	135,50

Kakao New York ($/t)	5. 11.	2. 11.
Terminkontr. Dez.	2292	2292
März	2243	2238
Mai	2251	2250
Umsatz	–	2998

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,45	5,51
März	5,94	5,99
Mai	6,22	6,31
Juli	6,48	6,56
Sept.	6,74	6,85
Umsatz	–	8 886

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5. 11.	2. 11.
	4,79	4,68

Kaffee London (£/t) Robusta-	5. 11.	2. 11.
Kontrakt Nov.	2459–2460	2465–2470
Jan.	2256–2257	2278–2280
März	2176–2178	2191–2193
Umsatz	4371	5126

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1918–1919	1912–1914
März	1872–1874	1877–0000
Mai	1875–1876	1886–1887
Umsatz	3702	5611

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez.	144,20–140,60	141,40–141,60
März	158,20–158,60	158,40–159,60
Mai	165,20–165,60	166,20–166,40
Umsatz	1352	1886

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	5. 11.	2. 11.
schw. Sarawak spez.	437,50	437,50
weißer Sarawak	677,50	682,50
weißer Muntok	685,00	685,00

Orangensaft New York (c/lb)	5. 11.	2. 11.
Nov.	165,80	165,25
Jan.	168,90	168,60
März	169,00	168,75
Mai	168,90	168,60
Juli	168,70	168,50
Umsatz	–	700

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	5. 11.	1. 11.
Südstaaten fob Werk	40,00	40,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	34,25	31,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	27,78	27,75
Jan.	26,35	26,40
März	25,35	25,35
Mai	25,00	25,05
Juli	24,65	24,75
Aug.	24,30	24,40
Sept.	24,00	24,30

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	32,00	29,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	30,50	30,00
Choise white hog 4% fr. F.	21,25	21,25

Talg New York (c/lb)		
top white	21,75	21,50
fancy	21,50	21,25
bleichfähig	19,75	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,75	17,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	49,60	48,80
Febr.	51,45	50,90
April	48,00	47,70

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	68,60	67,05
März	68,30	67,00
Mai	69,60	51,00

Häute Chicago (c/lb)	5. 11.	2. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	51,00	51,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	617,00	623,00
Jan.	630,00	636,00
März	645,50	650,00
Mai	660,00	664,50
Juli	669,00	673,00
Aug.	669,00	673,00
Sept.	657,00	661,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	154,30	156,70
Jan.	157,70	159,70
März	164,00	165,70
Mai	169,30	171,00
Juli	175,00	176,60
Aug.	175,00	178,00
Sep.	177,00	177,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	5. 11.	2. 11.
Dez.	350,40	351,30
März	363,70	364,60
Mai	371,30	372,60

Kokosöl New York (c/lb)	5. 11.	2. 11.
Westküste fob Werk	55,00	54,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	6. 11.	5. 11.
jegl. Herk. cif	870,00	855,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	590,00	580,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	635,00	630,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	244,00	245,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1170,00	1220,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	289,50	289,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	5. 11.	2. 11.
Dez.	65,55	66,70
März	67,00	68,20
Mai	68,45	69,50
Juli	69,75	70,65
Okt.	70,00	70,20
Dez.	69,90	70,15

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	43,00	43,00

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	5. 11.	2. 11.
Dez.	515-516	516-517
Jan.	513-520	517-520
März	522-524	527-528
Umsatz	46	154

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	6. 11.	2. 11.
Dez.	51,40	unerhältl.
März	53,40	unerhältl.
Mai	53,50	unerhältl.
Juli	53,50	unerhältl.
Umsatz	–	–
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtyps	5. 11.	2. 11.
Dez.	567,0–568,0	567,0–568,0
März	–	–
Okt.	–	–
Umsatz	8	11

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	5. 11.	4. 11.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	5. 11.	2. 11.
Nov.	13 276	13 234
Dez.	12 882	12 840

Kautschuk London (p/kg)	5. 11.	2. 11.
Nr. 1 RSS loco	58,00–61,00	unerhältl.
Dez.	59,00–62,00	unerhältl.
Jan.	60,00–63,00	unerhältl.
Feb.	61,00–64,00	unerhältl.
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	5. 11.	2. 11.
Nov.	189,00–190,00	195,00–196,00
Dez.	195,50–196,50	200,50–201,00
Nr. 2 RSS Nov.	185,50–186,50	188,00–189,00
Nr. 3 RSS Nov.	182,00–183,00	184,50–185,50
Nr. 4 RSS Nov.	175,00–176,00	177,50–178,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	5. 11.	2. 11.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 78 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	6. 11.	5. 11.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	130,14–130,33	129,10–129,29
drittfolg. Monat	128,84–129,02	127,44–127,62
Zink: Basis London		
laufend. Monat	238,10–238,28	237,44–237,61
drittfolg. Monat	238,66–238,84	239,11–239,30
Produz.-Preis	265,46	264,56
Reinzinn 99,9%	3994–4033	4004–4044

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	6. 11.	5. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	407,39–409,26	409,40–411,26
Blei in Kabeln	137,75–138,75	136,75–137,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–484,50	464,00–484,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchste und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	6. 11.	5. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	387,00–390,00	388,00–392,00
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	430,00–437,00	432,00–437,00
MS 63	419,00–424,00	420,00–425,00

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	5. 11.	2. 11.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,24	29,21

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	6. 11.	5. 11.
Leg. 225	370	370
Leg. 226	372	372
Leg. 231	403–405	403–405
Leg. 233	413–415	413–415

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	6. 11.	5. 11.
Platin (DM je g)	34,158	34,008
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 100	32 850
Rücknahmepr.	32 350	32 100
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 380	33 070
Rücknahmepr.	32 550	32 240
verarbeitet	35 020	34 690
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 785	32 465
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	736,10	726,90
Rücknahmepr.	714,40	705,50
verarbeitet	768,40	758,80

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	6. 11.	5. 11.
London 10.30	345,95	342,30
15.00	346,10	342,45
Zürich mittags	345,30–345,80	343,30–343,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	100 700	99 800
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	600,30	593,65
3 Monate	614,80	607,40
6 Monate	628,30	621,30
12 Monate	657,25	649,35

Platin (£-Feinunze) London	5. 11.	2. 11.
fr. Markt	284,95	284,55
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	116,45	116,10

New Yorker Preise	5. 11.	2. 11.
Gold H & H Ankauf	342,75	343,10
Silber H & H Ankauf	759,00	748,00
Platin fr. Händlerpr.	319,00–322,00	319,00–322,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	146,00–147,00	145,00–146,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	768,00	751,80
Dez.	772,00	756,00
Jan.	779,20	763,20
März	791,00	775,00
Mai	804,70	788,00
Juli	818,00	801,00
Sept.	832,50	816,10
Umsatz	–	30 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	5. 11.	2. 11.
Nov.	60,80	60,90
Dez.	61,10	61,25
Jan.	61,70	61,80
März	62,75	62,85
Mai	63,90	63,80
Juli	65,00	65,05
Sept.	66,10	66,05
Umsatz	–	13 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	6. 11.	5. 11.
Kasse	911,00–911,50	908,50–909,50
3 Monate	938,00–936,50	934,50–935,00
Blei (£/t) Kasse	349,00–349,50	351,50–352,00
3 Monate	345,50–346,00	347,50–348,00
Kupfer-Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1080,0–1080,5	1090,5–1091,5
3 Monate	1104,0–1104,5	1115,0–1118,0
abends Kasse	–	1088,0–1089,0
3 Monate	–	1112,5–1113,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1086,0–1087,0	1095,0–1097,0
3 Monate	1105,0–1106,0	1115,0–1116,0
Zink (£/t) Kasse	638,50–639,00	638,50–639,00
3 Monate	640,00–640,50	642,00–642,50
Zinn (£/t) Kasse	9583–9585	9580–9590
3 Monate	9575–9580	9590–9600
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–88

Nach schwerer Krankheit ist unser Senior, Herr

Rechtsanwalt

Dr. Rudolf Boden

am 30. Oktober 1984 im Alter von 84 Jahren von uns gegangen.

Wir trauern um einen engagierten Anwalt, der sein großes juristisches Können und seine stete Hilfsbereitschaft mit seinen Neigungen zur ausübenden Kunst auch beruflich zu einer ausgeglichenen tiefen Menschlichkeit verband.

In den vier Jahrzehnten seiner von Kollegialität und Freundschaft geprägten Zugehörigkeit zu unserer Gemeinschaft hat er zu deren Entwicklung wesentlich beigetragen.

Seine Ideale werden wir weiterführen.

Die Partner und Mitarbeiter von
Boden, Oppenhoff & Schneider
Rechtsanwälte
Köln

Fürchte dich nicht,
denn ich habe dich erlöst;
ich habe dich bei deinem Namen gerufen,
du bist mein. Jes. 43, 1

Heute, am 4. November 1984, starb mein lieber Mann, unser Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Johann-Georg Frhr. v. Cramer

geb. 29. 12. 1911

Er fand einen friedvollen Tod zu Hause.

Im Namen aller Angehörigen und Freunde
Marie-Luise Frfr. v. Cramer geb. Töpper
Christiane, Jürgen und Jule
Tilman, Kathrin und Jelka

Hamburg 52, Espellohweg 27

Die Beerdigung findet statt am Freitag, dem 9. November 1984, um 11.00 Uhr von der Kapelle des Groß Flottbeker Friedhofes, Stiller Weg, aus.

Der ehemalige Direktor unseres Werkes Uetersen und Geschäftsführer der Norddeutsche Papierwerke GmbH, Herr

Ing.

Kurt Schulz

ist am 31. Oktober 1984 im Alter von 74 Jahren verstorben.

In den über 42 Jahren seiner Zugehörigkeit zum Unternehmen hat sich der Verstorbene aufgrund seines Sachverstandes und Einsatzes hervorragende Verdienste erworben. Dabei verdient sein Wirken um den Wiederaufbau des Werkes nach dem Kriege besonders hervorgehoben zu werden. Auch in ehrenamtlichen Funktionen wurde der Rat des Verstorbenen sehr geschätzt.

Wir werden ihm ein ehrendes Angedenken bewahren.

Feldmühle Aktiengesellschaft
Vorstand

Werksleitung, Betriebsrat und Belegschaft
des Werkes Uetersen

BEKANNTMACHUNGEN

Aufgebot

Herr Rechtsanwalt und Notar Dr. Dieter Feddersen, Roßmarkt 21, 6000 Frankfurt am Main 1, als Nachlaßverwalter bezüglich des am 21. 5. 1984 in Frankfurt am Main, seinem letzten Wohnsitz, verstorbenen Friedrich Joachim Ernst Dietz, vertreten durch Rechtsanwalt Peter Latscha, Roßmarkt 21, 6000 Frankfurt/Main, hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung von Nachlaßgläubigern beantragt.

Die Nachlaßgläubiger werden daher aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlaß des verstorbenen Herrn Friedrich Joachim Ernst Dietz spätestens in dem auf den Montag, d. 25. Februar 1985, 9.00 Uhr, vor dem obengenannten Gericht, Zimmer 150, Bau B, anberaumten Aufgebotstermin anzumelden. Die Anmeldung hat die Angabe des Gegenstandes und des Grundes der Forderung zu enthalten. Urkundliche Beweisstücke sind in Urschrift oder in Abschrift beizufügen. Nachlaßgläubiger, die sich nicht melden, können – unbeschadet des Rechtes, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden – von den Erben nur insoweit Befriedigung verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuß ergibt. Auch haftet ihnen dann jeder Erbe nach der Teilung des Nachlasses nur für um seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit. Die Gläubiger aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen sowie die Gläubiger, denen der Erbe unbeschränkt haftet, werden durch das Aufgebot nicht betroffen. Bei Nichtanmeldung dieser Forderung tritt jedoch der Rechtsnachteil ein, daß diesen Gläubigern jeder Erbe nach Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit haftet.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Blitzingen, 1293 m ü. NN/Ober-Goms/Schweiz

Einzigartiges Langlauf- u. Wanderparadies im deutschsprachigen Wallis.
– Direkt vom Ersteller zu verkaufen – in exkl. Südhanglage. Erstbezug.

2 Dachgeschoß-Wohnungen – 2½ und 3½ Zimmer ab sfr 223 000,– **sowie 1 freistehendes Chalet – 4½ Zimmer,** sfr 313 000,–. Festpreise.

Bauausstattung in erstkl. Qualität mit viel Holz.

Lauber Söhne Immobilien · Niederlassung Deutschland
Postfach 2129, 6232 Bad Soden/Ts. 2 · Tel. 0 61 96 / 2 95 36
Automatische Gesprächsaufzeichnung zu jeder Zeit

Anzeigenschlußtermin für Immobilien- und Kapitalien-Anzeigen:

Donnerstag 10.00 Uhr

Bitte Aufträge und Druckvorlagen an:
DIE WELT/WELT am SONNTAG
Anzeigenexpedition
Postfach 100864
4300 Essen 1
Tel. (02054)
101-511, 512, 513
Telex: 8579104

Die Große Kombination
Immobilien-Kapitalien
DIE WELT
WELT am SONNTAG

Angst vor der Zukunft ist kein guter Ratgeber, um die Zukunft zu bewältigen.

Angst vernebelt den Blick. Ob es die Angst um den Arbeitsplatz, die Angst vor Aggression und Gewalt ist oder die Angst vor Atomkraft, vor der Technisierung und Reglementierung unseres Daseins. Die Zukunft ist voller Gefahren und voller Chancen. Wir müssen sie mit Mut und Hoffnung ins Auge fassen.

Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen.



Das Poster dieses Anzeigenmotives im Format DIN A 2 und die Schrift „Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen" senden wir Ihnen auf Wunsch gerne zu.
Aktion Gemeinsinn e.V., eine Vereinigung unabhängiger Bürger, Schumannstraße 57, 5300 Bonn 1

BIELEFELD
Herrschaftl. Villa

Verkehrsgünstige, citynahe, gleichwohl ruhige Lage, Grundstück 3000 m², PKW-Stellflächen, parkartige Anlage, 3geschossig, 750 m² Nutzfläche, Ölzentralheizung, wertvolle Einbauten, Baujahr 1902 mit späteren Änderungen, Unterschutzstellung nach DSchG bevorstehend, Eignung u. a. als Internat, Sanatorium, Gemeinschaftspraxis, Seniorenheim, Tagungsstätte etc., gegen Höchstgebot, Besichtigung nach Vereinbarung. Angebote bis 30. 11. 1984 an

Bundesvermögensamt Bielefeld
Turnerstraße 49, 4800 Bielefeld 1
Tel. 05 21 / 6 20 91 - 95

Privatmann kauft

möblierte oder unmöblierte

Eigentumswohnung in

ZERMATT

Fläche 80–120 m².

Einzug vor oder nach Wintersaison 1984/85.

Absolute Diskretion.

Antworten sind gebeten unter Chiffre F 18–115 403, PUBLICITAS, CH-1211 Genève 3

Penthouse

im Bayer. Wald mit 250 m² Wohnfl., 170 m² Terr., 3 off. Kamine, Sauna, 3 Garagen-Pl., Keller, herrliche Südlage, Hallenbadben., sämtl. Wintersport, Tennis, Reiten, hausgeldfrei, für DM 690 000,– i. A. zu verkaufen.

BUB Betriebs- und Unternehmensberatungs GmbH
8440 Straubing · Postfach · Tel. 0 94 21 / 2 22 28

EIGENTUMSWOHNUNGEN SCHWEIZ

Zu verkaufen in kleinem Bergdorf an schöner Aussichtslage, fünf Autominuten von bekanntem Skigebiet, sechs 3- und 4½-Zimmer-Wohnungen. Bewilligung mit Grundbucheintrag für ausländische Staatsbürger bei Vertragsabschluß bis Ende November 84 zugesichert. Anfragen beantwortet gerne Tel. 00 41 / 55 / 27 88 27 oder Chiffre 47-22103 an Mosse-Annoncen AG, Postfach, CH-8025 Zürich.

Sardinien/Porto Cervo

in einzigartiger Lage, wenige Schritte von der Piazzetta, mit Aussicht auf den Hafen und Cala Romantica, „IL GABBIANO 81" S.r.l. verkauft

Reihenvillen

aus Stein, luxuriöse Verschönerung des Handwerkes, Kamine, Terrassen, Privatgärten in geschütztem Park.

Auskünfte erteilt gerne:
„IL GABBIANO 81"
Via Aracoeli 3, I-00186 Roma
Tel. 06 / 678.1916-6 79 62 09

Zu verkaufen in der Schweiz
Direkt vom Besitzer
Luxus-Wohnungen
in Montreux
Mildes Klima (Blumen und Palmen) in den schönsten Seebucht des Genfer Sees.
In den berühmten Berg-Ferienorten Villars, Leysin, Les Diablerets (Sommerski), Crans (der beste europäische Golfplatz, der sich im Bergland befindet). Preise von sfr 129 000,–. Hypothek bis 60 % vorhanden zu 6½ % Zinsen.
Agence Romande Immobilière SA
Gal. Benjamin-Constant 1
1003 Lausanne - Switzerland
Tel. 00 41/21/20 70 11
Tlx. 25 873 arll ch

Luxus-1- bis 2-Fam.-Haus
Nähe Heidelberg

Berg- u. Südhanglage, unverbaubar, 250 m² Wfl., 1300 m² Grund, sof. beziehbar, VB 1 Mio. DM.

Zuschr. u. Y 9737 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir kaufen Forderungen

in Frankreich, Italien und Spanien sowie Immobilien an der Côte d'Azur.

Schriftliche Angebote unter Chiffre J 10-754 IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich.

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Industrie-Betriebsgebäude
in Vorort von 6550 Bad Kreuznach
zu vermieten / zu verkaufen.

Industriegebiet, 4 km von Stadtmitte und 5 km von Autobahnauffahrt entfernt
langfristig zu vermieten, Gelände 20 000 m²
vorhanden:
Produktionshalle 50,00×25,00 m, mit Sozialräumen und Werkstattbüro
Lagerhalle 24,40×12,00 m
Bürogebäude 800 m², Baujahr 1981
Verwendungsmöglichkeit: Produktionsbetrieb oder Handelsbetrieb bzw. Freizeitanlage
bei langfristigem Mietvertrag kann Hallen- und Bürofläche nach den Wünschen des Mieters erweitert werden
Mietpreis: günstige langfristige Mietkonditionen

Ingenieurbüro Dipl.-Ing. Walter u. Hans Zosel
6551 Bad Kreuznach-Pfaffenschwabenheim
Industriestraße – Tel. 0 67 01 / 10 01 – Telex 4 2 764 zosel d

---

Bürohaus Hahnstraße 31/35, Ffm.-Bürostadt

noch 4800 m² Bürofläche, zu verm., Teilanmietung ab 500 m² mögl., Raumaufteilung nach Wunsch, Parkplätze vorhanden. Provisionsfrei über Hausverwaltung.

Elwenn, Tel. 0 61 71 / 7 83 10 / 7 61 49

Neubauhallen: Haan 230, Hilden 150, Langenfeld 200, Eitorf 150, Zülpich 200 m², vermietet
Tel. 0 21 22 / 6 38 94

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Fernost-Spezialist

vertritt Ihre Interessen (Import, Export, Sonderaufgaben) in Taiwan, Hongkong, Korea, Japan, Thailand, Philippinen, Indien. Erstklassige Verbindungen vorhanden, professionelle u. vertraul. Abwicklung zugesichert.
Zuschriften unter S 10963, an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Der Bereich „Computerseminare" soll weiter ausgebaut werden (großer Auftragsbestand). Wir suchen das

„Seminarhotel"

oder das Internat, welches diesen Markt gemeinsam (Beteiligung) mit uns ausbaut.
Zuschr. erb. u. U 10 965 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Teilhaber gesucht

150 000,– DM Einlage.
Privater deutscher Radiosender im Ausland sucht stillen Teilhaber, hohe Rendite durch Werbeeinnahme.
Zuschriften unter N 11026 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsmann

ist in der Zeit vom 29. 12. 84 bis 10. 1. 85 in New Delhi/Indien.
Übernehme noch Kurierdienste.
Anfragen unter Postfach 35 21, 8520 Erlangen.
Fa. Import-Versand

Schweden!

Sind Sie an Export interessiert?
Zuschr. unt. F 11 042 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ehrgeiziger **Juwelier**

Uhrmacher u. Goldschmied, 30 J., su. alteingesessenes Juweliergeschäft zur evtl. Übernahme. Angeb. erb. unt. A 11 103 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Deutsch-Amerikan. Unternehmungsberatung

bietet bei geringem Kostenaufwand (Monatspauschale) Einstieg in den US-Markt und die Händl.-Kundenpflege in der Form, als hätten Sie Ihre eigene US-Filiale. Zur Besprechung Nov./Dez. in Deutschl. Anfragen an: Fa. W. Scholtz, Knesebeckstr. 88, 1 Berlin 12, Tel. 0 30 / 3 12 39 47

Unternehmen der Medizin-Pharma-Branche

mit eingeführten Pharmareferenten sucht ab 1985 geeignete Vertretung für den Raum Berlin.

Büro-Organisation sowie Lager einschließlich Fuhrpark vorhanden.

Angebote unter C 11105 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PR-Journalist

Presse-Fotograf und Texter, regelmäßige Veröffentlichungen in der Presse, bietet interessierten Firmen u. Privatpersonen PR-Reportagen.
Präsentieren Sie Ihr Unternehmen, Produkt oder Dienstleistung werbemäßig einmal anders.
Super-Angebot: 4 Seiten DIN A4, Kunstdruck, 27 000 Auflage, von der Textkonzeption/Fotos inkl. Satz- u. Druckkosten, pro Seite DM 1350,–
Eine interessante Alternative zur Anzeigenwerbung. Ideal als Verteilerprospekt o. als Beilage zur Zeitung.
Kontakt: Tel. 02 01 / 57 85 64 oder unter V 10966 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

COSTA RICA
(Die Schweiz Mittelamerikas)

Bauunternehmung mit Sitz in der Hauptstadt San-José unter deutscher Leitung hat hochinteressante Projekte in den schönsten Gegenden dieses Landes anzubieten.

Die schlüsselfertigen Preise liegen ca. 50% unter den Durchschnittspreisen in Deutschland.

Investoren und ganz besonders Vertriebsspezialisten aus allen Postleitzahlgebieten der BRD, NL und CH mögen sich zu einem ersten Informationsgespräch melden unter P 10 961 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Unser Repräsentant in Deutschland ruft Sie sofort an.

Industrievertretung Maschinen und Anlagen

Gut ausgestattetes Ingenieurbüro mit erfahrenen Mitarbeitern sucht Vertretung für ein technisch anspruchsvolles, beratungsintensives Produkt (Raum Norddeutschland) z. B. Marktanalyse, Einführung, Intensivierung bestehender Verbindungen.

Kontaktaufnahme bitte unter T 10964 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Das Unternehmen Harren KG, Aachen, versorgt erfolgreich Kliniken und Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland mit Verbandstoffen und Medical-Produkten.

Für bisher vakante Verkaufsgebiete in Bayern, Baden-Württemberg und Berlin suchen wir den/die

freien/freie Handelsvertreter/in

auch Mehrfirmenvertreter, leistungsorientiert, dynamisch, mit seriösem Erscheinungsbild und Berufserfahrung.

Mit unternehmerischem Einsatz – bei leistungsbezogenen Provisionssätzen – möchten wir gemeinsam gesteckte Unternehmensziele erreichen.

Ihre Bewerbung mit Lichtbild richten Sie bitte schriftlich an: Firma Harren KG Aachen, Eifelstraße 1c, D 5100 Aachen, Telefon (02 41) 50 70 60–68–69
Absolute Diskretion sichern wir Ihnen zu.



Im Dienste der Medizin ______ HARREN

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wir sind marktführendes Softwarehaus für Bildschirmtext mit überdurchschnittlicher Expansion. Unsere selbständigen Repräsentanten sind durch praktische und theoretische Schulung kompetente Gesprächspartner für Klein- u. Mittelbetriebe aller Branchen in der Bundesrepublik.



Für unsere Vertriebsgebiete **DÜSSELDORF, KÖLN, BERLIN, STUTTGART, BREMEN, HAMBURG, MANNHEIM, BAYERN** suchen wir je einen

GENERALAGENTEN

mit der Befähigung zur systematischen und konsequenten Marktbearbeitung, der Bereitschaft zu langfristigem Engagement und der Eignung, weitere Mitarbeiter zu trainieren, zu organisieren und zu führen.

Unser Produkt, Software für den Mittelstand, ist preiswert, qualitativ hochwertig und konkurrenzlos. Der Markt ist unbegrenzt. Es gilt, ein interessantes Angebot informativ zu präsentieren und erfolgreich zu verkaufen.

Unser zukünftiger Mitarbeiter arbeitet als freier Handelsvertreter. Außer der Faszination eines neuen Mediums, dem die Zukunft und die Märkte von morgen gehören, bieten wir mögliche Jahreseinkünfte auf Provisionsbasis um DM 200 000,– p. a.

Das hochwertige elektronische Agenturequipment, Ausbildung, regelmäßige Seminar-, Vertriebs- und Werbeunterstützung im professionellen Stil, ca. DM 50 000,–, kann finanziert werden (monatl. Belastung ca. DM 800,–).

Wir bitten um ausführliche Bewerbungsunterlagen. Start wird kurzfristig erwartet.

Argus
PROMOTION-SERVICE GMBH
6734 Lambrecht/Pfalz, Postfach 1248
Rudolf-Breitscheid-Str. 1
Btx ★44321 ✱

Neue Existenz

Mit unserer gezielten, fachkundigen Unterstützung und im Firmenverbund (auf Franchise-Basis) können auch Sie durch leichte, seriöse Berater-Tätigkeit ein hohes, gesichertes Einkommen erzielen. Für jeden geeignet – wichtig sind Einsatzwille und Kontaktfreude (gründliche Einarbeitung garantiert).

Finanz-GmbH Kaiser
Postfach 17 44, 7900 Ulm

Repräsentation Europa

Handelsbüro bei einer Botschaft von dem Delegierten für Europa (EG u. Comecon) in ein intern. orient. Untern. m. entspr. finanz. Rahmen zu integrieren. Durchf. d. Mission mit dem Delegierten.

Ang. u. N 10 938 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Osteuropa / China

Deutscher, Schweizer Daueraufenthalt, Ende Vierzig, Schnellstarter, gewinnorientiert. 20 Jahre Osteuropa u. Fernost, Medikamente, Hintergrund Bankpraxis und Managementschule. Aufenthalt diskutabel.

Chiffre J 10728 IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich.

● ● ● unterschreiben?

vollautomatisch – wie von Hand!
AS-Unterschriften-Computer Hamburg.
Tel. 0 40 / 6 91 58 51

Für Krankengymnasten/innen u. Bewegungstherapeuten

auch kurz vor der Anerkennung, Möglichkeit zur selbständigen Arbeit geboten. Im Rahmen einer Beteiligung eines Therapiezentrums. Eigener Arbeits- und Kapitalansatz erforderlich.

Angeb. erb. u. R 10 962 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen zur besseren Auslastung Verbindungen.

Wir bieten im Raum 493: Halle, 200 m²; Werkstatt, 120 m²; Büro, 60 m², sonst. Lagerfläche, Stapler, 7,5 t Lkw.

Angeb. erb. unt. R 11116 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Übernehme Auslieferungslager

Eigene, massive Lagerhalle, Betonbauweise, 300 m² (1200 m³) Büro, Telefon. Halle u. Büro alarmgesichert. Großer Hof, Auffahrt f. jeden Lastzug. Eig. Lkw, Mercedes 813 / 2-t-Stapler vorhanden. Im Raum Offenburg, Baden. 10 Min. zur Autobahn Basel–Karlsruhe. (Evtl. auch Verpachtung.)

Zuschr. u. H 11 044 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Büro in der Schweiz bietet Ihnen Seriosität

Nutzen Sie Ihren Steuervorteil, wickeln Sie Ihre Geschäfte über die Schweiz ab. Wir bieten Ihnen Postanschrift, Telex, Telefon, Sekretariat, Schriftverkehr wird in Deutsch, Englisch und Italienische erledigt. Wir gründen Ihnen auch Firmen in Steuerdomizilen.

J. Richter, CH-6825 Capolago, Postfach 50

IDEEN · PATENTE GEBRAUCHSMUSTER

zur Verwertung gesucht.
2 Hamburg 13, Postfach 32 31 51

Biete: In zentraler Lage Augsburgs 8000 m² Freifläche, DB-Gleisanschluß mit 20-t-Laufkran. Entspr. Fuhrpark, Ladeeinrichtungen sowie Verwaltung (auch für Schüttgüter) eingerichtet.
Suche: Verbindung zu entspr. Firmen – auch mit kleineren Kapazitäten – z. B. für Auslieferungs- oder Zwischenlager, Verkauf o. ä.
Ang. erb. u. R 10 764 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

General-/Werksvertretung/ Händlerniederlassung ges.

Ausstellungs- u. Auslieferungsmöglichkeiten sowie Lagerraum vorh., Außendienst kann mit übernommen werden. Wir bieten großzügiges repräsentatives Büro m. allem Service (auch Eigenkapital) im norddeutschen Raum.

Ang. u. B 11104 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Zum Aufbau unseres Außendienstes suchen wir versierte

Repräsentanten

für exklusive internationale

Kosmetika und Parfüms

für die Bezirke:

1. West-Berlin
2. Frankfurt – Fulda – Wiesbaden
3. Hamburg
4. Stuttgart

Unsere Leistungen: Ordentliche Dotierung, faire Provisionsvereinbarungen, großzügige Spesenabwicklung, ausgezeichnete Sozialleistungen, Pkw, fachlich qualifizierte Einarbeitung und Unterstützung Ihrer Arbeit durch gezielte überregionale Werbung, Verkaufsförderung und den Einsatz von Reiseassistentinnen.

Unsere Erwartungen: Kenntnisse des Depotgeschäftes, Erfahrungen mit dem Kosmetik-Fachhandel, Kontaktfreudigkeit, Durchsetzungsvermögen, Engagement und fachliche Qualifikation.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen, einschließlich neuestem Foto, senden Sie bitte unter V 10 328 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen. Sperrvermerke werden beachtet.

Wir vertreiben unsere gesundheitsbezogenen Erzeugnisse an Apotheken.

Entscheidenden Anteil an der positiven Entwicklung haben unsere Mitarbeiter. Die Voraussetzungen für eine gute Außendienstarbeit und eine gute Zusammenarbeit zwischen Innen- und Außendienst wollen wir sichern und fördern, deshalb suchen wir einen

Koordinator Außendienst

der bereit und fähig ist, unsere bundesweit tätige Verkaufsmannschaft zu informieren, zu betreuen und zu motivieren, um unsere Unternehmensziele zu erreichen.

Die Betreuung unserer Außenorganisation setzt Reisebereitschaft, Organisationstalent und Durchsetzungsvermögen voraus.

Bewerbern, die bereit sind, unsere Ziele umzusetzen und ihren Wohnsitz im Raum Münster haben bzw. diesen nach dorthin verlegen wollen, bieten wir die Chance, sich zu qualifizieren und in diese Position hineinzuwachsen.

Interessenten, die bereits Außendiensterfahrung sammeln konnten, bitten wir um ihre aussagefähige Bewerbung.

intact
BIOCHEMISCHE GESELLSCHAFT
APOTHEKENEXKLUSIV

Biochemische Gesellschaft mbH
Hafenweg 6, Postfach 17 47
4400 Münster

STELLENANGEBOTE

schaper

ZENTRALVERWALTUNG

Wir sind die Holding einer Gruppe von Handelsgesellschaften mit Schwerpunkten in den Großräumen Hannover, Köln und Mannheim.

Für den Zentralbereich Technik suchen wir als Nachfolger des Ressortleiters Haustechnik/techn. Revision einen

Dipl.-Ingenieur/Ing. (grad.)

aus der Fachrichtung: Haustechnik bzw. Heizung/Lüftung oder Schiffsbetriebstechnik.

Seine Aufgaben:
- Fortführung des hauseigenen Energiemanagements
- Verhandlung mit den Energieversorgungsunternehmen zum Abschluß von Energieverträgen etc.
- richtungweisende Vorgaben von Konzeptionen für haustechnische Anlagen bei Neuplanungen
- selbständige Fehlersuche in technischen Anlagen und Vorgabe zu Reparaturen bzw. Umbauten (hierbei sind innere Besichtigungen von Anlagenteilen unabdingbar).

Ziel dieser Stelle ist die Kostenoptimierung im Bereich Energie und Instandhaltung.

Das Ressort Haustechnik/technische Revision ist eine Stabsstelle und z. Z. neben dem derzeitigen Stelleninhaber mit 2 weiteren Mitarbeitern (Techniker) besetzt. Die Wahrnehmung der o. a. Aufgaben erfordert eine umfangreiche Reisetätigkeit. Ein eigener Pkw ist deshalb notwendig.

Die Position ist nur geeignet für Bewerber, die eine ausreichende Erfahrung mit haustechnischen Anlagen im Betrieb haben und denen die Zusammenhänge zwischen den Einzelgewerken einschl. der Wärmerückgewinnung vertraut sind.

Die Fähigkeit zur Kooperation mit unseren weitgehend selbständigen Tochtergesellschaften ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Tätigkeit.

Bewerbungen mit tabellarischem Lebenslauf, Unterlagen über Ihren beruflichen Werdegang und Angabe Ihrer Einkommensvorstellungen erbitten wir an

Adolf Schaper
Zentralverwaltung – Zentralbereich Personal –
Davenstedter Str. 80, 3000 Hannover 91, Tel. 05 11 / 21 45-2 38

Für eine Handglas-Hütte der europäischen Spitzenklasse suchen wir einen versierten

TECHNISCHEN LEITER

Der Bewerber sollte bereits mehrere Jahre in einer Glashütte tätig gewesen sein, wobei er möglichst in einer Mundblas-Hütte gearbeitet haben sollte.

Der zu übernehmende Aufgabenkreis umfaßt die gesamte Produktion, Hütte, Schleiferei und Nebenbetriebe.

Darüber hinaus erwarten wir ständige Impulse zur Modernisierung und Rationalisierung unserer Fertigung. Es wäre von großem Vorteil, einen ausgesprochenen Glas-Fachmann zu bekommen, allerdings legen wir auch Wert auf einen Mitarbeiter mit einer überdurchschnittlichen technischen Allgemeinbildung.

Menschenführung und die Fähigkeit zur Teamarbeit sind für uns wichtige Eigenschaften.

Diese Position ist noch ausbaufähig. Wir würden sie evtl. jemandem aus dem 2. Glied, der bisher noch nicht die Möglichkeit der Entfaltung hatte, übertragen.

Wenn Sie glauben, die Voraussetzungen für diese Stellung mitzubringen, bewerben Sie sich bitte mit den üblichen Unterlagen unter PR 48 403 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Mineralöl- oder Technischer Kaufmann

Tätigkeit:	Außendienst
Gebiet:	Saarland, Teile der Pfalz, Rhein – Neckar, Enz, Oberrhein
Produkte:	Schmierstoffe für Industrie, Metallbearbeitung
Kenntnisse:	Mineralöle, Maschinen- oder Werkzeugbau
Alter:	ca. 30 bis 45 Jahre
Vertrag:	im Angestelltenverhältnis, den Anforderungen entsprechend
Termin:	baldmöglichst

WISURA MINERALÖLWERK
Postfach 10 02 07, 2800 Bremen
Telefon (04 21) 54 99-0

SIE: sind **FINANZBERATER** und arbeiten freiberuflich

WIR: sind eine euro-amerikanische Gesellschaft und bereits seit 15 Jahren in mehreren **EUROPÄISCHEN** Ländern etabliert

Immobilienspezialist in den **VEREINIGTEN STAATEN** mit einer einzigartigen Investitionsformel.

Sie möchten gerne in Ihrem Land unsere Vertretung übernehmen: Schreiben Sie mit Lebenslauf an

B. G. D. I., 12, CHEMIN RIEU, C. P. 148, CH-1211 GENF 17.

WELT-Leser sind näher dran

Sie haben den entscheidenden Informationsvorsprung. 90 Korrespondenten sind an 35 Plätzen des In- und Auslandes für die WELT tätig. Sie berichten aktuell aus nächster Nähe von den Brennpunkten des Weltgeschehens.

W 3472

STELLENGESUCHE

KEIN EINSTEIGEN,
KEIN AUSSTEIGEN,
SONDERN UMSTEIGEN!
ABER WOHIN?

ICH KANN	STEUERRECHT, VOLKSWIRTSCHAFT, BETRIEBSWIRTSCHAFT, DATEV, BASIC, COBOL, AUCH DEN BERUF WECHSELN.
ICH WILL	VERTRIEBSPROBLEME LÖSEN, VIEL KONTAKT ZU MENSCHEN, ORGANISIEREN, ANALYSIEREN, IN EIN BERATUNGSUNTERNEHMEN. STEUERRECHTLICHE PROBLEME LÖSEN
ICH BIN	EINE STÜTZE ODER EIN SELBERMACHER, GUT ZU FINDEN, WENN MAN MICH SUCHT.

Dipl.-BETRIEBSWIRT (FH) F. v. BREVERN
TEL.: 2 89 26, VORHOLZSTRASSE 22
7500 KARLSRUHE

Werksleitung/techn. Leitung

Dipl.-Ing., Maschinenbau, 52 Jahre, sucht neue verantwortliche Aufgabe.

Tätigkeit:	5 Jahre Betriebsingenieur in Werkzeug- und Automobilfertigung, 7 Jahre Fertigungsplanung in Automobil- und Baumaschinenfertigung, 16 Jahre Werksleitung und Geschäftsleitung in Maschinenbau- und Automobilzulieferindustrie.
Erfahrungen:	Reorganisation und Kostensenkung, ergebnisverantwortliche Leitung mittlerer und großer Werke, Praktiker in techn. Planung, Produktion, Materialwirtschaft, Qualitätskontrolle, in spanloser und spangebender Formung, Kunststoffverarbeitung, Oberflächentechnik und Montage.
Eigenschaften:	Zielstrebig, engagiert, kostenbewußt. Sichere Führung qualifizierter Mitarbeiter, Verhandlungsgeschick, fließende engl. u. franz. Sprachkenntnisse, Grundkenntnisse in Italienisch.

Zuschriften erbeten unter E 11 151 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sie sind ein mittleres Industrieunternehmen

Sie denken an ein Zweigwerk in Spanien

durch Neuanlage, Unternehmenskauf, oder anfangs nur an eine Verkaufsniederlassung ... Deutscher Dipl.-Ing. (TU) Maschinenbau, 48 J., vertriebsorientiert mit jahrelanger Erfahrung als Geschäftsführer in spanischen Industrieunternehmen könnte beratend schon vor der Investitionsentscheidung und später als Geschäftsführer mitarbeiten.

Zuschriften erbeten unter F 10 976 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

UdSSR

Deutsche Ing.-Kfm. (jetzt i. R.) mit langj. Tätigkeit in DDR- u. UdSSR-Geschäft, Russ. in Wort u. Schrift; mit fundierten Elektronik-Kenntnissen, u. a. NC, CNC, sucht Aufgabe. Ang. u. M 10 959 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kriminalbeamter

im gehobenen Dienst, 40 Jahre, ermittlungserfahren, Sprachkenntnisse, sucht Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes.

Angeb. u. Y 11 101 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Handelsvertreter

37 J., Bereich: Kfz-Handel im gesamten PLZ-Gebiet 2, sucht Zweitvertretung.
Ang. erb. u. 11 112 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann, Anf. 40, verh., mehrere Jahre in Südamerika (span.) u. Afrika (engl.) tätig, beabsichtigt Anf. 1985 nach Deutschland zurückzukehren u. sucht neue Aufgabe in Industrie od. Handel in Deutschland od. europ. Ausland. Kontakt erb. u. X 10 968 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Betriebswirt

mit Zulassung zum Rechtsbeistand, engl. i. W. und Schrift, tätig im Dienstleistungsbereich mit Führungs- und Umsatzverantwortung. Erfahrung im Aufbau und Führung von AD-Orga vorhanden, möchte sich im Großraum HH in ausbaufähige u. leitende Position verändern. Angeb. erb. unt. A 10 971, an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dynamischer, erfolgreicher

EDV-Verkäufer

mit Berufserfahrung, sucht Stelle als Verkaufsleiter.
Zuschr. u. N 11048 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Afrika-Experte

franz. Betriebswirt, 28 J., ungekündigt, seit 4 J. als Vertriebsingenieur (Elektrotechn.) für ein großes deutsches Unternehmen tätig, sucht **Führungsposition im Ausland.** Kaufm. u. techn. Voraussetzungen sind ebenso vorhanden wie die Beherrschung der franz., deutschen u. engl. Sprache, sowie Erfahrung im Export-, Projektierungs- u. Finanzierungswesen. Verhandlungsgeschick u. Kundenpflege auf hoher Ebene sind gegeben.
Zuschr. u. M 11047 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Au-pair-Mädchen

sucht eine Familie.
Sofort frei.
Isabelle Theler
Ch. Lilas 4, CH-3960 Sierre
Tel. 00 41 / 27 / 55 81 14

Exportkaufmann – Baumaterialien

35 J., ungekündigt, 15 J. Branchenerfahrung, Marketing und Vertrieb in Europa, middle and far east, sucht verantwortungsvolle Aufgabe – auch Auslandsaufenthalt.
Ang. erb. u. E 10 975 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Steuerexperte

43 J., Schwerp. St.-Wirtschaftsrecht, BAB, Revision, Bilanzen/Berichtsw., EDV/Informatik, sucht Anstellung.
Angeb. u. D 11 106 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmann

46, fundierte **Export**-Erfahrung technischer Produkte (u. a. Anlagenbau, Projekt-Koordination), Schwerpunkt Asien, gute Englischkenntnisse, verhandlungssicher, mit Eigeninitiative, überzeugendem Auftreten und ausgeprägtem technischen Verständnis, in ungekündigter Stellung (Prokura), sucht verantwortungsvolles Aufgabengebiet – evtl. auch Vertrieb Norddeutschland. Reisebereitschaft vorhanden. Kontaktaufnahme erbeten unter N 10 960 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Teilhaber/ Nachfolger

Schiffahrtskaufmann, 46, verh., Betriebswirt, 4sprachig, Auslandserfahrung Europa und Übersee, Reederei, Makler + Agentur, jetzt GF sucht neue Aufgabe in Schiffahrt, Handel oder Industrie in partnerschaftlicher Zusammenarbeit, als Nachfolger oder Übernahme.

Zuschriften erbeten unter P 11 115 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann

32 J., ungek., Pragmatiker, fundierte u. nachweisbare Kenntnisse i. d. Bereichen Marketing/Vertrieb, Personal, allgem. Verwaltung/Organisation, belastbar, verhandlungssicher u. durchsetzungsstark.
Angeb. erb. unt. PP 48 492 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Ehrgeiziger Juwelier

Uhrmacher und Goldschmied, 30 J., in ungekündigter Stellung, sucht neuen Wirkungskreis (evtl. spätere Geschäftsübernahme).
Angeb. u. F 11 108 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Welches Unternehmen

sucht im Großraum Stuttgart/Göppingen engagierten Handelsvertreter? TOP-VERKÄUFER, 52 J., abschlußsicher mit langjähriger Erfahrung im Direktverkauf sucht neuen Wirkungskreis.
Angebote, die eine seriöse und auerhafte Tätigkeit ermöglichen, bitte unter G 11109 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Einkaufsleiter / Proj.-Manager

Dipl.-Ing., FH, 41 J., verh., ungek., 13 J. Führ.-Erf. im intern. Anlagengesch. u. Masch.-Bau sucht zum 1. 4. 85 oder ggf. früher neue Aufg. i. d. Bereichen Einkauf, Materialw., Projektmanagem.
Angeb. erb. u. K 11 111 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Außenhandelskaufmann (28 J.)

liebt Vancouver, seine Arbeit und seinen Tatendrang und möchte für Ihre Firma ab 1. 4. 1985 in Vancouver / Canada tätig werden.
8jähr. Erfahrungen im Commodity-Trade und gute Englisch-Kenntnisse vorhanden.
Ang. unt. E 11 107 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Unternehmensberater

29 J. (Dipl.-Volkswirt/Großhandelskfm.), ca. 2 Jahre selbständig, sucht jetzt Leitaufgabe im Verkauf/Administration o. ä. Angeb. erb. u. N 11 114 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Esen.

Manager in Ruhe, diskret, verhandlungsgewandt, engl. u. franz., unfallfr. Autofahrer, techn. u. literarische Ambitionen, belastbar, su. freiberufliche Aufgabe. Zuschr. u. C 11127 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmann, 34 Jahre, nicht ortsgebunden, sucht Position als

Agentur- od. Bezirksleiter

für deutsches Großversandhaus.
Ang. u. D 10 974 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wer sucht verantwortungsvolle, flexible u. engagierte **Mitarbeiterin?** 36 Jahre, langjährige Sekretariatserf. m. entspr. Ausbildung. Einige Jahre Erfahrung als Sachgebietsleiterin auf dem nichtoperativen Vertriebssektor, mit betriebswirtschaftlichen Kenntnissen im Handels- u. Industriebereich. Englischkenntnisse. Eintrittstermin 1. 4. 1985.
Zuschriften unter D 11 150 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufmann

Verbandsprüfer, 32 J., su. zum 1. 1. 85 od. später neuen Wirkungskreis bei Verband, Kammer od. öffentl. Verwaltung (Finanzierung, Rechnungswesen, Organisation) i. Hamburg od. Holstein. Angeb. erb. u. M 11 113 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte sucht Stelle für
Bundesanstalt für Arbeit

Dipl.-Ing. Bauwesen, Maschinenbau-Meister

35, Studium RWTH Aachen, Schwerpunkt Wasser- und Grundbau, berufliche Erfahrung in Motoreninstandsetzung, Aufbau von Werkstätten und Materialwirtschaft; Auslandserfahrung in Libyen und Türkei; gute Englischkenntnisse, Grundkenntnisse in Türkisch; Wunsch: Ingenieurtätigkeit in Verbindung mit Maschineneinsatz und Instandhaltung.

Auskünfte erteilt: Frau Hinke
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2
4000 Düsseldorf, ☎ 0211/8226-437, -458, FS 8588292

EXPORTKAUFMANN

langjährige Verkaufstätigkeit in der Industrie, sucht im Raum Hagen, Dortmund und Lüdenscheid zum 1. 1. 1985 neue Aufgabe im In- und Auslandsgeschäft. Übernimmt gegebenenfalls auch Neuaufbau des Exports. Englisch, Französisch und Spnaisch perfekt in Wort und Schrift.

Zuschriften erbeten unter H 11 110 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkaufsorientierter Geschäftsführer

nachweislich **außergewöhnlich** erfolgreich in schwierigen Märkten, Ende 30, starke Unternehmerpersönlichkeit, Fachwirt MARKETING / VERTRIEB (Verkauf/Werbung/Orga/BWL).

Zielgruppe: Gesamter LEH und Außer-Haus-Konsum.
Stärke: strategische Positionierung, Profilierung, evtl. Konsolidierung, starkes Controlling, letztlich Gewinnmaximierung (Theorie und angewanste Praxis).
Erfolge durch Integration aller Kräfte!
sucht anspruchsvolle Aufgabe zum 1. 7. 85, evtl. zum 1. 1. 85.
Ang. erb. unt. V 11 120 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Dipl.-Ing. Produktionstechnik

38 J., verheiratet, Abteilungsleiter AV, ungekündigt, sucht verantwortungsvolle Position in technischer Leitung.
Ausbildung: Maschinenschlosser, Studium Produktionstechnik, Refa- und MTM-Ausbildung.
Praxis: Personalverantwortung (6 Jahre) Arbeitsvorbereitung. Durchführung von Rationalisierungsaufgaben. Werks- und Investitionsplanung. Instandhaltung von Produktionsanlagen.
Raum Hamburg bevorzugt.
Angebote unter Z 10970 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Engagierter, erfolgsorientierter Bankkaufmann mit langjähriger Erfahrung in allen kaufm. Sparten sucht qualifizierte Aufgabe im

kaufm. Rechnungswesen

als Geschäftsführer, Niederlassungsleiter, kfm. o. ähnlicher Position.
Zuschr. erb. u. B 10 972 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kunststoff-Fachmann
als

Verkaufs- bzw. Niederlassungsleiter

43 Jahre, Betriebswirt u. Kunststofftechniker. Seit Jahren im Kunststoffhandel tätig, sehr gute Marktkenntnisse, beste Referenzen, mit allen techn. und organisatorischen Problemen sehr gut vertraut. Suche zum 1. 1. 85 oder später o. a. Aufgabe.

Ang. u. G 10 977 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Engagierter Verkäufer

31 J., mittlere Reife, fundierte kaufmännische Ausbildung. Verkaufserfahrungen in der Automobilbranche (Daimler-Benz) und der Immobilienanlagen, sucht neue, adäquate, verantwortungsvolle Position, Raum HH. Ang. u. Y 10 969 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienstler

31 J., wohnhaft in PLZ 5370, handwerkl. Ausbildung sowie prakt. Außendiensterfahrung, sucht baldmögl. Gebietsvertretung od. techn. Kundendienst. Büro, evtl. Lager vorhanden. Voller Einsatz wird zugesichert. Langfrist. Zusammenarbeit, evtl. [illegible] wären angenehm.
Zuschr. u. L 11046 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Chefassistentin/ Sekretärin

37 J., unabhängig, versprachig, sucht freie Mitarbeit bei Konferenzen, Tagungen, Geschäftsreisen.
Zuschr. u. K 11045 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Prom. Dipl.-Kfm./Soz.

41 J., mehrj. Erfahrung i. Verw., Org., Verwalt., Gesundheitserziehung, sucht bess. Betätigung i. Bereichen Med.-Soz., Kur- u. Bäderwesen, Erwachs.-Bild., Prävent., Rehabil. [illegible] vorzugt öff. Dienst im SW.
Angeb. erb. unt. C 10 973 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geistesblitze der Kunst

Mln. – In Deutschland werden Ausstellungen nicht mehr arrangiert, sie werden inszeniert. Und die Titel dieser Ausstellungen werden zelebriert. Die Beispiele in jüngster Zeit mehren sich. Es sind reine Regieleistungen, so eine Art Gedankenhammer, Ideenblitz oder Geistesknall. Heißen sie nun, wie in Düsseldorf, „von hier aus". Von mir aus. Oder heißen sie, wie in Berlin, schlicht „Durchblick".

Wer bloß mit den Namen der Künstler operiert, hat schon verspielt. Da keiner die Skandinavier Hill und Josephson kennt, trägt die Retrospektive, die gegenwärtig in Hamburg läuft, den kantigen Titel „Vor der Zeit". Man fragt sich natürlich als Fachmann und Laie: Vor welcher Zeit? Man hat da womöglich etwas versäumt. Man wird wohl hinmüssen.

In Düsseldorf herrschte bis Ende Oktober „Ein anderes Klima". Wer es verpaßt hat, darf sich nicht wundern, wenn er klimatisch inzwischen festgefroren ist. Falls noch nicht erstarrt und sofern reuebedürftig, kann er Buße tun und nach Krefeld pilgern. Dort läuft zur Zeit die Ausstellung „Als Bewegung in die Kunst kam". Für die Unbelehrbaren oder die, die's schon immer gewußt haben, ist die Düsseldorfer Ausstellung „Es ist, wie es ist" der willkommene Persil-Schein. Wie sollte es auch sein? Wenn es nicht so wäre, ja, dann wäre es wohl anders.

Aber letzteres wäre zu aufregend. Das könnte in die Hose gehen. Wovon man in Neuss nichts weiß. Dort läuft gerade die Aktion „Wir haben es gewagt". Gewagt? Wer? Wir? Wir doch nicht. Nein, wir schauen nur zu, dem Pluralis majestatis des Künstlers Günter Meuter, wie der *mit 200 Tonnen Sand hantiert*, ohne vermutlich die Gewerkschaft Bau, Steine, Erden informiert zu haben. Was man dem Frankfurter Architektur-Museum nicht nachsagen kann, das soeben die Ausstellung „Bau, Steine, Scherben" eröffnet hat.

Wie ersichtlich, die Blüten des Eigensinns (*übrigens ein Ausstellungstitel*, nämlich in München) gehen prächtig auf. Andere verblühen allzu rasch, wie die in Kassel, wo der Kunstverein „An Be No Do" gezeigt hat. Vielleicht war das auch nur eine Pilotblüte für „Iks Üpsilon Tsätt".







Von poetischer Exaktheit: „Soldaten der 10. Leichten Dragoner" (1793), li., und „Pferd, von einem Löwen angegriffen" (1769) von George Stubbs FOTOS: KATALOG

Er ist der europäische Pferdemaler par excellence – Die Tate Gallery in London präsentiert das Gesamtwerk von George Stubbs

Schimmelweiß und Rappenschwarz wie sonst nie

Gleich zu Beginn ein Totentanz, ausgeführt mit spitzem Bleistift: Pferdekadaver, Schicht um Schicht und Blatt für Blatt bis aufs Skelett reduziert, gehen im Schritt oder traben. Mit seidenschimmerndem Fell und nervösem Muskelspiel paradiert die Gattung Pferd hingegen in den folgenden Gemälden wie bei keinem zweiten Maler: George Stubbs (1724 bis 1806) erhielt jetzt in der Londoner Tate Gallery mit 190 Gemälden, Zeichnungen und Graphiken seine bisher größte Retrospektive.

An sich will man in dieser umfassenden Schau das alte Etikett „Mr. Stubbs, der Pferdemaler" neu schreiben. Kein Zweifel: Höchst talentiert, so sieht man hier, hat der Meister auch andere Vierbeiner, hat er Menschen und Landschaften gemalt. Am Schluß zieht man jedoch das Fazit: Star war und bleibt das Roß.

George Stubbs, 1724 als Sohn eines Gerbers in Liverpool geboren, sah bereits früh seinen Modellen unter die Haut. Als Junge zeichnete er beim Spiel aufgesammelte Hunde- und Hasenknochen. Statt in Akademien holte er sich seine Lektionen später in Leichenhäusern. Mit einem Traktat über Geburtshilfe trat er zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. Für die Radierungen – einige sind *jetzt in London* zu sehen – sezierte er den Leichnam einer schwangeren Frau.

Um seine Auffassung zu überprüfen, „daß die Natur immer größer ist als die Kunst, sei es die der Griechen oder die der Römer", reiste er auf einige Monate nach Italien. Er fühlte sich in seiner These bestätigt und kehrte zufrieden für immer nach England zurück. Statt auf klassische *Kunst konzentrierte er sich in den* folgenden 18 Monaten in einem einsamen Gehöft in Nordengland auf übelriechende Pferdekadaver. In seiner Dachkammer hing er sie in voller Höhe auf, fixierte sie in verschiedenen Gangarten und sezierte sie Schicht um Schicht. Diese zehn Jahre später in einem Radierwerk publizierten Studien, „Die Anatomie eines Pferdes", gelten heute noch als Meisterwerk an wissenschaftlicher Akkuratesse. Als der Künstler mit 81 Jahren starb, hinterließ er als letztes ehrgeiziges Projekt Zeichnungen, in denen er den Menschen mit einem wilden Tier, *dem Tiger, und einem Haustier, dem* Huhn, anatomisch vergleicht.

Daß George Stubbs aber diese wissenschaftliche Exaktheit mit großer malerischer Poesie verbindet, daß er *seine realistische Chronik englischen* Lebens in klar komponierten Bildern stilisiert, daß er seine mit dem Seziermesser ergründeten Motive in schöne Stilleben verwandelt, das macht diese Ausstellung nicht nur für Pferdenarren zum ausgesprochenen Genuß.

Im Jahre 1758 zog Stubbs nach London, der Basis für den Rest seines Lebens, wo er sich bald auf seinem speziellen Gebiet einen Namen machte. *Von hier aus reiste er zu den* Landsitzen des britischen Adels und porträtierte, was dem am meisten am Herzen lag: die Pferde, die Hunde, und hin und wieder auch die eigene Frau.

Stubbs dokumentiert in einer Schönheitsgalerie die damals edelsten Renner. Jede Eigenheit wird registriert, auch noch die Stellen, wo der Sattel das seidenweich gebürstete *Fell abgewetzt hat. Er malt* die Pferde im strengen Profil und – oft von Trainern oder ernsthaften Stallburschen gehalten – gegen den Hintergrund einer weich verschwimmenden englischen Landschaft. In Jagdszenen kann er sein ganzes Vokabular an Bewegungsabläufen vorführen. Frappierend modern erscheint seine Serie aus der Pferdestadt Newmarket. *Ganz knapp, ohne jedes überflüssige* Detail setzt er hier die Szene mit roten Ziegenställen in karger Heide und einem weiten Himmel, ähnlich wie es der Amerikaner Andrew Wyeth 200 Jahre später tun sollte.

Wenn Stubbs nicht gerade Rösser porträtierte, setzte er sich vor die Menagerien seiner Aufträggeber und dokumentierte *die neuesten* exotischen Importe wie Zebras, Rhinozerosse und Geparde. Sein Tiger für die Bibliothek des Herzogs von Marlborough fiel dabei so lebensecht aus, daß dessen Hunde in diesem Raum vor Angst den Schwanz einkniffen.

Und wo der Meister schon bei der Hand war, porträtierte er auch gleich die Schoß- und Jagdhunde. Ein ganzer Raum ist jetzt in London diesen *haarfein gepinselten zahmen* Vierbeinern gewidmet.

Nebenbei malte Stubbs einige Erntebilder voller Poesie, in denen die Bäuerinnen äußerst delikat in blassem Rosa und Rauchblau gewandet sind. Welchen Sinn für Dramatik er besaß, der sich selbst in nüchterner, brauner Kutte und zielbewußtem Blick porträtiert hat, zeigt seine Serie, in der ein wildes Pferd von einem Löwen angegriffen und verschlungen wird.

Mit die schönsten Werke stammen von der Hand des Siebzigjährigen, in denen er feuerrote Jagdröcke gegen rosa Abendhimmel ausspielt oder ein Feuerwerk mit Rappenschwarz und Rot veranstaltet. Daß er es im übrigen nicht immer leicht hatte mit seinen Auftraggebern, überliefert das Bild*nis eines Gentleman, der sich hoch zu* Roß mit seiner jungen Frau vor seinem Schloß verewigen ließ. Bald jedoch verdächtigte er die Schöne der Untreue, ließ sie von Stubbs vom Rücken des Pferdes wischen und – wie jetzt zu sehen – dafür in den gleichen Damensattel einen sportlichen Vikar setzen.

Im Gedächtnis hakt sich schließlich folgendes Bild fest: Für den militärfreudigen Kronprinzen aus Hannoveraner Hause, den späteren Georg IV., malte Stubbs streng im Profil einen berittenen Sergeanten. Vor ihm salutieren in strammer Haltung drei Dragoner als wundervolle Charakterstudien von feist bis fesch: sollte etwa Mr. Stubbs, der Pferdemaler, auch noch Humor gehabt haben? (Bis 6. Januar, Katalog 9,50 Pfund Sterling)

HEIDI BÜRKLIN

Gerhart Hauptmanns „Rose Bernd" in Mannheim

Ein Bibel-Bilderbogen

Die Inszenierung geht handwerklich in Ordnung, die schauspielerischen Leistungen sind durchweg über dem Durchschnitt – und doch bleibt das Ganze unter dem Niveau, das man seit zwei, drei Spielzeiten vom Mannheimer Nationaltheater gewöhnt ist. Gegeben wird Gerhart *Hauptmanns* Kindsmörderinnenstück „Rose Bernd", und damit ist das Problem schon benannt.

Was nämlich, so fragt man sich, haben wir heute mit einer Geschichte zu tun, in der ein voreheliches Techtelmechtel die betroffene junge Frau so sehr ins *Abseits* manövriert, daß sie vor Gericht Meineide schwört und in ihrer Verzweiflung schließlich ihr Neugeborenes erwürgt? Und was mit einem Bilderbogen, in dem die Familienväter nur mit der Bibel unterm Arm durch die Landschaft laufen. Eine moderne Aufführung des Stückes müßte sich solcherlei Unzeitgemäßem stellen und es mit dem verrechnen, was auch für uns heute noch wichtig sein könnte. Regisseur Winfried Lachauer indes hat sich damit zufrieden gegeben, einfach nur zu erzählen, den *Handlungsknoten zu* schürzen und die Figuren dem bösen Ende zuzuführen.

Dabei beginnt es durchaus vielversprechend – frisch, farbig und quicklebendig. Die Bühne ist weit aufgerissen, im Hintergrund blickt man auf einen schön gemalten *Prospekt* mit einer sanften Hügellandschaft und einem lebhaft blauen Himmel. Parallel zur Rampe verläuft ein Holzsteg, und hier albert und döst ein Pärchen in der Sonne, als gebe es sonst nichts auf der Welt.

Sie – *das ist Rose Bernd*, das Bauernmädchen, und Bettina Franke gibt ihr ein so natürliches, mädchenhaftes Selbstvertrauen, ein manchmal auch so bestimmtes Gerechtigkeitsempfinden, mit den Händen *in der Taille* und den Kopf kämpferisch in den Nacken geworfen, daß sie mit Sicherheit auch in unserer Gegenwart bestehen könnte. Er – das ist Christoph Flamm, Roses große *Liebe*, und Ernst Alisch setzt uns hier ebenfalls einen Menschen vor, wie man ihn nur zu gut zu kennen glaubt: einen zwischen Sentimentalität und aufrecht männlicher Haltung, zwischen Ausgelassenheit und Eitelkeit schwankenden Mittvierziger, leidenschaftlich verliebt, doch seiner Stellung stets eingedenk.

Später, wenn Rose sich nicht mehr so verhält, wie er sich das vorstellt, wird er den Spieß brutal umdrehen und *eine Kälte zeigen, die man ihm* in der Eingangsszene kaum zutraut. Und Rose wird diesem Ausbruch stocksteif, mit vorgestrecktem Bauch und zusammengekniffenen Lippen zu trotzen versuchen und wird dann doch, erschlagen von den Vorwürfen, ihre Schande hinausschreien. Das ist eine so erschütternde, rundum glaubhafte Entwicklung, das sind so wunderbare Details, daß man zu ahnen beginnt, welchen Weg diese Inszenierung insgesamt hätte einschlagen sollen: *mehr den der Psychologisierung*, weniger den des Balladesken und Erzählenden. Die Aufführung wäre dadurch statischer und doch zugleich spannender geworden.

Auch die übrigen schauspielerischen Leistungen legen diese Akzentverschiebung *nahe. Rudolf Kowalski* liefert eine köstliche Studie von Roses späterem Mann August Keil: Immer in Schwarz und stets einen Bibelspruch auf den Lippen, hackt er sich seinen Weg durchs Leben wie ein unscheinbarer, kleiner Specht – ein verklemmter Stubenhocker, der am Ende aber doch für eine menschliche Regung gut ist. Und Roland Bayer stattet den Frauenheld Streckmann mit einer so lässigen Bösartigkeit, einer so aufgeblasenen Eitelkeit aus, daß auch hier eine ganze, pralle Figur *vor uns steht. Doch auch er geht im* Räderwerk der Handlung unter.

Die Mannheimer haben ein beneidenswert aufeinander eingespieltes Schauspieler-Ensemble. Nicht zufällig gelang ihnen ihr größter überregionaler Erfolg in letzter Zeit mit ei*ner Tschechow-Inszenierung* („*Onkel* Wanja"). Bei Gerhart Hauptmann indes gab's nur Ansätze zu einem großen Abend.

JENS FREDERIKSEN



Bauernmädchen und Kindsmörderin: Bettina Franke als Rose Bernd, in der Mannheimer Inszenierung

FOTO: HANS-JÖRG MICHEL

Stuttgarter Tage der Neuen Musik mit Xenakis

Orgel spielt Lokomotive

Warum Jannis Xenakis zum Generalthema der diesjährigen Stuttgarter Tage für Neue Musik erhoben wurde, darauf haben die Veranstalter keine bündige Antwort parat. Wenn schon kein äußerer Anlaß, *etwa ein Jubiläum, vorliegt, so muß* es innere Gründe genug geben, sich mit dem Werk und der Person von Xenakis zu beschäftigen.

In den fünfziger Jahren sah sich Xenakis, als von Köln und Darmstadt aus Elektronik einerseits und serielle Technik andererseits hinausposaunt wurden, genötigt, sich auf seine eige*ne Originalität zu* berufen. *Was* damals eine Notwendigkeit war, um sich von drohendem Epigonentum zu befreien, hat Xenakis mittlerweile selbst zum Paradigma erhoben; er erklärt den Begriff „Originalität" zu einer die Philosophiegeschichte des *Abendlandes beherrschenden Kategorie*, die in seinen Kompositionen dann zur Diskussion anstehe.

Xenakis will inzwischen nicht mehr bloß originell sein, sondern über Originalität komponieren. Das gelingt durch einen bewußten Um*gang mit dem Element des Zufalls.* Indem Xenakis sich nicht seiner Originalität ausliefert, sondern darüber verfügen möchte, gerät er fast zwangsläufig in das Umfeld spieltheoretischer und stochastischer Methoden. Schon in seinem ersten Orchesterwerk, „Metastaseis" aus dem Jahre 1954, ordnet Xenakis nicht länger traditionelle Parameter des Satzes wie Harmonie, Polyphonie oder Melodie, sondern versucht lediglich eine *Steuerung von Massenphänomen.* Die vollständig in 60 Einzelstimmen geteilten Streichinstrumente bewegen sich akustisch nicht präzis wahrnehmbar, aber dennoch nach einer mathematischen Kurve.

Dasselbe geometrische Gebilde *diente dem Architekten Jannis* Xenakis, der zwölf Jahre lang Mitarbeiter von Le Corbusier in Paris war, als Grundlage bei der Errichtung des Philips-Pavillons auf der Brüsseler *Weltausstellung im Jahre 1958.* Hier sei das größte Problem gewesen, so Xenakis, die geometrischen Schreibtischkurven in ein statisch tragfähiges Gebäude umzuwandeln. Der äs*thetische Realisierungsprozeß* bedarf mithin auf dem Gebiete der Architektur in jedem Fall einer plausiblen Lösung, weil sonst das Gebäude im buchstäblichen Sinn zusammenbricht. *In der Musik* aber gibt es „keine Bauaufsichtsbehörde", die kontrolliert, ob die Umsetzung gedanklich interessanter Probleme auch musikalisch Sinn macht.

Es ist ja von vornherein nicht ausgemacht, ob das Modell eine Steuerung von Massenphänomenen, entnommen einer geometrischen Figur, einer musikalischen Umsetzung überhaupt fähig ist. In diesem Zusammenhang nimmt sich der Satz von Xenakis, ein Komponist unserer *Zeit habe sich primär mit dem Ersinnen* von Denkschemata und Operationen zu beschäftigen, dann erst sich der klanglichen Überwachung zuzuwenden, wie ein Affront gegen die Belange der Musik aus. Das ganze Problem der Avantgarde, das nicht *eingestandene untergründige Wissen* darüber, daß Musik als Musik klingen muß und das so seltsame Blüten wie Neoromantizismus oder eine neue Kunstwerkideologie hervorgetrieben hat, wird von Xenakis mit einem Satz negiert.

Ob die Musik von Xenakis nach Musik klingt, hat er demnach nicht *unter Kontrolle, oder? Und daß das* elektronische Werk „Concret P H" – der Sprödigkeit der Bauplatten im Philips-Pavillon nachempfunden – tatsächlich einen angemessenen musikalischen Eindruck hervorruft, auch nicht? In „Gemeeroh" für Orgel *aber eine halbe Stunde der faktische* klangliche Verlauf für den Hörer unberechenbar bleibt und sich daher schnell Langeweile einstellt? Oder Amüsement über die drei schwitzenden „Maschinisten", die die Orgel wie eine quietschende Dampflokomotive *bedienen? Auf den Nenner gebracht*, besagen die Kompositionen von Xenakis nichts weiter, als daß Musik schlechterdings unmöglich geworden ist. Am einfachsten zugänglich sind – *Ironie des Schicksals – sicher* die Werke für Solo-Instrumente, weil hier durch die Allgegenwart des ausübenden Musikers wie von selbst ein Stück ursprüngliche Musikalität sich rettet. Der Konzertmeister des Radio-Sinfonieorchesters Stuttgart, Hans *Kalafuß, ist auch nicht in der* Lage, die als stochastische Operationen gedachten Glissandi in „Mikka" für Violine solo jenseits der Spieltraditionen auszuführen.

Die Stuttgarter Begegnung mit dem „Verfahrenskünstler" Jannis Xenakis hat in sieben Veranstaltungen aber nicht nur die ästhetischen Diskussionen angeheizt, sondern zugleich einen Eindruck von der Vielfalt der Schreibweisen bei den süddeutschen Lokalgrößen *vermittelt.* Darunter scheint Reinhard Febel der Schritt weg von der Provinzbühne zu gelingen. Im übrigen aber lebt es sich in Stuttgart als Vertreter der Avantgarde *nicht schlecht*; der Süddeutsche Rundfunk stellt großzügig seine Studiosäle zur Verfügung, und das Publikum begleitet die Konzerte mit Eifer.

RICHARD LORBER

Gérard Lauziers zweiter Film „Kleiner Spinner"

Trost bei der Algerierin

Er nimmt Vollbäder im Selbstmitleid und leckt sich genüßlich jene Wunden, die ihm die kalte Welt zugefügt hat. Dabei traf Michel nur ein ganz normaler Schicksalsschlag: Er ist gerade 18 Jahre alt geworden. Natürlich fühlt er eine meilenweite Kluft zwischen sich und den heuchleri*schen Erwachsenen und vertraut* seine tragische Einzigartigkeit mit poetischem Überschwang dem Tagebuch an. Da ihm sein großbürgerliches Elternhaus als Gipfel der Dekadenz erscheint, kommt ihm die ebenso hübsche wie arme Algerierin Salima gerade recht. Bei dieser angeblich schmachvoll Unterdrückten sucht er Verständnis und stilisiert das ausgekochte Flittchen zur reinen Heldin seiner erotischen Träume. Die freilich lassen sich im rauhen Alltag meist wegen höchst banaler Hindernisse kaum verwirklichen.

Zwar ist Regisseur Gérard Lauzier, der mit „Kleiner Spinner" seinen zweiten Spielfilm vorlegt, in Frankreich vor allem als Zeichner gesellschaftskritischer Comics bekannt. Hier aber widersteht er meist der Versuchung, mit flinkem Strich krasse Karikaturen auf die Leinwand zu werfen. Und er verzichtet auf simple Schwarzweißmalerei. Der jugendliche Weltschmerzler wird ebenso witzig entlarvt wie die anmaßenden Erwachsenen, die neunmalklugen Psychologen und die bärtigen Späthippies. Zudem beherrscht Lauzier, der das Drehbuch nach einem seiner Comic-Alben schrieb, die Kunst des Dialogs. Da wird das Familienfrühstück zum verbalen Florettgefecht mit eleganten Finten und komischen Volltreffern, während sich in Michels Selbstgesprächen Pathos und ätzende Ironie ein meist recht amüsantes Duell liefern.

Der Regisseur gibt zumindest seine Hauptfiguren nie der Lächerlichkeit preis, sondern läßt den Zuschauer in ihnen schmunzelnd die eigenen Schwächen erkennen. Dabei unterstützen ihn treffliche Schauspieler. Feinnervig und stets zwischen Angst und Entschlossenheit schwankend, mimt Bernard Brieux den Titelhelden Michel. Guy Marchand wandelt sich als Vater Bob glaubwürdig vom Tyrannen zum mitfühlenden Freund, und Souad Amidou attackiert als Salima erfrischend selbstbewußt das Klischee der ausgebeuteten Ausländerin. Seit Louis Malles „Herzflimmern" hat kein französischer Film die Schmerzen des Erwachsenwerdens so frech und zugleich dezent, so komisch und doch ernsthaft beschrieben wie diese reizende, kleine erotische Komödie.

HARTMUT WILMES

JOURNAL

EG-Kommission fordert Revision des Urheberrechts

dpa, Brüssel

Im „Europäischen Jahr der Musik" 1985, das 24 Länder Europas zwischen Island und der Türkei mit rund 1000 verschiedenen Musikvorhaben feiern, *will die EG-Kommission* einen Vorstoß unternehmen, um das Urheberrecht in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft an die technische Entwicklung anzupassen. „Wir brauchen eine Lösung für die Probleme", sagte EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn in Brüssel, „die mit immer größerer Schärfe in der Zukunft auf uns zukommen." Die rasche technologische Entwicklung der elektronischen Medien werfe völlig neue Fragen nach dem Schutz der Rechte von Komponisten und Interpreten auf.

Bertolucci-Film über den letzten Kaiser von China

dpa/AFP, Rom

Einen Film über Pu Yi, den 1906 geborenen und 1967 als Gärtner gestorbenen letzten Kaiser von China, will der italienische Regisseur Bernardo Bertolucci in China drehen. Die Zustimmung der chinesischen Regierung liegt jetzt vor. An der Produktion sind drei westliche Unternehmen – aus *Italien*, Frankreich und Großbritannien – und ein chinesischer Filmbetrieb beteiligt. Geplant sind eine Fernsehserie in Englisch und ein normaler Kinofilm. Die Dreharbeiten, für die 20 bis 30 Mio. Dollar veranschlagt sind, sollen Ende 85 abgeschlossen sein.

Bonner Uni erwirbt Briefnachlaß von Curtius

dpa, Bonn

Die Bonner Universitätsbibliothek hat einen umfangreichen Teil des Briefnachlasses ihres früheren *Romanisten Prof. Ernst Robert* Curtius (1886–1956) erworben. Der Teilnachlaß besteht aus 300 Briefen und wurde für eine fünfstellige Summe von der Witwe des Gelehrten erworben. Im Mittelpunkt der Sammlung steht ein Briefwechsel mit André Gide, dessen 87 Briefe an Curtius vollständig im Besitz der Universitätsbibliothek sind.

Schlesinger inszeniert den „Rosenkavalier"

Reg. London

Zu den wichtigsten Produktionen, *die die Royal Opera Covent* Garden für diese Saison ankündigt, gehört ein neuer „Rosenkavalier", den John Schlesinger zusammen mit Georg Solti für Dezember erarbeitet. Ebenfalls geplant sind „Manon" (Regie: Marco Arturo Marelli), „Barbier von Sevilla" (Michael Hampe), „Ariadne auf Naxos" (Jean-Louis Martinoty) sowie eine Aufführung von Händels „Samson" unter Julius Rudel.

Ein Hölderlin-Poem oder Schäfer auf dem Holzweg

dpa, Tübingen

Das kürzlich entdeckte Gedicht, das Friedrich Hölderlin einem scheidenden Tübinger Kommilitonen 1791 ins Studentenstammbuch geschrieben haben soll, stammt in seiner ursprünglichen Form nicht von dem Dichter. Wie der Entdekker, der Tübinger Universitätsarchivar Volker Schäfer, zugab, handele es sich bei dem zwölfzeiligen Poem um ein Werk des Balladendichters Gottfried August Bürger, das Hölderlin lediglich als Persiflage auf den Theologenfreund „angepaßt" habe. Schäfer war in den Sammlungen eines Bonner Augenheilkundlers auf das Stammbuchblatt gestoßen, das Hölderlin mit seinem Spitznamen im Tübinger Stift („Holz") unterzeichnet hatte und das diesem deshalb bisher nicht zugeordnet wurde. Auf den „peinlichen Irrtum" stieß Schäfer bei der Durchsicht aller bekannten Stammbucheinträge Hölderlins.

Der Fall Horres in Hamburg: Intendant beklagt „Zerrüttung" seines Hauses

Viele gezückte Dolche am Dammtor

In Hamburg stehen die Zeichen bereits wieder auf Sturm: Nach der spektakulären Rücktrittserklärung von Schauspielhaus-Intendant Niels-Peter Rudolph will nun auch – wie bereits kurz gemeldet – Staatsopernintendant Kurt Horres nach erst viermonatiger Amtszeit das Handtuch werfen und vorzeitig aus seinem Vertrag aussteigen. Die beiden wichtigsten Intendantensessel stehen somit zur Disposition. Wer sich an die Schwierigkeiten erinnert, die Kultursenatorin Helga Schuchardt bei der Besetzung der Intendanz des Thalia Theaters hatte, dem wird bei der jetzigen Doppelvakanz angst und bange.

Für seinen vorzeitigen Ausstiegswunsch machte Horres das „zerrüttete Haus an der Dammtorstraße" verantwortlich. Er sei gerne nach Hamburg gekommen, habe sich unglaublich auf die Arbeit gefreut. „Aber dieses Haus ist verkorkst, es blockiert mich in allen Möglichkeiten", erklärte er. Der harschen Attacke auf das Haus ging in einem Radio-Interview ein kaum minder scharfer Angriff auf Staatsoperndirektor Rolf Mares voraus, der sich nach Horres zu sehr in künstlerische Angelegenheiten eingemischt.

Von der von vielen als Tatsache gehandelten Vermutung, daß hinter der Abkehr aus Hamburg auch seine Kandidatur als Nachfolger des Düsseldorfer Generalintendanten Grischa Barfuss stehe, suchte Horres abzulenken. Das seien die tollsten Gerüchte, die wohl daher kämen, daß er den Düsseldorfer Oberstadtdirektor seit 22 Jahren kenne und der ihn. Er habe keinen Vetrag mit Düsseldorf.

Horres' Rücktrittsbekundungen kurz nach Amtsantritt müssen um so mehr irritieren, als man mit ihm ja absolut kein unbeschriebenes Blatt an die Staatsoper engagiert hatte, sondern einen klugen, gestandenen und äußerst erfahrenen Theatermann, der sich in seinen Wuppertaler und Darmstädter Direktionsjahren als besonnener Chef und energischer Verfechter des zeitgenössischen Musiktheaters einen Namen gemacht hatte.

Daß gerade er, von dem man sich an der Staatsoper nach manchen Wirren der Dohnanyi-Ära eine lange Phase der Konsolidierung erhofft hatte, nun offensichtlich sogleich mit seinem künstlerischen Mitstreiter, dem neuen Hamburger GMD Hans Zender, in Konflikt geriet und es auch ansonsten innerbetrieblich zu scharfen Dissonanzen kam, muß die Hamburger mit Ärger und Bitterkeit erfüllen. Andererseits ist es Hamburg, das durch seine einschneidenden Sparmaßnahmen gerade zu Lasten der Oper die Geschäftsgrundlage mit Horres einseitig geändert hat.

Schnelles Handeln ist jedenfalls jetzt geboten, der Zeitpunkt der Ver*tragsauflösung* sobald wie möglich zu fixieren. Denn schon sind Nachfolger ins Gespräch gebracht: Mares, Zender, Neumeier als Interims-Triumvirat, Horst Stein und der Gelsenkirchener Intendant Claus Leininger.

KLÄRE WARNECKE

Der 84er Wein wird ein Rekordjahrgang – an falschen Prognosen über Menge und Qualität. Mit Sicherheit läßt sich eines sagen: Der Wein wird teurer

Ein Jahrgang mit einer feinen Pointe

Von JOACHIM NEANDER

Die schönen roten Portugiesertrauben am Ferienhäuschen des Autors im Badischen haben die Stare gefuttert (ganz schlecht können sie also nicht gewesen sein). Der Riesling hingegen an den acht Stökken auf dem bekannten Journalisten-Weinberg (Lage: Maikammerer Mandelhöhe) in der Südpfalz, die der Verfasser dieser Zeilen sein eigen nennt, hängt noch. Lesetermin war eigentlich der 26. Oktober. Doch diese spätreifende Sorte angesichts des schönen Herbstwetters da schon zu ernten, wäre wie Kindermord gewesen. Jetzt bringt jeder weitere halbwegs warme Tag ein halbes Grad Oechsle.

Das Wechselbad, durch das die deutschen Winzer 1984 gehen mußten, begann im Frühjahr mit der (eher düsteren) Aussicht, nach den zwei Rekordernten 1982 (die größte der Geschichte) und 1983 (die zweitgrößte der Geschichte) ein weiteres Mal große und möglicherweise unverkäufliche Mengen in den Keller zu fahren.

Dann kam der kühle, nasse Sommer. Die Stimmung schlug um. Der Vegetationsrückstand der Reben gegenüber normalem Verlauf wuchs auf drei bis vier Wochen. Rebkrankheiten wie die Botrytis, die – wenn sie unreife Beeren befällt – „Sauerfäule" genannt wird, bedrohten die Weinberge. Hinzu kam die sogenannte Stielfäule, die von einem bestimmten Stadium an die Verbindung zwischen Wurzel und Rebe abschneidet und so deren Weiterentwicklung praktisch beendet. Massenweise fielen die unreifen Beeren zu Boden. Der Sturm tat ein übriges. Im September drohte qualitativ die miserabelste deutsche Weinernte seit 1965 oder gar 1916.

In hektischer Furcht senkten die Behörden in den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz durch Verordnung die sogenannten Mindestmostgewichte, um möglichst vielen Winzern noch die Chance zu geben, statt simplen Tafelweins doch noch „Qualitätswein" zu ernten. Schon damals stieß diese Maßnahme („Betrug am Verbraucher") bei vielen auf Kritik. Inzwischen bedauert selbst der Staat *seine Voreiligkeit. Denn die Natur hat* ein Einsehen gehabt. Das Schlimmste wird vermieden.

Einige Stimmen von Fachleuten: Dr. Hans Ambrosi, Direktor der Hessischen Staatsweingüter (größter Erzeugerbetrieb der Bundesrepublik) im Rheingau: „Man erlebt immer noch Überraschungen. Auch ohne Sonne geht der Umwandlungsprozeß in der Rebe weiter. Günstig ist der hohe Anteil der Weinsäure. Das verspricht gute Haltbarkeit."

Der Riesling steht im Rheingau gut im Qualitätsweinbereich, auch an der Mosel (bei geringeren Normen) mit seiner überwiegenden Menge. Besser – durch geringere Fäulnisanfälligkeit – gediehen die Burgundersorten. Ambrosi: „Der starke Fäulnisbefall ist mit darauf zurückzuführen, daß viele Winzer um der Umwelt willen diesmal versucht haben, eine Spritzung einzusparen."

In Baden meldet Dr. Werner Schön vom Badischen Weinbauverband sogar, daß „viele Partien im Prädikatsweinbereich liegen werden". Der große Mengenverlust (herabgefallene Bodentrauben werden diesmal nicht mitgelesen) hat die Qualität überraschend nachgebessert. Der Tafelweinanteil in Baden wird unter 20 Prozent liegen. Sinnvollerweise soll der 84er Wein nicht so schnell auf die Flasche gefüllt werden.

Für den Verbraucher eher betrüblich: Weinbaufunktionär Schön spricht von einer „geradezu faszinierenden Trendwende am Markt", zu *deutsch: überall steigende Preise.*

Ähnliches hört man aus der Pfalz, wo dem Weingutsbesitzer und Verbandspräsidenten Kurt Fuhrmann unter erheblichem Kosten- und Arbeitsaufwand mit der besonders frühreifenden Rebsorte Ortega sogar die Ernte einer 1984er Trockenbeerenauslese (350 Liter mit 176 Grad Oechsle) glückte – ein Sonderfall, der mit Sicherheit keine Rückschlüsse auf den Jahrgang 1984 gestattet.

In Franken zieht Verbandsdirektor Jochen Freihold „dreimal den Hut vor unseren Winzern". Die Appelle vom Frühjahr, mehr auf Qualität als auf Menge zu setzen, würden jetzt ihre Früchte tragen. Ernste Schwierigkeiten mit der Weinqualität 1984 gibt es eigentlich nur an der Mosel, wo die Winzer zum Beispiel mit der Rebsorte Elbling überwiegend nicht einmal die Qualitätsweinnorm erreichten. Hier wird sich die von der EG-Kommission in Brüssel nach langem Tauziehen ausgesprochene Erlaubnis zu einer erhöhten Alkoholanreicherung durch Zucker auswirken. Die sogenannte „Naßzuckerung" bleibt verboten. Eine Kontrolle ist allerdings schwierig.

Insgesamt wird der Wein des Jahrgangs 1984 nicht nur in Deutschland, sondern gerade auch in Frankreich und Italien eher mittlere Qualität haben. Bei den spätreifenden Sorten in den deutschen Anbaugebieten – auch an Mosel, Saar und Ruwer – sind angenehme Überraschungen nicht auszuschließen. Die Gesamtmenge wird nur etwas über der Hälfte von 1983 liegen.

Und dies ist die eigentliche Pointe des Jahrgangs. Der Markt richtet sich vor allem nach der verfügbaren Weinmenge, weniger nach der Qualität. Das bedeutet, daß in weiten Bereichen der 1984er teurer sein wird als der qualitativ deutlich bessere 1983er. Eine gewisse Ausnahme werden allenfalls Baden und Württemberg sein, weil hier in den riesigen Genossenschaftskellern noch zwei Drittel der 83er Ernte zurückgehalten wurden.

Der Tip an den Weintrinker also: Nicht gleich auf den 84er stürzen, in den Regalen und beim Winzer gibt es noch erstaunlich gute und zugleich preisgünstige 83er und teilweise auch 82er.



Weinlese bei Pünderich an der Mosel
FOTO: MANFRED VOLLMER

Ärzteverband beklagt Kontaktschwelle

dpa, **Köln**

Der Verband der niedergelassenen Ärzte (NAV) in Köln hat auf eine „Klimaverschlechterung" im Verhältnis zwischen Ärzten und Patienten hingewiesen und die Frage aufgeworfen, ob der Arzt überhaupt noch fähig sei, in einer verständlichen Sprache auf den Patienten einzugehen. „Es ist kein Geheimnis", heißt es in einem Leitartikel in der NAV-Zeitschrift, „daß es im Laufe eines Praxisalltags zu viele Reibungspunkte, zu viel unärztliche Verpflichtungen und einen Zeitmangel gibt, der das ärztliche Gespräch abwürgt und den menschlichen Kontakt zwischen Patienten und Arzt reduziert." Das Gespräch, wo es zustande komme, erstrecke sich auf die Behandlung einer Krankheit, „ohne die bedrängte individuelle Lebenssituation des Patienten" einzuschließen.

Taifun-Opfer

AP, **Manila**

Der Taifun, der am Montag mit Spitzengeschwindigkeiten von 200 Kilometern pro Stunde über die mittelphilippinischen Inseln hiwegfegte, hat nach Mitteilung der Behörden 21 Todesopfer gefordert und rund 200 000 Menschen obdachlos gemacht.

Selbst befreit

AP, **Bonn**

Der vor sieben Monaten entführte 23jährige Francesco Perillo, Sohn eines neapolitanischen Geschäftsmannes, hat sich am Montag selbst aus seinem Appartement-Gefängnis in Rom befreien können. Die Polizei nahm vier Verdächtige fest. Ursprünglich sollten für Perillo rund elf Millionen Mark Lösegeld gezahlt werden.

Urteil gegen Brandstifter

dpa, **Bonn**

In einer Berufungsverhandlung verurteilte das Bonner Landgericht die beiden 19 und 20 Jahre alten Männer, die im August vergangenen Jahres im LSD-Rausch in der Bonner Beethovenhalle mehrere Brände gelegt hatten, gestern wegen vorsätzlicher Brandstiftung, Diebstahl und Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz zu Jugendstrafen von zweieinhalb Jahren sowie zwei Jahren mit Bewährung.

Strafbefehl gegen Autorin

AP, **Wuppertal**

Gegen die Autorin des millionenfach verkauften Kräuterbuches „Die Apotheke Gottes", Maria Treben, hat das Wuppertaler Amtsgericht einen Strafbefehl in Höhe von 45 000 Mark erlassen. Ein Sprecher der Justizbehörde erklärte, die 77jährige Österreicherin habe auf einer Autorenlesung im vergangenen Herbst in Wuppertal Behandlungsratschläge gegeben, ohne über eine entsprechende Fachausbildung zu verfügen.

Die Chips zum alten Eisen degradiert

Computer der „fünften Generation" sollen menschliche Intelligenz imitieren können

DIETER THIERBACH, **Bonn**

Es kommt, was kommen mußte. Japanische Forschungslabors vermelden, daß die von ihnen geschaffene „künstliche Intelligenz" in der Lage sei, mit Hilfe eines herkömmlichen Minicomputers ihre eigenen *VLSI-Schaltkreise (Very Large* Scale Integration) in großem Maßstab zu entwerfen. Spezialisten haben auf einer gestern in Tokio beginnenden internationalen Konferenz über die fünfte Computer-Generation ausführlich darüber berichtet.

Maschinen mit „künstlicher Intelligenz" wären in der Lage, Funktionen zu erfüllen, die bisher nur vom menschlichen Gehirn bewältigt werden konnten. Standard-Computer sind auf einen sich selbst organisierenden Datenspeicher als Gedächtnis angewiesen. Im Idealfall wird der Super-Rechner demnächst seine Programme selbst entwickeln, nachdem ihm der Bediener unmißverständlich kundgetan hat, worum es ihm geht.

Heute muß man dem elektronischen Gegenüber noch genau vorschreiben, wie man ein bestimmtes Problem zu lösen gedenkt. Von Intelligenz im Mikrochip ist da nicht viel *zu spüren. So erzeugen Heere von* Systemanalytikern und Programmierern mit Hilfe trickreicher Kunstsprachen Unmengen an mehr oder weniger brauchbaren Programmen, mit denen die seelenlose Gehirne gefüttert werden müssen. Mit dieser babylonischen Sprachverwirrung wäre dann ein für allemal Schluß.

Der jetzt vorgestellte Durchbruch kommt so unerwartet nicht, wenngleich er doch als gewaltiger Schritt hin in Richtung „denkender" Computers zu werten ist. Der Wettstreit um die Entwicklung der „fünften Generation" von Computern ist voll entbrannt. Die Wachablösung soll sich in den neunziger Jahren unseres Jahrhunderts vollziehen. Gegenwärtig bedienen wir uns noch Geräten der dritten Generation. Die kommende vierte wird mit der Fähigkeit ausgestattet sein, komplexe Muster zu erkennen und zu verarbeiten. Sehenden Auges analysieren und verstehen sie im Handumdrehen Bilder, Handschriften, Texte und Sprache; der Benutzer unterhält sich mit seinem Blechgenossen so, wie ihm der Schnabel gewachsen ist.

Auf den brain-storming-Etagen der Elektronik-Multis gehört in Gedankenspielen die Subminiaturwelt der viel zu klobigen Mikrochips bereits zum alten Eisen. Mit Vehemenz widmet man sich der realistischen Imitation des menschlichen Gehirns und bastelt an Computermodellen, die sich in biologischen Schaltkreisen auf Molekülbasis Gedankenblitze zuschleudern.

LEUTE HEUTE

Weiblicher Maßstab

Madame findet Gefallen an **Laurent Fabius**, dem 38 Jahre alten französischen Premierminister. Trotz seiner Halbglatze und leichtem Übergewicht wünschen sich 37 Prozent der Französinnen Fabius als Schwiegersohn und noch 26 Prozent als Ehemann. Zum Vater allerdings würden sich ungefähr ein Viertel der Französinnen den früheren Präsidenten **Valery Giscard d' Estaing** wählen. Überraschend bezeichneten etwa zwei Drittel der Französinnen „die allgemeine Haltung" und nicht das Aussehen als Maßstab für ihr Urteil. Übrigens: Für den Anhalter Fabius würde jede vierte Fahrerin stoppen. Für KP-Chef **Georges Marchais** dagegen hielte nur jede 33. Französin, ergab eine Umfrage des Instituts Louis Harris über das Image französischer Politiker.

Problem beim Design

Geheimflug der „Challenger" überraschend verschoben

WOLFGANG WILL, **Houston**

Hinter der lapidaren Absage des für Anfang Dezember geplanten militärischen Geheimfluges der „Challenger" kann sich ein technologisches Problem größeren Ausmaßes verbergen. US-Luftwaffe und Nasa hüllen sich offiziell in Schweigen, aber aus Ingenieurskreisen am Kennedy Space Center verlautet, daß es sich bei der „Krankheit" der „Challenger" möglicherweise um ein allen Nasa-Raumflugzeugen gemeinsames Design-Problem handelt.

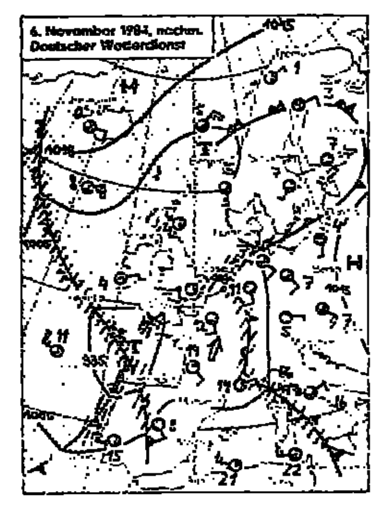
Am unteren Rumpf der „Challenger" müssen rund 3000 von insgesamt etwas mehr als 30 000 Hitzekacheln entfernt werden, um einen darunter befindlichen Schutzüberzug zu erneuern. Dieses sogenannte Bonding-Material sollte rund 90 Starts und Landungen aushalten, hat sich aber nach nur sechs „heißen Landungen" der „Challenger" als total verbraucht erwiesen.

Am 8. Dezember sollte die „Challanger" mit einer geheimnisvollen militärischen Fracht abheben. Doch nicht nur die Fracht ist strengster Geheimhaltung unterworfen worden: So *werden nur vier Besatzungsmit*glieder namentlich aufgeführt, obwohl bei diesem Flug erstmals einer der MSE – Mission Specialist Engineers – eingesetzt werden sollte. Das sind die Militär-Astronauten der US-Luftwaffe, von denen es bereits 27 gibt.

Bei der Geheimfracht für den nunmehr abgesagten „Challenger"-Flug handelt es sich möglicherweise um eine neuartige Laserwaffe oder um einen neuen Infrarot-Aufklärungssatelliten. Die Vorbereitungen zum Start der „Discovery", der für heute nachmittag vorgesehen ist, laufen planmäßig. (SAD)

WETTER: Mild

Wetterlage: Mit einer südlichen Strömung wird milde Meeresluft nach Deutschland geführt. Schwache Tiefausläufer gestalten dabei das Wetter leicht unbeständig.



Vorhersage für Mittwoch:

Im gesamten Bundesgebiet und Berlin anfangs noch stark bewölkt und strichweise Regen. Im Tagesverlauf von Westen her auflockernde Bewölkung, nachmittags gebietsweise auch aufgeheitert. Höchsttemperaturen 10 bis 15 Grad. Nachts im Nordwesten Durchzug von Wolkenfelder, jedoch kaum Niederschlag. Tiefstwerte 9 bis 5 Grad. Schwacher Wind um Süd.

Weitere Aussichten:

Weiterhin mild und dabei leicht unbeständig.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	7°	Kairo	24°
Bonn	9°	Kopenh.	8°
Dresden	5°	Las Palmas	22°
Essen	11°	London	9°
Frankfurt	8°	Madrid	8°
Hamburg	7°	Mailand	10°
List/Sylt	7°	Mallorca	13°
München	5°	Moskau	0°
Stuttgart	6°	Nizza	16°
Algier	21°	Oslo	4°
Amsterdam	10°	Paris	12°
Athen	21°	Prag	3°
Barcelona	16°	Rom	16°
Brüssel	12°	Stockholm	7°
Budapest	6°	Tel Aviv	23°
Bukarest	12°	Tunis	22°
Helsinki	7°	Wien	7°
Istanbul	15°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 7.28 Uhr, Untergang: 16.44 Uhr; **Mondaufgang:** *16.43 Uhr, Untergang: 6.55 Uhr*
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Panzerglas schützt die Zeugen nur im Gerichtssaal

HORST DALCHOW, **Hamburg**

Unter starken Sicherheitsvorkehrungen beginnt heute vormittag der aufwendigste Prozeß, den die Hamburger Strafjustiz je zu bewältigen hatte. Vor einer Großen Strafkammer müssen sich 14 Mitglieder der Rockergruppe „Hell's Angels" verantworten, die vor 15 Monaten in einer überraschenden Polizeiaktion verhaftet worden waren.

Den 28 bis 36 Jahre alten Gewalttätern werden unter anderem Raub, Betrug, Rauschgifthandel, Vergewaltigung und Erpressung zur Last gelegt. Die Anklageschrift umfaßt 470 Seiten, das Beweismaterial füllt 140 Aktenordner. Durch Panzerglas von den Angeklagten getrennt sollen mehr als 250 Zeugen ihre Aussagen machen.

Für die Hauptverhandlung sind nach Angaben des Landgerichts „mehrere Monate" angesetzt. 28 Verteidiger werden sich bemühen, ihre Mandanten zu entlasten, die jahrelang jede Zeugenaussage durch Drohungen verhindern konnten. Die Ermittlungsbehörden scheiterten stets an einer Mauer des Schweigens.

Die spektakulären Vorfälle häuften sich vor allem im Bereich der „Schutzgelderpressung", die im Mittelpunkt der Anklage steht. Danach sollen die Straftäter von mindestens fünf Gastwirten vor allem im Stadtteil St. Pauli monatlich 7000 Mark kassiert haben. Zahlungsverweigerung wurde hart „bestraft". Die martialisch gekleideten Erpresser zögerten nicht lange und zertrümmerten Möbel, rasten auf ihren schweren Motorrädern bis an die Schanktische der Kneipen und schossen mit Tränengas auf die Gäste.

In den Bereichen um die Reeperbahn sollen die „Höllenengel" auch auf andere Weise Kasse gemacht haben. Die Staatsanwaltschaft will nachweisen, daß die Angeklagten sogar minderjährige Mädchen durch Vergewaltigung und Prügel zur Prostitution gezwungen haben. Die Opfer schwiegen jedoch stets aus Angst vor den angekündigten Repressalien.

Sie wurden schließlich in der Nacht vom 10. zum 11. August 1983 schlagartig von ihrer Angst befreit. Die Polizei setzte in den Abendstunden 440 Beamte ein und durchsuchte gleichzeitig 80 Wohnungen und Lokale, die seit Monaten beobachtet worden waren. Eine im Frühjahr 1983 gebildete „Dienststelle zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität" hatte ausreichendes Beweismaterial gesammelt, um Haftbefehle gegen alle 14 Mitglieder des eingetragenen Vereins „Hell's Angels Motor-Club" zu erwirken.

Der bisher größte Einsatz der Hamburger Polizei zur Verbrechensbekämpfung war unter schärfster Geheimhaltung vorbereitet worden. An den besonders gefährlichen Punkten wurden Beamte des MEK (Mobiles Einsatzkommando) eingesetzt. Sie hatten vor allem in der „Kommandozentrale" der Rocker, einem Lokal mit dem Namen „Angel Place" mit Widerstand gerechnet. Aber auch der harte Kern der gewalttätigen Organisation war von der Aktion so überrascht, daß keine Gewalt angewandt werden mußte.

In den durchsuchten 60 Wohnungen, 15 Bordellen, zwei Büros und drei Lokalen wurden Gewehre und Revolver, Keulen, Morgensterne und Messer sichergestellt. Wenige Tage nach der Polizeiaktion tauchten in Hamburg ausländische Mitglieder der internationalen Organisation auf und bezogen die Quartiere ihrer verhafteten Komplizen.

Die Hamburger „Hell's Angels" waren nur eine Unterorganisation der Gruppierung, die in Oakland (Kalifornien) eine Zentrale zur Steuerung ihrer weltweiten Aktivitäten unterhält. Hamburg war offensichtlich ihr *Hauptstützpunkt* in Europa. Die internationalen Verbindungen wurden vorwiegend für den Handel mit Rauschgift genutzt. Die Hamburger Gruppe verschaffte sich darüberhinaus erhebliche Einnahmen, nachdem sie eine enge Verbindung mit Organisationen aufgenommen hatte, die das Vergnügungsviertel St. Pauli weitgehend beherrschen.

Nach den Ermittlungen der Polizei betätigten sich die lederbekleideten Schläger vorwiegend als Eintreiber von Schutzgeldern für die im Hintergrund agierenden Drahtzieher. Ob sie im Verlauf des Verfahrens belangt werden können, ist fraglich: Sechs der Angeklagten befinden sich bereits seit längerer Zeit wieder in Freiheit und könnten die Zeugen eingeschüchtert haben. Das Gericht rechnet mit ungewöhnlichem öffentlichen Interesse. Es ließ mit einem Aufwand von 385 000 Mark zwei Säle in einen umbauen, zahlreiche Mikrofone installieren und den Zuschauerraum durch schußfestes Panzerglas sichern.

ZU GUTER LETZT

„Papst nahm aus Versehen Reliquien mit". Unter dieser Überschrift meldete die Deutsche Presse Agentur über die jüngste Pilgerreise des Heiligen Vaters in Norditalien: „Nachdem er ein dichtgedrängtes Programm absolviert hatte, vergaß der Papst bei der Abreise von Mailand am späten Sonntag abend, den Bischofsring und das Brustkreuz des heiligen Carlo Borromeo zurückzugeben.